

**Organisierte Volksschullehrerbewegung vom Ende des
Zweiten Weltkriegs bis zur Konstituierung der
,Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft'.**

**Ein sozialgeschichtlicher Beitrag zu Geschichte und
Ideologie der Volksschullehrerschaft in Deutschland**

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Erziehungswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg**

**vorgelegt von
Renate Morell
aus
Kassel**

Marburg 1977



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555607_0011

**Organisierte Volksschullehrerbewegung vom Ende des
Zweiten Weltkriegs bis zur Konstituierung der
'Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft'.**

**Ein sozialgeschichtlicher Beitrag zu Geschichte und
Ideologie der Volksschullehrerschaft in Deutschland**



**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Erziehungswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg**

**vorgelegt von
Renate Morell
aus
Kassel**

Marburg 1977



Im Fachbereich Erziehungswissenschaften der
Philipps-Universität als Dissertation angenommen
am: 7.7.1977

Abschluß der mündlichen Prüfung am: 13.7.1977

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. W. Fuchs

1. Mitberichterstatter: Prof. Dr. D. Krause-Vilmar

INHALT

<u>Einleitung</u>	S. I
<u>1. Kapitel:</u> Volksschullehrerschaft und Faschismus	S. 1
1.1 Gesellschaftliche Widersprüche und politisch-ideologische Verarbeitungsformen der Volksschullehrerschaft in der Endphase der Weimarer Republik.	S. 1
1.1.1 Soziale und materielle Bedingungen während der Notverordnungs politik.	S. 1
1.1.2 'Proletarisierungsängste'.	S. 3
1.1.3 Das Scheitern der traditionellen 'Sozialpolitik' des DLV.	S. 5
1.1.4 Der Ruf nach dem 'starken Staat': zu den historischen Wurzeln des faschistischen Syndroms.	S. 9
1.1.5 Zur Funktion der 'politischen Neutralität' des DLV.	S. 19
1.1.6 Die 'Auslieferung' des DLV an den NSLB.	S. 24
1.2 Integrationsmechanismen im nationalsozialistischen System.	S. 33
1.2.1 Ausübung von Funktionen im politischen Apparat der NSDAP.	S. 33
1.2.2 Aufwertung des 'Volksschullehrerstandes' in der nationalsozialistischen Erziehungspolitik.	S. 38
1.2.3 Egalisierungsideologie und Bevorteilungspolitik.	S. 41
1.3 Widersprüche im faschistischen System.	S. 46
1.3.1 Dysfunktionalitäten und Kompetenzüberschneidungen.	S. 46
1.3.2 Angriffe auf Prestige und Status der Volksschullehrerschaft.	S. 50
1.3.3 Konkurrenz um die Erziehungsaufgabe: Rivalitäten zwischen Volksschullehrern und HJ.	S. 53

<u>2. Kapitel:</u>	Objektive und subjektive Bedingungen nach der Niederlage des Faschismus.	S. 59
2.1	Die berufliche und gesellschaftliche Situation der Lehrerschaft in den Westzonen.	S. 59
2.2	'Bewältigung' der Vergangenheit.	S. 883
<u>3. Kapitel:</u>	Lokale Organisationsansätze 1945 - 1947.	S. 105
3.1	Die Stellung der westlichen Besatzungs- mächte zu den Organisationsansätzen der Lehrerschaft.	S. 105
3.2	Die Wiedererrichtung von Lehrerver- einen.	S. 117
3.3	Gewerkschaftliche Organisationsan- sätze.	S. 129
<u>4. Kapitel:</u>	Der Konstituierungsprozeß zur Gewerk- schaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947 - 1950.	S. 151
4.1	Erst Verein - dann Gewerkschaft: der Zusammenschluß zum ADLLV (britische Zone).	S. 151
4.2	Die Gewerkschaftsfrage im ADLLV: die Anschlußverhandlungen mit dem DGB.	S. 159
4.3	Der innerorganisatorische Entscheidungs- prozeß in den Lehrerverbänden bis zum Kongreß der GEW in Goslar i. J. 1950.	S. 175
<u>Schlußkapitel:</u>	Der Anschluß an den DGB: Flucht nach vorn.	S. 186
<u>Abkürzungen</u>		S. 196
<u>Literaturverzeichnis</u>		S. 198

Einleitung

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zur sozialgeschichtlichen Erforschung der organisierten Lehrerbewegung. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der Volksschullehrerschaft als der wesentlichen sozialen Gruppe innerhalb der organisierten Lehrerbewegung. Die Arbeit ist auf die Analyse der Traditionslinien und Bruchstellen in Geschichte und Ideologie dieser Berufsgruppe gerichtet. Sie umfaßt den Zeitraum vom Übergang der Weimarer Republik zum Faschismus bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland nach der Niederlage des nationalsozialistischen Systems.

Zugleich ist die Untersuchung ein Beitrag zu Geschichte und Politik der wesentlichen Organisationen der Volksschullehrerschaft während der Weimarer Republik, des Faschismus und der Gründungsphase der BRD. Sie analysiert dementsprechend den "Deutschen Lehrerverein" (DLV), den "Nationalsozialistischen Lehrerbund" (NSLB) und schwerge-wichtig die Organisationsansätze in der Nachkriegszeit, die sich im Jahre 1949 zur "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) im "Deutschen Gewerkschaftsbund" (DGB) zusammenschlossen.

Zwar ist bei der Untersuchung der Berufsverbände der Volksschullehrer methodisch keine Identität zwischen den Organisationen und der Gesamtheit gruppenspezifischer Lebens- und Arbeitsbedingungen einerseits, Bewußtseinsformen, Mentalitäten und Ideologien der Volksschullehrerschaft andererseits vorausgesetzt; gerade jedoch bei der Analyse dieser Berufsgruppe ist die Darstellung und Untersuchung ihrer Organisationen ein methodisches Erfordernis, da ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechend die 'Emanzipationsbewegung des Standes' in weiten Teilen identisch mit der Stärke und dem Einfluß ihrer Organisationen verlief.

Wenn die Volksschullehrerschaft subjektiv die beiden zuletzt genannten Indices zum Gradmesser der gesellschaftlichen Anerkennung ihres 'Standes' nehmen konnte, so war diese Identifizierung bereits Konsequenz der Prämisse, daß die Mehrheit der Lehrerschaft die 'Emanzipation ihres Standes' an das jeweilige politisch-soziale System gebunden sah.

Daß sich innerhalb dieser Fixierung an bestehende, wenn auch in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland wechselnde politische Verhältnisse Widersprüche zwischen bestimmten Forderungen der Lehrerschaft und den objektiven Möglichkeiten ihrer Durchsetzung ergaben, steht dabei außer Frage. Zu problematisieren ist aber zunächst, aufgrund welcher subjektiver und objektiver Bedingungen die Volksschullehrerschaft mehrheitlich die Widersprüche nur affirmativ verarbeiten konnte und welche 'Lösungsformen' sich dabei unter den im behandelten historischen Zeitraum herrschenden politischen Bedingungen durchsetzten.

Als wichtiges methodisches Problem stellt sich dabei die Frage, ob der zu analysierende Gegenstand als historisches Subjekt oder als unbewußt agierendes Produkt bestimmter sozialer und politischer Konstellationen zu analysieren ist.

Die vorliegende Arbeit geht von der methodischen Prämisse aus, daß die Beschränkung auf eine Seite der Alternative den Gegenstand in unzulässiger Weise vereinseitigen würde. In der Konstruktion der sozialen Gruppe der Volksschullehrerschaft sowie ihres politischen Ausdrucks in der organisierten Lehrerbewegung zum historischen Subjekt würden objektive, jenseits der subjektiven Interpretationen und Verarbeitungsformen wirkende gesellschaftliche Mechanismen aus-

geblendet; die Abstrahierung des Gegenstandes von allen subjektiven Bestimmungen würde unzulässigerweise von der Frage suspendieren, welchen Anteil die Lehrerbewegung an der Durchsetzung und Verlaufsform politisch-gesellschaftlicher Prozesse in verschiedenen historischen Zeitabschnitten hatte.

Zur Klärung dieser zuletzt genannten Problemstellung drängt aber der Forschungsgegenstand - die Volksschullehrerschaft als wesentlicher Teil der organisierten Lehrerbewegung - selbst: zunächst ist die Volksschullehrerschaft als subjektiver Träger der organisierten Erziehung in der Gesellschaft zu bestimmen. Sie übt in der Schule maßgebenden Einfluß auf die Mehrzahl der Heranwachsenden aus. Ihr Anteil an den sozialen und politischen Verhältnissen einer Gesellschaft ist - bewußt oder unbewußt - durch die Funktion, personelle Instanz der institutionalisierten Erziehung zu sein, gesichert. Die Ausübung dieser Funktion ist unlösbar mit den in der Lehrerschaft vorherrschenden Mentalitäts- und Bewußtseinsstrukturen, spezifischen Verarbeitungsformen gesellschaftlicher Erfahrungen und dem in der Ausbildung und der konkreten beruflichen Tätigkeit erworbenen Berufsbild verknüpft. In diesem Zusammenhang spielen aber die Berufsorganisationen eine wesentliche Rolle. Gilt dies zunächst für jede massenwirksame Organisation, so ist der Zusammenhang zwischen objektiver gesellschaftlicher Funktion und subjektivem Agieren bei der Volksschullehrerschaft in spezifischer Weise dadurch wirksam, daß die Organisationen der Volksschullehrerschaft seit ihrem Bestehen ihr Selbstverständnis durch den Anspruch bestimmten, Inhalt und Form gesellschaftlicher Erziehung normativ bestimmen zu wollen.

Die Einlösung dieses Anspruchs war damit in allen historischen Situationen eine entscheidende Legitimationsfrage für

die Berufsorganisationen der Volksschullehrer. Zugleich wurde die konzeptionelle Verarbeitung des Problems von der jeweiligen konkreten historisch-gesellschaftlichen Situation beeinflusst: das Selbstbild des 'Volkserziehers' in der Weimarer Republik, des 'nationalsozialistischen Erziehers' während des Faschismus ebenso wie das gänzlich vage, begrifflich nicht faßbare Lehrer- und Erzieherbild in der Nachkriegsphase verweisen auf eine enge Abhängigkeit zwischen dem Selbstverständnis des Volksschullehrers und herrschenden politisch-gesellschaftlichen Normen.

Die Organisationen der Volksschullehrerschaft sind innerhalb dieses Zusammenhangs als wichtige Vermittlungsinstanzen anzusehen: sie erfüllen die Funktion, einerseits innerverbandliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu organisieren und nach außen zu vermitteln, andererseits gesellschaftliche und politische Prozesse auf den spezifischen innerorganisatorischen Zusammenhang hin zu vermitteln.

Wenn aufgrund dieser Funktion die Organisationen der Volksschullehrerschaft zu einem bestimmenden Moment ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Praxis werden konnten, so ist im methodischen Vorgehen auch eine exakte Darstellung der Entwicklung dieser Organisationen erfordert.

Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist somit auf die historische und systematische Rekonstruktion der organisierten Volksschullehrerbewegung in ihrem Verhältnis zu den bestimmenden sozialen und politischen Kräften während des Zeitraums von der Auflösung der Weimarer Republik bis zur Konstituierung der BRD gerichtet.

Die Verfolgung dieses Erkenntnisinteresses verweist auf den Forschungsstand zur Sozialgeschichte der Lehrerschaft und der organisierten Lehrerbewegung im gewählten Zeitraum.

Bereits ein grober Überblick ¹⁾ vermittelt ein völlig uneinheitliches Bild sowohl was die Aufarbeitung verschiedener historischer Zeitabschnitte als auch die in die Literatur eingegangenen Interessen anbetrifft: nach chronologischen Gesichtspunkten stellt die Zeit des Faschismus und der unmittelbaren Nachkriegsphase bisher eine regelrechte Forschungslücke dar, während die Zeit von der Reichsgründung bis in die Weimarer Republik am umfassendsten behandelt wurde; gemessen an wissenschaftssystematischen Kriterien ist jedoch auch der größte Teil der Literatur zum Zeitraum von 1871 - 1933 nur überaus kritisch zu rezipieren.

In dieser Literatur, die von Fischer ²⁾ über Rissmann ³⁾

-
- 1) Mehr kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Ein ausführlicher Literaturbericht, der auch die umfangreiche Literatur der DDR einbeziehen würde, wäre selbst ein wichtiger Beitrag zur Sozialgeschichte der Lehrerbewegung, da sich in Kontinuität und Diskontinuität der Forschung der Gegenstand selbst bis zu einem gewissen Grade widerspiegelt. Ein erster Schritt hierzu bestünde in einer umfassenden Bibliographie zur Lehrerbewegung, die bisher ebenfalls nicht vorhanden ist. Eine allgemein zugängliche, ausgewählte Bibliographie aus jüngster Zeit findet sich in: Arbeitsgruppe 'Geschichte der Lehrerbewegung' (Marburg), Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I (1789 - 1933) Offenbach 1973 (= Reihe Roter Pauker, H. 7), S. 39ff.
 - 2) Fischer, K., Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes (Bd. 2: Von 1790 bis auf die Gegenwart), Hannover/Berlin 1898. Nachdruck: Leipzig 1969.
 - 3) Rissmann, R., Geschichte des Deutschen Lehrervereins, Leipzig 1908.

und Pretzel ⁴⁾ bis zu Menzel, ⁵⁾ Bungardt ⁶⁾ und Guthmann ⁷⁾ - um nur die Standardwerke zu nennen - reicht, manifestiert sich eine ungebrochene Identifikation mit der eigenen organisatorischen bzw. 'standesmäßigen' 'Heimat', wodurch ihre positiven wie negativen Seiten gleichermaßen bedingt sind: auf der einen Seite enthalten sie eine unschätzbare Fülle von Material, feinen Beobachtungen und Beschreibungen vereinsinterner Prozesse, die ohne die 'Liebe zum Gegenstand' nicht dokumentiert worden wären; auf der anderen Seite begründet die darin vorgenommene Konstruktion der Lehrerbewegung zum tendenziell autonomen historischen Subjekt ihre wissenschaftliche und politische Borniertheit. Letztlich zieht dieser Ansatz ein enthistorisiertes, von allen Widersprüchen gereinigtes Ergebnis nach sich: aus der Sozialgeschichte der Lehrerschaft wird eine "fortlaufende Emanzipationsbewegung". ⁸⁾

-
- 4) Pretzel, C. L. A., Geschichte des Deutschen Lehrervereins in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Unter Benutzung von R. Rissmanns Geschichte des Deutschen Lehrervereins, Leipzig 1921.
 - 5) Menzel, G., 100 Jahre Deutscher Lehrerverein. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Volksschule. In: Neue deutsche Schule. Sonderbeilage, Essen o. J.(1948).
 - 6) Bungardt, K., Die Odyssee der Lehrerschaft. Sozialgeschichte eines Standes. Ein Versuch, Frankfurt/M. 1959, Zweite, erweiterte Auflage, Hannover 1965.
 - 7) Guthmann, J., Der Bayrische Lehrer- und Lehrerinnen-Verein. (Bd. 2: Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte), München 1961.
 - 8) Bungardt, K., Die Odyssee, a.a.O., S. 41. Vgl. dazu die ausgezeichnete Rezension von W. Stöhr in: Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft, Nr. 80, Sonderband, Berlin 1973, S. 287ff.

Diese für die interne Geschichtsschreibung der Lehrerorganisation typische Darstellungsform (vgl. dazu die im Literaturverzeichnis aufgeführten Festschriften und Vereinschroniken) wurde erst in jüngster Zeit ansatzweise in dem von der GEW zu ihrem 25jährigen Bestehen herausgegebenen Sammelband ⁹⁾ durchbrochen, wo zumindest in einigen Beiträgen kritische Distanz zu spüren ist. ¹⁰⁾

Von anderen Interessen und dementsprechend einem stark divergierenden Ansatz sind Arbeiten zur Geschichte der Lehrerbewegung bestimmt, die das Gewicht eindeutig auf die historische Rekonstruktion jener Minderheit legen, die sich organisatorisch und politisch an den Kämpfen der Arbeiterbewegung beteiligte. Diese Forschungsrichtung wurde in der DDR durch die Konstituierung hochschulinterner Arbeitsgruppen bereits Anfang der sechziger Jahre gefördert und erbrachte wesentliche Erkenntnisse über die sozialistische Lehrerbewegung in der Weimarer Republik ¹¹⁾ und oppositionelle Gruppierungen während der Zeit des Nationalsozialismus. ¹²⁾ In der BRD ist bisher die Untersuchung von

9) 25 Jahre GEW. In: Die Deutsche Schule 66 (1974), H. 5.

10) Vgl. bes.: Reuter, W., Vom Standesverband zur Gewerkschaft. In: ebenda, S. 325ff.

11) Vgl. Griep, G., Der Einfluß der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung auf die Lehrerschaft und ihre Organisationen 1918 bis 1923. In: Beiträge zur Bildungspolitik und Pädagogik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise 1918 - 1923, Teil 2, Berlin (DDR) 1968, S. 214ff. (= Monumenta paedagogica, Bd. V).

12) Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker, Berlin (DDR) 1974 (= Monumenta paedagogica, Bd. XV). Vgl. die ausführliche Bibliographie zum Stand der Widerstandsforschung in: ebenda, S. 255f.

W. Stöhr über die "Freie Deutsche Lehrgewerkschaft" (FLGD) ¹³⁾ die einzige, die - wenn auch mit anderen politischen Schwerpunktsetzungen - ebenso gründlich auf diesem Gebiet gearbeitet hat.

Die Grenzen dieser Forschungsrichtung sind dabei allerdings leicht erkennbar: zum einen ist es fraglich, ob Ergebnisse vom Charakter historischer Spurenelemente jenseits eines verselbständigten Historiker-Sammeltriebs noch sinnvoll sind - ein Einwand, der allerdings gerechtfertigt für alle hier beschriebenen Ansätze geltend gemacht werden muß; und zum andern würde eine zu starke Gewichtung dieser Minderheit das Gros der Lehrerschaft außer acht lassen, das bis heute sowohl in den Vorstellungen über seine berufliche Arbeit als auch über Funktion und Ziele einer Berufsorganisation eher den Traditionsbeständen des DLV verhaftet ist, als daß es sich zur radikalen Kritik sozialistischer Lehrerorganisationen vorgearbeitet hätte.

Der Erforschung dieser Mehrheit der Lehrerschaft, ihren typischen Verarbeitungsformen bestimmter politischer und sozialer Bedingungen, ihren politischen Anpassungsleistungen oder Resistenzhaltungen sowie den organisatorischen Konsequenzen sind eine Reihe in jüngster Zeit erarbeiteter Untersuchungen gewidmet, die sich bisher allerdings vorrangig auf die Übergangsphase von der Weimarer Republik zum

13) Stöhr, W., Lehrerschaft und Arbeiterbewegung - zur Organisationsgeschichte der gewerkschaftlichen Lehrerbewegung 1918 - 1933. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 80, Sonderband, Berlin 1973, S. 170ff.

Faschismus beziehen. 14)

In den Rahmen dieser Veröffentlichungen stellt sich auch die vorliegende Arbeit. Durch die schwerpunktmäßige Behandlung der Lehrerbewegung nach 1945 will sie nicht zuletzt auf die Notwendigkeit verweisen, die völlig unerforschte Lehrerbewegung in der Bundesrepublik Deutschland in kommenden Analysen einzubeziehen. 15)

Zum Gang der Untersuchung sei abschließend bemerkt: Im ersten Kapitel wird einerseits, von den Depravationen der materiellen Lage und den damit einhergehenden Verunsicherungen der Lehrerschaft ausgehend, den aktuellen Affinitäten der Volksschullehrerschaft und ihrer Berufsorganisation zum Faschismus sowie den historischen Wurzeln dieses Syndroms nachgegangen, andererseits werden die Bruchstellen in den Identifikationsmustern aufgewiesen.

-
- 14) Vgl. Geschichte der Lehrerbewegung II. Breyvogel, W., Lehrer zwischen Weimarer Republik und Faschismus. Die Volksschullehrerschaft des Hessischen Volksschullehrervereins in den Jahren 1930 - 1933, Offenbach 1974 (= Reihe Roter Pauker, H. 12); Geschichte der Lehrerbewegung III. Hoffmann, V., Zur 'Proletarisierung' der pädagogischen Intelligenz, Offenbach 1975. (= Reihe Roter Pauker, H. 14); Budde, H., Caspar, H., u. a., Der Weg des DLV in den Faschismus, Marburg 1976 (unveröff. Manuskript); Krause-Vilmar, D., Der aufziehende Faschismus und die Lehrerschaft in Deutschland (1930 - 1933). In: Demokratische Erziehung, 2 (1976), Nr. 2, S. 78ff.
- 15) Als einzige längere Untersuchung beschäftigt sich B. Gaebe mit der Entwicklung der Lehrerverbände in der BRD, allerdings vorrangig auf der Ebene konzeptioneller Verlautbarungen von seiten der GEW. Vgl. Gaebe, B., Die Berufsrolle des Lehrers und die GEW. Ein Beitrag zum Problem der Pädagogisierung und Professionalisierung der Lehrerrolle, Diss. Köln 1971.

Das zweite Kapitel stellt die objektive und subjektive Situation der Volksschullehrerschaft in den Westzonen nach Kriegsende dar, die als teils bewußt, teils unbewußt wirkende Voraussetzung für die einsetzenden Organisationsprozesse verstanden werden muß.

Im dritten Kapitel werden diese Prozesse, die darin eingehenden Motivationen und Argumentationen sowie der Einfluß der Besatzungsmächte und die verschiedenen formalorganisatorischen Ausprägungen beschrieben, die schließlich den im vierten Kapitel untersuchten Zusammenschluß zur "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" im DGB konstituierten.

Eine genaue historische Rekonstruktion dieses Gründungsprozesses der GEW konnte durch die systematische Auswertung des - allerdings nach wissenschaftsorganisatorischen Kriterien gänzlich ungeordneten - im Archiv der GEW befindlichen Quellenmaterials (vgl. dazu das Literaturverzeichnis) gelingen. Dabei konnte der Nachweis erbracht werden, daß sich neben den, in den gängigen Kurz-Darstellungen der frühen GEW-Geschichte (vgl. die im Literaturverzeichnis unter den monographischen Schriften angegebenen Vereinschroniken) stets ausschließlich als ihre Vorläufer rezipierten Vereinsgründungen kleine, aktive Gruppierungen der Lehrerschaft vorher in anderer Form den allgemeinen Gewerkschaften angeschlossen und diese Organisationsformen erst nach Gründung der GEW zugunsten eines Anschlusses an sie aufgaben.

Das letzte Kapitel resümiert schließlich den gesamten Verlauf dieses Prozesses unter der systematischen Fragestel-

lung nach dem Verhältnis zwischen den ihn bestimmenden Faktoren: historische Verfassung der organisierten Volksschullehrerschaft nach der Niederlage des nationalsozialistischen Systems, politische Entwicklung der Westzonen zur institutionalisierten Demokratie und politisch-organisatorische Entwicklung des DGB als Ausdruck reduzierter Klassenkämpfe.

1. Kapitel: Volksschullehrerschaft und Faschismus.

- 1.1 Gesellschaftliche Widersprüche und politisch-ideologische Verarbeitungsformen der Volksschullehrerschaft in der Endphase der Weimarer Republik.
- 1.1.1 Soziale und materielle Bedingungen während der Notverordnungs politik.

Das Ende der Weimarer Republik war unter dem Eindruck der von 1930 - 1932 erlassenen Notverordnungen vom überwiegenden Teil der Lehrerschaft als 'Katastrophe' erfahren worden.

Die Einsparungspolitik des Staates auf dem Schulsektor traf die Lehrer in mehreren, ihr Selbstverständnis als Pädagogen und Beamte gleichermaßen tangierenden Bereichen:

- die Notverordnungen bedeuteten eine finanzielle Einbuße bis zu ca. 30 % bei den nicht übermäßig betroffenen, bis zu 40 % bei den stark belasteten Lehrergehältern. ¹⁾
- aus den Notverordnungen ergab sich eine zunehmende Tendenz rechtlicher Unsicherheit für Beamte, die ihren politisch bedeutsamen Charakter darin fand, daß "praktisch eine Ermächtigungsvollmacht für die Verwaltungsexekutive der Länder und Gemeinden (gegeben wurde), den Kürzungsabsichten widersprechende landesgesetzliche Bestimmungen unter Ausschaltung der Länderparlamente aufzuheben". ²⁾

1) Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 55.

2) Ebenda, S. 40.

- durch Stelleneinfrierung bzw. -abbau wurde die unmittelbare Arbeitssituation an den Schulen unerträglich belastet. Schulklassen mit bis zu siebzig und mehr Schülern ³⁾ bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung um zwei bis vier Stunden wöchentlich ⁴⁾ wurden die Regel.
- schließlich ergab sich als Konsequenz der Verordnungen zumindest für Preußen die gesetzlich erzwungene "freie Versetzbarkeit aller Lehrer", ⁵⁾ die von den Lehrern sowohl eine regionale als auch eine statusmäßige Mobilität für Dienststellen mit geringerem Einkommen verlangte.

Traf diese Einsparungspolitik des Staates die Volksschullehrerschaft insgesamt in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, so ließ sich als differenzierendes Moment staatlicher Politik erkennen, daß einzelne Gruppen der Lehrerschaft in besonderer Weise belastet wurden. So wurde z. B. die Grundvergütung für die weiblichen Lehrkräfte durch eine einzige Verordnung i. J. 1931 um 10 % gekürzt und die Bezüge der Junglehrer innerhalb von fünf Dienstjahren um 24 % eingeschränkt. ⁶⁾

Diese durch die uneinheitliche Besoldung bereits bestehende Ungleichheit unter den einzelnen Lehrergruppen wurde am Ende der Weimarer Republik in spezifischer Weise auf Kosten der

-
- 3) "Oberbayern hat ... 810 Klassen mit 50 bis 60 Schülern, 506 mit 61 bis 75 Schülern und 70 Klassen mit 70 bis 100 Schülern". Schmidt, K., Folgen des Schulabbaus, in: Hessische Lehrerzeitung (HLZ), 1932, Nr. 7, S. 99. Zit. nach: Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 58.
 - 4) Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., ebenda.
 - 5) Vgl. dazu Allgemeine deutsche Lehrerzeitung (ADLZ) 30 (1931), S. 725.
 - 6) Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 44.

am meisten Benachteiligten verschärft. Hatte das der Beamtenhierarchie zugrunde liegende Prinzip: je mehr Dienstjahre, desto mehr Einkommen und Sicherheit, die Junglehrer auf später vertrösten können, so mußte gerade diese Gruppe die immanente Umkehrbarkeit des Prinzips drastisch erfahren: die am schlechtesten bezahlte und am wenigsten gesicherte Gruppe der Beamten bzw. -anwärter fiel am schnellsten ganz aus dem 'Sicherungsnetz' des Berufsbeamtentums heraus. 7)

1.1.2. 'Proletarisierungsängste'.

Aus diesen gravierenden Depravationen der sozialen Situation folgte notwendig eine allgemeine Existenzangst, die ihre besondere Stoßrichtung in der Angst vor "Proletarisierung der Lehrerschaft" 8) fand. War Existenzangst die natürliche Reaktion auf die Erfahrung, daß in der Krise tendenziell alle sozialen Sicherungen außer Kraft gesetzt werden konnten, so war das Menetekel der Proletarisierung jedoch aufgrund der Wirkungsweise ökonomischer Krisen o b j e k t i v unbegründet:

"Wenn (auch) ... die Krisen langfristig geradezu die Vollstrecker der Polarisierungstendenz (zwischen Bourgeoisie und Proletariat, R. M.) sind, so halten sie sie kurzfristig gleichwohl auf: Sie p a u p e r i s i e r e n das Kleinbürgertum, ohne es unmittelbar zu p r o l e t a r i s i e r e n . Dazu wäre erforderlich, daß die ruinierten Kleinbürger sofort zu Lohnar-

7) "Ein Junglehrer kommt 1920 vom Seminar, ist bis 1926 teils fremdberuflich tätig, teils arbeitslos, ab 1926 wird er Zuschußempfänger und läßt sich in die Bewerberliste aufnehmen, im Mai 1929 wird er Hilfslehrer, Mitte 1930 rückt er in eine auftragsweise Beschäftigung, Ende 1931 fällt er durch den Stellenabbau in den Status des Zuschußempfängers zurück". Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 63.

8) Vgl. die zahlreichen Zitate dazu bei Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O.

beitern würden. Diese Möglichkeit besteht aber in der Krise gerade nicht, ist diese doch umgekehrt durch Massenentlassungen von Arbeitern gekennzeichnet". 9)

Die objektive Unmöglichkeit, ruinierte Kleinbürger zu den 'normalen' Bedingungen des Proletariats in den Produktionsprozeß einzugliedern, erwies sich an den stellenlosen Junglehrern bereits in der Zeit von 1921 bis 1926: 10) einerseits gab "es wohl keine praktische Tätigkeit ... die von B-Lehrern (d. h. 'berufsfremden' Lehrern, R. M.) nicht irgendwann einmal ausgeübt (wurde)", wobei "der Anteil wirklich proletarischer Tätigkeiten in der Großindustrie ... jedoch, von wenigen Ausnahmen in Berlin oder einigen anderen Großstädten abgesehen, stets sehr gering (blieb)"; 11) andererseits war die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse extrem kurz und die Bezahlung entsprach den niedrigsten Lohngruppen.

Insofern manifestierten sich im Sprachgestus einer 'drohenden Proletarisierung' und eines 'Minabstoßens ins Proletariat' weniger reale sozio-ökonomische Tendenzen als deutliche Deklassierungsängste und Abgrenzungszwänge gegenüber der Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang erhält die statistisch erfaßbare soziale Herkunft der Volksschullehrer ihr Gewicht: 12) die Abstammung aus den unteren Mittelschichten ist als verstärkende Vermittlung zwischen der durch die Krise erzeugten

-
- 9) Leppert-Fögen, A., Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums. Frankfurt/M. 1974, S. 187. (Hervorhebungen im Text)
10) Vgl. Hoffmann, V., Zur 'Proletarisierung' der pädagogischen Intelligenz, a.a.O., bes. S. 45ff.
11) Ebenda, S. 46.
12) s. nächste Seite.

Verarmung und den Proletarisierungsbefürchtungen anzusehen. Wenn der Volksschullehrerberuf bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Sprungbrett zum unteren Akademikerrang innerhalb einer dreistufigen Generationenfolge unter den kleinbäuerlichen und gewerbetreibenden Schichten war, dann war individualgeschichtlich jedem dieser Berufsgruppe Angehörigen diese besondere schichtenmäßige Sozialpsychologie, von Abstiegsängsten und Aufstiegsfixierungen geplagt zu sein, in die Wiege gelegt. Materielles Elend als Folge der Krise mußte dann immer auch das Stigma individuellen Versagens tragen. Die durch die Krise bedingte Unmöglichkeit, den Beruf des Volksschullehrers auszuüben, verletzte auch die über die Familie vermittelte Erwartung, individuell aufzusteigen.

1.1.3 Das Scheitern der traditionellen 'Sozialpolitik' des DLV.

Der "Deutsche Lehrerverein" (DLV) im "Deutschen Beamtenbund" (DBB), der mit einem Organisationsgrad von 70 % der

-
- 12) Vgl. zur Herkunft der Volksschullehrer den ausgezeichneten, kurzen Aufsatz aus d. J. 1929 von: Ausländer, F., Woher stammt der Lehrernachwuchs in der 'sozialen Republik'? In: Die Kommune H. 23/1929, S. 142f. - Ausländer weist darin für "das Gros der Studenten der Pädagogischen Akademien, diesen Pseudo-Hochschulen für den zukünftigen Volksschullehrer" nach, daß ungefähr 80 % der Studenten aus dem Kleinbürgertum, dagegen nur 0,4 % aus landwirtschaftlichen Arbeiter- und 6,3 % aus Industriearbeiterfamilien kommen. Andererseits "sei als Kuriosum vermerkt, daß sich ganze 7 Offizierskinder (0,9 %), ferner eine einzige Großagrarierstochter und drei Kinder von 'Besitzern und Direktoren von Fabriken' ... in die Volksschullehrerakademie verlaufen haben: auch ein Zeichen für die kapitalistische Berufsbewertung". Ebenda, S. 142. - Ausländer schließt mit der knappen, bildungssoziologisch heute noch aktuellen Bemerkung, daß die Anbindung der beruflichen Zugangsvoraussetzungen an die Hochschulbildung im Kapitalismus immer eine "Auslese im Sinne des Bürgertums" bedeutet.

Volksschullehrerschaft ¹³⁾ ihre größte Berufsorganisation darstellte, reagierte auf die permanente Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder in den für eine ständische ¹⁴⁾ Berufsorganisation charakteristischen Formen: individuelle Hilfeleistungen in Einzelfällen und strategisch-politische Ohnmacht gegenüber weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, die durch die traditionellen Reaktionsweisen des Verbandes - lautstarke Kritik an staatlicher Politik bei gleichbleibenden Loyalitätsbeteuerungen - nicht mehr beeinflussbar waren.

So führte er einen zähen, aber stillen Kampf gegen die Staatsbürokratie im Falle einzelner Entlassungen etc. und leistete Hilfe durch seine in Jahrzehnten aufgebauten "ver-

13) ADLZ 57 (1928), S. 851.

14) Der Begriff des ständischen Bewußtseins soll hier nicht definitorisch vorausgesetzt, aber an einer Episode illustriert werden, die die ständisch-bornierten Scheuklappen des DLV schlagend dokumentiert: im Jahre 1932 entließ der Nationalsozialist Klagges - Regierungsrat unter dem nationalsozialistischen Kultusminister Franzen in Braunschweig - den sozialdemokratischen Intendanten des Landestheaters. Die sozialdemokratische Parteizeitung "Vorwärts" hatte ironisch kommentiert, daß Klagges als Dorfschulmeister wohl keine Ahnung von Theaterdingen habe. Das politische Niveau dieser Polemik sei dahingestellt, wichtig in diesem Zusammenhang ist die Reaktion des DLV: er verlor zu dem politischen Vorgang in Braunschweig kein Wort, sondern maßregelte in der ADLZ den "Vorwärts", er habe "seiner Partei einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen", weil er "bei diesem Anlaß den Lehrerstand schwer beleidigt (habe)". ADLZ 60 (1931), S. 410.

sicherungsähnlichen Einrichtungen". ¹⁵⁾ Dieses Netz der sozialen Fürsorge, das "in keinem Berufsstande vor der nationalsozialistischen Machtergreifung ... so umfassend und gut organisiert (war) wie im DLV und seinen Zweigvereinen", ¹⁶⁾ umfaßte Rechts- und Haftpflichtschutz für die Mitglieder des DLV in ihrer Eigenschaft als Lehrer, Privatmann, Kirchenbeamter, Dienstherr und Arbeitgeber; sodann Einrichtungen zur Unterstützung der Mitglieder in Krankheits-, Todes-, Brand- und Einbruchsfällen; darüber hinaus elf Erholungsheime und ebenso viele Altersheime.

In individuellen Notsituationen war die durch diese Einrichtungen garantierte Unterstützung oft die einzige, die den Betroffenen gewährt wurde. Angesichts dieser existenziellen Bedeutung war das Unterstützungswesen des DLV unbestreitbar notwendig. Es blieb jedoch in seiner Form und den damit verbundenen Konsequenzen für das Bewußtsein der Mitglieder zumindest ambivalent, da ein solches institutionelles Sicherungsnetz, das dem privaten Versicherungswesen nachgebildet war, den Betroffenen auf einen bürokratischen, individualisierten Rechtsweg verwies. Die für Beamte typische Absicherungsmentalität mußte in dieser Form der Inanspruchnahme von Hilfe ebenso verstärkt werden wie das für Beamte charakteristische Bewußtsein, nur als abstraktes Rechtssubjekt auf dem Instanzenwege zu seinem 'Recht' kommen zu können. Die Ebene der unbürokratischen, konkreten Solidarität unter den Mitgliedern blieb in dieser Form aus der Verbandspolitik ausgeblendet.

15) Diekmann, J., Das Erbe des DLV und seiner Zweigvereine. o. O., o. J. (1947). Vgl. dazu die Tätigkeitsberichte der einzelnen Abteilungen des DLV in: Jahrbücher des DLV. Berlin Jg. 1, 1875ff.

16) Diekmann, J., Das Erbe des DLV, a.a.O.,

Es war deshalb kein Zufall, daß die Aufforderung des DLV an die im Dienst stehenden Lehrer, ihre Überstunden an arbeitslose Akademiker abzutreten, um deren Situation zu mildern, so wenig Gehör fand. Dieser, der Intention nach aktiv-solidarische Vorschlag, der mit dem Hinweis auf die unter Arbeitern praktizierten Verteidigungsformen in Auseinandersetzungen begründet wurde, ¹⁷⁾ hatte vor dem obigen Hintergrund notwendig einen unrealistischen Charakter. Durch die Politik und das Selbstverständnis des DLV waren die Beamtenmentalitäten der Besitzstandswahrung zu lange verstärkt worden, als daß sie durch einen Verzicht-Appell auflösbar gewesen wären.

Es zeigte sich in der Folgezeit, daß es dem Verband unter den Bedingungen staatlicher Separierungspolitik zwischen den einzelnen Lehrergruppen nicht gelang, die interessenmäßige Vereinheitlichung der Lehrer insgesamt gegenüber der Konkurrenz untereinander durchzusetzen: als im Jahre 1932 in Preußen die Lehrer mit 62 Jahren zwangspensioniert wurden, ließ sich der daraus entstehende Konflikt zwischen älteren und jungen Kollegen nicht mehr integrieren. Die älteren Verbandsmitglieder reagierten mit Austritten aus ihrer Berufsorganisation. ¹⁸⁾

17) Vgl. ADLZ 61 (1932), S. 151.

18) Vgl. Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 43. Es "durchziehen den Gesamtverein Risse, die eine solidarische Interessenorganisation und darauf aufbauende gemeinsame 'Lernzyklen' verhindern. Die Altlehrer haben sich von den Jungen in die Zwangspensionierung geschickt empfunden, die Abgänger der Pädagogischen Akademien verzweifeln an der Tatsache, daß die 'Seminariker' forderten, daß sie in der Bewerberliste nicht 'parallel geschaltet', sondern 'eingereiht' werden und damit nicht weiter bevorzugt, sondern ihrem Alter entsprechend an das Ende der Liste kamen. Die 'Seminariker', die bis zu zwölf Jahren warteten, stellten 1932 selbst die Forderung, die Pädagogischen Akademien zu schließen, damit der 'Nachschub' endlich aufhöre". Ebenda, S. 63f.

1.1.4 Der Ruf nach dem 'starken Staat': zu den historischen Wurzeln des faschistischen Syndroms.

Die zunehmende existentielle Bedrohung durch die Auswirkungen der ökonomischen Krise und die Erfahrung, daß auch die sozialen Selbsthilfe-Einrichtungen ihren Dienst versagen mußten, führten zugleich zur Erschütterung eines harmonischen 'Weltbildes', das lange im Bewußtsein der Leherrschaft vorherrschend gewesen war. "Irgendwo", so formulierte ein Delegierter auf der Vertreterversammlung des DLV im Jahre 1932, "waltete in seiner Vorstellung ein mehr oder minder weise eingerichteter Mechanismus, über dessen Sinn und Voraussetzung man sich nicht in problematischen Erörterungen verlor, der einen mitrug und vor des Lebens äußerster Notdurft bewahrte". 19)

Dem Vertrauen in die Selbstregulierungsfähigkeit des Wirtschaftssystems hatte auf der politischen Ebene die Vorstellung des "freien Volksstaates" entsprochen als der Form des Zusammenlebens, "die allen Bürgern die Teilnahme an der Gestaltung ihres politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wollens verbürgt". 20)

Als unter dem Eindruck der sich verschärfenden Wirtschaftskrise nun, nach Meinung eines Delegierten auf der Verbandstagung i. J. 1932 "zum 1. Mal (!) in der Geschichte des Beamtentums in Deutschland die erschreckende Erkenntnis (kam), daß jener entfernte wirtschaftliche Mechanismus auf der ganzen Linie versagt", 21) verblaßte die Ideologie vom harmo-

19) ADLZ 61 (1932), S. 393.

20) ADLZ 58 (1929), S. 485.

21) ADLZ 56 (1927), S. 460.

nischen, sozialen und politischen Ordnungsgefüge.

Voraussetzung für die aktuelle Transformation eines - idealtypisch als 'liberal' zu bezeichnenden - Weltbildes in autoritäre (Er-)Lösungswünsche war nicht zuletzt die Hilflosigkeit des DLV gegenüber gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, wie sie sich an den ohne Berücksichtigung der veränderten historischen Situation empfohlenen ökonomischen Genesungsrezepten der "Pflege und Belebung des Binnenmarktes" durch eine anzustrebende Kaufkraftsteigerung der Arbeitnehmer erwies: "Alle Finanzmaßnahmen und wirtschaftlichen Aufbaupläne," so redete der DLV in einer mehrheitlich angenommenen EntschlieÙung i. J. 1932 den staatlichen Stellen zu, "sind deshalb so durchzuführen, daß das Realeinkommen keine weiteren Einbußen erleidet und daß die Arbeitslosen wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden". 22)

Der Adressat dieser Wünsche konnte nur der Staat sein, da er als einziger "im Interesse der Volksgesamtheit" 23) zu handeln in der Lage schien. Daß es ein 'starker Staat' sein mußte, ergab sich aus den ihm zugedachten Aufgaben: er sollte einerseits "das Wirtschaftsleben im Sinne einer planvollen Wirtschaftsführung maßgebend beeinflussen" 24) und

22) ADLZ 61 (1932), S. 335. Bericht von der 40. Vertreterversammlung des DLV im Mai 1932 in Rostock.

23) ADLZ 61 (1932), S. 335.

24) Ebenda. Vgl. dazu auch den Neujahrsartikel des 1. Vorsitzenden des DLV, Georg Wolff, zum Jahre 1932, aus dem - gerade in der zunächst kritisch anmutenden Diktion - ersichtlich wird, daß die ökonomischen Aktionen des deutschen Kapitalismus als Folgeerscheinung eines Verteilungsfehlers von Gütern erscheinen: "Es fehlt nicht an genügender Produktion; es fehlt an einer o r d e n t l i c h e n , g e r e c h t e n Verteilung. Hier wirft man Kaffee ins Meer, verheizt man Getreide; und dort hungern Menschen im buchstäblichen Sinne des Wortes. Wir können nur immer wieder das Recht des Menschen in diesem sinnlos gewordenen Wirtschaftsprozeß verteidigen". ADLZ, 61 (1932), Nr. 1, S. 1. (Hervorhebungen von R. M.)

andererseits "den parteipolitischen Reibereien und der Zersplitterung" ²⁵⁾ ein Ende setzen.

Die Appelle an den Staat, 'Ordnung im Hause' zu schaffen, bezeugten angesichts der ökonomischen und politischen Situation im Jahre 1932 gleichermaßen drastisch die Begriffslosigkeit der Erklärungsversuche für die politische und ökonomische Krise ²⁶⁾ wie die kleinbürgerlich-haushälterischen Ordnungsvorstellungen und die autoritären Lösungswünsche einer bedrohten Beamtenschaft.

Der Ruf nach dem 'starken Staat' erschien am Ende der Weimarer Republik als die einzige Möglichkeit, aktuell gleichermaßen unbewältigbare wie unbegriffene gesellschaftliche Widersprüche durch eine außergesellschaftliche Instanz lösen zu lassen.

Was wie ein plötzlicher Umschlag von enttäuschten, demokratischen Hoffnungen in autoritäre Lösungen aussah, hatte allerdings weit in die Geschichte der Volksschullehrerbewegung zurückreichende Wurzeln. Für diese war der aufziehende Faschismus nicht ernüchternde Abkühlung sondern Treibhausklima.

Daß die Volksschullehrerschaft für Identifikationen mit staatlicher Autorität besonders disponiert war, ergab sich aus den Besonderheiten der 'Professionalisierung' des

25) ADLZ, 62 (1933), Nr. 15, S. 274. So der Kommentar der ADLZ zur Auflösung des ADB nach dem Erlaß des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom April 1933.

26) Vgl. im Gegensatz dazu die theoretischen Artikel zur Klärung politischer und ökonomischer Zusammenhänge im Verbandsorgan der FLGD: "Der Volkslehrer". Berlin 10 (1928) - 14 (1932), besonders die Artikel von Fritz Sternberg unter der Rubrik "Wirtschaft und Gesellschaft".

Volksschullehrerberufs im 19. Jahrhundert. Der Prozeß der sozialen Anerkennung dieses Berufs, der Fixierung seiner Zugangsvoraussetzungen und der Form der Entlohnung einerseits, der konkreten Arbeitsbedingungen einschließlich des Was und Wie der Unterrichtstätigkeit andererseits, war in der (größeren) Anzahl ihrer unbefriedigenden und der (geringeren) Menge ihrer zufriedenstellenden Ergebnisse unabdingbar an die Entscheidungen staatlicher Instanzen gebunden.

Vor der bürgerlichen Revolution waren die weltlichen Behörden - also die Repräsentanten der feudal-absolutistischen Staatsform - die einzigen Instanzen, die die Drangsalierungen von seiten der Geistlichkeit gegenüber den Lehrern zumindest dann einschränkten, wenn sie jegliche Unterrichtstätigkeit verhinderten.

In der bürgerlichen Revolution hatte sich die Volksschullehrerschaft erstmals als historisches Subjekt mit eigener Öffentlichkeit in Form von Versammlungen, Flugschriften, Zeitungen und Vereinsansätzen konstituiert und in die soziale Bewegung selbst eingegriffen. Ihre stets gedoppelten Forderungen: materielle Besserstellung der Lehrerschaft und Emanzipation der Schule - ihres Arbeitsplatzes - von geistlichen und feudalstaatlichen Bestimmungen fanden Unterstützung beim liberalen Bürgertum. Die fortschrittlichsten Teile der bürgerlichen Klasse und der Volksschullehrerbewegung stimmten in dem Ziel allgemeiner Erziehung zur Schaffung eines Nationalbewußtseins überein, das als notwendige Voraussetzung und Garantie für die Verwirklichung einer republikanischen Staatsform unabdingbar schien.

Es konnte sich so in den Köpfen der Volksschullehrer eine verführerische Harmonie festsetzen: sie sahen ihre eigene

berufliche Tätigkeit als 'nationale Erzieher' im Einklang mit den r e a l e n Erfordernissen des Bürgertums und dem diesen Erfordernissen entsprechenden Staatswesen.

Diese Identifikation von Erziehung, Gesellschaft und Staat, die während der bürgerlichen Revolution ihre Berechtigung zu haben schien, mußte auf der Basis veränderter politischer und sozialer Bedingungen, wie sie nach der Reichsgründung 'von oben' i. J. 1871 in Deutschland herrschten, unreal und letztlich reaktionär werden, da sie unabdingbar auf die Harmonisierbarkeit jetzt notwendig divergierender Interessen angewiesen war.

In der sich schließlich durchsetzenden Form der nationalen Einheit hatte sich die bürgerliche Bewegung mit den Resten feudaler Junkerherrschaft in dem für Deutschland spezifischen historischen Kompromiß arrangiert. Das Arrangement fand seinen politisch-rechtlichen Ausdruck im Bismarckschen Staats- und Regierungssystem. Die staatlichen Institutionen, die jetzt die politische Macht ausübten, beruhten auf einer zwar ökonomisch starken, politisch jedoch schwachen Bourgeoisie, die ihr Hauptinteresse, die Absicherung ihrer ökonomischen Herrschaft, nicht mit der neuen Staatsform konfliktieren ließ.

Erst unter diesen Bedingungen wurden die Interessen der Volksschullehrer borniert in dem Sinne, daß sie nicht mehr nur ihre besonderen, beruflichen Forderungen innergesellschaftlich durchsetzen wollten, sondern daß diese in ihren Köpfen zum Nabel der Welt wurden. Von dieser Nabelschau aus maßten sie einerseits alle gesellschaftlich agierenden Gruppen und andererseits das 'Ordnungsgefüge' der Gesamtgesellschaft mit der Elle der Standesinteressen.

Ständische Politik läßt sich insofern nicht einfach zur nur-beruflichen Interessenvertretung vereinseitigen. Ihre Spezifik wird vielmehr gerade im Verhältnis beider Seiten zueinander deutlich: der besonderen, auf die Situation der Berufsgruppe bezogenen Teilforderungen und -aktivitäten und ihrem Gegenstück, den diese Berufsbezogenheit scheinbar aufhebenden, das 'Ganze' der Gesellschaft strukturierenden Vorstellungen.

Ständische Borniertheit in dieser Form war Konsequenz des politischen Scheiterns der sozialen Bewegungen des Bürgertums, dessen Teil die Lehrerbewegung gewesen war: während die Volksschullehrer in der bürgerlichen Revolution die Integration beruflicher und politisch-gesellschaftlicher Interessen in dem vom Bürgertum scheinbar garantierten gesellschaftlichen Fortschritt aufgehoben sehen konnte, mußte diese hypostasierte Übereinstimmung in der Folgezeit brüchig werden, da sie keinen sozialen Ort mehr besaß.

Demgegenüber bot sich, wenn nicht als sozialer Ort, so doch als politische Identifikationsfigur nach der Reichsgründung der preußisch-deutsche Staat an. "In ungeahnter Macht und Herrlichkeit", so schwärmte derselbe Chronist, der die Beteiligung der Volksschullehrer an der 1848er Revolution verteidigt hatte, "stieg das alte deutsche Reich wieder empor. Ein thatkräftiges Volk war bereit, die großen Errungenschaften nachdrücklich zu verteidigen und den stolzen Bau innerlich zu festigen". 27)

Die 'kleinen Errungenschaften', die für die Volksschullehrer dabei abfielen, reichten vom öffentlichen Ministerlob und der königlichen Danksagung für die Erziehungsarbeit am deut-

27) Fischer, K., Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes Bd. 2, a.a.O., S. 405.

schen Heere über die Aufwertung der Lehrerausbildung, die Verbesserung der Besoldung, die Sicherung der Aufstiegsmöglichkeiten zu Mittelschullehrern und Rektoren bis zum institutionell abgesicherten Recht, in den Gemeinden die Stellen der Schreiber, Standesbeamten, Waisenräte und Amtsekretäre zu bekleiden und die kleinen und mittleren Orden für 'besondere Verdienste an der Jugend' zu erwerben.

Der seit seiner Neugründung i. J. 1871 schnell zum größten und öffentlich akzeptierten Berufsverein avancierende DLV paßte sich dieser, letztlich von seinen Aktivitäten unabhängig verlaufenden, Entwicklung programmatisch mit dem Verzicht auf politische Forderungen, der Rücknahme des demokratischen Einheitsschulkonzepts aus der Zeit des Vormärz und der 1848er Bewegung an. Die Lehrerbewegung dieser Phase drückte nicht zuletzt in dem, auf was sie zu verzichten bereit war, ihre Affirmation an den gegebenen politisch-institutionellen Rahmen aus.

Innerhalb dieser Entwicklung war die direkte Indienstnahme der Volksschullehrerschaft in den 'von oben' geführten Klassenkampf gegen den politischen Vertreter der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, ebenso wie die Kriegsbegeisterung des DLV i. J. 1914 nur der zugespitzte Ausdruck der Loyalität der Volksschullehrerschaft gegenüber dem Staat und der Zuordnung der eigenen beruflichen Tätigkeit auf ihn.

Zwar diente die jetzt ablaufende allgemeine, nationale Erziehung nicht mehr der Herstellung eines an die republikanische Staatsform gebundenen Nationalbewußtseins, aber die Identität von staatlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Interessen war wieder herstellbar, wenn "der Ministerpräsident ... von Hessen-Darmstadt ... in einem Landtagsabschiede (sagte): 'Die Pflege derjenigen bürgerlichen Tugenden, ohne welche die neuen Verwaltungseinrichtungen

nicht gedeihen und dem Lande nicht zum Segen gereichen können, muß vorzugsweise von der Volksschule erwartet werden". 28)

In der kurzen Phase nach 1918, in der im Rahmen der allgemeinen gesellschaftlichen Bewegungen auch das traditionelle Selbstverständnis der Lehrerbewegung kurzfristig erschüttert wurde, nahm sie die aus der Zeit von 1848 resultierende Programmatik wieder auf: Einheitsschule, Anhebung und Vereinheitlichung der Lehrerausbildung, Vereinheitlichung der Schulverhältnisse durch ein Reichsschulgesetz und endgültige Abschaffung der noch verbliebenen kirchlichen Einflüsse innerhalb des Erziehungswesens.

Die in über 50 Jahren gefestigte Staatsfixierung wurde allerdings nicht gebrochen. Im Gegenteil: wenn das Weltbild der Volksschullehrerschaft von der Vorstellung beherrscht wurde, daß der Staat das politische Subjekt sei, das die 'sozialen Mächte' unter das Allgemeinwohl zwingt, dann wurde diese Identifikationsfigur während der Weimarer Republik bestärkt, weil sie real bedroht war. Schließlich wurde die Volksschullehrerschaft jetzt Zeuge von - gegenüber dem Kaiserreich wesentlich schärferen - Klassenauseinandersetzungen, deren Vorhandensein sie zwar anerkennen, deren Beendigung sie aber desto mehr wünschen mußte. Aus dem ihr eigenen Politikverständnis ergab sich zwangsläufig, daß sie den sozialen Klassen das 'Recht', als politische Subjekte zu handeln, absprechen mußte. Sie kämpfte - wie andere Teile der Mittelschichten auch - "nicht gegen das Kapital noch gegen die Lohnarbeiterklasse - sondern gegen

28) Ebenda, S. 423.

ihren Kampf". 29) Sie mußte nach einer außergesellschaftlichen Instanz, einem omnipotenten politischen Subjekt verlangen, das durch sein Eingreifen den 'parteilpolitischen Reibereien' ein Ende setzen würde. Lösungswünsche solcher Art waren notwendig "antiparlamentarisch gefärbt. Gerade die Institution des Parlaments als Forum offener Konfliktaustragung impliziert ja die ausdrückliche Anerkennung von sozialen Konflikten; es muß dieser Einstellung als verderblich und gefährlich erscheinen". 30)

Es lag auf der Hand, daß diejenigen Teile nationalsozialistischer Ideologie, die die Notwendigkeit des 'starken Staats' begründeten, den traditionellen Staatsfixierungen der Volksschullehrerschaft entgegenkamen:

"Wir hatten bisher nicht einen Staat, der machtvoll die Zügel in der Hand hielt", klagte Georg Wolff auf der Vertreterversammlung des DLV i. J. 1933, auf der dieser sich dem NSLB anschloß, "wir hatten nach Carl Schmitts treffender Charakteristik einen Staat, der weithin von den verschiedenen sozialen Gruppen abhängig war, bald als Opfer, bald als Ergebnis ihrer Abmachungen, ein Kompromiß wirtschaftlicher und sozialer Machtgruppen, ein Agglomerat heterogener Faktoren, Parteien, Interessenverbände, Konzerne, Gewerkschaften, Kirchen usw., die sich untereinander verständigen. So war der Staat im Kompromiß der sozialen Mächte relativiert worden, ja überhaupt problematisch geworden, wenn nicht der Diener oder das Instrument der herrschenden

29) Geiger, Th., Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Berlin 1930, H. 10, S. 637ff.; S. 640.

30) Lepsius, R. M., Extremer Nationalismus. Stuttgart/Berlin 1966, S. 11. Zit. nach: Leppert-Fögen, A., Die deklassierte Klasse, a.a.O., S. 275f.

Klasse oder Partei, so doch ein bloßes Produkt des Ausgleichens, ein *pouvoir neutre*, ein neutraler Vermittler, eine Ausgleichsinstanz, ein clearing office, ein Schlichter". 31)

Faschismus und Volksschullehrerschaft trafen sich 1933 in dem Interesse, der Schlappheit des Staates ein Ende zu setzen.

Damit ist zugleich die Legende von der Verführung einer an sich arglosen Berufsgruppe ad absurdum geführt: es waren zu großen Teilen ihre eigenen Traditionslinien, die ihr, vom Nationalsozialismus immanent konsequent expliziert und machtmäßig brutal realisiert, als Möglichkeit gegenübertraten. Was verlangte der Nationalsozialismus anderes, als eine kurze, notwendige Phase politischer Aufräumarbeit, um danach das zu garantieren, was dem beruflich-politischen Selbstverständnis der Mehrheit der Volksschullehrer immer unabdingbar erschienen war: die Harmonie einer Volksgemein-

31) ADLZ 61 (1933), Nr. 23, S. 402. Es ist geradezu eine Ironie, daß Wolff hier - bei aller Verkürzung - in dem, was ihm als Deformation des Wesens des Staates erscheint, einer korrekten Definition der objektiven Staatsfunktionen in 'normalen Zeiten' der bürgerlichen Gesellschaft sehr nahe kommt. Am Ende der Weimarer Republik konnte der Staat gerade nicht mehr jene Funktionen der *pouvoir neutre* erfüllen, die seine Genese und sein Bestehen erklären. Insofern sind nicht, wie Wolff meint, diese Funktionen Ausdruck seiner Deformation, sondern vielmehr jene direkte, von bestimmten Interessen unmittelbare Abhängigkeit, die Wolff fälschlicherweise mit der Kategorie der *pouvoir neutre* identifiziert. - Dann allerdings ist es mit dem Hinweis auf Deformationen des Staates von seinem 'eigentlichen Wesen' nicht getan; es müßte vielmehr bestimmt werden, warum bestimmte Transformationen im Rahmen einer bürgerlichen Gesellschaft notwendig und realisierbar waren.

schaft, in der Klassenauseinandersetzungen ebenso überflüssig würden wie der Streit um Neutralität oder Parteinahme von Schule und Lehrerschaft?

Daß die politische Realität des Jahres 1933 zur Erreichung dieses Ziels ausgerechnet die Unterwerfung unter eine *P a r t e i* erforderte - dieser Dialektik konnten sich beispielsweise die bayrischen Volksschullehrer getrost unterordnen, wenn ihr 1. Vorsitzender i. J. 1933 die Faschisten belehrte, die Auflösung des DLV sei eigentlich überflüssig, da dessen Geschichte doch "geradezu als Hauptinhalt das schon (habe), was die neue Regierung will: Das Schaffen eines einheitlichen Reiches, die Erziehung eines echten deutschen Staatsvolks". 32)

1.1.5 Zur Funktion der 'politischen Neutralität' des DLV.

Aus den harmonischen Vorstellungen über den Interessenausgleich in Staat und Gesellschaft hatte der DLV einst das Kernstück seines politischen Selbstverständnisses - die politische Neutralität - abgeleitet.

Das Ende der Weimarer Republik war durch die konsequente antidemokratische Handhabung rechtlicher Normen in verschiedenen staatlichen Bereichen gekennzeichnet. Die auch in dieser Situation undifferenziert aufrechterhaltene traditionelle Formel der politischen Neutralität schwächte in nicht geringem Maße auf mehreren Ebenen potentielle Abwehrkräfte:

- sie ließ das pädagogische Bekenntnis der Lehrerschaft, in der Schule Sachwalter der politischen Neutralität zu sein, unerschüttert. Noch i. J. 1932 verabschiedete der

32) Nüchter, F., Lehrervereine wozu? Neustadt 1934, S. 10.

DLV eine Resolution, in der es hieß: "Der DLV hat sich dazu entschieden, in der Schule für Volksversöhnung zu wirken. Die Schule ... hat in ihrer äußeren Organisation wie in ihrem inneren Leben ein Abbild und Vorbild der großen Volksgemeinschaft zu sein. ... In die sozialen und politischen Kämpfe der Volksgruppen hat sich die Schule nicht einzumischen". 33) 34)

Damit setzte sich die Volksschullehrerschaft gegenüber faschistischen Tendenzen im Schulwesen, die zunehmend auch die mit dem neutralen Verhalten vermeintlich geschützte Schülerschaft ergriffen, selbst außer Gefecht;

- als Glaubenssatz des deutschen Berufsbeamtentums konnte die Formel von der Neutralität gerade in der dem deutschen Faschismus eigenen l e g a l e n Durchsetzungsform eine wesentliche Rolle spielen. Für das Bewußtsein von neutralen Staatsbeamten mußte die plötzliche und zugleich schleichende, durch Wahlen legitimierte, autoritäre Umstrukturierung der rechtlichen und staatlichen Sphäre dazu führen, daß die Affirmationen an 'den Staat' auch während seiner faschistischen Umstrukturierung in Kraft blieben: wer die Gesetze erließ, die Erlasse, Richtlinien und Durchführungsbestimmungen verkündete, übte der Beamtenschaft gegenüber die reale Macht aus,

33) ADLZ 58 (1929), S. 484.

34) Daß zumindest die pädagogische Neutralität nicht unbestritten war, zeigt sich an der Auseinandersetzung auf der Lehrerversammlung in Dresden im Mai 1929. Während der Vorsitzende des DLV, Leo Raepfel, als Vertreter der Mehrheitsfraktion den "Sinn der Grundschule, ja der Erziehung überhaupt" in Frage gestellt sah, wenn der Lehrer die "Möglichkeit der Volksversöhnung verneine", forderten zwei Vertreter der Minderheitsfraktion, die bei der Abstimmung über die Schlußresolution unterlag, "der Erzieher dürfe sich nicht schützend vor die heutige Gesellschaftsordnung stellen, er müsse die Kinder zur Erkenntnis des sozialen Unrechts bringen". ADLZ 58 (1929), S. 484f.

auf deren Faktizität sich diese wiederum berufen konnte. 35)

Für die Lehrer in ihrer Eigenschaft als Beamte bot dabei die konservative bzw. nationalsozialistische Interpretation des Verhältnisses der Beamten zum Staat mit einer Reihe "intellektueller Kunstgriffe" (Schulz) eine Identifikationsebene an, auf die sie sich aus dem Dilemma zwischen dem gepflegten Selbstverständnis als neutrale Beamte und der ganz eindeutig geforderten Politisierung derselben Beamtenschaft retten konnten: da "der Nationalsozialismus keine Parteisache, sondern 'die' deutsche Weltanschauung sei, der deutsche Gedanke auf allen Gebieten", 36) erschien die Auflösung der politischen Parteien logische Konsequenz. "Die wahre 'politische Mission' des Berufsbeamtentums (war) vorbereitet, das nun erst, des Parlamentarismus der vorausgegangenen Epoche ledig, seinen S t a a t s beruf erfüllen und in

-
- 35) Zum Problem des Verhältnisses von Staat und Faschismus vgl. Tasca, A., Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstiegs des Faschismus (1936). In: Bauer, O., Marcuse, H., Rosenberg, A., Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Frankfurt/M. 1967, S. 169ff. "Der Faschismus führt eher einen Krieg um Stellungen denn einen um Prinzipien. Sein stärkstes Hilfsmittel sind die vollendeten Tatsachen, die ohne die Übernahme der Macht, eben keine sind. Nur mit den Mitteln der Macht kann der Faschismus die Widersprüche, die er in sich birgt, überwinden und das einmal erreichte Tempo beibehalten". Ebenda, S. 176.
- 36) Rede des Generalstaatsanwalts von Breslau vor den Oberstaatsanwälten seines Landesgerichtsbezirks am 27. Juli 1933. Zit. nach: Schulz/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. II. Frankfurt/M./Wien/Berlin 1974, S. 153.

einem neuen Beamtenstaat in seine ihm zukommende politische Stellung einrücken sollte". 37)

- schließlich konnte die politische Neutralität innerverbandlich die Mitglieder des DLV auch noch in dem Moment vereinheitlichen bzw. die Opposition neutralisieren, als das todsichere Ende jedweder hypostasierten Neutralität absehbar war. Die politische Neutralität wurde zur Beshwörungsformel, unter der sich die Mehrheit der Mitglieder gegen die Einwände einer geringen oppositionellen Gruppierung in Einigkeit zusammenfand. 38)

Während der Transformation des bürgerlichen in einen faschistischen Staat konnte die Neutralitätsformel des DLV somit eine doppelte Funktion erfüllen: solange der bürgerliche Staat in der Repräsentation durch die Präsidialkabinette und deren Politik noch existierte, unterstützte die Norm der politischen Neutralität Tolerierungs- und Stillhaltepositionen in der Lehrerschaft; als sich der Durchbruch des faschistischen Systems abzeichnete, legitiimierte sie die Loyalität gegenüber der durchsetzungsfähigen, neuen Staatsform. 39)

Abschließend ist auf das verhängnisvolle Zusammenwirken zweier, hier getrennt behandelter Bewußtseinsfaktoren hinzuweisen, die den DLV letztlich auch zur Erfolglosigkeit jeglicher Interessenwahrnehmung verdammten:

37) Ebenda, S. 149 (Hervorhebungen, R. M.).

38) Die gründliche Erforschung dieser innerverbandlichen Opposition steht noch aus. Erwähnung findet sie bei Breyvogel, W., Die Lehrerschaft, a.a.O.; und Krause-Vilmar, D., Der aufziehende Faschismus, a.a.O.

39) s. nächste Seite.

Sowohl die Deklassierungsängste als Ausdruck der Abgrenzung gegenüber der Arbeiterklasse wie der Fetisch der politischen Neutralität waren zwei wesentliche Voraussetzungen, die es verhinderten, die Organisationsform des ständischen Berufsvereins in Frage zu stellen und sich auf die freien Gewerkschaften, also zumindest auf den "Allgemeinen Deutschen Beamtenbund" (ADB) zu beziehen. Obwohl gerade der DLV an der Wirkungslosigkeit der Besoldungspolitik des "Deutschen Beamtenbunds" (DBB) heftige Kritik geübt hatte und die Frage der Vereinigung der beiden Beamtenorganisationen ADB und DBB auf der 35. Vertreterversammlung des DLV im Jahre 1927 diskutiert wurde, wurde ein dahingehender Antrag mit 262:206 Stimmen abgelehnt.⁴⁰⁾ Eine nicht unwesentliche Rolle konnte dabei der 1. Vorsitzende des DBB,

39) Von daher wäre es zu kurz gegriffen, die Funktion der Neutralitätsformel nur vom Resultat der Entwicklung, dem faschistischen System, her zu definieren. In der Zeit der Präsidialkabinette als der Phase der noch nicht endgültig geschlagenen bürgerlichen Demokratie erfüllte sie die ihrem Wortsinn eigentlich entsprechende und für diese kurze Phase eminent wichtige politische Funktion, mögliche Oppositionskräfte zu neutralisieren.
- Vgl. zur Funktion der Präsidialkabinette die mehrfach erwähnte Untersuchung von Leppert-Fögen, a.a.O., S. 315ff. Leppert-Fögen rezipiert hier Trotzki's Faschismusanalyse, die als einzige marxistische Analyse auf dieser 'eigenständigen', bonapartistischen Phase insistiert: "Die parlamentarische Demokratie wird nicht unmittelbar durch den Faschismus ersetzt, sondern es folgt eine Übergangsphase, die Trotzki mit dem Begriff des 'bonapartistischen' Systems belegt, im Fall Deutschlands die Regierungen Brüning, von Papen und Schleicher. ... Die parlamentarische Demokratie kann angesichts der wachsenden sozialen Antagonismen die Regelungsfunktion nicht mehr ausüben; der Faschismus andererseits übt sie noch nicht aus, ... Die wesentliche Funktion der bonapartistischen Regierung besteht ... darin, 'den Bürgerkrieg durch freundschaftliche Disziplinierung der Nationalsozialisten und Fesselung des Proletariats mit Polizeiketten zu umgeben' (Trotzki) Die scheinbare Stärke dieser Systeme ist Resultat eben dieser Funktion: der Neutralisierung beider Lager ..." Ebenda, S. 315f.

40) ADLZ 56 (1927), Nr. 24, S. 460.

Wilhelm Flügel, ⁴¹⁾ spielen, der sich zu der Behauptung verstieg, weil der DBB neutral sei, könne er von sich aus keine Einigungsversuche mit dem ADB unternehmen. ⁴²⁾

1.1.6 Die 'Auslieferung' des DLV an den NSLB.

Zum Ende der Weimarer Republik klappten die Enden jener Schere zwischen den unverändert aufrechterhaltenen Neutralitätsvorstellungen des DLV und den sich davon getrennt konzentrierenden Affinitäten sowohl der Volksschullehrer wie der durch die Neutralität vermeintlich geschützten Schülerschaft zum Nationalsozialismus immer weiter auseinander.

Die Unvereinbarkeit zwischen traditioneller Verbandspolitik und -sprache und den realen Bedürfnissen und Interessen eines großen Teils der Mitglieder, die jenseits der Immobilität des Verbandes ihren Ausdruck suchten und fanden, war letztlich die Voraussetzung für die dem verbalen Selbstverständnis des DLV offen widersprechende 'Auslieferung' der Organisation an den nationalsozialistischen Lehrerverband, den NSLB.

Es geht aus den wenigen genannten Untersuchungen über propagandistische Ansätze des im Zeitraum von 1927 bis 1929 ⁴³⁾

41) Durch Wilhelm Flügel, den Vorsitzenden des DBB seit 1920, war der DLV in besonderer Weise an den DBB gebunden bzw. erhoffte er sich durch ihn tatkräftige Vertretung der Lehrerinteressen im DLV: Flügel war selbst Lehrer gewesen, Vorstandsmitglied des Berliner Lehrervereins, des Preußischen LVs und des Geschäftsführenden Ausschusses des DLV. Vgl. seine Biographie in: ADLZ 57 (1928), Nr. 47, S. 976f.

42) ADLZ, 56 (1927), Nr. 24, S. 460.

43) Vgl. zur Ungeklärtheit des Gründungsdatums des NSLB: Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 10, Fußnote 6.

gegründeten "Nationalsozialistischen Lehrerbundes" (NSLB) und seiner Verbandszeitung, der "Nationalsozialistischen Lehrerzeitung" (NSLZ) hervor, daß dieser seine Angriffe auf die Verbandspolitik des DLV und seine propagandistische Konkurrenz zum Zwecke der Abwerbung von Mitgliedern des DLV, die für ihn ja ebenfalls das größte Rekrutierungspotential darstellten, teilweise auf dieser Diskrepanz zwischen offiziellen Verlautbarungen zum Selbstverständnis und zur Politik des DLV und den quer dazu liegenden Erfahrungen der Mitglieder aufbaute.

Die in einer neueren Arbeit beispielsweise enthaltene Charakterisierung der Polemik des NSLB als "bombastisch, langatmig und kleinkariert" ⁴⁴⁾ trifft dabei zwar den Stil der Attacken exakt, es scheint jedoch, daß gerade diese Form die Garantie dafür bot, daß sich der Einzelne auf's 'Einerseits' oder 'Andererseits' innerhalb des Mischungsverhältnisses nationalsozialistischer Attacken zurückziehen konnte. ⁴⁵⁾ - Das "bare Stroh" ⁴⁶⁾ nationalsozialistischer 'Erziehungstheorie' machte jedoch vor der Machtergreifung eindeutig den geringeren Teil der Propaganda aus. Weit größeren Umfang nahmen z. B. in den Jahrgängen der NSLZ zwischen 1930 und 1933. die Attacken gegen Politik und Ideologie des DLV ein; die Auseinandersetzungen der einzelnen Landesverbände mit den jeweiligen Landesregierungen und die innerverbandlichen Konfliktstrukturen wurden von der NSLZ genauestens verfolgt, des langen und breiten dargestellt ⁴⁷⁾ und die jeweils störenden Elemente in einem unentwirrbaren Konglomerat von Reizworten und Versatzstücken aus dem national-

44) Budde, H., Caspar, H., u. a., Der Weg des DLV, a.a.O., S. 131.

45) s. nächste Seite.

46) s. nächste Seite.

47) s. nächste Seite.

- 45) Vgl. dazu die Kritik der AFLGD im "Volkslehrer", 11 (1929), Nr. 24, S. 279f., an der Nr. 1 der NSLZ: "Man rafft sich zu einigem Ernst auf, um dieses neue Presseerzeugnis anzusehen. Aus den landläufigen Flugblättern, Broschüren und Zeitungen der Nationalsozialisten unserer Tage kann man tatsächlich, auch wenn man sie einigermaßen verfolgt, keinen gesinnungsmaßi- gen Wert und keine politisch diskutabile Basis heraus- finden. Deshalb nimmt man gewöhnlich dies tobende Volk auf die leichte Schulter und freut sich über seine unglaublichen Konflikte mit jeder Logik. Theo- retisch sind sie einfach unschlagbar, weil sie keine Theorie und kein eindeutiges Programm haben. ... Ehe wir da genauer zusehen, soll aber doch noch einmal festgestellt werden, daß die Bewegung hinter dem Na- tionalsozialismus, deren flüchtige und lächerliche Manifestation er ist, deren brutale Exekutive er ver- den möchte, daß diese Bewegung durchaus ernst zu neh- men ist. ... Wenn es nach den Hugenbergen ginge, voll- zögen Nazis, Stahlhelmer und andre "Vaterländische" den letzten Schlag der Konterrevolution in unserer nichtsozialistischen Republik ... Wenn die Nazilehrer nun eine "deutsche Erziehung" verlangen, ..., so mei- nen sie gar nicht eine wissenschaftlich fundierte Me- thodik, ein logisch aufgebautes System der Ziele, sie machen also keinen eigenen Vorschlag, sie singen so- zusagen fremde Texte ganz und gar auf eigene Melodie, um zu stören, um ihrer Aufgabe politischer und kultu- reller Konterrevolution gerecht zu werden".

Der mit "Roamer" gezeichnete Artikel schließt mit der Feststellung: "Der Nationalsozialistische Lehrerbund und sein Organ ist für die bürgerliche Lehrerschaft eine Riesenblamage, uns scheint, eine durchaus ver- diente. Die Grundlagen für diese phantastischen Tor- heiten liefert die alltägliche Ideologie des bürgerli- chen Lehrers".

(Hervorhebungen im Text)

- 46) Ebenda, S. 179.
- 47) Vgl. die Jahrgänge der NSLZ im Zeitraum 1930 - 1933; in jeder Nummer erschienen mindestens zwei bis drei Artikel zur Verbands politik des DLV, manche Hefte, z. B. die November/Dezember-Nummer d. J. 1931, waren vollständig der Auseinandersetzung mit dem DLV ge- widmet.

sozialistischen Vokabular mit dem "jüdisch-marxistisch-liberal-kapitalistischen Großangriff" auf "deutsch-völkische Werte" identifiziert. 48)

Mag dieses Angebot von 'Erklärungen' für die eigenen Erfahrungen der Lehrer auch nicht überzeugend gewesen sein - die rücksichtslosen Attacken des NSLB gegen die "Verknöcherungen der Vorstände" des DLV, die "frisches Blut" brauchten, trafen auf innerverbandliche Disparierungsmomente, 49) die zumindest Teile der Junglehrerschaft begannen, "mit Hilfe der nationalsozialistischen Ideologie zu verarbeiten". 50)

Auf derselben Ebene lagen Angriffe des NSLB gegen die Neutralität des DLV, jenem verbandspolitischen Fetisch, der angesichts der rasanten politischen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik objektiv obsolet wurde. Wenn also von seiten des NSLB festgestellt wurde: "Zunächst ist es ein logischer Unsinn, politisch neutral sein zu wollen, wenn man Schulpolitik treiben will. Und ebenso unsinnig ist es, wenn eine Organisation, die Standespolitik treiben will, politisch neutral sein will. Das geht nicht". 51), so mag das scheinbar eindeutigere Bekenntnis: "Bei uns ist das anders: Wir sind bewußt politisch". 52), gegenüber der un-

48) Vgl. die eindrucksvolle, kommentarlose Zitatezusammenstellung aus der NSLZ in: Der Volkslehrer 12 (1930), Nr. 12, S. 1. Vereinzelt auch bei Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 19.

49) Vgl. dazu die angedeutete Kontroverse zwischen den "heute schon Fünfzig- und weit über Fünfzigjährigen" und den jungen Mitgliedern des DLV, die den älteren den Vorwurf machten, sie würden die Jugend zum Verzicht aufordern. In: ADLZ 62 (1933), Nr. 1, S. 3.

50) Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O., S. 64.

51) NSLZ, September 1932, S. 10.

52) NSLZ, November 1930, S. 3.

glaubwürdigen und hilflosen Verbandspolitik des DLV offen und ehrlich gewirkt haben.

Somit konnten die Lehrer in der nationalsozialistischen Propaganda eigene Erfahrungen wiedererkennen und durch den NSLB jene Interessen organisieren lassen, die in den traditionellen Verbandsaktivitäten nicht mehr aufgeho-
ben waren. Darüberhinaus wurde die legitimatorische Basis des DLV auch von der Seite der Schüler als derjenigen Gruppe her brüchig, deren Interessen mit zu vertreten der DLV immer beansprucht hatte: "Die zunehmende Abwanderung der Jugendlichen in reaktionäre und faschistische Organisationen und die damit verbundene Verschärfung des Um-
gangstoms in der Schule selbst führten die Lehrer zu der Einsicht ihrer prekären Lage". 53)

Der DLV reagierte im Zusammenhang mit diesen Erscheinungen bereits vor der offiziellen Selbstentmachtung im Juni 1933 mit Anpassung und innerer Gleichschaltung an die ihn be-
drohenden Prozesse: einerseits unterlag das einst von der neutralen Tätigkeit des Lehrers geprägte Erziehungsideal des DLV einem merklichen verbalen Wandlungsprozeß, 54)
andererseits ließ sich im Zusammenhang mit den hohen Wahler-
folgen der NSDAP, den ersten nationalsozialistischen Landes-
regierungen und den stärker und lautstärker werdenden Fa-
schisten im DLV selbst eine Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber ablesen, die im Rahmen der ADLZ z. B. dadurch ge-

53) Budde, H., Caspar, H., u. a., Der Weg des DLV, a.a.O., S. 150. Einen ausführlichen Überblick über Stärke, Strukturen und Zielsetzungen der Jugendverbände am Ende der Weimarer Republik gibt: Siemering, H. (Hrsg.), Die Deutschen Jugendverbände, Berlin 1931.

54) Budde u. a., Der Weg des DLV, a.a.O., S. 139f.; S. 150f.

kennzeichnet war, daß sie mit der Machtübernahme des Faschismus rechnete und diese historische Möglichkeit affirmativ-anbiedernd und borniert-abwartend zugleich als Versuch darstellte, "einer oppositionell gestimmten Partei Gelegenheit zur positiven Arbeit zu geben", ⁵⁵⁾ einen Versuch also, den man "nicht unbedingt verwerfen sollte". ⁵⁶⁾

55) ADLZ 59 (1930), S. 729.

56) Ebenda. Um Ideologie und Politik des DLV in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum nationalsozialistischen Staat in Relation zu anderen sowohl sozial und politisch wichtigeren als auch prinzipiell zu einer radikaleren Kritik fähigeren Kräften zu sehen, ist es notwendig, sich deren positive Identifikation mit den ökonomischen und politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen der Weimarer Republik in Erinnerung zu rufen: sowohl die Tolerierungspolitik der SPD den Brüning'schen Kabinetten gegenüber (Vgl. Hillgruber, A., Die Auflösung der Weimarer Republik, Hannover 1965, S. 18ff.; Abendroth, W., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1969², S. 56ff.), die die Machtverschiebung auf staatlicher Ebene passiv hinnahm, als auch die im Vorstand des ADGB vertretenen wirtschaftsdemokratischen Illusionen (vgl. dazu Fugger, K., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1946), Neuaufl. Berlin 1971, S. 140ff.; Schumann, G., Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt/M. 1958, S. 57ff.) über den Charakter des Kapitalismus und der staatlichen Wirtschaftspolitik waren ebensowenig eine reale Alternative für die Massen wie die verwirrende, abstrakte und viel zu spät und ungenügend revidierte Politik der KPD, die eine verhängnisvolle Identifizierung von SPD und NSDAP betrieb (vgl. dazu Weber, H., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik Bd. 1, Frankfurt/M. 1969, bes. S. 239ff.; Flachtheim O. K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, bes. S. 248ff.). - Wenn z. B. der ADGB im Jahre 1925, durch die relativen sozialen Erfolge der Stabilisierungsperiode des deutschen Kapitalismus geblendet, davon sprach, "daß über den einseitigen Interesse der einzelnen Gesellschaftsschichten und Klassen das große gemeinsame Interesse des Volksganzen, also des Staates, steht" (Protokoll des 12. Gewerkschaftskongresses des ADGB, Breslau 1925, S. 117f. Zit. nach Fugger, a.a.O., S. 149), wie sollte dann, so läßt sich fragen, der DLV als Teil des eher die a priori staatstreuen Mentalitäten der deutschen Beamtenschaft vertretenden DBB dieser fatalen Identifizierung der Interessen der Lohnabhängigen mit denen des Staates und des "Volksganzen" entgegen?

(Fortsetzung s. nächste Seite).

Soweit waren die Annäherungsprozesse innerhalb des DLV, sei's von seiten des Vorstands, sei's von seiten der Mitgliedschaft, an den Nationalsozialismus vonstatten gegangen, als im Frühjahr 1933 die Eingliederung des DLV in die "Deutsche Erziehergemeinschaft" (DEG) vollzogen wurde. Ab März 1933 erfolgten die vorbereitenden Schritte Schlag auf Schlag: am 31. März erließ Hans Schemm, bayrischer Kultusminister und Vorsitzender des NSLB, eine Aufforderung an alle Lehrervereine, "die Vorstandsämter in der Zentrale und in den Ortsgruppen und Schriftleitungen der Vereinschriften an Nationalsozialisten zu übergeben". 57) Der DLV, der bereits am 23. März durch ein Schreiben des Geschäftsführenden Ausschusses an die Reichsregierung seine "tatkraftige, fördernde Mitarbeit" beim "nationalen Aufbau des Erziehungswesens" 58) zugesichert hatte, versicherte auf der von Schemm am 20. Mai einberufenen "Erziehertagung" in Berlin 59) seine Bereitschaft, sich dem NSLB korporativ anzuschließen und überließ ihm am 7. Juni - einen Tag vor der eigentlich als 41. Vertreterversammlung und Lehrertagung geplanten traditionellen Pfingstveranstaltung des DLV in Magdeburg - den Vorstand des DLV. Am 8. Juni unterzeichneten

(Fortsetzung der Fußnote 56)

Für die zugespitzte Übergangsperiode im März 1933 sei noch daran erinnert, daß selbst der Bundesvorstand des ADGB Hitler eine Erklärung zukommen ließ, in der er die Mitarbeit im faschistischen Staat anbot und daß Teile des SPD-Vorstands im Ausland die sozialdemokratische Presse in ihrer Kritik am Hitler-Regime mäßigen wollten. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II, von 1917 - 1945, Berlin (DDR) 1966, S. 318/19.

57) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 76.

58) ADLZ 62 (1933), Nr. 12, S. 213f. In diesem Schreiben faßte der DLV nocheinmal seine schul- und standespolitischen Forderungen zusammen: Durchsetzung der Staatsschule, Einführung eines Reichsschulgesetzes, Institutionalisierung einer obersten Reichsbehörde für das Erziehungswesen und die Ausbildung aller Lehrer an Hochschulen.

59) Vgl. ADLZ 62 (1933), Nr. 21, S. 370.

schließlich 43 Lehrerverbände mit dem DLV ein Dokument, 60) durch das sie der "Deutschen Erziehergemeinschaft" beitraten. 61) Opposition gegen diesen Schritt wurde innerhalb der deutschen Lehrerschaft nicht laut. Sie kam - in Deutschland allerdings nicht mehr wahrgenommen - vom Ausland, aus der "Fédération Internationale des Associations d'Insti-

-
- 60) Das dabei von seiten des NSLB angewandte Täuschungsmanöver verlief ohne Protest: die Unterzeichner sahen selbst bei der Unterschrift nie den als Grußtelegramm an Hitler ausgegebenen Text des Dokuments - und unterschrieben! Vgl. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 78. Vgl. die Rede Schemms vor der Unterzeichnung. In: ADLZ 62 (1933), Nr. 24, S. 414.
- 61) Die erste Phase der organisatorischen Vereinheitlichung war laut Eilers - erst Ende 1934 abgeschlossen. Aus Eilers' Darstellung, die in allen Teilen davon geprägt ist, das Bild des monolithischen, mit den Knöpfen der reibungslosen Machtausübung souverän spielenden, nationalsozialistischen Staates zu widerlegen, geht hervor, daß auch der NSLB unter Schemm zunächst nur ein Verband unter anderen innerhalb der "Deutschen Erziehergemeinschaft" (DEG I) war. Er baute erst durch den Erfolg in Magdeburg seine Vormachtstellung erfolgreich aus, die er schließlich gegen die von Reichsinnenminister Frick favorisierte, erneut gegründete DEG II durchsetzen konnte. Dieser DEG II war z. B. der Bayrische Lehrerverein beigetreten, obwohl dieser noch vor dem DLV auf einer a. o. Mitgliederversammlung am 25. April 1933 Schemm zu seinem neuen Vorsitzenden wählte. Vgl. NSLZ, Nr. 5, 1933, S. 3ff. - Leider werden bei Eilers - bis auf sicher mitentscheidende finanzielle Gründe der Vermögensrettung der einzelnen Verbände - kaum Entscheidungsgründe für den Beitritt in NSLB oder DEG deutlich. - Der zweite endgültige organisatorische Gleichschaltungsprozeß endete i. J. 1936, als sich der Nachfolger Schemms, Fritz Wächtler, mit der Auflösung aller noch bestehenden Lehrerorganisationen inner- und außerhalb des NSLB durchsetzen konnte. Vgl. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 78-85.

tuteurs" (FIAI). ⁶²⁾ Als im August 1933 als Vertreter des NSLB Schemm, Kolb, Becker und Wolff erschienen und "ganz unschuldig (taten), als ob sich in Deutschland nicht viel verändert habe und ... für den NSLB dieselbe angesehene Stellung, die sich der Deutsche Lehrerverein in der FIAI geschaffen hatte, (beanspruchten)", ⁶³⁾ verweigerte diese die Anerkennung des NSLB. Während die Vertreter des NSLB "im Gleichschritt" den Kongreß verließen, ⁶⁴⁾ beschloß der Kongreß, "den der deutschen Lehrerschaft zugeteilten ständigen Sitz im Exekutivkomitee offen zu lassen für den Tag, an dem ihn wieder frei gewählte Vertreter der deutschen Lehrerschaft einnehmen könnten". ⁶⁵⁾

62) Die FIAI wurde 1927 unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen, französischen und englischen Lehrervereine in Amsterdam gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der 1. Vorsitzende des DLV, Georg Wolff, gewählt. Der FIAI schlossen sich in den folgenden Jahren zahlreiche Lehrerverbände an; sie umfaßte bereits i. J. 1928 14 Verbände mit ca. 1/2 Mio. Mitglieder. Nach dem zweiten Weltkrieg bemühte sich der ADLLV bzw. die GEW, im besonderen Max Traeger und Heinrich Rodenstein, um Wiederaufnahme des (west)-deutschen Verbandes. Im August 1950 fanden schließlich die Vertreter der AGDL Wiederaufnahme. Vgl. zur Geschichte der FIAI in der Weimarer Republik, ADLZ 57 (1928), Nr. 16, S. 350.

63) Rodenstein, H., Die deutsche Lehrerschaft und die internationalen Lehrerverbände. In: Sonnenberg-Briefe zur Völkerverständigung. 5. Brief (Sept. 1953), Braunschweig o. J., S. 13.

64) Etwas drastischer schildert nach 1945 "Der Volkslehrer". Mitteilungsblatt für die Funktionäre der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB", 1 (1947), Nr. 8, S. 13, diesen Vorgang: "Mit Schemm besuchte Wolff dann als Vertreter der Hitler-Regierung die internationale Tagung der Lehrervereine in Spanien, wo beide von der empörten Versammlung hinausgeworfen wurden".

65) Rodenstein, H., Die deutsche Lehrerschaft, a.a.O., S. 13.

- 1.2 Integrationsmechanismen im national-sozialistischen System.
- 1.2.1 Ausübung von Funktionen im politischen Apparat der NSDAP.

Es gehört zur spezifisch deutschen Form der 'Vergangenheitsbewältigung', auf die Frage, warum so viele für das System gewesen seien zu antworten, es seien nur wenige gewesen, und auf die Anschlußfrage, warum dann so wenige dagegen gearbeitet hätten, darauf zu verweisen, daß "Helden und Heilige ... nicht berühmt (wären), gäbe es ihrer nicht so wenige". ⁶⁶⁾

Hier soll nicht bestritten werden, daß ein ganzes Spektrum von subjektiven politischen Haltungen - Resistenzvermögen, Zivilcourage, Risikobereitschaft, Mut zur Isolation - als Voraussetzungen für Widerstandshandlungen gegen den Faschismus notwendig waren, die nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden können. Ebensovienig soll bezweifelt werden, daß es eine - wissenschaftssystematisch kaum erfaßbare - ⁶⁷⁾ Anzahl von Widerstandsformen auch in der Lehrerschaft gegeben hat.

66) Rodenstein, H., 25 Jahre GEW, a.a.O., S. 315.

67) Bisher wird die Beteiligung von Lehrern am Widerstand fast ausschließlich in der DDR erforscht. Vgl. dazu den bereits erwähnten Sammelband der Monumenta paedagogica, Bd. XV. Methodisch steht die Widerstandsfor-schung vor dem Problem, daß jene Aktivitäten, die nicht im Zusammenhang mit den Parteien und Gruppen wie SPD, KPD, KPO und ISK standen, systematisch kaum erfaßbar sind und die Zahl der noch lebenden Betroffenen immer kleiner wird.

Bestritten werden aber muß - unabhängig von theoretisch erklärbaren Affinitäten der Lehrerschaft zum Faschismus - allein aufgrund des empirischen Zahlenmaterials, daß die Integration in das nationalsozialistische System ein Ergebnis "physisch-psychischen Terrors" (Rodenstein) gewesen sei.

Ohne auf neuere Forschungen zurückgreifen zu können, läßt sich z. B. an der aktenmäßig gut belegten Darstellung der Auswirkungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bei Eilers ⁶⁸⁾ aufweisen, daß die ohne Zweifel vorhandenen Drohmittel gegenüber der Lehrerschaft vorrangig in der Weise angewandt wurden, daß bei Verweigerung der Loyalität gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern - konkret: bei Verweigerung, Loyalitätserklärungen zu unterschreiben - ⁶⁹⁾ freiwilliges Zur-Ruhesetzen ⁷⁰⁾ möglich war, oder Versetzung, vorzeitige Pensionierung oder Entlassung erfolgte, in den seltensten Fällen schärfere Maßnahmen wie Schutzhaft o. ä. ⁷¹⁾ Zudem ist zu bedenken, daß nach der ersten Säuberungswelle, die Ende 1934 im wesentlichen abgeschlossen war, ⁷²⁾ die Über-

68) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 69ff. Vgl. auch den Überblick über die "Gesetzgebung zum Beamtenrecht im ersten Jahr der nationalen Erhebung" in: Reichszeitung deutscher Erzieher, 1 (1934), S. 17f.

69) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 71.

70) Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung Bd. II, a.a.O., S. 165.

71) Dieses Vorgehen ist im Zusammenhang mit der Zerschlagung des Sächsischen Lehrervereins i. J. 1933 gegenüber dem 1. Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und der Schriftleiter bekannt geworden. Vgl. ADLZ 62 (1933), Nr. 12, S. 234.

72) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 71.

prüfungsverfahren sich im besonderen auf die Beförderungen in der Beamtenlaufbahn bezogen, ⁷³⁾ woraus umgekehrt zu entnehmen ist, daß bei geringen Ambitionen, innerhalb der Beamtenhierarchie aufzurücken, die Stellung der Lehrer nicht permanent gefährdet war, zumal der in den Jahren 1934 - 1937 spürbar werdende Lehrermangel den politischen Druck zumindest auf der unteren Ebene erheblich lockerte. ⁷⁴⁾

Angesichts dieser Art von Gefährdungen für nicht-loyale Lehrer und andere Beamte, die doch alle im Gegensatz zu den real lebensbedrohenden Gefahren aktiver Widerstandskämpfer cum grano salis ihren Status, ihre Sicherungen und ihr Gehalt betrafen, muß man mit Eilers folgern: "Auch eine vorsichtige Analyse wird eine weitgehende Nähe der Lehrerschaft zum Nationalsozialismus und eine erfolgreiche Gleichschaltung ... ablesen können, zumal die Beamtenschaft sich in bezug auf die berufliche Situation nicht von der Lehrerschaft unterscheidet und ein spezieller Druck auf diese engere Gruppe nicht nachweisbar ist. Schon bei der Einleitung der Gleichschaltungsaktionen besaß der Nationalsozialismus in seinen Reihen eine ausreichende Zahl von Lehrkräften, die die freiverdenden Stellen besetzen konnten". ⁷⁵⁾

Erdrückender als in den genannten Bereichen sind die Loyalitätsbeweise der Lehrerschaft gegenüber dem nationalsozialistischen Regime auf der Ebene der aktiven und freiwilligen Mitarbeit in den verschiedensten Abteilungen des gesamten Gebietes des Deutschen Reiches von den "Gauen" bis zu den Kreis- und Ortsebenen durchziehenden Organisationsnet-

73) Ebenda.

74) Ebenda.

75) Ebenda, S. 74.

zes der NSDAP. Kann man die 97 %ige Mitgliedschaft aller Lehrer im Nationalsozialistischen Lehrerbund ⁷⁶⁾ noch halbwegs mit dem Charakter dieser Organisation als zwangsmäßiger Standesorganisation erklären, ⁷⁷⁾ so sind die Mitgliederzahlen der Lehrer z. B. im Schulungskorps der NSDAP auf Gau-, Kreis- und Ortsgruppenebene als Beweis der Freiwilligkeit deshalb so eindeutig, weil die NSDAP selbst in der Aufgabenbestimmung gerade der Schulungsabteilungen vom Grundsatz der Freiwilligkeit ausging: "Für die gesamte Schulungsarbeit gilt der Grundsatz (im Gegensatz zur Tätigkeit der Propaganda), daß sie sich nur an einem bestimmten Kreis von Menschen wendet und daher bei ihren Veranstaltungen auf die übliche Form der Propagierung verzichtet. Aufgabe der Schulung soll es sein, Auslese zu betreiben. Diese Auslese erfolgt zunächst dadurch, daß die Teilnahme an den Schulungsveranstaltungen für die Parteigenossen grundsätzlich freiwillig ist und lediglich die Politischen Leiter usw. zu Schulungsveranstaltungen pflichtgemäß herangezogen werden". ⁷⁸⁾

76) Gamm, H.-J., Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, München 1964, Dok. 37, S. 201.

77) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 72.

78) Gamm, Führung und Verführung, a.a.O., Dok. 78, S. 374. Aus der Übersicht der "Organisation der Schulung der NSDAP", ebenda, S. 369ff., ergibt sich, daß die insgesamt ca. 4 000 Kreisschulungsleiter in den 803 Kreisen des Reichsgebietes für die "Organisation und Durchführung der weltanschaulich-politischen Schulung im Kreisgebiet" der NSDAP ebenso zuständig waren wie für die "Überwachung der fachlichen Schulung der Verbände", also z. B. des NSLB. Innerhalb der eisen- hierarchischen Struktur wurden die jeweils höheren Funktionäre für die inhaltliche Seite der Schulungsveranstaltungen der niedrigeren Ebene eingesetzt, während diesen die organisatorische Durchführung der Veranstaltungen verblieb. Der Ortsgruppenleiter ist nicht beauftragt, selbst zu schulen, sondern seine Aufgabe ist es, die Schulungsveranstaltungen, zu der die Gau- bzw. Kreisschulungsredner als Vortragende eingesetzt werden, vorzubereiten und zu organisieren". Ebenda, S. 374.

Innerhalb des NS-Apparates stellte die Lehrerschaft: sieben Gauleiter und stellvertretende Gauleiter, 78 Kreisleiter und 2 668 Ortsgruppen- und Stützpunktleiter; 62 % aller männlichen Parteigenossen im NSLB waren Politische Leiter, 32,2 % der Mitglieder des NSLB - also bei 97 % Gesamtorganisationsgrad fast 32 % aller Lehrer ! - waren Mitglieder der NSDAP. 79) Vergleicht man das Berufsherkommen der Funktionäre des Politischen Schulungskorps auf Kreisebene, so ergibt sich, daß 59,2 % Lehrer, 19,1 % andere Beamte und nur 0,1 % Industriearbeiter und Handwerkergehilfen (also Lohnabhängige mit handwerklicher Ausbildung) waren. 80)

-
- 79) Ebenda, S. 201. Demgegenüber waren nur 17 % der Mitglieder des "Reichsbundes deutscher Beamte" Mitglieder in der NSDAP. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 74.
- 80) Proksch, R., Der Erziehungsauftrag der NSDAP. In: Benze, R., und G. Gräfer (Hrsg.), Erziehungsmächte und Erziehungshoheit im Großdeutschen Reich als gestaltende Kräfte im Leben der Deutschen, Leipzig 1940, S. 212ff.; S. 214. - Demgegenüber war die zuletzt genannte Berufsgruppe in den Lehrgängen der 'Gauschulungsburgen' (vgl. ebenda, S. 230f.) stärker vertreten: z. B. im Lehrgang i. J. 1938 in Mecklenburg/Schwerin: 48 Teilnehmer, 6 Lehrer, 17 Arbeiter, 19 Angestellte - was darauf schließen läßt, daß bei der Auswahl der Teilnehmer von seiten des Gauschulungsamtes (vgl. Gamm, a.a.O., S. 372f.) Wert auf eine zahlenmäßig eindrucksvolle Teilnahme dieser Berufsgruppen gelegt wurde. - In den Gauschulungsburgen gab es allerdings für Lehrer ein großes Betätigungsfeld in den dort bestehenden Lehrfächern.
- "Rassenlehre (zu lehren durch je einen Biologen und Philosophen)
Geschichte (zu lehren durch je einen Lehrer für alte, mittlere und für neue Geschichte)
Weltanschauung und Philosophie
Kunst und Kultur
Wehrwissenschaft
Wirtschafts- und Soziallehre".
- Die infragekommenden "Zivillehrer" lehrten pro Jahr drei Monate in den Ordensburgen. Vgl. Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936, S. 184.
(Fortsetzung s. nächste Seite.)

1.2.2 Aufwertung des 'Volksschullehrerstandes'
in der nationalsozialistischen Erziehungs-
politik. 81)

Innerhalb der Übergangs- und Konsolidierungsphase des Faschismus als politischem System erfüllten bestimmte Berufsgruppen die Funktion, diejenigen Teile des Gesamtsystems, denen sie zugehörig waren, in die Transformation einzupassen. Insofern war die Faschisierung mittelständischer Berufsgruppen - Beamte, Angestellte - nicht nur ein ideologischer Sieg des Nationalsozialismus, der die Subjekte 'an sich' widerstandslos machte, sondern die Überführung institutioneller Teilbereiche des bürgerlich-parlamen-

(Fortsetzung der Fußnote 80)

Zu der Abhandlung von Proksch, die die Notwendigkeit der systematischen Schulung im Rahmen des "gefestigten" nationalsozialistischen Staates begründet, sei allgemein bemerkt, daß es ein eindrucksvolles Dokument für die Ambivalenz nationalsozialistischer Ideologie darstellt: Formulierungen wie "... es wird nichts in der Geschichte eines Volkes (Realität und) Wirklichkeit, was nicht in den Herzen und Hirnen einer Minderheit vorher Traumbild und Willensbild war" einerseits, und der daraus gezogenen Konsequenz, politische Willensbildung bedeute, "die Aufgaben, die morgen in unserem Volke reif werden, ... allen Partei- und Volksgenossen als ihren persönlichen Wunsch und Willen einzuhämmern", andererseits verweisen auf die Fähigkeit des Nationalsozialismus, utopische Elemente, das Subjekt mit seinen Wünschen und Träumen scheinbar anzuerkennen, real jedoch zu objektivieren und seine Bedürfnisse zu instrumentalisieren.

- 81) Die nationalsozialistische Politik im Erziehungswesen ist bisher insgesamt wenig erforscht, die Geschichte der Lehrerschaft unter dem Faschismus in noch geringerem Umfang. Vgl. zu Teilbereichen der Problematik die Arbeiten von: Lingelbach, K. C., Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland, Weinheim, Berlin, Basel 1970; die mehrfach erwähnte frühe Arbeit von Eilers, R., Nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O.; die kommentierte Dokumentation zur Schul- und Jugendpolitik des Nationalsozialismus von Gamm, J. H., Führung und Verführung, a.a.O.; und zur Geschichte der Lehrerschaft in den Anfängen des Faschismus, Breyvogel, W., Lehrerschaft, a.a.O.

tarischen Staates in die Funktionsweise des nationalsozialistischen Systems. Diese Aufgabe übernahm für den schulischen Bereich die Volksschullehrerschaft als subjektiver Träger des "nationalen Aufbaus des Erziehungswesens", 82) an dem mitzuarbeiten, sie als ihre "selbstverständliche Verpflichtung" bezeichnete.

Dabei erwüchse - so hob die nationalsozialistische Propaganda unermüdlich hervor - der Volksschule und den Volksschullehrern eine "führende Sonderaufgabe": 83) "Eine schwere Aufgabe, deren hehres Ziel und richtungsgebender Weg wesensbestimmt wird durch nationalpädagogische und volkspolitische Belange. Die gegenwartsbetonte und zukunftsnahe staatsbürgerliche Jugenderziehung wird vor allem dem heranwachsenden deutschen Jungen und Mädchen die Einsicht und den Willen zur Einordnung in die schicksalhafte Volksgemeinschaft, zur Unterordnung unter die überragende Führerschaft und zu freiwilliger, hingebender Kameradschaft vermitteln müssen. Helfende, fördernde Bereitschaft, bindende Verpflichtung zu uneigennützigem Dienst am Volksganzen, das Schaffen am gleichen Werk, aus der gleichen erhabenen Idee muß der Jugend durch lebendiges, gemeinschaftliche Erleben, Tun und Handeln eindringlich und unverlierbar mit auf den harten Lebensweg gegeben werden. Erziehung zur volkheitlichen Gesinnungs-, Lebens- und Kampfgemeinschaft ist wahrlich ein Erziehungsziel, das in dieser Schicksalsstunde anzustreben, zu erreichen die größte Mühe und den

82) ADLZ 62 (1933), Nr. 12, S. 313.

83) Ebenda, Nr. 23, S. 402.

Einsatz der vollen Kraft des Jugendbildners und Erziehers lohnt". 84)

Kam die nationalsozialistische Propaganda der Volksschullehrerschaft mit dieser immer von ihr verlangten Favorisierung ihrer Berufsrolle als Erzieher entgegen, so lassen sich zugleich bis Kriegsanfang reale Verbesserungen in der Schul- und Ausbildungsorganisation feststellen, die teilweise seit der 1848er Bewegung von den Lehrervereinen propagiert und zuletzt in der "Denkschrift vom 31. 3. 1933 an die Reichsregierung" wiederholt worden waren. 85) Die von seiten des nationalsozialistischen Regimes erlassenen Gesetze und Verordnungen waren ihren schulpolitischen Forderungen adäquat und stellten gleichzeitig, zumindest auf der Oberfläche, Stärke und Handlungsfähigkeit staatlicher Macht unter Beweis.

Die zentralistischen, auf Vereinheitlichung zielenden Maßnahmen bezogen sich im wesentlichen auf folgende Bereiche: - im Mai 1934 wurde das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Bernhard Rust geschaffen, das dem Gesetze nach für alle Richtlinien, Lehrpläne, Schultypenbestimmungen und Ordnungen der Lehrerbildung zuständig war; 86)

84) Ebenda, Nr. 24, S. 415. - Vgl. zu den, den jeweiligen aktuellen Erfordernissen des Systems angepaßten Metamorphosen dieses allgemeinen Ziels die Zeitungen des NSLB: Nationalsozialistische Lehrerzeitung Jg. 1 (1926) - Jg. 8 (1933). Es folgte: Reichszeitung der deutschen Erzieher Jg. 1 (1934) - Jg. 5 (1938). Nachfolger war: Der deutsche Erzieher Jg. 1 (1938) - Jg. 7 (1944). Vgl. den Gesamtüberblick über die Presse des NSLB in: Der deutsche Erzieher 1939 und 15/16, S. 333ff.

85) Ebenda, Nr. 12, S. 313.

86) Eilers, R., Nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 56f.

- im Verlauf der 12jährigen Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes wurde die staatliche Gemeinschaftsschule zur Regelschule. Die Zurückdrängung sowohl des Privat- wie des Bekenntnisschulwesens ging damit zwangsläufig einher; 87)
- zwischen 1935 und 1939 erfolgte die Volksschullehrerbildung reichseinheitlich an besonderen Hochschulen, wodurch einige Länder des Reiches gezwungen waren, die im Rang wesentlich tiefer stehenden Lehrerseminare zugunsten der "Hochschulen für Erziehung" aufzulösen. 88)

1.2.3 Egalisierungsideologie und Bevorteilungspolitik.

Die Aussicht, eine für die nationale Volksgemeinschaft lebensnotwendige Aufgabe zu erfüllen, konnte damit zugleich jenen Minderwertigkeitskomplex entlasten, von dem sich die Volksschullehrer gegenüber den Gymnasiallehrern und Professoren nie frei machen konnte. Die der Propaganda des Nationalsozialismus zu entnehmende eindeutige Favorisierung der Erziehungs- gegenüber der qualifizierenden, prä-wissenschaftlichen Ausbildungsfunktion der Schule versprach eine Egalisierung der Gesamtlehrerschaft über jenes Erzieherbild, in dem sich die Volksschullehrer gegenüber den 'Höhergestellten' im Schulwesen seit je sicher fühlen konnten.

Die innergesellschaftlichen Status- und Prestigeprobleme, jene von den Volksschullehrern stets bemängelte 'Weigerung' anderer gesellschaftlicher Gruppen, den Wert der Lehrerbearbeit angemessen anzuerkennen, schienen nun an Schärfe zu verlieren. Der Nationalsozialismus war in der Lage, das

87) Vgl. Eilers, R., Nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 85-98.

88) Bettermann, K. und M. Goessl, Schulgliederung, Lehrerbildung und Lehrerbesoldung in der bundesstaatlichen Ordnung, Berlin 1963, S. 55f.

Bedürfnis gerade der sich eher am unteren Ende der gesellschaftlichen Prestigeskala befindlichen Berufsgruppen aufzunehmen, endlich nach der konkreten Nützlichkeit für das 'Ganze' der Gemeinschaft, sozusagen nach dem gesellschaftlichen Gebrauchswert, bemessen zu werden, ein Gedanke der in der Begründung einer einheitlichen Lehrerorganisation geraumen Platz einnahm:

"Der NSLB erstrebt die Einheit aller Erzieher, ungeachtet des Schultyps ihrer Wirkungsstätte. Er bekennt sich zu dem nationalsozialistischen Grundgedanken, daß jeder Deutsche, ob Arbeiter der Stirn oder der Faust, gleich zu achten und gleich zu werten ist. Es ist belanglos, w a s der einzelne arbeitet, ob er in der Fabrik oder im Büro schafft, ob er ein Bauer oder ein Handwerker, ob er ein Beamter oder ein Lehrer ist. Für den Bestand des Volkes und des Staates sind sie alle gleich nötig, und keiner ist berechtigt, dem andern mit Gedanken des Standesdünkel von "oben herab" zu begegnen. Wir Deutschen müssen uns durchringen zur Achtung unserer deutschen Brüder und deutschen Schwestern, sei es auch in welchem äußeren Gewande sie uns erscheinen. Das Wesentliche unserer Wertschätzung unseres Volksgenossen gegenüber muß die Beurteilung der Art und Weise sein, w i e der einzelne seine, ihm vom Volke übertragenen Aufgaben und Pflichten erfüllt. Nicht was er arbeitet ist entscheidend, sonder w i e er sein Werk anpackt und erledigt. Diese Gesichtspunkte treffen im selben Maße auch auf den deutschen Erzieher zu. Die Wertschätzung seiner Person ist nicht bedingt durch seinen Bildungsgang und seine Examinas, sondern ist einzig und allein nach seiner Pflichttreue und seinem Erziehungserfolg an der ihm anvertrauten Jugend zu bemessen". 89)

89) NSLZ, August 1934, S. 13. (Hervorhebungen im Text).

Das Bild einer Gemeinschaftsordnung, in der die Wertschätzung des Erziehers weder von Gehaltsklassen noch Statusunterschieden und anderen äußerlichen Rangskalen abhängig wäre, mußte der Volksschullehrerschaft vor der oben erwähnten gleichzeitig präjudizierten eigenen nationalen Sonderaufgabe besonders attraktiv erscheinen. Mit ihrer Integration in eine solche Ordnung schlugen sie zwei Fliegen mit einer Klappe: die potentielle Außerkraftsetzung der äußerlichen, die Volksschullehrer stets benachteiligenden Statusdifferenzierungen und zugleich die Reklamierung einer auf anderen, nun legitimen Kriterien beruhenden Sonderposition der Volksschullehrer. Die Einebnung sozialer Unterschiede bei gleichzeitiger eigener Aufwertung schien greifbar.

Während - wie aus dem Zitat ersichtlich - die ideologische Begleitmusik bei der Erzwingung des NSLB gerade den Volksschullehrern gegenüber die Einschmelzung traditioneller Standesunterschiede hervorhob, kam die im gleichen Atemzug realisierte Organisationsstruktur des Einheitsverbandes dem Geltungsbedürfnis derselben Berufsgruppe entgegen.

Innerhalb des NSLB waren Vormachtstellung bzw. entscheidender Einfluß der Volksschullehrerschaft durch verschiedene Faktoren gegeben:

- beim Zusammenschluß aller Lehrerkategorien in einer einzigen Organisation war die Volksschullehrerschaft mit ca. 190 000 hauptamtlich Beschäftigten fast dreimal so stark wie alle anderen Lehrer zusammen; 90)
- an der Spitze der Hierarchie im NSLB standen Volksschullehrer: sowohl Hans Schemm wie sein Nachfolger Fritz

90) Vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1932, S. 421f.; zit. nach: ADLZ 62 (1933), Nr. 21, S. 371.

- Wächtler, die die Position des Reichsleiters des NSLB inne hatten, waren ehemalige Volksschullehrer. Von den insgesamt 37 Gauleitern des NSLB - die Gaue bezeichneten gemäß der Organisationsstruktur der NSDAP die nächsttiefere Ebene nach dem 'Reich' - waren immerhin 13 Volksschullehrer, der Rest verteilte sich auf alle anderen Lehrergruppen; ⁹¹⁾
- der DLV als größte bestehende und dem NSLB wohlwollend gegenüberstehende Lehrerorganisation vermittelte die Interessen der Volksschullehrer von Anfang an in den NSLB und sicherte so den Einfluß dieser Berufsgruppe. Der DLV wurde bei der Errichtung der Fachschaften der einzelnen Lehrergruppen im NSLB zur Stammorganisation der Reichsfachschaft 4, Lehrer an Volks- Mittel- und Sonderschulen, seine ehemaligen Zweigverbände die entsprechenden Stammfachschaften auf Länderebene. ⁹²⁾

Diese Position innerhalb des NSLB rief auch eine Zurückdrängung konfessioneller Lehrergruppen hervor, die sich nur der durch den DLV dominierten Fachschaft 4 angliedern konnten. ⁹³⁾

91) Vgl. NSLZ, August 1934, S. 225f.

92) Vgl. NSLZ, Juli 1933, S. 13.

93) Vgl. Gahlings, I., Die Volksschullehrerschaft und ihre Berufsverbände, Emmerich 1964, S. 76, die dieses Verfahren für die katholische Volksschullehrerschaft bestätigt: "Nach dem DLV und dem ADLV vollzog auch der KLV (d. i. der "Katholische Lehrerverband", R. M.) am 2. 8. 1933 seine Auflösung und überführte seine Mitglieder in die zuständige Fachschaft Volksschule der Deutschen Erziehergemeinschaft NSLB, deren Leitung dem Deutschen Lehrerverein als dem größten Verband übertragen worden war". - Gegenüber dem DLV hatten die beiden katholischen Verbände zusammen nur ca. 45 000 Mitglieder. Vgl. Gahlings, I., Volksschullehrerschaft, a.a.O., S. 74. - Zur Stellung der Konfessionsschule im Faschismus: Winkeler, R., Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern, 1945 - 1952, Stuttgart 1971, S. 30ff.

Darüberhinaus gelang es dem DLV, seinen Einfluß auf einem entscheidenden Gebiet zu behaupten: bei der Konstituierung des NSLB konnte er sein ausgebautes Unterstützungswesen in die Waagschale werfen und setzte durch, "diesen wirtschaftlichen und sozialen Fürsorgeeinrichtungen eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die die Gewähr dafür bietet, daß sie nicht nur den bisherigen Mitgliedern des DLV und seiner Zweigvereine, sondern auch den Mitgliedern aller übrigen in diese Einheitsorganisation eintretenden Verbände in vollem Maße zugute kommt". 94)

Gleichzeitig mit der Beibehaltung und Ausweitung dieser Einrichtungen setzte der NSLB eine dafür zuständige eigene "Abteilung Wirtschaft und Recht" ein, deren Leitung in den Händen von DLV-Vertretern - z. B. Johannes Diekmann vom Preußischen Lehrerverein - verblieb. 95) Die Abteilung Wirtschaft und Recht hatte eine eigene Zeitung, die als 14tägige Beilage zur NSLZ bzw. Reichszeitung "Der deutsche Erzieher" bis zum Jahre 1943 erschien und in der alle die Lehrerschaft betreffenden Gesetze, Erlasse und Verordnungen des Staates erörtert wurden - eine praktische, beamtenrechtliche Aufklärungsarbeit mit prophylaktischem Rechtsschutz-

94) NSLZ, März 1934, S. 16. Das Unterstützungswesen des NSLB war die einzige Abteilung, die offiziell auch noch nach der Stilllegung des NSLB am 1. April 1934 erhalten blieb. Vgl. Der deutsche Erzieher, 1944, H. Januar/Februar, S. 7.

95) Hinter der Abt. Wirtschaft und Recht stand - von der inneren Zusammensetzung des DLV vor 1933 her gesehen - der Bayrische Lehrerverein, der zwar teilweise ebenso überführt worden war, dessen Leitung es jedoch gelang, bis 1938 hinter dem 'Decknamen' relativ selbständig zu agieren, was sich z. B. in der Herausgabe einer eigenen Zeitung, "Die freie deutsche Schule", ausdrückte. Vgl. Nüchter, F., Wo stehen wir, wohin gehen wir? Erlangen 1946, S. 3; Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Lehrerschaft. In: Beilage zur Bayrischen Schule 2 (1949), Nr. 6. - Im März 1938 wurde schließlich Diekmann die Leitung der Abt. entzogen und von Wächtler an den Nationalsozialisten Tränkenshuh übergeben. Diekmann war danach nur noch für die Versicherungsabteilung zuständig. Vgl. NSLZ, 1938, Folge 10, S. 215. Vgl. zur ähnlichen Entwicklung in Hamburg: 150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1955, S. 67f.

charakter, wie sie die ADLZ seit je her geleistet hatte. 96)

1.3 Widersprüche im faschistischen System.

1.3.1 Dysfunktionalitäten und Kompetenzüberschneidungen.

Der Faschismus war als Regierungs- und Herrschaftsform geprägt durch Kompetenzüberschneidungen und -unklarheiten, Dysfunktionalitäten in allen staatlich-institutionellen Bereichen und permanenten Machtkämpfen zwischen den die besonderen Interessen dieser oder jener Gruppe repräsentierenden Personen. Dysfunktionalität in und von gesellschaftlichen Teilbereichen war aus dem nationalsozialistischen System nicht eliminierbar, 97) weil das Regime - entgegen der offiziellen Ideologie und Propaganda - nicht auf real vereinheitlichten Interessen und aus ihnen begründeten Prioritätensetzungen basierte. Interessendurchsetzung unterhalb der Parole von der Volksgemeinschaft mußte umso chaotischer und willkürlicher verlaufen, je weniger Spielraum für objektiv divergierende Interessen und entsprechend konfliktreiche Austragung anerkannt werden konnte.

Weil Politik und Propaganda den objektiv nicht zu vereinheitlichenden Interessen der verschiedenen Klein- und Kleinstgruppen der Mittelstände zu entsprechen hatten,

96) Vgl. Wirtschaft und Recht, Schul- und beamtenrechtliches Beiblatt, Jge. 1934 - 1943.

97) Über diese für den Faschismus konstitutiven Disparitäten in der Machtausübung sind sich die verschiedenen Arbeiten zum deutschen Faschismus einig. Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. II, a.a.O., S. 254f.; Arendt, H., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955, S. 488.

mußte dies Konglomerat von Sonderbedürfnissen 98) seine eigenen Bruchstellen beinhalten - dies allerdings jenseits subjektiver Verarbeitungsmöglichkeiten der "Nicht-einmal-Geprellten". 99)

Diese allgemeinen Bedingungen setzten sich im Bereich des Erziehungswesens als Teil der Kulturpolitik in der Weise

98) Zu den von ihm so bezeichneten 'mikroskopischen Einzelinteressen' schrieb Th. Geiger i. J. 1932: "Die Schwierigkeiten (werden) recht groß, für jede tausend Bedrängnisse Abhilfe in Aussicht zu stellen, ohne jeweils andere Kreise bedenklich zu machen; der Großlandwirt will Getreideschutzzoll, der Kleinbauer billige Futtermittel, der Handwerker billige Lebensmittel; der Beamte und Angestellte erhofft Wiederherstellung seines Besoldungsstatus - dem Handwerker und Händler ist jeder Groschen für die Beamtenbesoldung zuviel. Als der erste Präsidentenwahlgang 1932 vorbereitet wurde, veranstaltete die NSDAP Sonderversammlungen nicht nach Wohnbezirken, sondern getrennt für Berufsgruppen: Handeltreibende, Handwerker, Lehrer, Ärzte ... Es ist anzunehmen, daß damit nicht nur das berufsständische Prinzip unterstrichen werden sollte, sondern daß es tunlich schien, an wirtschaftliche Sonderinteressen nach Berufen g e t r e n n t zu appellieren". Geiger, Th., Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus, in: Ders., Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962, S. 335ff.; S. 353. (Hervorhebung im Text).

99) Zur Verlaufsform dieser Widersprüche im Faschismus bemerkt Leppert-Fögen: "Vom Kapital an den Rand gedrängt, ohne Rolle für die politische Szene und statt dessen mit Symbolen abgespeist, war das Kleinbürgertum schließlich auch im Faschismus in die Sackgasse geraten. Und keine Rede war mehr von der Erfüllung seiner Forderungen, die während der Faschisierung auf offene Ohren gestoßen waren und nun in der beschleunigten Konzentration des Kapitals untergingen. Als deklassierte Klasse besaß es zwar anachronistische Sehnsüchte, doch kein einlösbares 'objektives' Interesse, um das es hätte geprellt werden können. Die Position des Kleinbürgertums war abgebaut, ohne daß es betrogen worden wäre". Leppert-Fögen, A., a.a.O., S. 329.

durch, daß während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft die Institution Schule und die Schulpolitik - wie Eilers prägnant nachwies - "Gegenstand eines anhaltenden Machtkampfs" ¹⁰⁰⁾ blieben.

Zwar waren die länderspezifischen Differenzen in der Kulturpolitik durch die Zentralisierung in den Hintergrund gedrängt, ¹⁰¹⁾ die Rivalitäten setzten sich jedoch in weit größerem und letztlich weniger beeinflussbaren Maße in Kompetenzstreitigkeiten auf der zentralen Machtebene fort. Die Träger der unausräumbaren Rivalitäten und Kompetenzkämpfe waren dabei die verschiedenen staatlichen Institutionen sowie die NSDAP mit ihren angegliederten Verbänden. ¹⁰²⁾

Seinen im Schulwesen zugespitzten Ausdruck fanden diese Kompetenzüberschneidungen gerade in jenem Prinzip, das seitens der nationalsozialistischen Propaganda der widerspruchslösen Vereinheitlichung von Interessen dienen sollte: im Führerprinzip. Auf der Basis der am 1. Februar 1935 erlassenen Regelung, "daß der Führer sich die Ernennung von Beam-

100) Vgl. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 105.

101) Rechtliche Grundlage der Liquidierung der länderspezifischen Kulturpolitik war das am 30. 1. 1934 erlassene "Gesetz über die Neuordnung des Reiches", durch das die Länder ihre Hoheitsrechte verloren. Vgl. 1. DVO zum Gesetz über die Neuordnung des Reiches. RGBI 1934, I, S. 81.

102) Seinen rechtsnormativen Ausdruck fand dieses real unabgrenzbare Verhältnis von Staat und Partei in der Definition der NSDAP als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Vgl. Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933. In: Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 489, § 1, Abs. 2.

ten der Besoldungsgruppen von A 2c aufwärts vorbehielt", 103) ging z. B. jede Ernennung vom Studienrat aufwärts "den Weg vom Landeskultusministerium zum Reichsstatthalter, von diesem zum Reichserziehungsministerium, dann zur Kanzlei des Führers, wo auch die auf anderen Wegen eingeforderten politischen Gutachten eintrafen, und dann zurück. Dieser Weg nahm Monate in Anspruch". 104)

Ein anderes wesentliches Moment der Rivalitäten von Staat und Partei lag in den permanenten Versuchen von seiten der NSDAP, die für besonders relevant gehaltenen Teile des Schulwesens aus der staatlichen Zuständigkeit auszugliedern. Der Versuch, ein parteieigenes Schulwesen aufzubauen, konzentrierte sich auf die "Nationalpolitischen Erziehungsanstalten" und die "Adolf-Hitler-Schulen", die - der Darstellung Eilers' folgend 105) - beträchtliche Ausmaße annahmen und zugleich steckenpferdartig von einzelnen hochgestellten Parteimitgliedern jenseits staatlicher Kontrolle betrieben wurden.

Kompetenzkämpfe spielten sich notwendigerweise auch zwischen NSLB, Staat und Partei ab. Der NSLB versuchte, der Propaganda von der Einschmelzung der Divergenzen zum Trotz, die Sonderinteressen der Lehrerschaft gegenüber beiden Machträgern zur Geltung zu bringen.

103) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 62.

104) Ebenda. Zusammenfassend bemerkt Eilers zur rechtlich abgesicherten Möglichkeit Hitlers, in alle Bereiche direkt einzugreifen: "Die Funktionen des Führers zeichneten sich ... unter einen ganz bestimmten Aspekt ab: Er hielt durch die Verteilung von Sonderaufträgen die Machtverschiebungen und Umstrukturierungen in Gang, die die Instabilität der gesamten Schulorganisierung verursachten". Ebenda, S. 137.

105) Vgl. ebenda, S. 41 - 49.

Die von spezifischen Unklarheiten geprägte Position des NSLB manifestiert sich in seiner rechtlichen und funktionsmäßigen Definition sowohl von seiten der Partei wie des Staates: nach der Definition der NSDAP war der NSLB ein ihr "angeschlossener Verband", was ihm im Unterschied zu den "Gliederungen der NSDAP" ¹⁰⁶⁾ eine weniger bevorzugte Stellung einräumte als z. B. der HJ; von seiten des Reichserziehungsministeriums als der zuständigen staatlichen Stelle war seine Aufgabe auf die "nationalsozialistische politische Schulung der gesamten Lehrerschaft" ¹⁰⁷⁾ festgelegt. Diesen Versuchen, den NSLB in einer inferioren Position, als "Erziehungsinstitut, das mir (Rust, R. M.) die neue Lehrerschaft bilden hilft", ¹⁰⁸⁾ zu halten, stand jedoch seine Funktion entgegen, bei Personalentscheidungen, Gutachten über die politische Zuverlässigkeit der Kandidaten zu liefern, ¹⁰⁹⁾ was Einflußmöglichkeiten auf beiden Ebenen, Staat und Partei, beinhaltete. Diese und ähnliche Funktionen des NSLB konnten allerdings niemals den Charakter von institutionellen Rechten in der Schulführung und Schulverwaltung annehmen. ¹¹⁰⁾

1.3.2 Angriffe auf Prestige und Status der Volksschullehrerschaft.

Die Bruchstellen dieser durch Instabilität und Kompetenzverschiebungen bestimmten Machtpolitik gekennzeichneten Schulpolitik brachen offen in den sog. Krisenjahren des

106) Gliederungen der NSDAP waren: SS, SA, NSKK, HJ, Nationalsozialistische Studentenbund, NS-Frauenschaft. Vgl. Gesetz zur Sicherung von Partei und Staat. In: Organisationsbuch der NSDAP, a.a.O., S. 506, § 2.

107) Kluger, A., Der deutsche Volksschullehrer, a.a.O., 2. Teilbd., S. 953. Erlaß der RuPrMfWEuV vom 12. Mai 1936.

108) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 133.

109) Ebenda.

110) s. nächste Seite.

Schulsystems auf. Die Situation ab 1939/40 war bestimmt durch die unverdeckbaren Auswirkungen einer durch Willkür bestimmten Schulpolitik, die sich in zunehmendem Leistungsabfall, Nachwuchsmangel bei technischen Berufen, Lehrermangel und den entsprechenden Engpässen in der Funktionsfähigkeit des Schulwesens ausdrückten.

Das nationalsozialistische Regime reagierte auf diese offenen Mängel seiner eigenen Politik mit einer Flut von Attacken gegen die einst hofierte Lehrerschaft, vor denen sich die Verteidigungsversuche von seiten des NSLB geradezu als traditionelle, ständische Ehrenrettung des Lehrerstandes ausnahmen.

Innerhalb des von der Partei geführten Affronts brach der ganze Morast nationalsozialistischen Intellektuellenhasses auf, der die Volksschullehrerschaft zunächst in ihrer Abgrenzung gegenüber den Oberlehrern gestützt hatte, der sich aber gegen die eigene Berufsehre richten mußte, wenn "jeder Partei- und Hitlerjugendfunktionär ... sie ungestraft als Schwachköpfe lächerlich machen (durfte)".¹¹¹⁾ In dieser Situation wurde die Volksschullehrerschaft in weit stärkerem Maße und in wesentlich rüderer Form abgekanzelt, als es in den finsternen Zeiten der Stiehlschen Regulative im 19. Jahrhundert der Fall war. Der Staat des Nationalsozialismus hatte entsprechend andere Machtmittel zur Hand als der vergleichsweise idyllische des 19. Jahrhunderts. Das, was die Volksschullehrerschaft am Nationalsozialismus angezogen

110) Als Ausnahmen erwähnt Eilers einige untergeordnete Bereiche, in denen der NSLB rechtlich abgesicherten Einfluß gewann: in der Reichsstelle für Unterrichtsfilm, in der Schullandheimarbeit, im Schulfunk und in der Lehrbuchkontrolle. Vgl. ebenda, S. 133, Fußnote 208.

111) Uhlig, G., Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945 - 1946, Berlin (DDR) 1965, S. 27.

hatte, seine vermeintlich omnipotente Staatsmacht, bekamen sie in der dem Faschismus eigenen Natur zu spüren: in der rücksichtslosen Abschaffung von Reformen und in dem Ausspielen anderer, jetzt von der Partei bevorzugten Gruppierungen.

Während des Krieges wurden von staatlicher Seite auf Betreiben der Partei Bereiche angegriffen, deren Verletzung die Loyalität der Volksschullehrerschaft gefährden mußte:

- unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Propaganda, die den Lehrerberuf als "Reservat für Lebensuntüchtige" darstellte, verminderte sich die Nachwuchsquote für den Lehrerberuf, was den bereits zu Beginn des Nationalsozialismus bestehenden Lehrermangel verschärfte und die Arbeitsbedingungen zunehmend verschlechterte; 112)
- durch die 'Feminisierung' des Berufes sank das gesellschaftliche Prestige der männlichen Lehrerschaft; 113)
- durch die ab 1941 erfolgte Rückverwandlung der "Hochschulen für Erziehung" in sog. Lehrerbildungsanstalten, die den ehemaligen Lehrerseminaren glichen, unterlag die Ausbildung einer permanenten Dequalifizierung. 114)
- schließlich ließ sich bei aller Bereitschaft, 'Opfer zu bringen', nicht übersehen, daß sich unter dem Nationalsozialismus die Besoldungsverhältnisse zwar vereinheit-

112) Ebenda.

113) Vgl. 150 Jahre Gesellschaft der Freunde, a.a.O., S. 65; vgl. auch: Kap. 2.1., S. 74f. Vgl. zur Frauenarbeit im Faschismus den ausgezeichneten Aufsatz von Tim Mason, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S. 118ff.

114) Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 9; S. 119.

licht, ¹¹⁵⁾ aber die Lebensverhältnisse der Lehrerschaft sich nicht wesentlich gebessert hatten: i. J. 1939 verdiente ein preußischer Schulumtswerber 156,53 RM, ein bayrischer 120,- RM monatlich, eine Summe, unter der nach einem vom NSLB erstellten Vergleich mit 13 anderen Berufsgruppen nur die Unteroffiziere im ersten Dienstjahr mit 118,70 RM und die Hilfsmonteur im öffentlichen Dienst mit 136,- RM blieben. ¹¹⁶⁾

Diese Entwicklungen führten der Volksschullehrerschaft drastisch vor Augen, daß die Macht des Staates darin bestand, bestimmte Reformen je nach Willkür zu beginnen oder zurückzunehmen, ohne daß letztlich auch nur der geringste Einfluß von seiten der Lehrerschaft ausgeübt werden konnte. Die stets geforderte Zentralisierung war weder identisch mit der erhofften Verbesserung der beruflichen Bedingungen, noch erwies sich die Machtzentralisierung als rational.

1.3.3 Konkurrenz um die Erziehungsaufgabe: Rivalitäten zwischen Volksschullehrer und HJ.

Die andere, bereits erwähnte Ebene, auf der die Volksschullehrerschaft permanenten Angriffen ausgesetzt war - die Konkurrenz zwischen Lehrerschaft und HJ - mußte die berufliche Tätigkeit und das berufliche Selbstverständnis jedes einzelnen Volksschullehrers im Kern treffen. Keine andere

115) Aufgrund des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Behördenaufbaus vom 5. Juli 1937 wurden alle Lehrer unmittelbare Reichsbeamte. Vgl. Kluger, A., Der deutsche Volksschullehrer, a.a.O., 1. Teilband, S. 152, § 5, Abs. 1. Vgl. dazu auch: Reichsbesoldungsgesetz § 1,1. In: ebenda, S. 197.

116) Vgl. NSLZ, 1939, Folge 5, S. 110.

Gruppe oder Institution hatte ihnen bisher in derart offenem Machtkampf und auf ihrem ureigensten Feld, der Schule, die erzieherische Autorität streitig gemacht.

Im Konflikt mit der HJ brach jene doppelte Hierarchie auf, die dem Erziehungsprozeß in der Schule als Institution per se eigen ist, "die offizielle (Hierarchie, R. M.), nach Geist, Leistung und Autorität und eine latente, inoffizielle, in der physische Kraft, 'ein Kerl sein', auch gewisse praktisch-geistige Fähigkeiten, die von der offiziellen Hierarchie nicht honoriert werden, ihre Rolle spielen. Jene doppelte Hierarchie hat der Nationalsozialismus, übrigens keineswegs nur in der Schule, ausgebeutet, indem er die zweite gegen die erste aufhetzte". 117)

Daß sich aus dieser Art Doppelherrschaft in der Schule Widersprüche ergeben würden, war auch den explizit faschistischen Lehrern erkennbar. In einem Aufruf "An die

117) Adorno, Th. W., Tabus über dem Lehrberuf. In: Neue Sammlung, Göttingen 20 (1965), S.487ff.; S. 494. Vgl. dazu ebenfalls: Negt, O. und A. Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972. Sie diskutieren die Funktion der Doppelhierarchie unter dem Aspekt des 'Primat des Politischen' im Nationalsozialismus: "Es entsteht eine Konkurrenz zwischen traditionellen Sozialisationsagenturen wie Familie, Schule einerseits und andererseits gesellschaftlich organisierter Erziehung in Form von Jungvolk, HJ, Arbeitsdienst, Wehrmacht, und Parteiorganisationen. In diesem Stadium des Nebeneinander bleibt der Nationalsozialismus stehen, da er sich ebenso auf traditionelle Resultate der Familienideologie, der Bildung und der ständigen Unterscheidung stützt, wie er diesen Traditionen opponiert. Bildungseinrichtungen und Familien bleiben dabei nicht intakt (vgl. Denunziationswesen, Kinder-Landverschickung usf.)". Ebenda, S. 277.

nationalsozialistische Jugend", den ein Lehrer am 9. Februar 1933 veröffentlichte, hieß es: "Seitdem Euer und unseres Volkes Führer ... das Steuer des Staates ... in die Hand genommen (hat), seid Ihr gegenüber ... Euch übelgesinnten ... Lehrkräften ein für allemal gefeit... Diese kleinlichen Seelen sind auf ewig bloßgestellt". Drei Sätze später glaubte derselbe Lehrer jedoch, die Jugendlichen daran erinnern zu müssen "daß Ihr von zuständiger Seite immer wieder auf den Bereich der Pflichten auch gegenüber der Schule hingewiesen wurdet. Ihr verkennt die Persönlichkeit unseres Führers, Ihr verfälscht den Sinn der nationalsozialistischen Idee, wenn Ihr die Mahnworte bezüglich Eurer Schulpflichten mit leichter Handbewegung abtut", um schließlich mit der abgegriffenen Schulweisheit zu schließen: "Ihr lernt für Euch, nicht für die Schule". 118)

Es gelang dem Nationalsozialismus, die beiden in der Schule objektiv unaufhebbaren Seiten dieses Widerspruchs in der Form des Machtkampfes verschiedener Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Hatte die NSDAP in der Übergangs- und Konsolidierungsphase die Volksschullehrerschaft als die "neuen, nationalsozialistischen Erzieher" gebraucht und entsprechend aufgewertet, so war ihr die HJ in der Kriegsphase der bessere Garant dafür, die Jugendlichen für den Krieg zu mobilisieren. Zugleich konnte die Volksschullehrerschaft zum Sündenbock für das Scheitern der nationalsozialistischen Politik im Schulwesen werden, das sich im Abfall intellektueller und fachlicher Leistungen manifestierte. In ihrer, vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation von vornherein stärkeren Position, führten die NSDAP und die HJ explizit jene "Widersprüche zweier Erziehungsfaktoren" an, die sie folgendermaßen gegeneinandersetzen:

118) Zit. nach: Fleig, P., Unsere Lage. In: schola 1 (1946), H. 1, S. 7f.

"Hier ist das soldatische Prinzip der Pflichterfüllung, des Gehorsams, der Treue, der Ehrenhaftigkeit - dort findet die Jugend das Abschreiben, den Betrug am Lehrer, das Verheimlichen und Verschweigen 'in Ordnung'. Hier ein politisch gerade mit so wunderbaren Erfolgen belohntes Prinzip - dort eine gefährliche, von den Vätern schon übernommene Gewohnheit, die unseren Anforderungen an den Nachwuchs zuwiderläuft. Hier eine harmonische Gemeinschaft von Jugend und einer großen Anzahl von Lehrern - dort die Quelle von gegenseitigem Haß, Ärger und Unverständnis. Der B r u c h i n d e r S e e l e d e s j u n g e n M e n - s c h e n muß hier endlich überwunden werden". 119)

Demgegenüber konnte die Lehrerschaft die Notwendigkeit der Schule als Institution und ihre eigene Funktion nur traditionell damit begründen, daß Schule von jeher ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliege, deren 'Geheimwissenschaft' die Lehrer als Berufsgruppe allein kundig seien:

"Vor allen Dingen aber bedarf es für uns nicht der Belehrung, wie weit die sachliche Erziehungsarbeit, die natürlich auch an Lehrpläne und Methoden gebunden ist, die lebendigen Forderungen der Gegenwart zu beachten hat. ... Diejenigen, die mit der Arbeit der Schule und damit der Erzieherchaft vertraut sind, erwarten für diese Feststellung keine erneute Bestätigung. ... Insgesamt kann das Recht der Kritik an der Schularbeit ... nur dem zugesprochen werden, der etwas davon versteht und der dazu berechtigt ist". 120)

119) NSLZ, 1939, Folge 12, S. 263. Vgl. auch: Schirach, B. v., Revolution der Erziehung, München 1938, S. 104ff., wo die Kritik etwas unfeiner formuliert wird, wenn vom "Lehrer als pedantischem, trottelhaften Schulmeister" die Rede ist.
120) NSLZ, 1939, ebenda.

Der HJ gelang es im Verlauf der 12 Jahre des Nationalsozialismus, sich die notwendigen institutionellen Rechte zu verschaffen: sie war - wie bereits erwähnt - Gliederung der Partei, erlangte durch das Gesetz vom 1. 12. 1936 den Status, offiziell die gesamte Staatsjugend zu repräsentieren, ¹²¹⁾ und konnte durch den Aufbau der 'Adolf-Hitler-Schulen' Ansätze eines nicht dem Staate unterstehenden Schulwesens aufbauen. ¹²²⁾

Der Lehrerschaft gelang es demgegenüber weder für die eigene Berufsgruppe, die gleichen Rechtsfixierungen zu erlangen, noch wesentlich Einfluß auf die Institutionen der HJ zu bekommen, da es ausdrückliche Devise von Schirachs war, daß "der Lehrer als solcher nicht HJ-Führer sein (kann). Die Reichsjugendführung erkennt dem Lehrer keineswegs von vornherein eine größere Eignung für das Amt eines Jugendführers zu, als irgendeinem anderen Volksgenossen". ¹²³⁾

So von vornherein in der Defensive, ließ sich die Volksschullehrerschaft in der zugespitzten Konfliktsituation in den Jahren 1939ff. auf jene Ebene der Auseinandersetzung ein, die ihr von der HJ vorgegeben war und auf der sie gleichwohl unterliegen mußte: sie versuchte den Nachweis zu erbringen, die besseren Nationalsozialisten mit den größten Verdiensten zu sein:

"Am Tage der Machtübernahme standen bereits 16 000 deutsche Erzieher als Mitglieder des NS-Lehrerbundes in Front, um als Stoßtrupp Wegbereiter einer neuen Erziehungsarbeit zu sein. ... Schon im Spätsommer des Jahres 1933 waren über 300 000 deutsche Erzieher in der größten Erzieherorganisation der Welt vertreten.

121) Vgl. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S. 121.

122) Ebenda, S. 46 - 48.

123) Schirach, B. v., Die Hitlerjugend, Berlin 1934, S. 169f.

... Sofort begann der NS-Lehrerbund mit der Aufbereitung seiner erzieherischen Kräfte für die neue, vom Führer gegebene Erziehungsidee. Es war das große Werk der Erziehung der Erzieher. ... Es vollzieht sich noch und wird in alle Zukunft fort dauern, getragen von den Kräften unserer Organisation und von jenem unbegrenzten Idealismus, der immer dem Erzieher eigen war". 124)

Wenn die Lehrerschaft jedoch glaubte, "zu einer planvollen und gegenseitig wohl abgegrenzten Arbeit" 125) mit der HJ kommen zu können, so erwies sich gerade an diesem Lösungsvorschlag die systemimmanente Befangenheit ihres Protests. Eine technisch-organisatorische Lösung konnte ebensowenig realisiert werden, wie der Lehrerschaft der den Rivalitäten zugrunde liegende objektive gesellschaftliche Zusammenhang noch hätte einsichtig werden können: daß eine formelle, rechtliche Kompetenzabgrenzung zwischen Trägern von staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Funktionen nicht im Interesse des Nationalsozialismus lag: "Das System stützt sich nicht auf bestimmte Zusammenhänge dieser Widersprüche, sondern auf alle gleichzeitig", 126) - ein Mechanismus, der seine Funktion für die sich an der Oberfläche bekämpfenden Gegner darin findet, daß ein permanenter Wechsel erzeugt wird. Er vermittelt "zugleich den Eindruck von politischer Bewegung, also etwas Kontinuierlichem, und den weiteren Eindruck von Dynamik in einem an sich stationären System ... Den Massen erscheint so Politik als wendungsreiches Schauspiel, als Geschichte, auch wenn sich keiner der Widersprüche real löst". 127)

124) NSLZ, 1939, a.a.O., S. 79.

125) Ebenda.

126) Negt, O., und A. Kluge, Öffentlichkeit, a.a.O., S. 278.

127) Ebenda.

2. Kapitel: Objektive und subjektive Bedingungen nach der Niederlage des Faschismus.

2.1 Die berufliche und gesellschaftliche Situation der Lehrerschaft in den Westzonen. ¹⁾

Mit der militärischen Niederlage Deutschlands, dem Einmarsch der Alliierten und der Übernahme aller exekutiven und administrativen Funktionen durch die Offiziere der Besatzungsmächte war dem nationalsozialistischen Regime und den es tragenden Institutionen ein Ende gesetzt. Das gesellschaftliche Leben in Deutschland, die Ausübung von Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten wie das Funktionieren der verschiedenen institutionellen, politischen und ökonomischen Bereiche waren auf deutscher Seite im großen und ganzen be-

1) Die folgenden Kapitel beziehen sich im wesentlichen auf die Entwicklung der Lehrerbewegung in den Westzonen. Darstellung und Analyse der Parallel-Entwicklung in der SBZ würde eine eigene Untersuchung erfordern, da eine exakte Rekonstruktion zum einen umfassende Material- und Quellenarbeit und zum andern, aufgrund der besonderen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in der SBZ, andere theoretisch-methodische Prämissen erfordern würde. daß eine solche Untersuchung wichtige Erkenntnisse über die Verarbeitung des Faschismus in der dem FDGB angeschlossenen Lehrerbewegung ebenso erbringen könnte wie sie die wesentlichen Etappen der Schul- und Erziehungspolitik der SBZ bzw. DDR beleuchten könnte, erweist sich bereits an einem groben Überblick über die verfügbaren Zeitungen und Zeitschriften in der Phase von 1945 - 1949 (vgl. Literaturverzeichnis). - Im Rahmen dieser Arbeit wird nur soweit auf die Entwicklung in der SBZ eingegangen, soweit sich daraus Einsichten über die Probleme der Lehrerbewegung in den Westzonen gewinnen lassen.

reits im Chaos der letzten Kriegsmonate zusammengebrochen, bevor das deutsche Reich am 8. Mai 1945 offiziell kapitulierte.²⁾

Unter diesen Bedingungen erfuhr die berufliche und gesellschaftliche Position der Lehrerschaft gravierende Verschlechterungen, die an folgenden vier Indices aufgezeigt werden sollen: Arbeitsbedingungen, Veränderungen in der Zusammensetzung der Gesamtlehrerschaft, Entnazifizierung sowie Be-soldungsverhältnisse und beamtenrechtliche Stellung.

-
- 2) Bezüglich des Grades der Zerstörung gesellschaftlicher Beziehungen sind bei näherer Betrachtung Differenzierungen vorzunehmen: während Fürstenau z. B. angibt, daß Deutschland ein Land in "völliger Auflösung" gewesen sei (Fürstenau, S. 31), beschreibt Gimbel, J., Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945 - 1952, S. 31f., die Situation beim Einmarsch der Amerikaner am 29. März 1945 als eine "Mischung aus Normalität und Verwirrung". So seien "die Fremdarbeiter in den Lagern in und um Allendorf ... zwar unruhig (gewesen), arbeiteten aber noch". Ebenda, S. 31; in Berlin dagegen, als der größten und wohl am zerstörtesten Stadt muß in den letzten Tagen vor der Übernahme durch die Sowjets ein wirkliches Chaos geherrscht haben. Vgl. Adler, H., Berlin in jenen Tagen, Berlin (DDR) 1959. Allgemein scheint man die regionalen Differenzen dadurch erklären zu können, daß alle Handlungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung auch in den letzten Tagen des Krieges und damit des nationalsozialistischen Regimes immer noch von dessen Stärke oder Schwäche abhängig gewesen sind. Eigenständige soziale bzw. politische Verhaltensweisen, z. B. die Gefangennahme von Parteimitgliedern, die einer Abrechnung mit dem Regime gleichgekommen oder auch nur den Endterror der Faschisten - z. B. in Berlin - zu verhindern in der Lage gewesen wären, gab es so gut wie nicht. Vgl. im Gegensatz dazu die Situation in Italien am Ende des 2. Weltkriegs.

1. Arbeitsbedingungen

Als im Herbst 1945 nach übereinstimmender Devise aller Besatzungsmächte die Jugendlichen durch Wiederaufnahme des Unterrichts von den Straßen geholt werden sollten, wurde das Ausmaß der kriegsbedingten Zerstörungen deutlich: in Berlin waren beispielsweise 55 % aller Schulen unbenutzbar; ³⁾ in Hessen fehlten rund 5 000 Normalklassenräume; ⁴⁾ in der französischen Zone waren von 9 000 Schulen 2 000 zerstört; ⁵⁾ in Hannover standen für 40 000 Volksschüler 33 Gebäude zur Verfügung. In den ländlichen Gebieten Niedersachsens stand für 100 Schüler ein Klassenraum, für drei Schüler ein Sitzplatz zur Verfügung; ⁶⁾ von 463 Schulgebäuden in Hamburg blieben 179 unbeschädigt; ⁷⁾ von 427 Klassenräumen konnten in Braunschweig 250 nicht mehr benutzt werden; ⁸⁾ in Bremen blieben von 150 Schulen nur 30 unzerstört; ⁹⁾ in Nürnberg waren von 114 städtischen Schulgebäuden nur zwei kleine Stadtrandschulen unzerstört,

-
- 3) Graehn, G., Die Anfänge der demokratischen Schulreform in Berlin 1945/46. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 13 (1971), S. 1 014ff.; S. 1 015. Vgl. darüberhinaus: Oestreich, P., Schulleben Berlins nach dem Zusammenbruch. In: schola, 2 (1947), H. 1, S. 194ff.; Klewitz, M., Berliner Einheitsschule 1945 - 1951, Berlin 1971. Zahlen für die SBZ finden sich ausführlich in: Geschichte der Erziehung, a.a.O., S. 627ff.; Uhlig, G., Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945 - 1946, a.a.O., S. 24ff.
 - 4) Böhme, G., Franz Hilkers Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Hessen, Frankfurt/M. 1967, S. 9.
 - 5) Willis, R. F., The French in Germany, Stanford 1962, S. 168.
 - 6) Niedersächsische Lehrerzeitung (NLZ) 1 (1949), Nr. 2, S. 1f.
 - 7) 150 Jahre der Gesellschaft, a.a.O., S. 94.
 - 8) 10 Jahre Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer (GBL). August 1946 - 1956. Braunschweig 1956, S. 15.
 - 9) GEW (ADLLV) Sonderrundschreiben, November 1948, S. 2.

44 waren dagegen total zerstört; ¹⁰⁾ in Bayern waren nach dem Stand vom 1. 5. 1946: "zerstört 106 Schulgebäude mit 1 069 Sälen, beschädigt 149 Häuser mit 1 844 Sälen, anderweitig belegt 483 Häuser mit 2 356 Sälen. Es fielen damit in Bayern rund 30 % der Schulsäle aus". ¹¹⁾

Die Folge dieses bis in die Mitte der 50iger Jahre andauernden extremen Raummangels war das Schichtsystem im Unterricht, nach dem "drei, vier und fünf Klassen ... in einem einzigen Raum Tag für Tag nacheinander ihren Unterricht (erhielten)". ¹²⁾ Entsprechend spät endeten die letzten Schichten am Tage: "10 Schulen (können) ihren Unterricht erst um 17 Uhr oder 17.30 Uhr beenden. In Nienstadt und Südhorst (Niedersachsen, R. M.) ist der Schulschluß auf 18 Uhr festgesetzt, ... in Stadthagen auf 18.10 Uhr, in Bekke auf 18.35 Uhr, in Probsthagen gar auf 19 Uhr". ¹³⁾ In Hamburg fand erst Ende 1954 in 50 von 350 Schulen ein "normaler Einschichtenunterricht statt". ¹⁴⁾

Gleichzeitig waren die Arbeitsbedingungen im Unterricht durch die hohen Klassenfrequenzen außerordentlich erschwert. Der unter dem Faschismus bereits einsetzende, durch den Einzug der jüngeren Lehrer zum Kriegsdienst, den Verbleib vieler in der Gefangenschaft und durch die Entlassungen aufgrund der Entnazifizierung sich verschärfende Lehrermangel

10) Barthel, O., Die Schulen in Nürnberg 1905 - 1960. Mit einer Einführung in die Gesamtgeschichte, Nürnberg o. J. (1964), S. 62.

11) Buchinger, H., Volksschule und Lehrerbildung im Spannungsfeld politischer Entscheidungen 1945 - 1970, München 1975, S. 22.

12) Lehrerverband Niedersachsen (LVN), Rundschreiben, Nr. 19, Januar 1949, S. 2.

13) NLZ 1 (1949), Nr. 2, S. 2.

14) 150 Jahre, a.a.O., S. 94.

hatte Klassenfrequenzen zur Folge, aufgrund derer der DGB noch i. J. 1950 die Verringerung auf das "Normalmaß von 40" verlangte. ¹⁵⁾ In Berlin "standen im Sommer 1945 ... nur noch 2 663 ausgebildete Lehrkräfte für das Berliner Schulwesen zur Verfügung, während es 1939 ca. 14 000 Lehrer in Berlin gab. ¹⁶⁾ In Bayern gab es i. J. 1946 "überfüllte Klassen mit 150 Schülern und es waren statt der benötigten 22 000 nur 11 000 bayrische und 3 000 Flüchtlingslehrer verwendungsfähig". ¹⁷⁾ Eine Gesamtübersicht über die britische Zone aus dem Jahr 1947 ergab, daß bei einer Zahl von rund 3,4 Mio Schülern und 59 000 Lehrern in rund 14 000 Schulen die Klassenfrequenz bei 60 lag und jeder Schule nur vier Lehrer zur Verfügung standen. ¹⁸⁾ Die süddeutsche Schulzeitung bemerkte i. J. 1948, "daß die Schülerzahl der städtischen Volksschulen in Göppingen ... sich seit 1949 von 5 146 auf 8 086 erhöht (habe), wogegen die Zahl der Lehrer von 168 auf 151 zurückgegangen sei". ¹⁹⁾ In Niedersachsen fielen in den relativ begünstigten Gebieten i. J. 1948 64 Schüler, ²⁰⁾ in den am schlechtesten versorgten Gebieten 80 Schüler auf eine Lehrkraft. ²¹⁾ Zusammenfassend für den Kreis Nienburg beschrieb der Landesverband Niedersachsen: "Kreis Nienburg (nach dem Stand vom 15. 5. 1949). Die Schule besuchten im Kreisgebiet 1939 7 765 Kindern, 1949 18 382 Kinder. Sie wurden betreut 1939 von 173, 1949 von 289 Lehrkräften. Während die Schülerzahl

15) Vgl. Gewerkschaften und Kulturpolitik. Rede Hans Böcklers auf dem Kongreß der GEW in Goslar am 2. Juni 1950, o. O. 1950. (Um Schule und Stand, H. 2), S. 9.

16) Graehn, A., Die Anfänge, a.a.O., S. 1 017.

17) Guthmann, J., Der BLLV, Bd. II, a.a.O., S. 339.

18) Sozialistische Erziehung. Mitteilungen der KPD-Landesleitung Niedersachsen. Einziger Jahrgang 1 (1947), H. 2, S. 15.

19) Süddeutsche Schulzeitung 1 (1948), H. 3, S. 5.

20) LVN, Rundschreiben Nr. 18, November 1948, S. 7.

21) Ebenda, Nr. 25, Juli 1949, S. 9.

um 10 617 gestiegen ist (= 136,7 %), wurde die Zahl der Lehrer nur um 116 erhöht (= 67 %). So ergibt sich, daß heute 63,6 Kinder auf einen Lehrer entfallen, während es 1939 "nur" 44,5 waren. In 27 Schulen ist diese Zahl aber höher: In 18 mehr als 70 Kinder, in 7 mehr als 80, in 3 mehr als 90". ²²⁾

Um den nötigsten Unterricht abzudecken, unterrichteten Lehrer beispielsweise in Rheinhessen ²³⁾ und in Baden ²⁴⁾ täglich in mehreren Ortschaften. Trotzdem betrug der Unterrichtsausfall z. B. in Hamburg für "alle Schulabgänger seit 1944 ... bis zu zwei Jahren. Allein durch den Mangel an Straßenbeleuchtung mußte der Unterricht um ein Drittel gekürzt werden". ²⁵⁾ In ländlichen Gegenden Niedersachsens war es trotz Schichtunterricht nicht möglich, "das Stunden-soll zu erreichen. Im Kreisdurchschnitt fehlen 27 %. Von 61 Schulen können aber nur 27 diese 'niedrige' Zahl aufweisen. Bei den übrigen 34 ist die Zahl noch höher: An 25 Schulen zwischen 28 und 35 %, an 4 zwischen 36 und 40 %, in Brelingen 42 %, in Lehrte I 45 %, in Bissendorf und Harber 48 %, an der Hilfsschule Lehrte 49 %". ²⁶⁾

In Bayern stellte sich die Situation so dar, daß "im Schuljahr 1945/46 von 20 779 Klassen erst 4 119 Klassen vollen, 15 721 Klassen ... verkürzten und 939 Klassen überhaupt keinen Unterricht hatten ... 100 000 Schulpflichtige waren ohne jeden Unterricht. Viele Klassen waren mit 150 Kindern besetzt und Fälle, in denen ein Lehrer 250 Kinder

22) NLZ 1 (1949), Nr. 2, S. 2.

23) schola 1 (1946), S. 217.

24) Ebenda, S. 68.

25) 150 Jahre, a.a.O., S. 94.

26) NLZ 1 (1949), Nr. 2, S. 2.

im Wechselunterricht mit sechs oder acht Stunden unterrichtete, waren keine Seltenheit. Tausende von Kindern erhielten daher wöchentlich oft nur sechs oder acht Stunden Unterricht". 27)

Andere Ursachen des Unterrichtsausfalls ergaben sich aus dem Mangel an Heizungsmaterial und Stromversorgung, der fehlenden Winterkleidung der Kinder, der Unterernährung von Lehrern und Schülern. 28)

Neben der Schwierigkeit, die Bedingungen für die Durchführung des Unterrichts zu sichern, gestaltete sich die inhaltliche Seite der einzelnen Schulfächer nach Kriegsende schwierig, da in fast allen Fächern im Laufe der 12 Jahre nationalsozialistischer 'Wissenschaft' die Schulbücher ausgetauscht worden waren. 29) Im Zuge der Entnazifizierung waren diese nicht mehr gestattet, neues Unterrichtsmaterial aber nicht vorhanden. Folgende Übergangsmaßnahmen wurden getroffen: in Berlin wurde "der Unterricht ... vorläufig nur in den Grundfächern Lesen, Rechnen und Schreiben gestattet, wobei außer den Werken der Klassiker der Literatur nur die von der Besatzungsmacht genehmigten Zeitungen als Vorlagen dienen durften"; 30) in der amerikanischen Zone wurde diese letztlich am wenigsten verwirrende Maßnahme nicht angewandt. Hier wurden alle Fächer unterrichtet, wobei allerdings die Schulbücher einer Revision unterzogen wurden. Dabei wurde die Methode, "alte deutsche Schulbücher

27) Buchinger, H., Volksschule und Lehrerbildung, a.a.O., S. 221.

28) Vgl. Graehn, G., Die Anfänge, a.a.O., S. 1 015f.; Engelhard, E., Schulnot von heute. Brief nach Amerika. In: Die Sammlung 1 (1947), S. 304ff.; Pädagogische Rundschau 1 (1947), S. 373f.

29) Vgl. Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik, a.a.O., S.

30) Graehn, G., Die Anfänge, a.a.O., S. 1 018.

nach negativen Kriterien auf ihre Durchsetzung mit Nationalsozialismus, Militarismus und Chauvinismus hin zu untersuchen und so aus der großen Menge des vorhandenen Materials brauchbare Titel herauszufinden, als ausreichend bis zur Produktion neuer Schulbücher bezeichnet. In dieser Phase, die im Frühjahr 1948 zu Ende ging, wurden von 2 509 Titel (vorgelegt zwischen Juli 1945 und März 1948) 1 407 vorbehaltlos zur Wiederverwendung freigegeben. Bei 535 Titeln mußten Streichungen, Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen werden, und 567 Titel wurden überhaupt nicht für den erneuten Gebrauch in Schulen zugelassen;" ³¹⁾ in der französischen Zone bestand ein absolutes Verbot, irgendein nach 1933 veröffentlichtes Schulbuch zu benutzen. An ihre Stelle traten Schulbücher der Schweiz, Frankreichs und Amerikas. Bis 1948 waren 10 Millionen neue Bücher für 9 000 000 Schüler gedruckt; in der Anfangszeit jedoch war ohne diese Texte der Unterricht in allen Fächern schwer aufrechtzuerhalten; ³²⁾ in der britischen Zone waren die Verhältnisse denen der amerikanischen Zone ähnlich, da die "Reeducation of Germans" zwischen den anglo-amerikanischen Militärregierungen koordiniert wurden: kein Absetzen bestimmter Unterrichtsfächer, aber Verbot von NS-Schulbüchern. ³³⁾ Bis 1948 wurden insgesamt 12 1/2 Mio Texte für 3 1/2 Mio Schulbücher veröffentlicht. ³⁴⁾

-
- 31) Bungenstab, K.-E., Die Schulbuchrevision in der US-Zone nach 1945 im Zusammenhang mit der amerikanischen Umerziehungspolitik. In: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht, Bd. XII, 1968, S. 96ff., S. 130.
- 32) Willis, R. F., The French in Germany, a.a.O., S. 168f.
- 33) Vgl. Bungenstab, K. E., Umerziehung zur Demokratie? Düsseldorf 1970, S. 37ff.
- 34) Willis, R. F., The French in Germany, a.a.O., S. 168.

2. Veränderungen in der Zusammensetzung der Gesamtlehrerschaft

Durch den Krieg hatte sich die altersmäßige Zusammensetzung der Gesamtlehrerschaft erheblich zu ungunsten der Jüngeren verschoben, da aufgrund des Kriegsdienstes der jüngeren Lehrer und der hohen Zahl der Gefallenen aus dieser Gruppe zunächst überhaupt nur die älteren Lehrer noch amtierten. Sie waren z. T. vom nationalsozialistischen Regime mit Schulklassen aus besonders schwer bombardierten Gebieten in den letzten Kriegsjahren in der "Kinderlandverschickung" eingesetzt worden.³⁵⁾ Nach Beendigung der Kriegshandlungen wurden sie in die Ausgangsstädte und -regionen zurückgeführt und stellten das Gros der amtierenden Lehrerschaft. Zudem waren von der Entlassung aufgrund der Entnazifizierung mehr junge als alte Lehrer betroffen.³⁶⁾ - In der amerikanischen Zone waren i. J. 1947 fast 50 % aller Lehrkräfte älter als 60 Jahre;³⁷⁾ in der französischen Zone war im Dezember 1945 "the average age of Teachers in large towns ... between fifty-six and sixty";³⁸⁾ in Berlin betrug das Durchschnittsalter 59 Jahre.³⁹⁾

Gleichzeitig mit der altersmäßigen Veränderung wurde die Zusammensetzung der Berufsgruppe insgesamt wie auch einzelner Lehrerkollegien entscheidend durch die neu hinzukommen- den Gruppen der Neulehrer, Schulhelfer und ehemals aus dem Dienst geschiedener Lehrerinnen verändert. Diese Maßnahmen, die von den Besatzungsmächten i. J. 1945/46 zur Behebung

35) Vgl. dazu bes.: Guthmann, J., Der BLLV, Bd. 2, a.a.O., S. 327ff.

36) Bungenstab, K. E., Umerziehung, a.a.O., S. 75.

37) Ebenda.

38) Willis, R. F., The French in Germany, a.a.O., S. 168.

39) Zur Entwicklung des Volksbildungswesen, S. 123.

des Lehrermangels im Zuge der 'Säuberung' der Schule von faschistischen Lehrern getroffen wurden, waren besonders umstritten, da sie das professionelle und ständische Selbstverständnis der Gesamtlehrerschaft betrafen.

Am konsequentesten in der Praxis und eindeutig politisch im Sinne der radikalen Entnazifizierung der Schulen begründet, fand - ähnlich wie in der SBZ - die Neulehrerwerbung und -einsetzung solange in Berlin statt, solange die Befehle der sowjetischen Militäradministration (SMAD) unter der Leitung des Marshall Shukow für ganz Berlin galten. Nach seinem Befehl vom 6. Dezember 1945 wurden 1 200 Neulehrer für Berlin angeworben.⁴⁰⁾ Die Kampagne hatte dabei "die Heranziehung geeigneter Antifaschisten als Hilfslehrer"⁴¹⁾ zum Ziel. Die soziale Zusammensetzung und das pragmatische, traditionelle Berufspädagogen verschreckende Anlernverfahren für die Neulehrer beschrieb Paul Oestreich:

"Verhinderte Pädagogen, aus dem Studium gerissene Jungmensen, die Angestellten aufgelöster Berufe (Banken), Techniker und Ingenieure, Witwen, oft genug - neben manchen wirklichen Pestalozzijüngern - auch bloße Notverdiener ..., - sie und tüchtige Handarbeiter und Funktionäre meldeten sich und wurden kurzfristig angelernt. Zunächst ging jeder Bezirk selbständig vor, man belegte die einzelnen Schulen mit Helfergruppen. Der einzelne Schulhelfer hospitierte bei bewährten Betreuern und machte eigene Unterrichtversuche, während theoretisch beschlagene

40) Graehn, G., Die Anfänge, a.a.O., S. 1 020.

41) Verordnungsblatt der Stadt Berlin, Nr. 3, 25. Juli 1945, S. 32/33. Zit. nach: ebenda, S. 1 017. Mit der Verschärfung der politischen Konflikte zwischen den Besatzungsmächten galt die Kampagne ab Mitte 1946 nur noch für den Ostsektor, der Westen führte keine Neulehrerwerbung mehr durch.

Altlehrer in einer Reihe Wochenstunden die Helfer gruppenweise in Theorie und Geschichte der Pädagogik und Psychologie unterwiesen, dabei vom Leben, Wirken und Lehren der großen Pädagogen und den praktisch auftretenden Problemen der Unterrichtspraxis ausgehend". 42)

In der französischen Zone wurde ein gemischtes Verfahren angewandt, um den durch Krieg und Entnazifizierung entstandenen Lehrermangel kurzfristig zu beheben: einerseits stellte die französische Besatzungsmacht mit Eröffnung der Schulen im September 1945 Schulhelfer wie in Berlin ein; deren Zahl betrug im Jahr 1945 2 500, 43) "das bedeutet ein Fünftel der Volksschullehrerstellen überhaupt. Sie sichern den Unterricht für mehr als 100 000 Kinder". 44) Ihnen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, in einjährigem Kurs an den Lehrerbildungsanstalten die erste Lehramtsprüfung zu absolvieren. Andererseits wurde bereits im Oktober 1945 im Regierungsbezirk Rheinhessen ein "Pädagogisches Institut" eröffnet, in das von den fast 300 Bewerbern nur Abiturienten aufgenommen wurden, "die über gute Zeugnisse verfügten und menschlich und politisch einwandfrei waren". 45) Ihre Ausbildung erfolgte folgendermaßen: "An den Schulen täglich Klassenbesuche in Gruppen mit anschließenden Besprechungen, in der Kreisstadt wöchentlich zweimal für die Studenten des Kreises Vorlesungen durch Fachmethodiker, in Mainz für alle Studenten des Regierungsbezirks wissenschaftliche Vorlesun-

42) Oestreich, P., Das Schulleben Berlins nach dem Zusammenbruch. In: schola 2 (1947), S. 194ff.; S. 196. Resümierend stellte er fest: "Das Ergebnis war nicht schlecht, manchmal, wenn Beruf und Berufung zusammentrafen, sogar erstaunlich".

43) schola 1 (1946), S. 65.

44) Ebenda, S. 65/66.

45) Ebenda, S. 217.

gen durch Hochschullehrer". 46) Nach einem halben Jahr bestanden 220 Kandidaten ein Vorexamen, das ihnen die Berechtigung erteilte, einerseits bei herabgesetzter Stundenzahl Unterricht in den Schulen zu geben und andererseits an der Universität in Mainz zwei Semester Pädagogik, Philosophie und Psychologie zu belegen. 47) Zusammenfassend stellte der Bericht fest, daß "man jetzt schon mit einer gewissen Berechtigung aussprechen (kann), daß bis Ostern 1947 für das rheinhessische Volksschulwesen mehr als 200 junge Lehrer und Lehrerinnen zur Verfügung stehen werden, die befähigt sind, nicht nur zu unterrichten, sondern auch unsere Jugend zu erziehen im Geiste der Völkerversöhnung, der Humanität und des Friedens". 48) Die im Notprogramm der amerikanischen Besatzungszone neu eingestellten Schulhelfer setzten sich aus Nicht-Pädagogen und in hohem Maße aus bereits pensionierten Altlehrern zusammen. 49) Sie hatten vor dem offiziellen Schulbeginn am 1. Oktober 1945 ein Re-orientation-Programm zu absolvieren, das "zwar an verschiedenen Orten mit unterschiedlichem Ansatz und wechselnder Intensität, jedoch in allen Fällen offenbar von mindestens zwei Wochen Dauer" 50) durchgeführt wurde. Seine Durchführung als Ersatz für die Lehrerausbildung war allerdings von vornherein nur bis zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Pädagogischen Hochschulen und Lehrerseminare gedacht. 51)

Die nächste, den Schuldienst aufnehmende Gruppe bestand aus der ersten Generation der Junglehrer, die nach dem Kriege ihr Examen ablegte. Ihre Zusammensetzung war - ähnlich

46) Ebenda.

47) Ebenda, S. 218.

48) Ebenda.

49) Bungenstab, K. E., Umerziehung, a.a.O., S. 75.

50) Ebenda, S. 78.

51) Ebenda, S. 79.

wie nach dem 1. Weltkrieg - eindeutig durch den Krieg geprägt. Eine Statistik aus dem Jahre 1948 über die ersten drei Lehrgänge der Pädagogischen Hochschule in Göttingen weist zunächst ein "ziemlich hohes Durchschnittsalter" auf: "Das gilt besonders für den verkürzten Lehrgang für Kriegsteilnehmer (1. 2. 46 - 31. 3. 47), aber auch für den Lehrgang, der am 1. 10. 46 begann und am 30. 9. 1948 enden wird ... und den Lehrgang, der am 1. 4. 1947 begann und am 31. 3. 1949 enden wird".⁵²⁾ Der Durchschnitt des Kriegsteilnehmerlehrgangs betrug bei den männlichen Studenten 28,4 Jahre, bei den weiblichen 31 Jahre.⁵³⁾ Besonders die Studentinnen waren vor dem Studium bereits als Schulförderinnen, Kindergärtnerinnen oder Erzieherinnen tätig gewesen.⁵⁴⁾ Wesentlich für die soziale Zusammensetzung war die Tatsache, daß überdurchschnittlich viele Studenten der Großstadt aus dem gehobenen Mittelstand kamen.⁵⁵⁾ Typisch für die Bedingungen der Nachkriegszeit war zudem, daß 36 % der Studenten Flüchtlinge waren.⁵⁶⁾ Folgende Beschreibung über die Situation in Bayern veranschaulicht die heterogene, kriegsbedingte Zusammensetzung:

"Da waren Abiturienten von 1935 mit der ersten Lehramtsprüfung von 1937 ..., mit Arbeits- und Wehrdienst bis 1939, dann im Krieg, und, falls in Gefangenschaft, Heimkehr 1949. Mit 34 Lebensjahren standen die Angehörigen dieses am längsten vom Beruf abgehaltenen Abiturientenjahrganges 1950 zum ersten Mal in der Schulklasse; da waren 66 Kandidaten zur 2. Prüfung 1947 und 10 oberbayrischen Stadt- und Landkreisen. Von ihnen hatten 26

52) Gläß, Th., Bemerkungen zur Sozialstatistik einer Pädagogischen Hochschule, in: Die Sammlung 3 (1948), S. 246ff.; S. 246.

53) Ebenda, S. 247.

54) Ebenda.

55) Ebenda, S. 249.

56) Ebenda, S. 248.

Herren in der Wehrmacht gestanden, 14 von ihnen und 2 klösterliche Bewerberinnen waren länger als nur 6 Jahre dem Beruf entzogen, ein Herr als politisch Verfolgter ein Jahr in Haft, 18 Bewerber und 2 Bewerberinnen verheiratet mit Kindern, 2 Herren und 10 Frauen kinderlos verheiratet, 8 Kollegen und 28 Kolleginnen unverheiratet. - Noch aufschlußreicher ist die Altersspanne: bis zu 25 Jahre alt: 2 Herren und 5 Damen; zwischen 26 und 30 Jahren: 10 Herren und 23 Damen; zwischen 31 und 35 Jahren: 12 Herren und 5 Damen; zwischen 36 und 40 Jahren: je 2 Herren und Damen. -In der gleichen Dienststellung, aber bis zu 17 Lebensjahren Unterschied". 57)

Ein weiteres, für die Nachkriegsstrukturen in der Lehrerschaft typisches Phänomen war die hohe Anzahl von Flüchtlingslehrern, die seit den letzten Kriegsmonaten mit den Flüchtlingsströmen aus den Gebieten jenseits der Reichsgrenzen von 1937 in die vier Besatzungszonen kamen. 58) Nach einer Gesamtübersicht aus d. J. 1949/50 verteilten sich die Flüchtlingslehrer mit folgenden Anteilen auf die Westzonen:

57) Guthmann, J., Der BLLV, Bd. 2, a.a.O., S. 363. Vgl. ähnliche Biographien in: Bungardt, K., "Der Junglehrer", ein soziales und pädagogisches Problem. In: ADLZ 1 (1949), Nr. 16, S. 168.

58) Statt der zahlreichen Literatur zum Problem der Vertriebenen vgl. die ausführliche Abhandlung von: Jolles, H. M., Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln/Berlin 1965.

	Beschäftigte	Noch nicht Beschäftigte	Summe	Zahl der Lehrst. u. Lehrst. u.	Davon m. Fl.-L. besetzt
"Nordrhein-Westfalen	7 357	1 113	8 470	48 474	15 %
Niedersachsen	10 007	1 941	11 948	25 929	39 %
Schleswig-Holstein	5 335	723	6 058	10 915	49 %
Hamburg	793	111	904	6 764	12 %
Bremen	155	26	181	1 812	9 %
Bayern	8 900	ca. 2 500	11 400	33 187	27 %
Hessen	3 659	265	3 924	16 775	22 %
Nord-Württemberg	2 237	274	2 511	14 984	20 %
Nord-Baden	708	94	802	-	- %
Württemberg-Hohenz.	328	25	353	4 322	8 %
Südbaden	334	40	374	4 065	9 %
Rheinland-Pfalz	415	65	480	10 239	4 %
	40 228	7 177	47 405	177 466	23 %

59)

- 59) Die Schleswig-Holsteinische Schule 4 (1950), Nr. 10, S. 1. Die geringen Zahlen von Flüchtlingslehrern in der französischen Zone erklären sich daraus, daß in ihr Gebiet "während der ersten Nachkriegsjahre Vertriebene nur auf illegale Weise (kommen konnten)", weil die Vereinbarungen von Potsdam nicht von Frankreich mit unterzeichnet waren. Joles, S. 57. Zur Regelung des Vertreibenenproblems in Art. XIII des Potsdamer Abkommen vgl. ebenda, S. 47f.

Da es keine deutsche Zentralverwaltung gab, gelang es den vertriebenen Lehrern relativ leicht, in Lehrstellen bzw. Teilzeitbeschäftigungen zu kommen, wenn die örtlichen Behörden sich davon eine Verringerung des Lehrermangels versprachen. "Aus diesem raschen Eindringen in ein zerstörtes und erst im Aufbau befindliches Schulwesen erklärt es sich, daß noch auf Jahre hinaus die Zahl der vertriebenen Lehrkräfte an den Schulen Westdeutschlands höher war, als es dem Verhältnis zwischen vertriebenen und einheimischer Bevölkerung entsprochen hätte".⁶⁰⁾ Während 17,5 % der Gesamtbevölkerung Vertriebene waren, betrug ihr Anteil am Lehrpersonal 22,3 %.⁶¹⁾

Schließlich war die Zusammensetzung der Gesamtlehrerschaft in der Nachkriegszeit erheblich durch die sog. Feminisierung verändert, die sich während des Krieges durchsetzte.

Wenn auch die Statistik hierzu im Zeitraum zwischen 1941 und 1947 mangelhaft ist,⁶²⁾ so vermögen die verfügbaren statistischen Angaben doch eindeutig die Bewegung in der Zusammensetzung der Lehrerschaft zugunsten der weiblichen Volksschullehrer zu illustrieren:

60) Die Vertriebenen in Westdeutschland. Hrsg. von Lemberg, E. und F. Edding. Bde. 1-3, Kiel 1959, Bd. 3, S. 373.

61) Ebenda, S. 374, Fußnote 14.

62) Während des Krieges, exakt: ab 1942, wurde keine reichseinheitliche Statistik mehr geführt bzw. veröffentlicht. Direkt nach Kriegsende wurden teilweise von den Besatzungsbehörden statistische Arbeiten durchgeführt, diese waren jedoch zum einen regional begrenzt und zum andern zunächst nur für den internen Gebrauch bestimmt.

Jahr	männl. VL	weibl. VL
1932	47 086	20 785
1937	32 268	15 261
1938	32 635	19 589
1943 (Bayern)	5 312	5 572
1947	19 060	22 878 ⁶³⁾

3. Entnazifizierung

Die berufliche und gesellschaftliche Situation der Mehrheit der Lehrer war anfangs durch die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten ⁶⁴⁾ einschneidend verändert.

Dabei waren zwar von Anfang an politisch-konzeptionelle Differenzen zwischen der Sowjetunion einerseits und dem stärksten westlichen Alliierten, den USA, andererseits vorhanden; ⁶⁵⁾ in der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch bestand Einigkeit unter den Besatzungsmächten darin, daß ein demokratisches deutsches Erziehungs- und Bildungswesen

63) Die Zahlen für die angegebenen Jahre beziehen sich nicht auf das gesamte Reich, sondern auf die vom "Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden" ausgewählten Gemeinden im Deutschen Reich. Vgl. Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Amtliche Veröffentlichungen des Deutschen Gemeindetages, Jena 28 (1934), S. 277; 33 (1938), S. 119; 34 (1939), S. 63; Schwäbisch-Gmünd 37 (1949), S. 366. - Vgl. zu den Angaben für 1943: Statistisches Handbuch für Bayern, S. 116, München 23 (1948).

64) Vgl. zur Entnazifizierung: Fürstenau, J., Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied/Berlin 1969; Bungenstab, K.-E., Umerziehung zur Demokratie, a.a.O., bes. S. 71 - 98; Willis, F. R., The French in Germany, a.a.O., bes. S. 147 - 179; Zink, H., The United States in Germany 1944 - 1955. Princeton 1957, bes. S. 150 - 168; Sérant, P., Die politischen Säuberungen in Westeuropa, Oldenburg/Hamburg o. J.

65) s. nächste Seite.

als Teil des öffentlichen Lebens nur ohne nationalsozialistischen Lehrer und Beamte zu errichten sei, daß diese also aus dem Schuldienst zu entlassen seien. Die rechtliche Basis der Entnazifizierungsmaßnahmen in den Westzonen stellte die amerikanische Direktive JCS 1 067 vom 26 April 1945 dar, die von Frankreich und Großbritannien im Alliierten Kontrollrat akzeptiert wurde.⁶⁶⁾ Sie bestimmte: "Alle

-
- 65) Die Differenzen resultierten aus den verschiedenen politischen Konzeptionen für die deutsche Nachkriegsentwicklung: Solange die USA von einem durch und durch nazistischen Deutschland ausgingen (Kollektivschuldthese) "schied die Entnazifizierungsmethode der Sowjetrussen aus, die Säuberungen ohne einen ins Einzelne gehenden Plan durch die ihnen nahestehende Gruppe deutscher Antinationalsozialisten durchführen zu lassen". Fürstenau, S. 25. Demgegenüber war "für die Franzosen ... nicht die Entnazifizierung das oberste Ziel der Besatzungspolitik, sondern die Dezentralisierung Deutschlands und die nachhaltige Schwächung der deutschen Machtstellung. "Entnazifizierung war ihnen Bestandteil einer notwendigen 'Entpreußung' Deutschlands. (Ebenda, S. 42) - Ähnlich erschien auch der britischen Militärregierung die Entnazifizierung nur als ein Teil der Notwendigkeit, daß Deutschland mit seinen politischen Traditionen breche: "Wir sind gewarnt davor, zu erwarten, daß es genüge, das Land von Hakenkreuzen zu reinigen und es mit konstitutionellen Einrichtungen zu versehen", lautete ein skeptischer britischer Kommentar zur Entnazifizierung. Ebenda, S. 43.
- 66) Vgl. Fürstenau, J., Entnazifizierung, f.a.O., S. 30; S. 46ff. - Weitere Gesetze und Direktiven, die für die Durchführung der Entnazifizierung in den Westzonen maßgebend waren und den Übergang der Verfahren von den Militärregierungen auf deutsche Spruchkammern kennzeichnen, finden sich auszugsweise und in chronologischer Abfolge in derselben Abhandlung. Vgl. auch die Gesamtübersicht im Anhang, S. 233ff. Die Direktive Nr. 24 des All. Kontrollrats vom 12. Januar 1946, in die die Direktive JCS 1067 fast wörtlich übernommen wurde, ist abgedruckt in: Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats, Nr. 5 (31. 3. 1946), Berlin 1946, S. 98 - 115.

Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die mehr als nur nominelle Teilnehmer in ihrer Tätigkeit gewesen sind, alle aktiven Verfechter von Nationalsozialismus und Militarismus und alle anderen Personen, die den Zielen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, werden entlassen und von öffentlichen Ämtern und wichtigen Positionen in quasi-öffentlichen Bereichen wie ... dem Erziehungswesen ausgeschlossen". 67)

Grob skizziert 68) stellen sich die Resultate der Entnazifizierung in den Westzonen folgendermaßen dar: in der französischen Zone wurden 75 % der Lehrer entlassen; 69) in der

67) Zit. nach Bungenstab, K. E., Umerziehung, a.a.O., S. 71.

68) Es ist kein Zufall, daß sich über die Ergebnisse der Entnazifizierung in der SBZ und Berlin eindeutige, zahlreiche und nach verschiedenen Bereichen spezifizierte Angaben finden lassen, während die entsprechenden Materialien für die Westzonen unsystematisch und ungenau bleiben: dort war die Veröffentlichung Teil der Entnazifizierung selbst; hier hatten weder die Betroffenen und politischen Institutionen noch im weiteren Verlauf der Entwicklung die politische Wissenschaft ein Interesse an den genauen Zahlen. Insofern war deren Nicht-Veröffentlichung ebenfalls Teil der Entnazifizierung, wie sie in den Westzonen betrieben wurde. Zudem überschritten sich diese Zahlen bereits ab 1948/49 mit denen der anfangs aus dem Schuldienst entlassenen und wenig später wieder eingestellten Lehrern. - Demgegenüber gab Schallock bereits auf der 1. Interzonenkonferenz der Lehrerverbände im Juli 1947 eine Übersicht über die in der SBZ aus dem Dienst Entlassenen und noch darin befindlichen Pgs.: Protokoll der Interzonenkonferenz der Lehrerverbände, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Interzonenkonferenzen und Vertreterversammlungen, S. 3. Vgl. des weiteren zur Entnazifizierung in der SBZ: Uhlig, G., Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung, a.a.O., S. 114ff.; Geschichte der Erziehung, a.a.O., S. 629; Berg, H., Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Oberschule auf dem Gebiet der heutigen DDR in der Zeit vom Mai 1945 - 1948. Diss. Berlin (DDR) 1969, S. 154ff.

69) Vgl. Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 18.

amerikanischen zwischen 55 und 90 %; ⁷⁰⁾ in Berlin knapp über 50 %. ⁷¹⁾ Die Unterschiede waren dabei allerdings von Land zu Land bzw. Stadt zu Stadt beträchtlich: während beispielsweise in Darmstadt 85 %, ⁷²⁾ in Würzburg 90 % ⁷³⁾ entlassen wurden, waren es in Frankfurt nur 50 %; ⁷⁴⁾ in Bremen betrug die Entlassenenquote 60 %, ⁷⁵⁾ in Nordwürttemberg "nahezu 80 %". ⁷⁶⁾

Die hohen Prozentsätze von Entlassungen gelten dabei allerdings nur für die strenge Politik der Anfangsentnazifizierung. In der französischen Zone wurden 50 % wieder eingestellt, ⁷⁷⁾ in Bayern unterrichteten i. J. 1949 von 12 000 entlassenen Lehrern wieder 11 000. ⁷⁸⁾

War somit die soziale Zusammensetzung der Lehrerschaft durch die Kriegsauswirkungen und die Maßnahmen der Militärregierungen stark in Bewegung geraten und zugleich die Arbeitsbedingungen für die praktizierenden Lehrkräfte in hohem Maße belastend, so ist die berufliche und gesellschaftliche Situation der Lehrerschaft, die den sozialen Träger der Organisationsansätze darstellte, noch von einer letzten Seite her zu beschreiben, die ihr eigenes Selbstverständnis und die Politik der Verbände am meisten beanspruchte:

-
- 70) Klewitz, M., Berliner Einheitsschule 1945 - 1951, a.a.O., S. 44.
71) Bungenstab, K. E., Umerziehung, a.a.O., S. 74.
72) Ebenda.
73) Ebenda.
74) Wulff, H., Geschichte der bremischen Volksschule, Bad Heilbrunn 1967, S. 144.
75) Jung, A., 125 Jahre württembergischer Lehrerverein. In: Festschrift zur 125. Wiederkehr der Gründung des Württembergischen Lehrervereins, o.O. 1965, S. 46ff.; S. 46.
76) Willis, F. R., The French in Germany, a.a.O., S. 159.
77) Angabe des bayrischen Kultusminister Hundhammer auf der VV des BLV am 18. Juli 1950. In: Die Bayrische Schule 3 (1950), S. 304.

4. Besoldungsverhältnisse und beamtenrechtliche Stellung

Die Situation der verschiedenen Gruppen der Gesamtlehrerschaft - Frauen, Junglehrer, Entnazifizierte, Flüchtlinge - war sehr unterschiedlich. Grundsätzlich galt zwar für alle das Reichsbesoldungsgesetz von 1940, gleichzeitig noch die 6 %ige Gehaltskürzung der Brünningschen Notverordnung von 1930, ⁷⁸⁾ beim Einmarsch der Alliierten hatten diese vorhandenen rechtlichen Regelungen jedoch ebenso wenig zu bedeuten wie das Reichsbeamtengesetz von 1938. ⁷⁹⁾

Die Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit, von Mai 1945 bis zur Eröffnung der Schulen im September bzw. Oktober 1945, war zunächst dadurch geprägt, daß es für die Lehrerschaft keine Möglichkeit gab, durch ihre berufliche Tätigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Auch nach der Aufnahme des Unterrichts betrug das Realeinkommen derjenigen, die übernommen bzw. neu eingestellt wurden, nur 51 % des Realeinkommens des Vorkriegsstandes. ⁸⁰⁾ Das nominelle Einkommen der beamteten Lehrer betrug i. J. 1947 nach einer Statistik des Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenvereins (ADLLV) für die einzelnen Lehrergruppen: ⁸¹⁾

78) Hoppe, A., Von den unerträglichen zu den unzureichenden Arbeitsbedingungen. In: Die deutsche Schule 66 (1974), Nr. 5, S. 352ff.; S. 353.

79) Ebenda.

80) AGDL. Gemeinsamer Geschäftsbericht 1949/50, Celle o. J., S. 35.

81) Materialien zur II. Interzonenkonferenz in Berlin, 5. - 9. Dezember 1947. Archiv der GEW, Ordner: Interzonenkonferenzen und Vertreterversammlungen. Danach zit. in: Der Volkslehrer 2 (1948), Nr. 1, S. 4.

"Lehrerbesoldung in Deutschland nach dem Stande vom 1. Dezember 1947

I. Grundlagen

Geltungsbereich

Grundlage

Gültig ab

Amerikanische, britische u.
französische Besatzungszone
Reichsbesoldungsgesetz
(Ergänzung d. Besoldungsgesetzes
vom 29.1.40 NBv vom 29.9.40)
1. April 1949

II. Eingruppierung der Lehrkräfte

Amtsbezeichnung

Lehrer an Volksschulen

Korrektoren an Volksschulen

Leiter von Volksschulen (Rektoren)

Lehrer an höheren Schulen (Studienräte)

Leiter v. höheren Schulen (Ob.-Stud.-Dir.)

Berufsschullehrer

Schulräte

Schulamtsbewerber (Hilfslehrer, Lehreranwärter)

Die Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit".

Besold.- Gruppe	Grund- gehalt	Wohn- Geld
A4 c2	2 800,- 5 000,-	V
A4 c1	2 800,- 5 300,-	IV
A4 b1	4 100,- 5 800,-	IV
A2 c2	4 800,- 8 400,-	IV III
A1 b	6 200,- 10 600,- 7 000,- 9 700,-	III III III
A3 c	3 600,- 6 600,-	IV III
A2 c2	4 800,- 8 400,- 2 000,-	IV III V

Das Gehalt der Lehrerinnen betrug jeweils 10 % weniger; zudem waren sie bis zum 35. Lebensjahr nicht verbeamtet. 82)

Bei den "Junglehrern", den Anwärtern auf den Beamtenstatus, verschärfte sich - ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg - die wirtschaftlich-soziale Lage durch das bestehende Mißverhältnis zwischen Lebens- und Dienstalter: "Das Anfangsgehalt des Beamten ist festgelegt für den Normalfall", d. h. für den Anwärter, der nach einem normalen Ausbildungsgang in einem bestimmten, jeweils nur geringfügig differierenden Lebensalter seinen Dienst antritt. Dieses normale Verhältnis zwischen Lebens- und Besoldungsdienstalter war aber anormal geworden, weil aufgrund der langen unverschuldeten Wartezeit das Lebensalter dem Besoldungsalter davongelaufen war". 83)

Aufgrund der spezifischen, durch Faschismus und Krieg bedingten Zusammensetzung der Lehrerschaft waren im besonderen noch die Gruppen der Flüchtlingslehrer und Entnazifizierten sozial betroffen. Flüchtlingslehrer hatten keinen Anspruch

- "a) auf Zuweisung einer Stelle, auch wenn sie in Kategorie V (der Entnazifizierungsrichtlinien, R. M.) eingestuft sind,
- b) auf ein Wartegelt,
- c) auf eine Pension". 84)

Für die Stellung der entnazifizierten Lehrer galt: "Jeder Lehrer, der nach Beginn der alliierten Besetzung ... wegen seiner früheren politischen Haltung aus dem Amt entlassen oder des Dienstes enthoben worden ist, ... gilt als amtsent-

82) Protokoll: Tagung von Lehrern der britischen Zone in der Kanthochschule in Braunschweig am 15. 10. 1946, S. 6; Archiv der GEW. Ordner: Protokolle des GA.

83) ADLZ 1 (1949), S. 168/69. Vgl. ebenfalls: Mitteilungen der pädagogischen Arbeitsstellen, Stuttgart 1950, Nov./Dez., S. 40f.

84) LVN, Rundschreiben Nr. 24, im Juli 1949, S. 5.

hobener Beamter. In der Zeit zwischen der Amtsenthebung und der Wiederverwendung oder dem Beginn der Versorgung bestehende Rechte und Pflichten nur insoweit, wie es die Bestimmungen über die beamtenrechtlichen Wirkungen der Entnazifizierung ... vorschreiben. Grundsätzlich werden Dienst- und Versorgungsbezüge für diese Zeit der Amtsenthebung nicht gewährt".⁸⁵⁾

Für die Beamten im Wartestand, also diejenigen, die aufgrund einer Eingruppierung in die Kategorien IV und V der Entnazifizierungsrichtlinien eingeordnet wurden, bestand grundsätzlich ein Anspruch auf Wartegeld, das ca. 80 % der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge ausmachte.⁸⁶⁾ Sie hatten allerdings keinen Anspruch auf Wiederverwendung.⁸⁷⁾

Das Verhältnis zwischen verbeamteten und angestellten Lehrern stellte sich beispielsweise in Bayern i. J. 1946 folgendermaßen dar: "5 420 beamtete Lehrpersonen, 985 Ersatzkräfte ohne pädagogische Vorbildung und 428 Fachlehrer für einzelne Fächer. Kriegsfolgen und Entnazifizierung bewirkten also im Vergleich mit 1938 einen Rückgang der beamteten Lehrpersonen um ca. 70 %".⁸⁸⁾

Außer diesen, die verschiedenen Lehrergruppen unterschiedlich betreffenden finanziellen und rechtlichen Einbußen war der beamtenrechtliche Status aller Lehrer in der unmittelbaren Nachkriegsphase nicht mehr als selbstverständlich anzusehen. In der SBZ war das Recht auf lebenslange Anstellung mit gesetzlich fixierten Pensionsansprüchen und den besonderen

85) Die beamtenrechtliche Situation der Lehrer in Niedersachsen, Teil 3. In: NLZ 1 (1949/50), Nr. 4, S. 9.

86) Ebenda.

87) Ebenda.

88) Buchinger, H., Volksschule und Lehrerbildung, a.a.O., S. 22.

Versorgungsprivilegien nach 1945 abgeschafft worden; 89) die geschilderten Maßnahmen deuteten darauf hin, daß ähnliche Überlegungen auch bei den westlichen Alliierten eine wesentliche Rolle spielten. In ihren anfänglichen Maßnahmen zeigte sich eine deutliche Zurückhaltung bei der definitiven Wiedereinführung des Berufsbeamtentums. Auch i. J. 1948 wurde in Hessen noch ein einheitliches Arbeitsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamte verabschiedet 90) und im gleichen Jahr beriet der Wirtschaftsrat des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" ein Gesetz über die Rechtsstellung der Verwaltungsangehörigen, das durchgängig den Angestelltenstatus vorsah. 91) Eine solche, auch auf andere Gruppen der Beamtenschaft ausgedehnte Regelung hätte gleichzeitig mit der Umwandlung des Beamten- in ein Angestelltenverhältnis die Übernahme dieser Gruppen in die gesetzliche Sozialversicherung bedeutet.

2.2 'Bewältigung' der Vergangenheit.

Im ersten Kapitel wurden die sich in Beteiligungsquoten manifestierenden und in eigenen Traditionslinien begründeten Affinitäten der organisierten Volksschullehrerbewegung zum deutschen Faschismus aufgezeigt.

An den nachweisbaren Bruchstellen innerhalb der Identifikationsmuster konnte deutlich werden, daß auch diese - soweit sie verallgemeinerbar waren - immanent verblieben, weder die subjektiven Bedingungen der Identifikation hinter-

89) Vgl. Leissner, G., Verwaltung und öffentlicher Dienst in der SBZ, Köln 1961, S. 255.

90) Vgl. NLZ 3 (1952), Nr. 1, S. 3f.

91) Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates, ausgg. in Frankfurt/M. am 1. Juli 1948, S. 55. Vgl. dazu: Sonderrundschreiben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (ADLLV) vom November 1948, S. 1f.

fragten, noch den objektiven Grundlagen des Faschismus auf die Spur zu kommen trachteten.

Jenseits dieser Enttäuschung durch einzelne Maßnahmen des faschistischen Systems wird allerdings in der letzten Phase vor 1945 die sich abzeichnende Kriegsniederlage die Loyalität auch der Lehrerschaft gegenüber dem System brüchig gemacht haben, da mehr oder minder drastische Sanktionen von seiten der Siegermächte abzusehen waren.

Wenn allerdings, wie Negt/Kluge konstatieren, "während der Dauer dieses Systems die Massen nicht davon zu überzeugen (waren), daß die Inanspruchnahme von chimärischer Zukunft zur Aufrechterhaltung von Widersprüchen ... in eine Sackgasse führen muß, zum Krieg, zur konsequenten Niederlage", und "allein die Niederlage ... (es war), die im Bewußtsein der Massen das System des Nationalsozialismus nachträglich dementiert(e)", ⁹²⁾ dann ist diese von außen aufgezwungene Korrektur nicht zu verwechseln mit einem Aufarbeiten geschichtlicher Erfahrung: "Selbst bei diesen äußersten Katastrophenpunkten ist es fraglich, ob die Massen dadurch wirklich Erfahrungen darüber gemacht haben, was ihnen bereits in der Hochphase des Nationalsozialismus angetan worden ist". ⁹³⁾

In den frühen, wenngleich spärlichen und zudem nicht schichtenspezifisch aufgeschlüsselten Umfragen unter der deutschen Bevölkerung schlägt sich allerdings selbst der Schrecken des End-Desasters in eigentümlicher Verkehrung nieder: i. J. 1946 meinten 40 %, i. J. 1948 sogar 55,5 % der Befragten, der Nationalsozialismus sei eine "an sich gute", aber

92) Negt, O. u. A. Kluge, Öffentlichkeit, a.a.O., S. 280/281.

93) Ebenda, S. 281.

"schlecht durchgeführte Sache" gewesen. 94) Damit wurde selbst der am Ende des Krieges am eigenen Leibe erfahrbare Zusammenhang zwischen dem Faschismus und dem bösen Ende, das er nahm, im Bewußtsein aufgespalten in die 'gute Sache an sich' und ihre - durch menschliche Schwächen, Pech und feindliche Übermacht, so läßt sich folgern, bedingte - schlechte Realisierung.

Gleichzeitig ist es nicht zufällig, daß - wenn überhaupt - dieses Inhalts sich artikulierende Volksmeinung kurz nach 1945 nur in anonymen Umfrageergebnissen zum Ausdruck kam. - Die Lage eines besiegten Volkes, dessen Mehrheit sei's aktive Anhänger, sei's passive Dulder eines Regimes gewesen war, dem nur von außen, durch den militärischen Sieg der Alliierten, ein Ende gesetzt wurde, manifestierte sich in diesem Faktum ebenso wie in dem dazugehörigen, daß die noch existierenden, handlungsfähigen Oppositionsgruppen am Ende des Krieges zum überwiegenden Teil in der Emigration tätig waren und also ebenso von außen auf die Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland einzuwirken bemüht waren. Die im Lande und unter dem Regime Verbliebenen waren sprachlos: was sie subjektiv hätten sagen können, war objektiv unerwünscht; was objektiv erwünscht war, war subjektiv unmöglich.

Die Sprachlosigkeit im Anschluß an dieses Kapitel deutscher Geschichte entsprach und war historisch-logische Konsequenz der Widerstandslosigkeit der Mehrheit der deutschen Bevölkerung unter dem Faschismus selber.

94) Vgl. Balfour, M., Viermächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959, S. 91. Zit. nach: Deppe, F., Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945. In: ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 283. Vgl. dazu auch die dort angegebenen anderen empirischen Untersuchungen, bes.: Das Dritte Reich. Eine Studie über Nachwirkungen des Faschismus, Allensbach 1949, in der das "Alltagsgesicht" des Nationalsozialismus zur Sprache kommt.

Die Chance, zwölf Jahre Nationalsozialismus als eigene Geschichte aufzuarbeiten, war von daher denkbar gering und wurde auch innerhalb der Entnazifizierungs- und Reeducation-Programme der westlichen Besatzungsmächte weder konsequent ermöglicht, noch war sie wirklich erwünscht: waren in den individuellen Kategorisierungsverfahren die gesellschaftlichen Bedingungen des Faschismus getilgt, so konnten sie in den als Erziehung verstandenen Aufklärungsstrategien nicht wirklich aufgearbeitet werden; konnte die Entnazifizierung anhand des Kriteriums der Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen prinzipiell nur den Nachweis erbringen, 'die' Deutschen seien Faschisten gewesen, so zielte die Umerziehung auf das platte Gegenteil: 'die' Deutschen im Schnellverfahren zu Demokraten zu machen. ⁹⁵⁾

Die durch materielles und soziales Elend geprägte Nachkriegssituation erwies sich unter diesen subjektiven und objektiven Bedingungen als ein die politische Abrechnung mit dem Faschismus eher retardierendes denn vorwärtstreibendes Moment. Wenn - wie aus den oben zitierten empirischen Untersuchungen zu entnehmen ist - kein klares Bewußtsein über den strukturellen Zusammenhang zwischen National-

95) Es gälte auch in diesen allgemeinen Aussagen zwischen der Entwicklung in den von den Westmächten einerseits und der UDSSR andererseits besetzten Gebieten dahingehend zu unterscheiden, daß konzeptionell - vom Begriff der 'antifaschistisch-demokratischen Neuordnung' her - in der SBZ die Möglichkeit, sich mit dem Faschismus der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen, ihn also auch zur Sprache kommen zu lassen, anfangs wesentlich höher war als in den Westzonen. Dieses Konzept, das prinzipiell auf die aktive Mitarbeit der Deutschen angewiesen war, beinhaltete zweierlei: strikte Unterbindung jeder Organisation faschistischer Mentalitäten bei gleichzeitiger relativ (sehr relativ) offener Aufarbeitung dieser Bewußtseinsstrukturen; pauschal galt für die Westzonen das Umgekehrte: keine konsequente Verunmöglichung faschistischer Neuorganisation bei gleichzeitiger Verdunkelung des noch vorhandenen Potentials.

sozialismus, Krieg und Nachkriegselend herrschte, und zugleich keine kollektiv-politischen Widerstandsformen gegenüber dem System, keine soziale Handlungsfähigkeit, entwickelt worden waren, so konnte die materielle Not der Nachkriegszeit – die zudem teilweise härter war als die in Kriegszeiten – letztlich unmittelbar nach dem Ende des Schreckens nur ein Gefühl von Ohnmacht auslösen, das bei Veränderung der Außenbedingungen ebenso schnell wieder in sein Gegenteil umschlagen konnte.

Die in dieser Zeit mit dem Gefühl der Ohnmacht einhergehende Verfälschung der eigenen Rolle zu der eines Opfers der Historie eröffnete wiederum keine Chance der Bewußtwerdung und Verarbeitung der eigenen Vergangenheit. Als Opfer waren die notleidenden Individuen auf Rettung von außen angewiesen, subjektiv höchstens noch zu privatem, nachbarschaftlichen 'Unter-die-Arme-greifen' in der Lage; eine mögliche politische Qualität war in der Kategorie des Opfers storniert. 96)

Die von ausländischen Beobachtern registrierte vorherrschende Mentalität der "Selbstbezogenheit des durchschnittlichen Deutschen" 97) in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist von daher auf einem doppelten Hintergrund und in zweifacher Funktion zu sehen: zum einen als angemessene Verhaltensweise an-

96) Die Infamie der NS-Ideologie manifestiert sich hier an ihrer Umkehrbarkeit: die Herrenmenschen, die der Ideologie nach das Recht und real die Macht besaßen, Millionen von Untermenschen zu vernichten, wurden ihrem eigenen Verständnis nach im Moment der Unterwerfung zu dem, wozu sie die anderen machen wollten: zu ohnmächtigen Opfern.

97) Vgl. Deppe, F., Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein, a.a.O., S. 279.

gesichts einer ökonomisch-sozialen Situation, die den Einzelnen zur "rücksichtslos egoistischen Beschaffung lebensnotwendiger Konsum- und Tauschgüter" 98) zwang; zum andern jedoch, vermittelt über den a-sozialen Rückzug in die Sphäre des Privaten als Ausdruck und Garantie der Abwehr gegen die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

In den frühen Verlautbarungen aus den Reihen der Lehrerschaft ist die skizzierte Reaktionsweise auch für diese Berufsgruppe in der entsprechenden Form dokumentiert: in der fast gänzlichen Abwesenheit von qualitativ anderen Berichten als denen der vorwurfsvollen Schilderung einer vollkommen enthistorisiert behandelten Nachkriegsnot. In den minutiösen Faktensammlungen wird erkennbar, daß diese Form der Deskription und ihre permanente Wiederholung die Auseinandersetzung mit dem sie begründenden politischen System der Vergangenheit blockierte.

Die typische Darstellungsweise der Nachkriegssituation, in der die Empirie des Mangels zum alles beherrschenden Problem wurde, suspendierte die Frage nach seiner Genese und der eigenen politischen Verantwortung dabei.

Dieser Tabuisierung entsprach eine Haltung in der deutschen Bevölkerung, die die amerikanische Zook-Kommission i. J. 1946 als weitverbreitete Neigung, "sich selbst zu bemitleiden", 99) charakterisierte. Erich Weniger, Professor an der

98) Ebenda.

99) Die sog. Zook-Kommission war eine unter der Leitung des Präsidenten des American Council of Education, G. F. Zook, vom State Department in die amerikanische Zone entsandte Gruppe von elf im Erziehungswesen der USA an leitender Stelle tätigen Personen, die nach einer einmonatigen Beobachtungsreise der Militärregierung der USA Bericht erstatteten. Vgl. Erziehung in Deutschland. Bericht und Vorschläge der Amerikanischen Erziehungskommission. Hrsg.: Die Neue Zeitung, München o. J. (1946), S. 11.

Pädagogischen Hochschule in Göttingen, an dessen eigener Fähigkeit zur radikalen Vergangenheitsaufarbeitung begründet gezweifelt werden kann, ¹⁰⁰⁾ kommentierte dieses Gebaren: "Hier ist zweifellos eine sehr wunde Stelle in dem deutschen Selbstbewußtsein nach 1945 getroffen; die Art, wie man sich bei uns beklagte und bemitleidete, mußte für den, der etwas von dem kausalen Zusammenhang wußte, einigermaßen kläglich erscheinen". ¹⁰¹⁾

Am deutlichsten wies die Lehrerschaft diese Mischung aus Selbstmitleid, Abwehr gegen ernsthafte Reflexion und entsprechende Vorwurfshaltung gegenüber den Besatzungsmächten an der Einschätzung ihrer eigenen Entnazifizierung auf.

Stellungnahmen zur Entnazifizierung, sind in den frühen Ausgaben der Lehrerzeitungen, ¹⁰²⁾ in Anträgen und Entschlüssen von Lehrerversammlungen in allen Regionen und auf allen Ebenen und in Eingaben an die verantwortlichen Stellen,

100) So etwa, wenn Weniger ohne jeden historischen Bezug zwischen dem "bösen und gefährlichen Militarismus in Deutschland" und dem guten deutschen "Soldatentum" unterschied. Vgl. Weniger, E., Die Epoche der Umerziehung. Vier Teile. In: Westermanns Pädagogische Beiträge. 11 (1959), H. 10, S. 403ff.; H. 12, S. 517ff.; 12 (1960), H. 1, S. 9ff.; H. 2, S. 74ff.; hier: H. 10, S. 407.

101) Ebenda, H. 11, S. 519.

102) Die frühen, teilweise noch maschinenschriftlichen Druckzeugnisse der Lehrerschaft, die für die obigen Ausführungen ausgewertet wurden, waren Vorläufer der ab 1948/49 erscheinenden Zeitungen des ADLLV und seiner Zweigverbände. Sie erschienen zumeist unter dem Titel "Mitteilungen" oder "Rundschreiben". Nachweisbar sind: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Erziehungswesens in Hamburg; Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins; Rundschreiben des Landesverbands Niedersachsen, Rundschreiben des ADLLV.

also vorrangig an die Militärregierungen, verbürgt. Allein aufgrund der Quantität der Stellungnahmen zu diesem Thema wird ersichtlich, daß die Entnazifizierung einen entscheidenden Einschnitt in der Geschichte und dem Selbstverständnis der Lehrerschaft in der Nachkriegsphase darstellte.

Wie aus den Zahlen hervorging, waren um 1946/47 zwischen 50 und 90 % der Lehrerschaft aufgrund der Entnazifizierung aus dem Dienst entlassen. Dies hatte Auswirkungen sowohl auf ihre aktuelle finanzielle wie perspektivisch auf ihre besoldungs- und beamtenrechtliche Stellung: die unter den Kategorien I - III - "unbedingt entlassungspflichtig, zur Entlassung vorgeschlagen und bedingt entlassungspflichtig"¹⁰³⁾ Fallenden waren ad hoc arbeitslos und in Zukunft berufslos, da sie ihre Ansprüche auf Wiedereinstellung, auch ins Angestelltenverhältnis verloren und der an den Beamtenstatus gekoppelten Pensionsansprüche und aller anderen damit verbundenen Vorteile verlustig gingen. Besonders in der zuletzt genannten Konsequenz übertrug sich das Problem von den unmittelbar Betroffenen insofern auf die gesamte Lehrerschaft, als in dem Faktum, daß Teil~~e~~n von ihr der Status des Berufsbeamten aberkannt werden konnte, sich die gesamte Berufsgruppe bedroht fühlte. Der Beamtenstatus hatte von je her unabdingbar zu ihrem Selbstverständnis gehört und war unter dem Nationalsozialismus mehr denn je ideologisch überhöht und im Bewußtsein befestigt worden. Durch diese ohne Debatten und Zögern durchgeführten Maßnahmen der Besatzungsmächte mußte das Berufsverständnis der Lehrerschaft einen schweren Schlag erhalten.

103) Zu den genannten drei Kategorien gab es zwei weitere für die Entlasteten: "4. kein Beweis für nationalsozialistische Betätigung, und 5. Beweis für antinationalsozialistische Betätigung". Fürstenau, J., Entnazifizierung, a.a.O., S. 38.

In dieser Situation war die - unbestreitbar Absurditäten hervortreibende - ¹⁰⁴⁾ praktische Durchführung der Entnazifizierung willkommenes Mittel zur prinzipiellen Abwehr des politischen Ziels.

Der politische Kern der Entnazifizierung hatte - jenseits der unpolitischen Durchführung unter der Regie der westlichen Besatzungsmächte, vorrangig dabei der Amerikaner - in der objektiven Notwendigkeit bestanden, aus dem Staatsapparat und anderen gesellschaftlichen Bereichen in Deutschland die Faschisten zu vertreiben.

Es gibt von seiten der Lehrerschaft keine einzige Verlautbarung, die diesen politischen Kern selbst formuliert oder anerkannt hätte. Dies beweisen sowohl die Zeitungen der regionalen Lehrerverbände wie die auf den ersten Kongressen und der ersten Interzonenkonferenz der Lehrerverbände gehaltenen Redebeiträge und verabschiedeten Resolutionen.

Unbestreitbar sind Unterschiede in den erwähnten Dokumenten bei der Behandlung des Problems festzustellen. Sie reichen vom gänzlichen Stillschweigen ¹⁰⁵⁾ über gelegentliche Kommentare ¹⁰⁶⁾ bis zu den ganze Nummern der Zeitung füllenden Ab-

104) Als Beispiel sei der Fall erwähnt, daß in der amerikanischen Zone "ein Lehrer zunächst von der Militär-Regierung entlassen wurde, vorläufige Arbeitsgenehmigung erhielt, aufgrund des Gesetzes Nr. 104 ('Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus' v. 5. 3. 1946, Gültig für die US-Zone, R. M.) entlassen wurde, nach dem Kammerspruch seine Tätigkeit wieder aufnahm, aber durch die Militär-Regierung dann erneut entlassen wurde, weil er nomineller Pg von vor 1933 war". Fürstenau, J., Entnazifizierung, a.a.O., S. 81, Fußnote 69.

105) s. nächste Seite.

106) s. nächste Seite.

handlungen des Bayrischen Lehrervereins. 107) Unbestritten ist auch in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Organisation von Lehrern, sich gegen offenkundige Mißstände in der praktischen Durchführung zu wehren und die Forderung zu erheben, selbst in den Entnazifizierungsausschüssen gehört zu werden. 108) Politisch bedenklich und erschreckend ist aber das zutage tretende Mißverhältnis zwischen der Stereotypie der Forderungen nach "menschlich zumutbarer Durchführung" 109) und "großzügiger Vermeidung aller diffamierender Folgen", 110) der Akribie, mit der die Rechtsschutzabteilungen der Landesverbände auf Möglichkeiten

-
- 105) So findet sich z. B. in den "Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde" und der "Hamburger Lehrerzeitung" in den Jahren 1946 bis 1949 keine Stellungnahme zur Entnazifizierung. Dies mag auch dadurch bedingt sein, daß in Hamburg die Entnazifizierung weniger angreifbar und unter früher, wenig reglementierter Beteiligung deutscher Stellen verlief. Vgl. Fürstenau, J., Entnazifizierung, a.a.O., S. 108f.
- 106) In den "Rundschreiben des Landesverbands Niedersachsen" und der "Niedersächsischen Lehrerzeitung" finden sich im gleichen Zeitraum nur vier, in der "Schleswig-Holsteinischen Schule" sieben Artikel zur Entnazifizierung.
- 107) Vgl. Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins 1 (1946) - 3 (1948), H. 3/4. Ebenfalls: Die Bayrische Schule 1 (1948), S. 88 sowie die Beilage zur Nr. 6/1949.
- 108) Vgl. Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins Nr. 4/47, S. 7; 5/6/47, S. 15; 1/2/48, S. 12ff. Niedersächsische Lehrerzeitung Nr. 4/50, S. 9.
- 109) So die Entschließung der Detmolder Tagung des ADLLV im Januar 1947. In: Rundbrief an die Vorstände der Landesverbände, Nr. 1/1947, Hamburg, den 30. Januar 1947, S. 4.
- 110) So die Resolution auf der Tagung des ADLLV der britischen Zone am 9. Oktober 1947 in Hamburg. In: Protokoll der Tagung, (ms), Archiv der GEW, S. 165.

des finanziellen Ausgleichs etc. hinwiesen auf der einen Seite und des totalen Mangels einer grundsätzlichen Einschätzung der politischen Zusammenhänge, die die Entnazifizierung von dreieinhalb Millionen Menschen allein in den Westzonen ¹¹¹⁾ notwendig machte auf der anderen Seite. Die in den einzelnen Verlautbarungen durchaus vorhandenen einleitenden Halbsätze, in denen beteuert wird, man wolle keine "wirklichen" Nationalsozialisten schützen, ¹¹²⁾ verkommen gegenüber dieser prinzipiellen Abstinenz zu Lippenbekanntnissen. Es sind diese, besonders vom Bayrischen Lehrerverein ungebrochen geäußerten Beschwerden über die "ungerechte Behandlung des Lehrerstandes", die die ganze Borniertheit gegenüber dem Problem offenbaren: die wahrhaftig katastrophalen Auswirkungen, die die zwölf Jahre Faschismus für die deutsche Nachkriegsentwicklung im Gefolge hatten, verschwinden hinter dem Lamento über verlorene Rechte des Berufsbeamtentums. Die Abwehr gegen die Entnazifizierung der Lehrerschaft wurde dem Tenor nach stets gleich begründet:

111) Fürstenau, J., Entnazifizierung, a.a.O., S. 228.

112) Vgl. Schleswig-Holsteinische Schule 1 (1948), Nr. 10, S. 7. Ebenso der Beitrag des 1. Vorsitzenden des Württembergischen Lehrervereins, Martin Widmann, auf der 1. Interzonenkonferenz der Lehrerverbände am 4./5. Juli 1947 in Göttingen: "Es ist auch dem Lehrerverband klar, daß er die aktiven Nationalsozialisten nicht wieder in den Dienst hereinnehmen und mit ihnen eine Schule aufbauen kann. Es ist dem Lehrerverband aber auch klar, daß er zu sorgen hat für die große Gruppe der Lehrer, die unschuldig aus dem Amt entfernt sind." Protokoll der Interzonenkonferenz der Lehrervereinigungen in allen 5 Zonen Deutschlands, (ms), S. 5. Archiv der GEW. Ebenso Schleswig-Holsteinische Schule 9/49, S. 11. Eine besondere Variante, mit dem mißliebigen Problem fertig zu werden, fand der BLV, der sich nach seinen eigenen Angaben "für keine 'Nazi' (einsetzte), (da) diese sich selbst aus Schule und Stand ausgeschlossen (hätten)". Denkschrift des BLV v. 25. 11. 1946, Folge 1-3. In: Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins 1 (1947), Nr. 7/8; Nr. 9/10; Nr. 11/12/13. Hier: Folge 1, a.a.O., S. 9.

Der Lehrerschaft geschehe Unrecht, da sie "vielfach mit einem anderen Maß gemessen werde wie die Angehörigen anderer Berufe". ¹¹³⁾ Demgegenüber müsse sie eigentlich milder beurteilt werden, da sie "in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Staat stehe" ¹¹⁴⁾ und ihre berufliche Tätigkeit aufgrund von staatlichen Direktiven ausgeführt habe, ¹¹⁵⁾ woraus, so die Logik der Kritiker, ihr kein Vorwurf zu machen sei. Aufgrund dieser Verpflichtung dem Staat gegenüber sei sie nach 1933 auch gezwungen gewesen, in die NSDAP oder angeschlossene Organisationen einzutreten, zumal sie dies häufig "zum Zwecke der Abhaltung des NS-Einflusses", ¹¹⁶⁾ z. B. in der HJ, getan habe. Auch die zahlreichen Nebenämter, besonders der Landlehrer, könne man ihnen nicht zum Vorwurf machen, "denn dem Lehrer wurden zu allen Zeiten gewisse Ämter ... auferlegt, so daß sie auch von 1933 bis 1945 die Meinung haben konnten, damit keine Partei-, sondern allgemeine volkspflegerische Arbeit zu leisten". ¹¹⁷⁾ Entgegen den übertriebenen Anschuldigungen müsse man anerkennen, daß die Nazis unter den Lehrern Einzelfälle waren ¹¹⁸⁾ und, so zumindest der Bayrische Lehrerverein in letzter Konsequenz,

113) Die Schleswig-Holsteinische Schule 1 (1948), Nr. 10, S. 7.

114) Die Schleswig-Holsteinische Schule 2 (1949), Nr. 9, S. 11.

115) Wortmeldung eines Delegierten zur Frage der Entnazifizierung auf dem Hamburger Kongreß des ADLLV im Oktober 1947. In: Protokoll der VV in Hamburg, S. 163; ebenso: Denkschrift des BLV, Folge 1, a.a.O., S. 10; ebenso: Die Bayrische Schule 1 (1948), S. 88.

116) Denkschrift des BLV, Folge 1, a.a.O., S. 10; Folge 3, a.a.O., S. 13.

117) Die Schleswig-Holsteinische Schule 1 (1948), Nr. 10, S. 7; Denkschrift des BLV, Folge 3, a.a.O., S. 13. Ebenso der Tenor der Delegierten der Westzonen auf der 1. Interzonenkonferenz. In: Protokoll, a.a.O., S. 5.

118) Denkschrift des BLV, Folge 3, a.a.O., S. 9.

überhaupt nicht aus dem Dienst zu entlassen gewesen wären.¹¹⁹⁾ - Innerhalb dieses Entlastungsgebäudes verfocht der BLV zäh noch eine besondere Variante: die im BLV vor 1933 Organisierten seien quasi per se entlastet, da der BLV bis 1938 sich dem NSLB nicht anschloß, von diesem vielmehr "erbittert bekämpft und erst nach hartem Ringen 1938 aufgelöst (wurde)".¹²⁰⁾ - Das Plädoyer für den Lehrerstand endete regelmäßig mit der Drohung des Zusammenbruchs des Erziehungswesens aufgrund des Lehrermangels¹²¹⁾ und der Mahnung, daß "das hohe Amt des Erziehers nicht durch andauernde Entnazifizierungsfragen gehemmt werden (dürfe)".¹²²⁾

Es war der Sonderbeauftragte für Entnazifizierung des Landes Schleswig-Holstein, der in seiner Antwort an den Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein vom August 1948 auf dem - innerhalb der überstrapazierten Entlastungsargumentation nicht enthaltenen - politischen Kern der Entnazifizierung unter Lehrern bestand:

-
- 119) So die Logik des Kommentars des BLV zum Bericht Hundhammers im Juli 1948, daß von den 12 000 bayrischen Lehrern bereits 10 000 wieder eingestellt seien: "Vielleicht tut man sogar gut, auch die anderen "Altlehrer" bald hereinzuholen; denn sie scheinen mir nicht schlechtere Demokraten zu sein, und auch nicht schlechtere Lehrer als manche, die man da und dort auf ihre Stellen setzte". Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Bayrischer Lehrerverein. Eine Abwehr. In: Die Bayrische Schule 2 (1949), Nr. 6 (Beilage), S. 7.
- 120) Lehrerschaft und Nationalsozialismus. in: Mitteilungen des BLV 2 (1948), Nr. 1/2, S. 3, Punkt 5.
- 121) Denkschrift des BLV, Folge 2, a.a.O., S. 7; S. 14; Folge 3, a.a.O., S. 9; S. 11. Ebenso der hessische Delegierte auf der 1. Interzonenkonferenz. In: Protokoll, a.a.O., S. 7.
- 122) Rundschreiben des LVN, Nr. 21 (März 1949), S. 2.

"Nicht ohne eine gewisse Berechtigung wird ... die Entnazifizierung der Lehrer, ... mit einem strengen Maß gemessen, als wie die Überprüfung der Angehörigen anderer Berufe, wie z. B. Landwirte, Kaufleute, Gewerbetreibende usw. ... Mir scheint ..., daß die Tätigkeit eines Jugenderziehers in der Demokratie schärfer beurteilt werden muß als wie z. B. die Tätigkeit eines Briefmarkenverkäufers oder Straßenbahnschaffners, die ja mehr oder weniger eine mechanische Tätigkeit ausüben und nicht auf die Willensbildung der kommenden Generation in dem Maße Einfluß haben, als wie alle Lehrkräfte in der Jugenderziehung".¹²³⁾

Indirekt war damit auch der eklatante Widerspruch in der Argumentation der Lehrerschaft markiert: daß die Lehrerschaft auch nach 1945 wieder mit dem Slogan des "hohen Amt des Erziehers" operierte, dieser jedoch einzig der Immunisierung der gesamten Berufsgruppe diene. Zu welchen absurden Konsequenzen sich diese Immunisierungsstrategie auswachsen konnte, zeigte sich daran, daß sich der BLV in seiner bereits erwähnte Denkschrift den immanent rechtslogischen Grundsatz zu eigen machte, daß "strafbar nur (das sein dürfe), was zur Zeit der Tat mit Strafe bedroht (war)".¹²⁴⁾

Die immanente Rechtslogik konsequent angewandt, hätte bedeuten müssen, daß die unter dem Nationalsozialismus erlassenen (Beamten-)Gesetze auch nach 1945 ihre Gültigkeit

123) Die Schleswig-Holsteinische Schule 2 (1948), Nr. 10, S. 7.

124) Wörtlich heißt dieser Punkt 15 der Denkschrift: "Strafbar nur, was zur Zeit der Tat mit Strafe bedroht". Denkschrift des BLV, Folge 1, a.a.O., S. 13. Vgl. ebenfalls: Huelisz, J., Schulpolitik in Bayern 1945 - 1950, Hamburg 1970, bes. S. 82ff.

bewahrt hätten, was jegliche Entnazifizierung verunmöglicht hätte. Ein Lehrer hätte dann nicht wegen seiner faschistischen Aktivitäten, sondern - entsprechend den Gesetzen des Nationalsozialismus - für seine Opposition gegenüber dem System bestraft werden müssen. 125)

Der Zweck dieser Argumentation wird an einem anderen, wenngleich vorsichtiger geäußerten Punkt deutlich: beim Versuch der Rettung der Beamtenrechte über das Kriegsende hinaus. Während Richard Schröter, der 1. Vorsitzende des Verbandes der Lehrer und Erzieher Groß-Berlins auf der 1. Interzonenkonferenz klar feststellte, daß "die Gesamtheit (der Lehrer in Berlin, R. M.) sich auf den Standpunkt stellte, daß alle Rechte auf den Schlachtfeldern lagen und man

125) Diese immanente rechtslogische Argumentation - strafbar nur, was zur Tatzeit strafbar - spielte bekanntermaßen in den Nürnberger Prozessen bei der Kriterienfindung für die Verurteilung faschistischer Angeklagter eine wesentliche Rolle. Die prinzipielle Beschränktheit immanenten, rechtslogischen Normendenkens zeigt sich an diesem Punkt eklatant: die notwendige Prämisse des zur Debatte stehenden Grundsatzes muß lauten, daß Rechtsnormen unabhängig von politischen Systemen gelten, da sich die Normen sonst nicht tradieren ließen. Daß demgegenüber die Verwendung von Rechtsnormen auf einem bestimmten Stand der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auch in anderen Herrschaftsformen als denen der parlamentarischen Demokratie notwendig und möglich ist, sprengt die immanente Argumentation und verweist auf ihre historische und gesellschaftliche Formbestimmtheit. Der 'Tribut' des Faschismus an den Entwicklungsstand bürgerlicher Demokratie bestand ja darin, daß tradierte Rechtsnormen bestehen blieben, ausgebaut wurden, dabei permanent praktisch außer Kraft gesetzt wurden und zugleich das Unrecht selbst in Rechtsnormen kodifiziert wurde. Von daher kann die rechtliche Abrechnung mit diesem System und auf seiner Basis angrierender Personen unmöglich mit dessen eigenen Normen geschehen. - In der Konsequenz allerdings heißt das: es kann keine juristische, sondern nur eine politische Abrechnung mit dem Faschismus geben.

vollkommen neubauen müßte", ¹²⁶⁾ verteidigte die Lehrerschaft der Westzonen zäh ihre "wohlerworbenen Rechte auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung". ¹²⁷⁾ "Zweifellos", so räumte der Vorsitzende des Arbeitsausschusses für Entnazifizierungsangelegenheiten beim BLV, Max Braun, ein, "sind einzelne Vorschriften des Deutschen Beamtengesetzes, die nationalsozialistisches Gedankengut - z. B. die Bindung der Beamten an den Führer - enthalten, nicht mehr anwendbar; die übrigen, und zwar gerade die hier in Betracht kommenden Vorschriften über die Stellung des Beamten ... enthalten im wesentlichen eine Kodifikation des schon vorher geltenden Rechts". ¹²⁸⁾

Obwohl das Interesse an der Erhaltung der mit dem Beamtenstatus verbundenen Vorrechte nicht unterschätzt werden sollte, verweisen die permanent wiederholten Entlastungsgründe noch auf ein anderes, für das eigene Selbstverständnis ebenso schwerwiegendes Moment. Bei der Berechtigung oder Nicht-Berechtigung der Entnazifizierung stand die Legitimation von Geschichte und Tradition der Berufsgruppe 'Lehrer' in Frage. Wenn die Lehrerschaft, der Wahrheit entsprechend, offen formuliert hätte, daß Angehörige ihrer Berufsgruppe in erdrückender Zahl im nationalsozialistischen Apparat aktiv waren, daß - was in der gesamten Debatte über Entnazifizierung keimhaft zur Sprache kam - die Durchsetzung des DLV mit Nazis vor 1933, die Übergabe der Vorstände vieler Zweigverbände an den NSLB i. J. 1933 ohne lebensbedrohenden Druck erfolgte, ¹²⁹⁾ und diese Entwicklung im Ausland mit dem Ausschluß der deutschen Vertreter aus der FIAI beantwortet wurde, dann wäre

126) Protokoll der Interzonentagung, a.a.O., S. 4.

127) Braun, M., Entnazifizierung und kein Ende. In: Die Bayerische Schule 1 (1948), S. 88ff.; S. 90.

128) Ebenda, S. 91.

129) Vgl. dazu Kap. 1.1.6

es unabdingbar geworden, sich radikal mit den eigenen Traditionsbeständen organisatorischer und ideologischer Art auseinanderzusetzen.

Wie zäh demgegenüber das traditionelle Selbstbild verteidigt wurde, zeigt sich an der Geschichtsklitterung, die in der Entlastungspolitik der Lehrerverbände betrieben wurde. Nicht nur blieben die genannten Fakten über den DLV ungenannt, sondern es wurde auch ohne jede Einschränkung behauptet, daß 'die' Lehrerschaft bis 1933 demokratisch gewesen sei. - In diesem Zusammenhang beharrte der BLV auf einer besonderen Variante, indem er sich und seine Mitglieder - immerhin 98 % der bayrischen Lehrerschaft - ¹³⁰⁾ als konsequente Antifaschisten feierte. Zwar war es korrekt, daß sich der BLV bis 1938 weigerte, dem NSLB beizutreten, doch zeigt die i. J. 1934 dafür gegebene Begründung - die Auflösung des DLV sei überflüssig gewesen, da "dessen Geschichte geradezu das zum Hauptinhalt schon hat, was die neue Bewegung will: das Schaffen eines einheitlichen Reiches, die Erziehung eines echten deutschen Staates".- ¹³¹⁾ daß die Grenzen in der Ideologie zwischen DLV und NSLB fließend waren. ¹³²⁾ In diesem Zusammenhang die Mißachtung des BLV durch die NSDAP zum Zeugnis für die eigene oppositionelle Haltung zu machen, weist desto deutlicher auf, daß dem BLV die objektiven Zusammenhänge auch nach 1945 im Dunkeln blieben. ¹³³⁾

130) Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Bayrischer Lehrerverein, a.a.O., S. 1.

131) Nüchter, F., Lehrervereine wozu? a.a.O., S. 9.

132) Vgl. dazu auch die Gegenüberstellung von Zitaten aus Goebbels-Reden und der Bayrischen Lehrerzeitung, die damals dem Nachweis gemeinsamer Ziele diente. Ebenda, S. 20.

133) Als Beweis z. B. für die oppositionelle Haltung der Lehrer führt der BLV die Tatsache an, daß Hitler nie vor der Lehrerschaft sprach und von der HJ angegriffen wurde. Vgl. Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Bayrischer Lehrerverein, a.a.O., S. 4.

Unzulässig beschönigend war zudem die Behauptung, der gesamte BLV hätte sich gegenüber der Gleichschaltung gewehrt: im Jahre 1933 wurden mehrere Zweigverbände in Bayern ebenso gleichgeschaltet wie in Preußen oder anderswo. ¹³⁴⁾

Die Abwehrstrategie der Lehrerschaft gegen die Entnazifizierung endete in der Projektion auf andere, denen, so der BLV, die Lehrerschaft als "Sündenböcke und Prügelknaben" dienen sollte, ¹³⁵⁾ im Selbstmitleid über die erlittenen Schäden an Finanzen und Ehre ¹³⁶⁾ und in der bereits zu Beginn vorausgesetzten Konsequenz, daß es in der Lehrerschaft eigentlich kaum vom Nationalsozialismus Infizierte gegeben hätte. Es gab Irregeleitete, Idealisten, stille Dulder und getarnte Demokraten - Faschisten unter den Lehrern wurden im eigenen Bewußtsein nur noch als - gegenüber anderen Berufsgruppen - verschwindende Einzelfälle geduldet.

Die beiden die Regel bestätigenden Ausnahmen sollen nicht unerwähnt bleiben: in der unveröffentlichten Privatkorrespondenz von Fritz Thiele finden sich zwei Briefe von ehemaligen Mitgliedern des DLV, die ihre Erfahrungen mit der Beziehung zwischen Lehrerschaft und Nationalsozialismus sehr deutlich formulierten:

"Es gehört wohl mehr als Mut dazu", schrieb ein Rektor aus Lüneburg, "mit derselben Lehrerschaft, die 1933 und in den folgenden Jahren die Schule, den Lehrerstand und seine Organisationen verleugnete und Beifall klatschte, wenn Nichtskönner und Schaumschläger alles, was uns bis dahin so wertvoll gewesen war, in der widrigsten Weise in den Schmutz zogen, den Neuanfang zu wagen. Es

134) Vgl. Guthmann, J., Der BLV, Bd. 2, a.a.O., S. 375ff.

135) Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Bayrischer Lehrerverein, a.a.O., S. 1.

136) Vgl. im besonderen: Die Bayrische Schule 1 (1948), S. 95.

ist auffallend, daß so viele derjenigen, die damals bereitwillig die Hände dazu boten, alles einzureißen, jetzt am eifrigsten den Neuanfang propagieren. ... Ich glaube, Sie werden meine Überzeugung teilen, daß, wenn sich das abgeschlossene Kapitel wiederholen könnte, die Lehrerschaft zu 90 % dem Schwindel wieder nachlaufen würde, ja, daß sie zum größten Teil die Zustände wieder herbeiwünscht". 137)

Und H. Vollmann, der spätere 1. Vorsitzende des Landesverband Westfalen, bemerkte grob: "Daran, daß heute so viele Lehrer draußen stehen müssen, sind sie selber schuld. ... Noch im November 1932 ... glaubte ich für diese Lehrerschaft die Hand ins Feuer legen zu können. Drei Monate später liefen diese Demokraten im scheißbraunen Hemd herum". 138) Daß eine derartig offene und erbitterte Kritik, wie erwähnt, im privaten Briefwechsel geäußert und nicht etwa in den Lehrerzeitungen veröffentlicht wurde, beweist desto eindringlicher die allgemeine Tendenz zu Schönfärberei und Verdrängung.

Eine letzte Stellungnahme zum Problem: "Lehrer und Erzieher unter dem Nationalsozialismus" von seiten der hessischen "Lehrergewerkschaft" soll hier erwähnt werden, die - so man sorgfältig liest - gegenüber der Minderheitstendenz das Problem ehrlicher und kritischer und vor allem öffentlich ansprach:

"Daß es Lehrer und Erzieher gab - von den Volksschullehrern bis zu den Universitätsprofessoren und von den Kindergärtnerinnen bis zu den NS-Schulungsleiterinnen - die mit wissenschaftlicher Gründlichkeit die Methoden des

137) Brief von E. Gaafke an F. Thiele vom 31. 8. 1946.
Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

138) Brief von H. Vollmann an F. Thiele vom 13. 9. 1946,
Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

Nationalsozialismus und Militarismus zu unterbauen und mit mystischer Schwärmerei zu einer völkischen und rassistischen Ethik zu sublimieren suchten, müssen wir ebenso zugestehen wie die Tatsache, daß recht viele Lehrer und Erzieher als Beamte in ihrer traditionellen, vorbehaltlosen Bindung an den Staat, der zugleich ihr Dienstherr und Brotgeber war, seinem politischen Druck unterlagen, aber bei der fortschreitenden Entwicklung der nationalsozialistischen Methoden unter dem Zwiespalt ihrer Einsichten und Gefühle einerseits und den Forderungen des Regimes andererseits eine Niederlage des Nationalsozialismus befreiender empfanden als die fortdauernde Vergewaltigung von Vernunft und Gewissen und, die trotz ihrer Zugehörigkeit zur Partei und deren Gliederungen in ihrer Berufsausübung als Lehrer und Erzieher hemmend, zum mindesten aber nicht fördernd im Sinne der nationalsozialistischen Durchsetzung und Zielsetzung wirkten und auf diese Weise ihren Beitrag zum Zusammenbruch des Nationalsozialismus leisteten, was man dadurch anerkannt hat, daß vom Befreiungsgesetz Betroffene zu ihrer Berufsausübung als Lehrer und Erzieher wieder zugelassen und nach den neuesten Entwicklungen aus dem Angestelltenverhältnis herausgenommen und in das Beamtenverhältnis auf Widerruf übergeführt werden sollen. Freilich dürfen wir über der beamtenrechtlichen und politischen nicht die psychologische und pädagogische Seite des Problems übersehen. Beim Bildungs- und Erziehungsvorgang werden Verstand und Herz in gleicher Weise angesprochen, so daß es im Interesse der Bildung und Erziehung zur Demokratie untragbar ist, der Jugend jene Lehrer und Erzieher als Vorbild anzubieten, die einst als gereifte Menschen und bis zuletzt in Überzeugung den Nationalsozialismus vertraten und heute etwa aus Opportunismus in Demokratie machen oder die gewohnt waren, in großdeutschen Gedanken zu den-

ken und heute zu einem Gemeinschaftsleben in einem kleindeutschen, übervölkerten Raum erziehen sollen. Daß die sorgfältige Auswahl von Lehrpersonen keine beamtenpolitische Schikane ist, sondern ein Akt des pädagogischen Gewissens und, daß der Minister für Kultur und Unterricht in seiner Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Beamtengesetz als Gegengewicht gegen den Beamten auf Lebenszeit die Entlassungsmöglichkeit wegen Nichterfüllung der Berufspflichten vorschlägt, sei in diesem Zusammenhang vermerkt". 139)

Bleibt, wenngleich fast überflüssigerweise, zu erwähnen, daß der Faschismus als soziale, historische und politische Kategorie jenseits der Betroffenheit durch Entnazifizierung und Nachkriegsnot in der Lehrerschaft nach 1945 keine Rolle spielte: in der gesamten Phase der Gründung und Konsolidierung von Lehrerverbänden in den Westzonen findet sich kein einziger Artikel ¹⁴⁰⁾ oder Redebeitrag, der die politischen und sozialen Implikationen des Faschismus in Deutschland anders als in verharmlosender oder - als Kehrseite - dämonisierender Weise begreifen würde: das sprachliche Spektrum reicht von der nichtssagenden Metapher des "Umbruchs", ¹⁴¹⁾

139) Referat des Schriftleiters der "Lehrergewerkschaft", Caspar Hofmann auf der Arbeitstagung der Landesversammlung der hessischen Lehrer am 20. 5. 1948 in Frankfurt/M. In: Die Lehrergewerkschaft, Nr. 2, Januar 1949, S. 9.

140) Daß die Lehrerschaft nicht die einzige Gruppe war, die sprachlos aus dem Faschismus entlassen war, wurde bereits erwähnt. Was dennoch - in beileibe nicht marxistischen Kategorien - i. J. 1946 an Vergangenheitsbewältigung möglich war, zeigt der Artikel von Kogon, E., Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus, in: Frankfurter Hefte 1 (1945/46), Nr. 2, S. 62ff.

141) Brief von F. Thiele an W. Mattheis vom 3. 10. 1946, Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

über die personifizierende Reduzierung gesellschaftlicher Zusammenhänge zum "Wahnsinn einer Verbrecherclique" ¹⁴²⁾ bis zur total anonymisierenden Definition des Nationalsozialismus als eines "Absturz(es) der Menschheit in den Abgrund des Tierischen". ¹⁴³⁾

142) Brief von W. Tittel an F. Thiele vom 28. 12. 1946.
Archiv der GEW: Vor Detmold.

143) Rothenberg, D., Gefahr für unser Werk! In: ADLZ
1 (1949), Nr. 1, S. 5. Ebenfalls: Thiele, F., Wer fest
auf seinem Sinn beharrt ... In: ebenda, S. 6ff.

3. Kapitel: Lokale Organisationsansätze 1945 - 1947.

3.1 Die Stellung der westlichen Besatzungsmächte zu den Organisationsansätzen der Lehrerschaft.

Die objektive Situation bei der Gründung von Lehrerorganisationen in den Westzonen war durch die Besatzungspolitik Großbritanniens, Frankreichs und der USA bestimmt. ¹⁾ Be-

-
- 1) In aller Kürze seien hier noch einmal die wichtigsten Grundlinien in den Besatzungskonzeptionen der Alliierten und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Westzonen bis zur Gründung der BRD rekapituliert: die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs war, trotz aller internen Meinungsverschiedenheiten, durch zwei Phasen gekennzeichnet, die grob mit den Begriffen: Morgenthau- und Marshall-Plan umschrieben sind. Der Morgenthau-Plan - von Churchill und Roosevelt auf der 2. Konferenz von Quebec i. J. 1944 paraphiert - beinhaltete in letzter Konsequenz die Agrarisierung Deutschlands. Er wurde bekanntlich nicht von einem Agrarromantiker ausgeheckt, sondern von dem Schwerindustriellen und Finanzminister Roosevelts, Henry Morgenthau, der die Konkurrenz des hochkapitalisierten Deutschland auf dem Weltmarkt und die von ihm ausgehende Kriegsgefahr dadurch ausschalten wollte, daß Deutschland einen den Kolonialländern ähnlichen Status im Verhältnis zu kapitalistischen Ländern erhielt. Diese Konzeption, die sowohl ökonomisch wie politisch voller Widersprüche steckte, war allerdings auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945, an der die Sowjetunion, die USA und Großbritannien teilnahmen, vom Tisch. Es setzte sich eine "gemäßigte" Konzeption durch, die auf Eindämmung der sog. Kriegsindustrie, Entflechtung (nicht mehr Enteignung) der Monopole, Aufrechterhaltung eines einigen deutschen Wirtschaftsgebietes, das seine Industriekapazität unter Aufsicht der vier Alliierten langsam zu entwickeln habe, zielte. In dieses Stadium gehört die berühmte Rede des amerikanischen Staatssekretärs Byrnes vom September 1946, die die staatliche und ökonomische Autonomie Deutschlands ankündigte. Ab 1947 wurde die angestrebte Entwicklung von seiten der USA in Richtung schnellerer Industrialisierung und voller Eingliederung in das westliche, gegen die Sowjetunion gerichtete Bündnissystem sowohl politisch wie ökonomisch forciert: das "European Recovery Program", bekannt unter dem Namen "Marshall-Plan", stellte die finanzielle, die Abspaltung der Bi-, später der Tri-Zone zu einem deutschen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet und die schließliche Gründung der BRD die politische Grundlage für die (Fortsetzung s. nächste Seite).

deutete dies allgemein, daß die Gründung von Organisationen von der Genehmigung der Besatzungsmächte abhängig war, so war die konkrete Situation 'vor Ort' in hohem Maße von der persönlichen Haltung der jeweiligen Offiziere der Militärregierungen geprägt. Während in der sowjetisch besetzten Zone die Gründung von Lehrerorganisationen relativ einheitlich nach gesamtzonalen Bestimmungen im Rahmen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes verlief, ²⁾ waren die westzonalen Verhältnisse durch ein schwer durchschaubares Gestrüpp von einerseits differierenden Bestimmungen und andererseits persönlichen Positionen gekennzeichnet, was sich sowohl in zeitlichen als auch konzeptionellen Differenzen in den Aufbauprozessen der Organisationen niederschlug.

(Fortsetzung der Fußnote 1).

Realisierung der westlichen Bündnispolitik in der Phase des Kalten Krieges dar. Die zunächst auch bei den Westmächten vorhandenen Bestrebungen auf Demokratisierung Deutschlands setzten sich entsprechend dem prinzipiellen Widerspruch der Rekonstruktion kapitalistischer Verhältnisse und den erwünschten demokratischen Strukturen in allen Einzelmaßnahmen widersprüchlich durch: so wurden zwar die Parteien und Gewerkschaften in den Westzonen zugelassen, aber auch die Unternehmerverbände; lokale Organisationen demokratischen Charakters erlaubt, aber ihre Festigung und Handlungsfähigkeit durch zentrale Zusammenschlüsse verboten; Gewerkschaften mit nur-gewerkschaftlichen Zielsetzungen gestattet, aber ihre real vorhandenen, politischen Intentionen gebremst. Alle Formen der demokratischen Willensäußerungen und ihrer Organisation wurden somit von seiten der Westmächte schnellstens auf die Integration in ein restauriertes kapitalistisches System festgelegt. - Demgegenüber war die Besatzungspolitik der UdSSR auf die systematische Ausschaltung aller politischen und ökonomischen Bedingungen in Deutschland gerichtet, die sein Wiedererstehen als feindliche Kriegsmacht bewirken konnten. - Eine von vielen Maßnahmen, die diesem Ziel dienten, stellte die Konstituierung des "Freien deutschen Gewerkschaftsbundes" (FDGB) dar, der bereits im Juni 1945 auf zentraler Ebene zugelassen wurde. Diese bewußte Förderung gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse zur Interessenvertretung der Arbeiter und zur gesellschaftspolitischen Umgestaltung ging einher mit der Säuberung des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Apparates von Faschisten.

- 2) Vgl. dazu: Zur Entwicklung des Volksbildungswesens, a.a.O., S. 198ff.

Grob skizziert ergibt sich folgendes Bild über die Haltung der Besatzungsmächte in den Westzonen:

In der britischen Zone, die die heutigen Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg umfaßte, war der Aufbau von Gewerkschaften und Verbänden an den Grundsatz gebunden, zunächst nur auf örtlicher Ebene Organisationsansätze zuzulassen und die regionale bzw. zonale Zusammenfassung jeweils wieder von Genehmigungen der Militärregierung abhängig zu machen. ³⁾

Bis zum August 1946 wurde auch der Aufbau von Lehrerorganisationen nur auf örtlicher Ebene gestattet. Bei der Genehmigung waren die Besatzungsoffiziere unterschiedlich entgegenkommend: in Hamburg z. B. wurde die Zulassung der "Gesellschaft der Freunde" im September 1945 beantragt; sie wurde bereits im November 1945 gegründet. ⁴⁾ Demgegenüber zog sich das Genehmigungsverfahren z. B. in mehreren Kreisen Schleswig-Holsteins über ein halbes Jahr hin, was offenbar auf die strenge Anwendung des Prinzips, 'von unten' her aufzubauen, zurückzuführen war: "Als im September 1945 der Unterricht im Kreise Südtondern wieder begann, berief der damalige Schulrat A. Johannsen einen vorbereitenden Ausschuß

3) Dieser Drei-Stufen-Plan wurde zwar erst in der Direktive Nr. 16 vom 12. April 1946 erlassen, die Praxis der britischen Militärregierung war jedoch von Anfang an durch ihn bestimmt. Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des DGB (britische Zone) 1945 - 1947. Köln o. J. (1949), S. 9ff. Zur Kritik an der Gewerkschaftspolitik der britischen Militärregierung: Schmidt, E., Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 25-36.

4) Schreiben von Max Traeger an die Militärregierung (MR) vom 15. 9. 1945; Schreiben der MR an M. Traeger, Betrifft: Berufsvereinigungen, vom 7. 2. 1946. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

zur Gründung des Kreislehrervereins. ... Nach dem Willen der örtlichen Militärregierung war er von unten her aufgebaut; d. h. es wurde zunächst die Arbeit in den Zweigvereinen aufgenommen. Im Mai 1946 war diese Vorarbeit geleistet; sieben Konferenzen waren gegründet. ... Danach konnte am 3. Juli die Gründungsversammlung des KLVs erfolgen".⁵⁾

Weitere Bedingungen für die Zulassung einer Lehrerorganisation war ein schriftliches Gesuch bei der Militärregierung, das folgende Unterlagen enthalten mußte:

1. die Befürwortung der Genehmigung durch die zuständige Schulverwaltung;⁶⁾
2. eine ausführliche Darstellung der Ziele der Vereinigung;
3. einen Entwurf der zukünftigen Satzung;
4. die Namen der in Aussicht genommenen Vorstandsmitglieder;
5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörde, daß die vorläufigen Vorstandsmitglieder in ihrem Schulamt bestätigt sind (Entnazifizierungsbescheid).⁷⁾

Diese letzte Bedingung galt nicht nur für die hier zur Debatte stehenden Vorstandsmitglieder, sondern für jedes Mitglied des Verbandes. Diese Auflagen, die in allen Zonen galten, wurden nachweislich von der britischen Militärregierung sehr genau geprüft. So forderte z. B. die Militärregierung in Hamburg längst nach der Gründung der "Gesellschaft der Freunde" einen Bericht an über "die gegenwärtige Lage der

5) Die Schleswig-Holsteinische Schule 1 (1947), Nr. 3, S. 8, ebenso KLV Oldenburg, in: ebenda, Nr. 5, S. 7; KLV Segeberg, in: ebenda, Nr. 6, S. 8; KLV Schleswig, in: ebenda, Nr. 8, S. 8.

6) Vgl. 10 Jahre Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer (GBL). 1946 - 1956, Braunschweig 1956, S. 18.

7) Schreiben M. Traegers an die MR vom 15. 9. 1945, a.a.O.

GdF einschließlich einer zusammenfassenden Darstellung ihrer Entwicklung seit 1945, gegenwärtige Mitgliederzahl, hauptsächliche Aufgaben", ⁸⁾ und wünschte, daß bei "festgestellten Schwierigkeiten ... Verbesserungsvorschläge mitgeteilt würden". ⁹⁾

Erst am 31. Juli 1946 erließ die britische Militärregierung die JA & C Divisions-Anweisung Nr. 105, nach der "Vereinigungen von Lehrern an Schulen oder höheren Lehrveranstaltungen ... auf jeder Verwaltungsebene einschließlich für die gesamte Zone gebildet werden (konnten)" ¹⁰⁾ mit folgender Begründung: "Die ganze Frage der Bildung von Lehrervereinigungen ist nunmehr dringlich geworden. Nach der Bildung von Landesregierungen, die in Kürze beträchtliche Vollmachten ausüben werden, ist es besonder erwünscht, daß Berufsvereinigungen aus folgenden Gründen gebildet werden:

- a) um die Regierung auf die Ansichten der Lehrer über jegliche Frage des Erziehungswesens aufmerksam zu machen und
- b) um den Regierungen eine stets für die Beratung zur Verfügung stehende Körperschaft von Fachleuten zu schaffen". ¹¹⁾

Auch beim zonalen Zusammenschluß behielt sich die Militärregierung prinzipiell die Kontrolle über die einzelnen Schritte vor, indem sie "zunächst einmal genaue Berichte über folgende Punkte" anforderte: "Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Bildung eines Zonenlehrerverbandes einschließlich einer zusammengefaßten Darstellung der bisher unternommenen Schritte und einen kurzen Überblick über die

8) Schreiben der MR an M. Traeger vom 7. 2. 1946, a.a.O., S. 1.

9) Ebenda.

10) JA & C-Divisions-Anweisung vom 31. 7. 1946, Fassung für deutsche Behörden. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

11) Schreiben der MR an M. Traeger vom 7. 2. 1945, a.a.O.

Schwierigkeiten, mit denen man bei der Bildung einer Zonenvereinigung rechnet. Bereits vorgesehene Amtsträger sind namentlich anzugeben, ebenfalls sind die bisher schon gemachten Versuche, mit anderen Lehrervereinigungen Fühlung zu nehmen, zu erwähnen". ¹²⁾

Daß sich die Kontrolle in diesem Stadium bei einerseits guten persönlichen Kontakten zur Militärregierung, wie sie beispielsweise M. Traeger besaß, und andererseits nach der prinzipiell gegebenen Zustimmung eher auf Informationspflicht beschränkte und nicht bürokratisch verselbständigte, zeigt sich daran, daß bei Gründung des ADLLV (britische Zone) i. J. 1947 die formelle Genehmigung nicht vorlag, da Traeger vergessen hatte, das Schriftstück zu besorgen. ¹³⁾

Bei Einhaltung der Bestimmungen konnte der Organisationsprozeß in der britischen Zone zwar zeitraubend sein, aber grundsätzlich geht aus dem Gesagten hervor, daß er wohlwollend von der Besatzungsmacht gefördert wurde. - Keine klaren Richtlinien bestanden von ihrer Seite bezüglich der erlaubten Organisationsform. Sie verboten zwar zunächst die Gründung konfessioneller Vereine, ¹⁴⁾ gaben ihre Erlaubnis aber auch "Vereinigungen von Lehrern, die zur Förderung des Studiums besonderer Fächer gebildet werden, wie z. B. Geschichtslehrervereinigungen, oder Lehrervereinigungen, die mit einer besonderen Schulart verbunden sind". ¹⁵⁾

- Darüberhinaus schien die Militärregierung auch den Gewerkschaftsanschluß von Lehrern zu befürworten: "Die Gründe

12) Ebenda.

13) Vgl. 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 27.

14) Gahlings, I., Die Volksschullehrer und ihre Berufsverbände, a.a.O., S. 79.

15) Schreiben der MR an M. Traeger vom 7. 2. 1946, a.a.O.

zum Anschluß (an die Gewerkschaft R. M.) gaben die Verhandlungen mit der britischen Besatzungsbehörde", berichtete ein Vertreter aus Hannover, "bei anfänglichem Widerstand der Militärregierung eröffnete sich die Aussicht auf Genehmigung als Mitglied der freien Gewerkschaft".¹⁶⁾

Das uneinheitliche Bild, das sich bezüglich der Haltung der Besatzungsbehörden gegenüber den verschiedenen Organisationsansätzen ergibt, läßt darauf schließen, daß die von seiten der Lehrerschaft selbst gewählten lokalen Organisationsformen letztlich den Ausschlag bei der Gründung des zonalen Verbandes gaben.

Demgegenüber war die Organisierung der Lehrer in der französischen Zone, die das Gebiet: Württemberg-Hohenzollern, Baden und Rheinland-Pfalz umfaßte, durch die Eingriffe der Militärregierung bis zum Jahre 1949 determiniert.

Die französische Militärregierung hatte "die Gründung aller Berufsorganisationen ... i. J. 1945 strikt verboten".¹⁷⁾

Die Wiedererrichtung des i. J. 1933 in den NSLB eingegliederten "Württembergischen Lehrervereins", dessen in der amerikanischen Zone liegender Teilverband sich am 25. 10. 1946 in Stuttgart gründete, scheiterte bis Ende 1949 an diesem Verbot, obwohl es für andere Organisationen aufgehoben wurde. Die Militärregierung hatte gegenüber dem traditionellen Verein die Befürchtung, "die nationalsozialistische Lehrerschaft würde sich ... eine neue organisatorische Basis ver-

16) Protokoll der Tagung von Lehrern der britischen Zone in der Kant-Hochschule Braunschweig am 15. 10. 1946, S. 7. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

17) Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 70.

schaffen und all ihre (der MR, R. M.) Bemühungen um eine Umerziehung des deutschen Volkes zunichte machen".¹⁸⁾ Für die Verhinderung des Auflebens nationalsozialistischer Tendenzen in der Lehrerschaft erschienen den Besatzungsbehörden die Gewerkschaften als bessere Garanten, so daß sie "jahrelang versuchten ..., die Gründung eines eigenständigen Lehrervereins zu verhindern und die Eingliederung der Lehrerschaft in die ... Gewerkschaft zu erzwingen"¹⁹⁾ und zwar in der Form der Einzelmitgliedschaft der Lehrer.²⁰⁾

Diesem Ziel entsprechend lehnte sie i. J. 1947 "ein erstes Gründungsgesuch für einen Lehrerverein aus rein formalen Gründen ab. Als ihr dann noch im gleichen Jahr ein formgerechtes Gesuch vorgelegt wurde, gab sie zu erkennen, ein Lehrerverein müsse als gewerkschaftliche Organisation angesehen werden, eine Berufsorganisation der Lehrer komme daher nur innerhalb der zuständigen Gewerkschaft ÖTV in Frage".²¹⁾ Konsequentermaßen verboten die Besatzungsbehörden auch die offizielle Kontaktaufnahme zwischen ehemaligen Mitgliedern des Württembergischen Lehrervereins mit dem ADLLV der britischen Zone. Selbst das Bemühen Louis Dumas', des Präsidenten der FIAI, von der französischen Militärregierung die Genehmigung zur Zusammenarbeit zu erhalten, wurde abgelehnt.²²⁾ Ebenso waren Vertreter der französischen Zone "wegen der Schwierigkeit, die die Militärregierung machte,

18) Ebenda, S. 71.

19) Ebenda, S. 79.

20) Niederschrift der Besprechung zwischen dem ADLLV der britischen Zone und den Lehrervereinen der amerikanischen und französischen Zone am 9. 10. 1948 in Lemgo, S. 2. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle, GA.

21) Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 79.

22) Protokoll der Besprechung des ADLLV mit dem DGB am 18. 7. 1948 in Hamburg, S. 5. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

in allen Interzonenkonferenzen unzureichend vertreten". 23)
- Erst nach einem persönlichen Gespräch zwischen dem deutschen Kultusminister für die französische Zone und einem französischen Staatssekretär in Paris gelang es, "die Genehmigung zur Gründung eines Lehrervereins außerhalb der Gewerkschaften zu erwirken". 24) Der "Landesverband Württemberg-Hohenzollern" konnte erst am 26. 11. 1949 in Sigmaringen gegründet werden.

Die Wiederezulassung konfessioneller Vereinigungen wurde ebenfalls nur unter der Bedingung gestattet, daß sie sich nicht als Berufsorganisationen konstituierten. Die katholischen Lehrer umgingen daraufhin das Verbot, indem sie sich zu einem Verband mit losen Strukturen zusammenschlossen, real aber aufgrund der prinzipiellen Erlaubnis in der Zeit von 1945 bis 1948 in der "Katholischen Erziehergemeinschaft" zu "einer mächtigen und einflußreichen Organisation heran(wuchsen)". 25) Denselben, wenn auch weniger einflußreichen Weg ging der "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen", deren Vorsitzende, Catharina Weiler" alle Kraft ein(setzte), um die Kollegen und Kolleginnen, namentlich aber die früheren Mitglieder des Vereins zu überzeugen, daß es nicht richtig sei, in die Gewerkschaft einzutreten, und daß sie letztlich nicht dazu ~~gezwungen werden konnten~~". 26) Solange die Genehmigung des Vereins als Berufsorganisation nicht erfolgte, "vereinigten sich die Mitglieder als religiöser Verein ... und als die Beschränkung der Souveränitätsrechte aufgehoben wurde, ergab sich die Umbildung zur

23) GEW (ADLLV) der britischen Zone. Geschäftsbericht 1948/49. Celle o. J., S. 4.

24) Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 81.

25) Ebenda, S. 71.

26) Schmücker, E., und M. Emmerich (Hrsg.), Lebendige Tradition im Wirken führender Frauen des Vereins katholischer Lehrerinnen, Bochum o. J. (1960), S. 77.

Berufsorganisation und zum Zusammenschluß mit dem in anderen Ländern bereits bestehenden VkdL von selbst". 27)

- Die pietistische kleinere "Evangelische Erziehergemeinschaft" gründete sich unter denselben Bedingungen bereits am 28. 12. 1946. 28)

Die Haltung der französischen Militärregierung war demnach durch starke Bedenken gegenüber einem Lehrerverein bestimmt, der nach dem Muster des DLV berufliche und pädagogische Interessen in einem Verband organisierte. Demgegenüber bestand ihr Interesse darin, die beiden Seiten der Lehrerinteressen in konträre Organisationsformen aufzuspalten: in den - 'nur' - religiösen oder pädagogischen Zielen verpflichteten konfessionellen Verband einerseits und die beruflich-ökonomische Interessen ohne pädagogisch-schulpolitisches Programm vertretenden Gewerkschaften andererseits. Das gegenüber allen anderen Besatzungsmächten wesentlich länger andauernde Verbot interzonaler Kontakte ist allerdings sicher auch Ausdruck des durchgängig für die französische Besatzungspolitik geltenden Grundsatzes des Föderalismus mit starken separatistischen Tendenzen. 29)

Die Position der amerikanischen Militärregierung gegenüber der Neugründung von Lehrervereinigungen war bezüglich der Organisationsform ebenso uneinheitlich wie die der britischen. Sie gestattete in ihrer, die Bereiche Hessen, Bayern, Nordbaden, Nordwürttemberg und Bremen umfassenden Zone beide Ansätze, sowohl den Anschluß an die Gewerkschaften als auch die Gründung von Lehrervereinen, ohne daß eindeutige

27) Ebenda.

28) Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 71.

29) Vgl. Willis, R. F., The French in Germany, a.a.O., ebenfalls Schwarz, H. P., Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied/Berlin 1966, Kap. III, Frankreich.

Favorisierungen zu erkennen wären. Wie zu zeigen sein wird, entwickelten sich in der amerikanischen Zone beide Organisationsformen relativ stabil, so daß bei der Gründung der GEW langwierige Abklärungsgespräche zwischen den bestehenden gewerkschaftlichen und vereinsmäßigen Ansätzen notwendig wurden.

Eine grundsätzliche Erwartung für die Organisationsstruktur jeder Lehrervereinigung wurde jedoch bei aller Vorschriftslosigkeit von seiten der Militärregierung geäußert: sie forderte den Gesamtverband aller Lehrer und Erzieher.

Im Genehmigungsschreiben des Office of Military Government (US) in Berlin wurde die bayrische Abteilung der amerikanischen Besatzungsmacht durch John W. Taylor, dem Leiter der Abteilung für Erziehung und religiöse Angelegenheiten, darauf hingewiesen, daß "die Wiedererrichtung ehemaliger Lehrerverbände ... sorgfältige Prüfung (erfordere)". 30) Damit war der "Bayrische Lehrerverein" gemeint, der im Frühjahr 1946 um Erlaubnis seiner Re-Organisation ersuchte. Klar sah Taylor, der ein Verfechter einer demokratischen Schulreform in Bayern war und bald in Konflikt mit Kultusminister Hundhammer geriet:

"Der Bayrische Lehrerverein beschränkt sich auf Volksschullehrer. Dies bedeutet, daß das undemokratische Kastenschulsystem möglicherweise in der amerikanischen Zone fortgesetzt wird. Deutsche Schulen wurden im Interesse bestimmter sozialer Gruppen organisiert: die Volksschulen für die niedrigeren Klassen, die Mittelschulen für niedrigere bürgerliche Klassen und die höheren Schulen

30) Genehmigungsentschließung. Betreff: Genehmigung des bayrischen Lehrerverbandes. In: Nüchter, F., Wo stehen wir, a.a.O., S. 23.

für die reichen Klassen und höheren Berufsstände. Die Lehrer wurden in verschiedenen Anstalten auf verschiedenem sozialen und akademischen Niveau ausgebildet. Es gab für jede soziale Gruppe einen besonderen Lehrerverband. Die Lehrerverbände hatten keine gemeinsamen Interessen. Ihre Mitglieder trafen sich selten gesellschaftlich und trafen sich nicht, um gemeinsame Berufsprobleme zu erörtern. ... Der genehmigte Antrag bedeutet, daß seine Gründer nach dem alten Rezept denken". ³¹⁾

Trotz dieser historisch und aktuell begründeten Bedenken gegen eine Wiederauflage des alten BLV, wurde dieser am 20. 3. 1946 von Taylor bewilligt. Er beschränkte sich nur auf die Empfehlung an die bayrischen Militärbehörden: "Wäre es nicht klug, die Gründung eines allumfassenden Lehrerverbandes anzuregen, zur Förderung der Erziehung und des Unterrichts im Allgemeinen, und darnach die Organisation von Unterabteilungen oder angegliederten Verbänden zur Förderung spezieller Interessen zu unterstützen?" ³²⁾ - Ebenso schien das Wohlwollen, das die hessische Militärregierung dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß von Lehrern entgegenbrachte, eher darauf zu beruhen, daß dieser die Lehrer aller Schularten zu organisieren beabsichtigte, als daß die Form der Gewerkschaft den Wünschen der Besatzungsmacht besonders entsprach. Es heißt im Begrüßungsschreiben für die erste Aufgabe der Lehrer-Gewerkschaftszeitung:

"Any organization of educators, which recognizes that the total education of all children is a part of a whole, is to be commended. The fact that your organization admits school administrators and teachers of pupils of all types of schools indicates that you

31) Ebenda. (Hervorhebungen im Text, R. M.).

32) Ebenda.

believe in a school system in which any child can progress without a handicap from one level to another. The coordination of all schools should be improved because of your organization". 33)

Eine ähnliche Haltung demonstrierte die amerikanische Militärregierung bei der Wiederzulassung des hessischen Lehrervereins, dem nach dem Bericht des 1. Vorsitzenden, Heun, seine Lizenz im Sommer 1948 "durch besonderes Entgegenkommen der Militärregierung in Wiesbaden ... erteilt (wurde)". 34) Auch hier hatte die Militärregierung "wiederholt vorher erklärt ..., daß eine Lizenzierung erst erfolgen könne, wenn eine einheitliche Lehrerorganisation geschaffen sei". 35) Diese Argumentation erstreckte sich ebenfalls auf die Zulassung einer Verbandszeitung. Ebenso wie in Bayern war jedoch auch in Hessen die Begründung der Besatzungsmacht durch die Argumentation der Vereinsgründer erschütterbar", daß nicht erst der einheitliche Verband, sondern erst die Zeitung vorhanden sein müsse, um damit den einheitlichen Verband zu schaffen". 36)

3.2 Die Wiedererrichtung von Lehrervereinen.

Die Masse der Lehrerschaft war in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht in der Lage, sich um anderes als "um die Erhaltung der primitivsten Lebensmöglichkeiten, um Schu-

33) Die Lehrgewerkschaft. Kulturelles, beamtenrechtliches, wirtschaftliches und organisatorisches Mitteilungsblatt der Lehrer und Erzieher Hessens in der Gewerkschaft öffentliche Verwaltungen und Betriebe, Frankfurt 1 (1948), Nr. 1, S. 1.

34) Hessische Lehrerzeitung. Hrsg. für alle Lehrer des Landes Hessen. 1 (1948), Nr. 8/9, S. 43.

35) Ebenda.

36) Ebenda, S. 44.

sohlen, Brennholz und vielfach auch um trockenes Brot" 37) zu kümmern. Da dies, wie i. J. 1948 eine Berliner Lehrerzeitung bemerkte, "im Augenblick dem einzelnen am ehesten möglich ist" 38) trat als Konsequenz "eine weitgehende Isolierung der Kollegen untereinander ein". 39) Die Konzentration auf das Nächste beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Beschaffung materieller Notwendigkeiten, sondern prägte offensichtlich auch das Interesse an "geistiger Nahrung". 40) Hinzu kam eine skeptische Vorsicht, sich überhaupt zu äußern, die nicht nur als zweckrationales Verhalten angesichts der Besatzungsmächte zu erklären ist, sondern auch als adäquater Ausdruck für den unverstanden ertragenen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes. Angesichts dieser psycho-sozialen Verfassung der Gesamtheit blieb letztlich nur eine bestimmte Gruppe von Personen übrig, die subjektiv wie objektiv die Möglichkeit besaß, sich um die Organisation der Lehrerschaft zu bemühen.

Die bekanntesten und tatkräftigsten Initiatoren hatten in der Emigration (Heinrich Rodenstein 41)), in der Kinderland-

37) Stolz, E., Wo bleibt die Junglehrerbewegung? In: Die Lehrgewerkschaft, Mitteilungsblatt. Hrsg. vom Verband der Lehrer und Erzieher Groß-Berlins im FDGB, Berlin 2 (1948), Nr. 9, S. 69f., S. 70.

38) Ebenda.

39) Ebenda.

40) Vgl. dazu Nohl, H., Die geistige Lage im gegenwärtigen Deutschland. In: Die Sammlung 2 (1948), S. 601ff.

41) Heinrich Rodenstein war während der Weimarer Republik Mitglied der "Freien Lehrgewerkschaft", und der SAP gewesen. 1933 emigrierte er über Holland und das Saarland nach Frankreich. Nach 1945 wurde er Professor an der Kant-Hochschule in Braunschweig und war aktiv an der Gründung des "Gesamtverbandes Braunschweigischer Lehrer" (GBL) beteiligt. Von 1960 - 1968 war er 1. Vorsitzender der GEW.

verschickung (Fritz Thiele ⁴²⁾) oder im Rückzug auf einen immer kleiner werdenden privaten Kreis (Max Traeger ⁴³⁾) die zwölf Jahre Faschismus weniger angreifbar überstanden als die große Masse der Lehrerschaft. Teilweise waren sie i. J. 1933 oder später gemäßregelt oder entlassen worden, ⁴⁴⁾ und sie hatten sich bei aller unzureichenden theoretischen Durchdringung des Phänomens 'Faschismus' eine innere Distanz zum Nationalsozialismus bewahrt. Diese Haltung gab ihnen nach dem Zusammenbruch vor sich selbst und in den Augen der Militärregierungen das Recht, an die Öffentlichkeit zu treten. Ihre Initiative war somit ausschlaggebend für die Wiedererrichtung von Lehrervereinen in mehreren Städten der Westzonen.

Zugleich jedoch waren die genannten Personen aufgrund ihrer spezifischen Beteiligung an der organisierten Lehrerbewegung der Weimarer Republik ausschlaggebend dafür, daß die organi-

42) Siehe die Bibliographie Fritz Thieles auf der Seite 151f.

43) Max Traeger war von 1920 - 1923 Proponent der "Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" in Hamburg. Während des Zweiten Weltkriegs lebte er zurückgezogen in Hamburg und war nach 1945 maßgeblich an der Gründung der "Gesellschaft der Freunde" im Rahmen der GEW beteiligt. Von 1949 bis zu seinem Tode i. J. 1960 war er der 1. Vorsitzende der GEW. Ihm zu Ehren wurde die von der GEW gegründete Stiftung "zur wissenschaftlichen Erforschung der Erziehungs- und Schulwirklichkeit" "Max-Traeger-Stiftung" genannt. Vgl. AGDL. Gemeinsamer Geschäftsbericht, Frankfurt 1960/62, S. 24; ADLZ 1 (1949), Nr. 16, S. 163.

44) Rodenstein gibt an, daß "einige tausend Lehrer ... als politisch unzuverlässig entlassen (wurden) mit geringer oder ohne Pension. Etwa 200 Lehrer gingen in die Emigration, weil sie sich nicht beugen oder terrorisieren lassen wollten". Rodenstein, H., 25 Jahre GEW. In: 25 Jahre GEW. Sonderheft der Deutschen Schule. Mai 1974, S. 315.

satorischen Zusammenschlüsse der Lehrerschaft in den Westzonen überwiegend die Form des Vereins wählten. Außer Heinrich Rodenstein, der in der 'Freien Lehrergewerkschaft' in Braunschweig organisiert war, hatten alle anderen mittlere und höhere Funktionen in den Kreis-, Landes und Provinzialverbänden des DLV bekleidet. Ihr explizit geäußertes Ziel war es, den DLV wieder erstehen zu lassen.

Der Organisationsprozeß auf lokaler Ebene verlief stets nach demselben Grundmuster, das rechtlich durch die Bestimmungen der Militärregierungen und inhaltlich durch die personelle Zusammensetzung der Initiatoren bestimmt war. Individuen oder kleine Freundeskreise bildeten einen "Fördererkreis", ⁴⁵⁾ "Gründungsausschuß" ⁴⁶⁾ oder "Vorbereitenden Ausschuß", ⁴⁷⁾ der einerseits durch persönliche Gespräche oder schriftliche Aufrufe ⁴⁸⁾ die wenigen Lehrer, die einen Zusammenschluß nicht gänzlich scheuten, zu informellen Treffen einluden und andererseits Kontakte zum zuständigen Schulamt und der Militärregierung aufnehmen. Häufig ging die Gründung selbst von den Schulräten aus, die ehemals im DLV organisiert waren, wodurch die Zustimmung der Schulbehörde gesichert war. ⁴⁹⁾

Die Bestimmung der Militärregierungen, daß keine ehemaligen Nationalsozialisten Mitglieder und keinesfalls Vorstandsämter bekleiden durften, stellte die Initiatoren vor schwierige personelle Probleme. So fand beispielsweise der spätere 1. Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins,

45) 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 20.

46) 150 Jahre Hamburger Gesellschaft ... a.a.O., S. 88.

47) Brief F. Thieles an die MR in Lüneburg vom 8. 8. 1946, Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

48) 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 16.

49) Vgl. Schleswig-Holsteinische Schule Jge. 1947, 1948, Verbandsnachrichten.

P. Godbersen, bei Schuleröffnung im Kreise Eckernförde im September 1946 "nur noch drei kampffähige alte Vereinsmitglieder, die als Nicht-Pg übrig geblieben waren" ⁵⁰⁾ und somit anfänglich Mitgliedschaft und Vorstand in Personalunion darstellten. Ähnliche Berichte liegen aus Flensburg, ⁵¹⁾ Oldenburg, ⁵²⁾ Bayern ⁵³⁾ und Braunschweig ⁵⁴⁾ vor.

Nachdem bei den Militärregierungen die von seiten der Schulbehörde befürworteten Zulassungsanträge, ⁵⁵⁾ die Satzungsentwürfe, ⁵⁶⁾ die Namen der für die Vorstände vorgesehenen Personen und eine Darstellung der Ziele und Traditionen der Lehrervereine eingereicht und von dieser genehmigt waren, fanden die offiziellen Gründungsversammlungen in mehr oder minder feierlichem Rahmen statt. Anwesend waren - zumindest bei den großen und aus der Vorkriegszeit bekannten Lehrervereinen in Bayern, Hamburg, Braunschweig u. ä. - Vertreter der Militärregierungen, der Staats- und Kultusbürokratie, der ausländischen Lehrervereine, der Gewerkschaften und der Hochschulen. ⁵⁷⁾

50) Die Schleswig-Holsteinische Schule 1 (1947), Nr. 2, S. 8.

51) Ebenda, Nr. 5, S. 8.

52) 100 Jahre VOLL, Oldenburg o. J., S. 18.

53) Guthmann, J., Der BLLV, Bd. 2, a.a.O., S. 402ff.

54) 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 25.

55) Das Braunschweigische Staatsministerium beispielsweise hatte an die Militärregierung folgendes Schreiben gerichtet: "Das Braunschweigische Staatsministerium, Abteilung für Wissenschaft und Volksbildung, befürwortet die Bildung des GBL und erwartet von dieser Berufsorganisation die unerläßliche, sachkundige Hilfe beim Wiederaufbau des braunschweigischen Schulwesens". 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 18.

56) s. nächste Seite.

57) s. nächste Seite.

Auf diese Weise entstanden in den Jahren nach 1945 eine Reihe von Lehrervereinen, wobei die britische Zone am frühesten und am umfangreichsten organisatorisch erfaßt wurde: Hamburg im November 1945, Kiel im Dezember 1945, Braunschweig, Lippe und Lüneburg im August 1946, Bremen und Oldenburg Ende 1946. In der amerikanischen Zone organisierten sich im August 1946 der Bayrische Lehrerverein, im Oktober 1946 der (Nord-)Badische und der (Nord-)Württembergische und im Oktober 1948 der Hessische Lehrerverein. Mit deutlicher Phasenverschiebung konstituierten sich in der französischen Zone die Vereine von (Süd-)Baden, (Süd-)Württemberg und Rheinland-Pfalz im November 1949.

In der britischen Zone änderte sich das Verfahren beim Zusammenschluß durch die erwähnte Direktive Nr. 105 vom August 1946, nach der der zonale Verband möglich wurde. Auf Anraten der Initiatoren wurde nun mit der Konstituierung von Landesverbänden begonnen, denen die örtlichen Vereine

56) In den Satzungen war unter dem § "Mitgliedschaft" die Bestimmung enthalten, daß Nationalsozialisten keine Mitglieder werden dürften. Aus den Verbänden von Lüneburg, dem Landesverband Niedersachsen (in der Gewerkschaft) und Braunschweig war jeder ehemalige 'Parteigenosse' ausgeschlossen (vgl. Satzung des GBL, Salzgitter o. J., S. 1, Satzung des Verbandes der Lehrer im Regierungsbezirk Lüneburg S. 2, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold; Vorläufige Satzung des Lehrerverbandes Niedersachsen S. 1, (ms), Archiv der GEW, ebenda). Hamburg machte es zur Auflage, daß ein potentiell Mitglied vorgeschlagen und sein Name in der Verbandszeitung veröffentlicht werden mußte. (Satzung der Gesellschaft der Freunde vom September 1945, S. 2, (ms), ebenda.) Der Bayrische Lehrerverein unterschied zwischen den im Entnazifizierungsverfahren in die Kategorien 4 und 5 Einstufteten: "Die Betroffenen von Gruppe 4 (Mitläufer) und Gruppe 5 (Entlastete) können Mitglieder werden ... Ein Vereinsamt kann jedoch vorerst nur übernehmen, wer der Gruppe der Entlasteten (5) zugewiesen wird". Mitteilungen des BLV, 1 (1947), Nr. 3, S. 3.

57) Vgl. z. B. 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 18ff.; Mitteilungen des BLV 1 (1946/47), Nr. 1/2, S. 13ff.; 150 Jahre Gesellschaft der Freunde, a.a.O., S.

sogleich als Kreis- bzw. Provinzialverbände angegliedert wurden, so daß "man nur einmal die Genehmigung bei den Engländern nachzusuchen (hatte)".⁵⁸⁾ Auf diese Weise konstituierten sich bis Mitte 1947 die Landesverbände Westfalen, Schleswig-Holstein und Nord-Rhein.

In den Überlegungen darüber, welche Gruppen der Gesamtlehrerschaft in den wiedererrichteten Lehrervereinen organisiert sein sollten, setzte sich - zumindest der Intention nach - eine Tendenz durch, die die organisatorischen Strukturen des ehemaligen DLV überschritt: die zukünftigen Vereine sollten in der Form des Gesamtverbandes die Lehrer aller Konfessionen, aller Schularten und beider Geschlechter zusammenschließen und damit den Charakter des DLV als reinem Volksschullehrerverband überwinden. Diese Ziel war keine Schöpfung der Nachkriegszeit, sondern so alt wie die Lehrerbewegung selbst. Das Ziel einer einheitlichen Organisation für den gesamten 'Erzieherstand' hatte die ersten Lehrerversammlungen im Zusammenhang mit der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 beherrscht. Es war adäquate organisatorische Konsequenz des demokratischen Programms der Einheitsschule, die die in der Schulform sich ausdrückenden Schranken der Emanzipation der 'unteren Volksschichten' aufzuheben konzipiert war. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Lehrerbewegung allerdings in Vereine der Volksschullehrer, der Oberlehrer, der Berufsschullehrer, der Direktoren und Realschullehrer, der Volksschullehrerinnen und Oberlehrerinnen, der katholischen und evangelischen Lehrer und ebenso der Lehrerinnen separiert⁵⁹⁾ und gerade der die Volksschullehrer organisierende

58) Brief von F. Thiele an W. Mattheis vom 31. 12. 1946. Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

59) Vgl. Rissmann, R., Geschichte des Deutschen Lehrervereins, a.a.O., S. 139ff.

DLV hatte eine ausgeprägt ständische Politik betrieben. Trotzdem war die Forderung nach Integration des 'Lehrerstandes' weiterhin deklamatorisch von ihm erhoben worden. Bei den Gruppierungen, die nach 1945 den Gesamtverband forcierten, hatten sich diese Organisationsvorstellungen auch über die Zwangsgemeinschaft der verschiedenen Verbände im NSLB hinweg erhalten.

Spezifische historische Bedingungen boten nach dem 2. Weltkrieg die Chance, den Gedanken einer einheitlichen Organisation für alle Lehrer zu verwirklichen:

- mit der Auflösung des NSLB standen nicht nur die Volksschullehrer, sondern ebenso die früher in anderen ständischen Verbänden organisierten Lehrergruppen vor einer völlig neuen historischen Situation. Dieses organisatorische Vakuum wurde als stark verunsichernd erlebt, so daß die Vertreter der verschiedenen Organisationen teilweise bereit waren, auf die Gesprächsangebote einzugehen, die ihnen von den Initiatoren der Lehrervereine unterbreitet wurden;
- wie bereits ausgeführt, lag in der Politik der Besatzungsmächte anfänglich die Tendenz, nicht mehr das Spektrum von Sonderorganisationen zuzulassen, das vor dem Dritten Reich bestanden hatte. Zwar konnte selbst die den Einheitsverband explizit fordernde amerikanische Militärregierung dessen Realisierung z. B. in Bayern nicht herstellen, da sie nicht konsequent genug in den Organisationsprozeß eingriff; dort jedoch, wo aus der Lehrerschaft selbst heraus gesamtorganisatorische Intentionen sich entwickelten, konnten diese sich auf die wohlwollende Haltung der Besatzungsmächte berufen;
- schließlich wirkte bei den Integrationsbemühungen ein diffuser 'Wunsch nach Einheit' mit, der von der Mehrheit weder in klaren Begriffen gefaßt noch genau begründet wur-

de. In ihm scheint sich vielmehr eine auch in der Gewerkschaftsbewegung wiederzufindende Nachkriegsstimmung auszudrücken, die zunächst nicht mehr beinhaltete als die Ahnung, daß Uneinigkeit "die Kräfte" zersplittere und "die Bewegung" schwäche. - Deutlichere politische Interessen verfochten allerdings einige wenige kritische Köpfe, denen es mit der Überwindung der Organisationsstruktur des DLV einerseits um den Abbau von Standesdünkeln in der Lehrerschaft ⁶⁰⁾ und andererseits um die effektive Einflußnahme auf die das Schulwesen betreffenden administrativen Entscheidungen ging, die "nur mit der zusammengefaßten Kraft der gesamten Lehrerschaft erreicht werden (könne)". ⁶¹⁾

Die Erfolge beim Aufbau eines Gesamtverbandes stellten sich in dieser frühen Phase von Ort zu Ort verschieden dar: in den Verbänden von Hamburg und Braunschweig, die im Gebiet der britischen Zone mit intensivem Engagement forciert wurden, waren z. B. die Lehrer der höheren Schulen zu 50 % bzw. zu 80 % integriert. ⁶²⁾ In den meisten anderen Regionen jedoch - bekanntermaßen in Schleswig-Holstein, Lippe, Oldenburg, Westfalen, ⁶³⁾ und Bayern - ⁶⁴⁾ waren außer den Volksschullehrern kaum Lehrer anderer Schularten in den Vereinen organisiert. Als Tendenz läßt sich unschwer erkennen, daß in dem Moment, in dem die Standesorganisationen der Philologen und der konfessionell gebundenen Lehrer wieder erfichteten wurden, die Bereitschaft, sich den früher entstandenen

60) Vgl. die Rede Rodensteins auf der Gründungsversammlung des GBL am 3. 8. 1946. In: 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 20.

61) 150 Jahre Gesellschaft der Freunde, a.a.O., S. 89.

62) Protokoll der Tagung des Vorstandes des ADLLV in der britischen Zone am 11./12. Mai 1947 in Bielefeld. (ms), S. 5f. Archiv der GEW, Ordner: Protokolle, a.a.O.

63) Ebenda. Außerdem: 10 Jahre VOLL, a.a.O., S. 17.

64) Guthmann, J., Der BLLV Bd. 2, a.a.O., S. 344.

Lehrervereinen anzuschließen, unter diesen Lehrergruppen sank.

Eine Ausnahme bildeten allerdings die Volksschullehrerinnen, die auch später nicht mehr - wie in der Weimarer Republik - einen gesonderten "Allgemeinen deutschen Lehrerinnenverein" gründeten, sondern sich mit den Verbänden der britischen Zone im "Allgemeinen deutschen Lehrer- und Lehrerinnen-Verein" (ADLLV) im Januar 1947 zusammenschlossen. Diese Bereitschaft, die nach Geschlechtern getrennte Organisationsform aufzuheben, war auf seiten der Lehrerinnen in objektiven Entwicklungen der Kriegs- und Nachkriegszeit begründet: während des Krieges war der Anteil der Lehrerinnen am Lehrpersonal der Volksschulen stark gestiegen. In der Nachkriegszeit verstärkte sich diese Tendenz in der Zusammensetzung der Berufsgruppe.⁶⁵⁾ Damit war eine Motivation, sich als Minderheitengruppe gegenüber der Mehrheit der männlichen Kollegen gesondert zu organisieren, tendenziell hinfällig. Zudem waren die ehemaligen Mitglieder des DLV bereit, durch organisatorische Regelungen einer innerverbandlichen Majorisierung der Lehrerinnen vorzubeugen. Jenseits eines rein quantitativen Repräsentationssystems wurden Vorstandsposten für die weiblichen Mitglieder reserviert. Dieses auf örtlicher Ebene bereits gehandhabte Verfahren wurde bei der Gründung des ADLLV der britischen Zone im Januar 1947 durch die Annahme einer Entschliebung verbindlich, die von der ehemaligen Vorsitzenden des Lehrerinnenvereins, E. Beckmann, eingebracht worden war. Danach mußte nun "bei der Bildung der Vorstände in den Landesverbänden und den Orts- und Kreisvereinen ... gemäß der Entschliebung Beckmann verfahren werden, d. h. es müssen in den Vorständen Frauen vertreten sein".⁶⁶⁾

65) Vgl. Kap. 2.1.8.75.

66) ADLLV. Rundbrief Nr. 1/1947 an die Vorstände der Landesverbände. Hamburg, den 30. Januar 1947, S. 2.

Was für die weiblichen Mitglieder galt, bestimmte ebenso die Situation der anderen, gegenüber dem traditionellen Mitgliederbestand des DLV in der Minderheit befindlichen und zudem neu hinzugekommenen Lehrer- und Erziehergruppen, z. B. der Kindergärtnerinnen, der Berufsschul- und Gymnasiallehrer. Sollten diese Gruppen für die Konstituierung eines Gesamtverbandes gewonnen werden, so mußten in der Verbandsstruktur einerseits für sie Möglichkeiten enthalten sein, sich über ihre Sonderinteressen zu verständigen und andererseits diese auch in der Verbandsspitze durch Delegation vertreten zu sehen.

Die Satzungen der Lehrervereine trugen diesem Problem durch die bis heute für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft konstitutiven Doppelstruktur Rechnung: regionale Organisation in Kreis-, Bezirks-, Landes- und später überzonalen bzw. Bundesverbänden und den Schularten entsprechende Zusammenfassung. Mitglieder der Lehrervereine waren somit quasi zweimal organisiert: auf der Kreisebene und in ihrer Fachgruppe. Für diese Form der Verbandsstruktur hatte objektiv der NSLB mit seinen Reichsfachschaften vorgearbeitet. Nur so ist es zu verstehen, daß bei aller notwendigen und glaubwürdigen Abgrenzung gegen dessen 'Zwangssystem', die den besonderen Interessen der einzelnen Sparten entsprechende Verbandsform ohne lange Diskussionen in die Satzungen von Hamburg, ⁶⁷⁾ Braunschweig, ⁶⁸⁾ Lippe, ⁶⁹⁾ Lüneburg ⁷⁰⁾ und schließlich des ADLLV der britischen Zone ⁷¹⁾ aufgenommen

67) Satzung der Gesellschaft der Freunde, a.a.O.

68) Satzung des GBL, Salzgitter, o. J., S. 2, § 7.

69) Satzungen des Allgemeinen Lippischen Lehrerverbandes. (ms), S. 3, § 6. Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

70) Satzung des Verbandes der Lehrer im Regierungsbezirk Lüneburg, a.a.O., S. 3, § 5.

71) Satzung des ADLLV, Celle o. J. (1947), S. 3, § 4.

men wurde. Die Aufgaben der als Fachgruppen, Schulgruppen oder Fachschaften bezeichneten ⁷²⁾ Sparten waren satzungsmäßig ebenfalls festgelegt: "Sie erledigen die in ihr Fachgebiet fallenden Aufgaben von sich aus oder im Auftrage der Verbandsleitung, der sie auf diesen Fachgebieten als Sachbearbeiter dienen". ⁷³⁾ Ihre weitgehende Selbständigkeit drückte sich zudem im § 13 der Satzung des ADLLV aus, nach dem bei Nichtübereinstimmung von Verband und Schulgruppe "der Verband die abweichende Stellungnahme der Schulgruppe mit der von der Schulgruppe gegebenen Begründung gleichzeitig mit der Stellungnahme des Verbandes bekanntgeben (mußte)", ⁷⁴⁾ gleichgültig, ob es sich "um für die Öffentlichkeit bestimmte Entschlüsse oder um Eingaben an Behörden (handelte)". ⁷⁵⁾ Während allerdings die Vereinsstruktur in Braunschweig und Lüneburg soweit durch die Fachgruppen geprägt war, daß die Delegierten der Vertreterversammlungen ausschließlich von den Fachgruppen gewählt wurden, ⁷⁶⁾ regelte die Satzung des ADLLV die Zusammensetzung der Vertreterversammlung nach dem noch heute in der GEW geltenden gemischten Prinzip, nach dem Delegierte der Zweigverbände und der Schulgruppen auf die Vertreterversammlung entsandt werden. ⁷⁷⁾

Während mit der Propagierung des Gesamtverbandes die Organisationsstruktur des DLV verlassen werden sollte, stellten sich die frühen Lehrervereine programmatisch ganz in die Tradition des DLV. In den Präambeln der Vereinssatzungen und den wenigen schulprogrammatischen Entwürfen wurde

72) So benannt in den Satzungen von Braunschweig und Lüneburg, des ADLLV, in Lippe und Hamburg.

73) Satzung des ADLLV, a.a.O., S. 3, § 4.

74) Ebenda, S. 4, § 13.

75) Ebenda.

76) Satzung des GBL, a.a.O., S. 3, § 8; Satzung des Verbandes der Lehrer im Regierungsbezirk Lüneburg, a.a.O., S. 3, § 6.

77) Satzung des ADLLV, a.a.O., S. 5, § 19.

die Übernahme seiner Funktion und Zielsetzung explizit formuliert: "Der Verband will helfen ..., die deutsche Schule mit jenem Geiste der Menschlichkeit, der Versöhnlichkeit und der Friedensliebe, des Rechts und der Freiheit zu erfüllen, den zu pflegen sich die Interessenverbände vor 1933 zur Aufgabe gestellt hatten". 78)

Die Lehrervereine nach 1945 bezogen sich trotz hin und wieder geäußelter Beteuerungen, man könne nicht 'einfach' wieder beim Alten beginnen, kritiklos auf die Traditionen ihrer Vorgänger seit 1848. Dies war Ausdruck und Konsequenz der Interpretation ihres eigenen historischen Zusammenhangs nach dem Bild ungebrochener demokratischer Kontinuität. Die Lehrerschaft lebte in und von der Vorstellung einer geradlinigen, positiven Tradition, die i. J. 1933 nur von außen unterbrochen wurde. Da sie ihrem eigenen Selbstverständnis nach quasi bis zum 30. Januar 1933 offen, nach 1933 schweigend demokratisch gewesen war, lag nichts näher, als vom 8. Mai 1945 ab wieder "die Tradition unserer alten Verbände auf(zu)nehmen". 79) Die Identifikationen blieben an die Traditionsbestände des DLV gebunden; die Besatzungsmächte hatten, wie zu zeigen war, zu wenig Durchsetzungskraft und selbst zu unklare Konzeptionen, als daß sie in der Lage gewesen wären, in andere Richtung "umzuerziehen".

3.3 Gewerkschaftliche Organisationsansätze.

Der Versuch, die Lehrerschaft nach Kriegsende auf die im Aufbau begriffenen Gewerkschaftsbünde zu orientieren, wurde-ähnlich wie bei der Re-Organisation von Lehrervereinen-

78) Satzung des Verbandes der Lehrer im Regierungsbezirk Lüneburg, August 1946, S. 1, Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

79) Allgemeiner Deutscher Lehrerverband, Aufruf zur Detmolder Tagung, Hamburg o. J. (1946), S. 1.

durch die Initiative von kleinen, handlungsfähigen Gruppierungen bzw. Einzelpersonen getragen. Deren Aktivitäten in der Lehrerbewegung der Weimarer Republik hatten dabei durchaus unterschiedlich ausgesehen: z. T. waren sie Mitglieder der FLGD (Paul Nelles in Düsseldorf, August Lerch in Hannover) oder des DLV gewesen (Arthur Skowronski in Hannover), z. T. jedoch waren sie weitgehend unbekannt in der organisierten Lehrerbewegung (Ludwig Schweiger in München, Adolf Brandenburger in Hessen). Im Gegensatz z. B. zu den Begründern der Lehrergewerkschaft in Berlin hatten sie von ihrer eigenen politisch-organisatorischen Vergangenheit her also keine besonderen Affinitäten zur gewerkschaftlichen Organisationsform von Lehrern, was gegenüber der entschlossen für den Vereinsaufbau votierenden Fraktion einen schwerwiegenden Nachteil darstellte. Das überwiegende Fehlen einer eindeutigen Zielsetzung für die Gewerkschaftsarbeit von Lehrern und einer Strategie für den Gewerkschaftsanschluß einer größtmöglichen Anzahl von Lehrern war jedoch nur insofern den subjektiven Unzulänglichkeiten der Initiatoren geschuldet, als ihre Unsicherheiten und ihr überwiegendes Zurückweichen vor der Koordinations- und Durchsetzungsarbeit der Vereinsfraktion Ausdruck der objektiven Situation war: die gewerkschaftlich organisierten Lehrer waren in der Weimarer Republik quantitativ eindeutig in der Minderheit verblieben.⁸⁰⁾ Die Lehrerschaft hatte sich in größerem Umfang nicht die Frage des Gewerkschaftsanschlusses gestellt. Mithin konnte nach 1945 nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit auf vorhandene Traditionen zurückgegriffen werden wie bei den Vereinsgründern. 'Betrifft dieses Problem eher die 'Binnenstruktur' gewerkschaftlicher Intentionen innerhalb der Lehrerschaft, so war das 'Umfeld' da-

80) Vgl. Stöhr, W., Lehrerschaft und Arbeiterbewegung, a.a.O.

durch kompliziert strukturiert, daß unmittelbar nach Kriegsende die Diskussion über den Aufbau der Gewerkschaften erst begann, es also keine fertige Form gab, deren Teil zu werden es nur eines Entschlusses der Entschlossenen bedurft hätte:

Waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten während der Weimarer Republik im "Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB), dem "Allgemeinen freien Angestelltenbund" (AfA) und ab 1922 dem "Allgemeinen Deutschen Beamtenbund" (ADB)⁸¹⁾ erfaßt, so gingen nach 1945 die Bestrebungen der Neugründer in die Richtung einer Einheitsgewerkschaft.⁸²⁾ Allgemein implizierte dieses organisatorische Ziel zunächst die Aufhebung der aus der Weimarer Republik überkommenen Dreiteilung in die erwähnten Organisationen für Arbeiter, Angestellte und Beamte einerseits und die konfessionell bzw. parteipolitisch gebundenen Verbände andererseits zugunsten einer einheitlichen Organisation. Die Struktur eines solchen Verbandes aber ließ immer noch begründbare Alternativen bzw. Mischformen zu: sollte nach dem Prinzip der Berufs- oder Industrieverbände

81) Vgl. Das Rote Gewerkschaftsbuch (1932), Frankfurt o. J. (1966).

82) Es würde an dieser Stelle zu weit führen, den organisatorischen Prozeß bis zur Gründung des DGB i. J. 1949, noch die diesem Prozeß zugrunde liegenden, aber nicht identisch mit ihm verlaufenden Aktionen der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit darzustellen. Vgl. dazu die Untersuchungen von: Pirker, T., Die blinde Macht, Erster Teil, 1945 - 1952. München 1960; Fichter, T. und U. Schmidt, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971; Deppe F., Das Bewußtsein der Arbeiter, a.a.O., bes. S. 289ff. - Die Lehrerschaft hat sich zudem, wenn überhaupt, positiv nur auf die organisatorische Seite der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit bezogen. Vgl. dazu Kap. 5.2.

mit relativ großer Autonomie in einem Dachverband oder einem streng einheitsgewerkschaftlichen Zentralverband organisiert werden? Die letztere Form zielte darauf, die sozialen, ökonomischen und beruflichen Besonderheiten der durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung getrennten Lohnabhängigen durch eine Organisationsstruktur zu vermindern, die den innerverbandlichen Untergliederungen möglichst wenig Autonomie in Politik und Finanzen zugestehen wollte. Dieses Konzept realisierten kurzfristig regionale Gewerkschaftsbünde in Niedersachsen (AGN), ⁸³⁾ dem Rheinland, ⁸⁴⁾ und in Hessen. ⁸⁵⁾

War noch auf der ersten gewerkschaftlichen Zonenkonferenz im März 1946 keine Entscheidung für eine Organisationsform gefallen, ⁸⁶⁾ so zeichnete sich wenige Monate später ab, daß sich unter dem Druck der britischen und amerikanischen Militärregierungen das Konzept des streng einheitsgewerkschaftlichen Zentralverbands nicht aufrechterhalten ließ. Die auf der Zonenkonferenz in Bielefeld im August 1946 angenommene EntschlieÙung betonte zwar weiterhin die Notwendigkeit einer "umfassenden, absolut festgefügt und ideell einheitlich gerichteten Gewerkschaft", legte sich aber mit dem nächsten Satz auf den "autonome(n) Industrieverband (fest), unterteilt in Berufsgruppen und Sparten". ⁸⁷⁾ Damit war das Mischprinzip, das auf dem Gründungskongreß des DGB

83) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, a.a.O., S. 44f.

84) Vgl. ebenda und Schmidt, E., Die verhinderte Neuordnung, a.a.O., S. 38ff.

85) Vgl. Weiß-Hartmann, A., Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1946 - 1949, Marburg 1977, bes. S. 40- 111.

86) Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone, a.a.O., S. 44.

87) Ebenda, S. 47/48.

satzungsmäßig statuiert wurde, für den weiteren Aufbau maßgebend.⁸⁸⁾

Die drei verschiedenen Formen des Gewerkschaftsanschlusses von Lehrern, die sich vor ihrer Vereinheitlichung in der Säule 13 - Erziehung und Wissenschaft - des DGB, in verschiedenen Regionen herausbildeten, dokumentierten in ihren Differenzierungen die Unabgeschlossenheit des Organisationsprozesses innerhalb der allgemeinen Gewerkschaften und waren zugleich Ausdruck der Besonderheiten von Lehrerinteressen unter der Fragestellung, inwieweit das identifizierende Zentrum ihres gewerkschaftlichen Zusammenschlusses die eigene Berufstätigkeit und das traditionelle Selbstverständnis als Lehrer und Erzieher blieb.

Folgende Formen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses realisierten sich nach Kriegsende in Westdeutschland:

1. Am weitesten vom vereinsmäßigen Zusammenschluß des DLV entfernten sich diejenigen Lehrer, die sich in Baden und im Rheinland den entstehenden Gewerkschaftsbünden anschlossen. Während, wie sich aus der Darstellung

88) Zusammenfassend stellt sich die Organisationsstruktur folgendermaßen dar: "Ein Blick auf den Aufbau und die Zuständigkeitsbereiche der 16 DGB-Gewerkschaften zeigt, daß man auch heute keineswegs von der Verwirklichung eines einheitlichen Industrieverbandsprinzips sprechen kann. Vielmehr stellt man bei einer näheren Untersuchung zumindest die Existenz dreier solcher Prinzipien fest: des horizontalen, des vertikalen und des auf den Dienstgeber zugeschnittenen Organisationsprinzips. Hinzu tritt noch eine Art Berufsverbandsprinzip sowie eine 'prinzipienlose' Zusammenfassung verschiedenster, sonst nicht mehr unterzubringender Wirtschaftsbereiche im Organisationsbereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen". Sohn, K.-H., Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Köln 1964, S. 96.

der Haltung der Besatzungsmächte gegenüber den Lehrervereinigungen ergab, ein solcher Schritt in der französischen Zone noch stark durch deren Bestimmungen motiviert sein mochte, vollzogen die Lehrer des Rheinlandes ihren Anschluß offensichtlich freiwillig und selbstbestimmt. Sie wählten die Form der Einzelmitgliedschaft innerhalb der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, d. h. sie berzichteten einerseits auf einen vorherigen vereinsmäßigen Zusammenschluß und andererseits innerhalb der Gewerkschaft auf eine Anerkennung der Besonderheit ihres Berufes. Sie votierten somit für eine unterschiedslose Integration in die Sparte der Staatsbeschäftigten. Aus der Begründung für diesen rigorosen Schritt, die Paul Nelles - Düsseldorf und August Macke - Duisburg als die nicht gewählten, aber faktischen Vertreter dieser Gruppierung gaben, wird der enge Zusammenhang mit der Entwicklung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Rheinland ersichtlich "Im Westen liegt das Problem anders", führte Nelles auf der Koordinationsbesprechung der Lehrer der britischen Zone im Oktober 1946 aus, "dort stand sofort nach dem Zusammenbruch die Gewerkschaft als fester und fertiger Verband da. Die freien Gewerkschaften und christlichen und Hirsch-Dunckerschen hatten sich sofort zur Einheitsgewerkschaft gefunden. Auf der Bielefelder Zonenkonferenz kamen die Verhandlungen nach anfänglichem Stocken mit der Militärregierung zum Abschluß: Der Industrieverband wird das Gefüge des gewerkschaftlichen Aufbaues bestimmen".⁸⁹⁾ Der gewerkschaftliche Anschluß von Lehrern konnte auf dieser Basis

89) Protokoll. Tagung von Lehrern der britischen Zone in der Kanthochschule Braunschweig am 15. 10. 1946, S. 7/8, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

an die Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst vollzogen werden. Dieser Schritt bedeutete aber gleichzeitig, gemäß der Bielefelder EntschlieÙung, daß Sonderinteressen keinen Platz in der Gewerkschaft hatten.⁹⁰⁾ Er erforderte mithin eine Beschränkung auf diejenigen Interessen, die die Lehrerschaft mit anderen Beamtengruppen gemeinsam hatte. Als Sonderinteressen, die den vorgegebenen Rahmen sprengen mußten, erschienen den Vertretern dieses Konzepts die schulpolitischen Belange der Lehrerschaft. Konsequenter propagierten sie deshalb eine Zweiteilung in der Organisation von Lehrerinteressen: Vertretung der schulpolitischen Bestrebungen in Vereinen einerseits und: "Anschluß an die Gewerkschaft unter Abtrennung der schulpolitischen Bestrebungen"⁹¹⁾ andererseits.

In der Aufteilung selbst wurden deutliche Prioritäten auf den Anschluß an die Gewerkschaft gelegt; die vereinsmäßige, schulpolitische Organisation erschien zweitrangig. Nelles und Macke verstanden diesen Entschluß als Versuch der Integration der Lehrer in die "Arbeitnehmerschaft" gegenüber der Betonung der besonderen Interessen. "Die Lehrerschaft muß sich darüber klar sein, daß sie trotz des Beamtencharakters Arbeitnehmer ist. Gewiß ist die Arbeit des Lehrers eine besondere; das trennt uns aber nicht von den anderen".⁹²⁾ Deutlich zeigten sich in Nel-

90) Wörtlich heißt es in der EntschlieÙung: "Arbeiter, Angestellte und Beamte organisatorisch zu vereinigen ist das Gebot der Stunde. Jede Abseitigkeit ist, weil das gemeinsame Interesse schädigend, zu verwerfen. Schicksalsgemeinschaft schließt die Verfolgung von Sonderinteressen aus". Die Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone, a.a.O., S. 48.

91) Protokoll vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 8.

92) Ebenda,

les Ausführungen auch die an den DGB geknüpften Nachkriegshoffnungen: "Wir sind davon überzeugt, daß die Gewerkschaft eines Tages den gesellschaftlichen Aufbau bestimmen wird und müssen uns fragen, ob wir uns von dem gewaltigen Strom der Bewegung ausschließen dürfen". 93)

Diesem Ziel zuliebe lehnten es die gewerkschaftlich organisierten Lehrer des Rheinlandes mit erstaunlicher Entschiedenheit ab, die konfessionell oder an eine bestimmte Schulart fixierten Lehrer mit Samthandschuhen anzufassen. Diese Lehrergruppen, so prophezeiten sie, würden "nicht mit dem Arbeiter zusammengehn, schon gar nicht, wenn er von anderer Weltanschauung ist. Hier gibt es keine Verständigungsmöglichkeit. Wenn der deutsche LV (Lehrerverband, R. M.) sich schulpolitisch ausrichtet und in sein Programm die Forderung einer Gemeinschaftsschule aufnimmt, so bedeutet das die Gegnerschaft der katholischen Lehrerschaft. Der katholische Lehrerverein, der katholische Lehrerinnenverein und der kommende evangelische Lehrerverein werden uns gegenüberstehen. ... Wir haben den Weg gewählt: Anschluß an die Gewerkschaft unter Abtrennung der schulpolitischen Bestrebungen". 94)

Gemessen an der ein Jahrhundert dauernden Tradition des DLV, der es unter peinlicher Beachtung seiner Sonderinteressen nie weiter als bis zum Anschluß an den DBB brachte, zeugte dieser Schritt von einer ungewöhnlichen Bereitschaft zum Traditionsbruch. In energischer Post-Faschismus-Rigorsität wurde hier mit ständischen Abgrenzungen gegenüber den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen, idealistischen Berufsvorstellungen und ideellen Überhöhungen des be-

93) Ebenda.

94) Ebenda.

ruflichen Selbstverständnisses Schluß gemacht. - Indes, die Diskrepanz zwischen dem Erbe und der neugewählten Form war zu groß: ganze 836 Lehrer im Rheinland ⁹⁵⁾ und 350 Lehrer Badens ⁹⁶⁾ schlossen sich bis 1948 auf dieser Basis der Gewerkschaft an.

Aber auch sie wurden bereits i. J. 1946 mit schulpolitischen Realitäten konfrontiert, die sie auf die reale Komplexität ihrer eigenen Interessen verwies. Die katholische Kirche, die bekanntermaßen ungeschoren den Zusammenbruch des Dritten Reiches überstanden hatte und entscheidenden Einfluß in der Entnazifizierung besaß, begann mit zunehmender Konsolidierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Westdeutschland, ihren Anspruch auf den Schulsektor geltend zu machen. Damit aber wurde das Prinzip der organisatorischen Trennung von schulpolitischen und gewerkschaftlichen Interessen der Lehrerschaft obsolet. Es erwies sich vielmehr, daß z. B. die Frage der Bekenntnisschule nicht nur unter schulpolitischen Prinzipien interessant war, sondern daß - ebenso wie in der Weimarer Republik und früher - Existenz oder Nicht-Existenz der Gemeinschaftsschule als verbindliche Schulform sehr verschiedene, aber nicht aufteilbare Interessen der Lehrerschaft tangierte: das unmittelbare Interesse am Arbeitsplatz, also die Gewißheit, daß jeder Lehrer an jeder Schule angestellt werden konnte ebenso wie das an weitergehendes politisch-soziales Engagement gebundene Interesse

95) ADLLV. Protokoll der Besprechung mit Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Hamburg, 7. 3. 1948, S. 2. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.,

96) Protokoll der vorbereitenden Sitzung für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) am 28. und 29. 12. 1948 in Ettlingen, S. 5. (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

an gleicher Ausbildung und Bildung für alle Schüler. 97)

Die Unsicherheit, die aus der von den Militärregierungen nicht zurückgewiesenen Einflußnahme der Kirchen auf das Schulwesen in der Lehrerschaft entstand, veranlaßte die hier behandelte Gruppierung zunächst zu Überlegungen, die eine totale Kehrtwendung von der gewerkschaftlichen zur vereinsmäßigen Lehrerorganisation beinhalteten "Es wird notwendig sein", verkündete Macke Ende 1946, "daß die Lehrer aus der Gewerkschaft austreten. ... Der Austritt wird ... nötig werden, da die Gewerkschaft den Kampf gegen die Kirche nicht führen kann". 98)

Derart in Entscheidungsnöten kam dieser Gruppe die Konstituierung des ADLLV als Säule 13 des DGB i. J. 1948 offensichtlich entgegen, denn sie trat sofort in Vereinigungsverhandlungen ein, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. Im Sommer 1948 konnte bei einer Bestandsaufnahme über die Haltung der vor der GEW gegründeten gewerk-

-
- 97) Der Konflikt zwischen Kirchen und Lehrerschaft, der ihre Professionalisierung im 19. Jahrhundert erschwert und ihren Zusammenschluß vorangetrieben hatte, brach nach 1945 in ähnlicher Schärfe wieder auf, weil sich an den grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen nichts verändert hatte. Bereits auf der VV des ADLLV der britischen Zone im Oktober 1947 nahm die Diskussion um die Bekenntnisschule und den Kampf mit der Kirche wieder Raum in Anspruch. Vgl. Protokoll der VV in Hamburg am 8.-10. Oktober 1947 in Hamburg, 208 S., S. 25-60; (ms), Archiv der GEW. - Vgl. auch: Klatt, E., Im Kampf um die Schule. DGB und GEW im weltanschaulichen Spannungsfeld, Essen 1954; Winkeler, R., Schulpolitik, a.a.O., S. 43ff.
- 98) Protokoll des vorbereitenden Ausschusses eines ADLLV der britischen Zone am 11. 12. 1946 in Detmold, S. 3, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

schaftlichen Lehrergruppen festgestellt werden: "Die Überführung der Kollegen in Nordrhein aus der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste" ist ohne Schwierigkeiten vollzogen. Da, wo eine Ortsgruppe des ADLLV bestand, sind die Lehrer aus der Gewerkschaft ihr einfach angegliedert, da, wo eine Ortsgruppe der Gewerkschaft bestand und kein ADLLV, sind die Kollegen des ADLLV ihr angegliedert und bilden nun die Ortsgruppe der Sparte 13 des DGB". 99)

2. Eine diametral entgegengesetzte Form des gewerkschaftlichen Anschlusses vereinbarte der "Lehrerverband Niedersachsen" (LVN) mit der niedersächsischen "Allgemeinen Gewerkschaft" (AGN), der er sich am 1. Juli 1946 offiziell anschloß.

Die AGN war, wie erwähnt, eine der wenigen streng einheitsgewerkschaftlichen Zentralverbände. In ihr bestanden somit zwar verschiedene, nach Industriebereichen gegliederte "Wirtschaftsgruppen", diese besaßen jedoch nicht den Status autonomer Industrieverbände in einem Dachverband und hatten auch keine Finanzautonomie. Jeder Eintretende war Direktmitglied beim Zentralverband und führte seine Beiträge an ihn. Ein bestimmter Prozentsatz der Beiträge wurde je nach den Zwecken der Wirtschaftsgruppen zurücküberwiesen.

Es war abzusehen, daß bei Anerkennung dieser Bedingungen sich nur ein verschwindend kleiner Teil der lediglich an vereinsmäßige Sonderorganisation gewöhnten Lehrerschaft

99) ADLLV in der britischen Zone. Protokoll der Besprechung mit dem DGB am 18. 7. 1948 in Hamburg, S. 1, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

zum gewerkschaftlichen Anschluß entschließen würde. Im Gegensatz zu der Gruppe um Nelles, der es prinzipiell um eine anti-ständische Organisationsform und weniger um einen sofortigen Anschluß einer größtmöglichen Lehrerschaft ging, suchte die Gruppe um August Lerch und Arthur Skowronski in Hannover nach einer Form, die sich nicht zu weit von den organisatorischen Traditionen der Lehrerbewegung entfernte und somit prinzipiell für eine möglichst große Zahl von Lehrern akzeptabel blieb. In den Verhandlungen, die die Gruppe in Hannover als Vorstand des LVN mit der AGN führte, handelte sie eine Reihe von Sonderrechten aus, die die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft faktisch außer Kraft setzten: der LVN hatte nach diesen Vereinbarungen eigene Finanzhoheit, seine Mitglieder traten in die Kreisverbände des LVN ein, waren also nicht Direktmitglieder der AGN und hatten das Recht, "die Aufgaben in der Volksbildung und dem Schulwesen und damit im Zusammenhang stehende Angelegenheiten des Lehrerstandes ... selbständig bis zur höheren Instanz" ¹⁰⁰⁾ zu vertreten. Resümierend stellte der Vorstand des LVN fest: "Damit hat die Allgemeine Gewerkschaft dem Lehrerstand unter Berücksichtigung seiner umfangreichen Aufgaben (im Schulwesen und der Volksbildung) eine Sonderstellung eingeräumt, die reibungslose Zusammenarbeit gewährleistet. Sie entspricht im wesentlichen der Regelung, die für die gewerkschaftlich organisierten Lehrerverbände im früheren Deutschen Beamtenbund galt; sichert aber die Einheit des Lehrerstandes in nur einer gewerkschaftlichen Organisation". ¹⁰¹⁾

100) Der Vorstand des LVN (in der Allgemeinen Gewerkschaft);
gez. August Lerch, Rundschreiben vom 25. 7. 1946, S. 1.
Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

101) Ebenda. (Hervorhebung im Text)

Die Traditionsgebundenheit des LVN an den DLV der Weimarer Zeit ¹⁰²⁾ wurde mit dieser Charakterisierung ebenso deutlich betont wie mit der Verabschiedung eines vorläufigen Schulprogramms ¹⁰³⁾ und einer Satzung, ¹⁰⁴⁾ die teilweise wörtlich vom DLV übernommen wurden; für den Kreisverband Hannover, von dem die Gründung des LVN in der AGN ausging, erklärte Lerch wörtlich: "Der Hannoversche LV betrachtet sich als Nachfolger des Provinzial-LV, Hannover, der als Verband dem DLV angehörte".¹⁰⁵⁾

Kann man sich so des Eindrucks nicht erwehren, daß die Lehrerschaft Niedersachsens ihren Gewerkschaftsanschluß quasi im Schlafe vollziehen sollte bzw. konnte, so sprechen auch Lerchs deutliche Affirmationen gegenüber der Vereinsfraktion in der britischen Zone, der selbst diese Form des Gewerkschaftsanschlusses anfänglich zu weit ging, dafür, daß die niedersächsische Gewerkschaftsgründung nicht als Alternative zum Lehrerverein begründet wurde. Lerchs Hinweis, daß "die Gründe zum Anschluß ... die Verhandlungen mit der britischen Besatzungsbehörde ... (gaben)", da sich "bei anfänglichem Widerspruch der Militärregierung ... die Aussicht auf Genehmigung (des Hannoverschen Lehrervereins, R. M.) als Mitglied der freien Gewerkschaft (eröffnete)", ¹⁰⁶⁾ erscheint vor diesem Hintergrund plausibel.

102) Die Charakterisierung des DLV als gewerkschaftlich organisierter Lehrerverband geht auf dessen Beschluß i. J. 1920 zurück, er arbeite "nach gewerkschaftlichen Grundsätzen". Vgl. Stöhr, W., Lehrerschaft und Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 184.

103) Vorläufiges Schulprogramm des LVN vom Dezember 1946, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

104) Vorläufige Satzung des LVN vom Dezember 1946, (ms), ebenda.

105) Protokoll vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 6.

106) Ebenda.

Im weiteren Verlauf der Konstituierung des ADLLV vermied Lerch peinlichst jede Konfrontation mit der Vereinsfraktion und unterschrieb sogar den Aufruf zur Gründung des Lehrervereins für die britische Zone, der, von Thiele verfaßt, an alle in Frage kommenden Gruppierungen verschickt wurde.¹⁰⁷⁾ Trotz seines defensiven Verhaltens gelang es nicht, die wesentlichen, zum Land Niedersachsen gehörenden Vereine in den LVN zu integrieren: der Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer und der Oldenburgische Lehrerverein blieben getrennt organisiert, behielten ihre Mitteilungsblätter bis zur ersten Ausgabe der Niedersächsischen Lehrerzeitung im November 1949 bei¹⁰⁸⁾ und bildeten mit dem LVN lediglich einen "kartellmäßigen Zusammenschluß".¹⁰⁹⁾

3. Einen dritten Weg gingen Teile der Lehrerschaft in der amerikanischen und französischen Zone, indem sie "Fachgruppen der Lehrer und Erzieher" in der "Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes" (GÖD) aufbauten.¹¹⁰⁾ Dieses Modell stellte eine reale Alternative zum ADLLV dar, da es inhaltlich auf relativ klaren Begründungen beruhte und organisatorisch soweit vorwärtsgetrieben wurde, daß es eine wirkungsvolle Konkurrenz gegenüber den Lehrervereinen darstellte. Während in Bayern, dem gewerkschafts-

107) ADLLV. Aufruf! Hamburg o. J. (1947).

108) NLZ, Nr. 1, November 1949.

109) Ebenda, S. 2; vgl. dazu auch: Lerch, A., Lehrer, Beamte, Gewerkschaften, in: ebenda, 4 (1952), Nr. 1, S. 3f.

110) Da die Materialien im Archiv der GEW in Frankfurt/M. hauptsächlich den Gründungsprozeß der GEW und ihres organisatorischen Vorläufers, ADLLV, dokumentieren, müßte diese wichtigste Gegen-Gruppierung auf anderem Wege genauer erforscht werden. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Protokolle der Verhandlungen zwischen GEW und GÖD-Gruppierungen, deren Zeitung "Die Lehrgewerkschaft" und die vom ADLLV-Hessen hrsg. Hessische Lehrerzeitung (HeLZ).

unfreundlichsten Land, nur 500 Lehrer und in Baden ca. 350 Lehrer ¹¹¹⁾ diese Form des gewerkschaftlichen Anschlusses vollzogen, ¹¹²⁾ lagen die Zahlen in Hessen bedeutend höher, da beispielsweise allein die Fachgruppe in Wiesbaden 202, ¹¹³⁾ die Fachgruppe im Kreis Ober-taunus 50 Mitglieder aufwies. ¹¹⁴⁾ Nachdem sich in Hessen bereits im November 1946 einzelne Kreisgruppen (Wetz-lar und Wiesbaden) gegründet hatten, konstituierte sich die Fachgruppe auf Landesebene am 15. 1. 1947 und zog die Gründung von Kreisverbänden im Ober- und Untertaunus, Friedberg und Offenbach nach sich.

Eindeutig scheint die Begrenzung auf Südhessen gewesen zu sein. Dabei korreliert die regionale Beschränkung auf den Süden mit dem Aufbau des ADLLV in Nordhessen: im Bezirk Wiesbaden z. B., wo sich die Fachgruppe sehr früh aufbaute, gab es erst i. J. 1948 einen ADLLV-Bezirksverband; ¹¹⁵⁾ in Kassel dagegen, wo keine GÖD-Gruppe existierte, bildete sich der ADLLV bereits i. J. 1947. ¹¹⁶⁾

Die GÖD-Fachgruppen richteten ihre Aktivitäten bis ins Jahr 1949 - also lange, nachdem sich der ADLLV zur GEW transformiert hatte - weniger auf die als "weltfremd" ¹¹⁷⁾ charakterisierten Lehrervereine, sondern arbeiteten einerseits an ihrer eigenen Konsolidierung, indem sie z. B. ab Dezember 1948 mit der "Lehrergewerkschaft" eine eigene

111) Protokoll der Geschäftsführersitzung des ADLLV am 27. 12. 1949, S. 1, (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokoll des GA.

112) Vgl. Die Schleswig-Holsteinische Schule 3 (1949), Nr. 1, S. 8.

113) Die Lehrergewerkschaft, Nr. 1, Dezember 1948, S. 8.

114) Ebenda, Nr. 2, Januar 1949, S. 16.

115) HeLZ 2 (1950), Nr. 17, S. 222.

116) Ebenda.

117) Die Lehrergewerkschaft, Nr. 3/4, Februar/März 1949, S. 2.

- die einzige nicht-ADLLV-gebundene der Nachkriegszeit - Zeitung herausgaben und andererseits sich konsequent auf die Integration in die GÖD konzentrierten. Im Zusammenhang mit der trizonalen Vereinigung der GÖD schlossen sich am 12. Februar 1949 die Fachgruppen Hessens, Bayerns und Württemberg-Badens in Frankfurt/Main in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die eine "Hauptfachgruppe Lehrer und Erzieher" in der GÖD beantragte. Die Zeitung wurde von nun an auch an die außerhessischen Fachgruppen verschickt, war also 'Bundesverbandsorgan'. 118)

Vom organisatorischen Konzept her unterschied sich diese Form der Lehrerergewerkschaft in doppelter Weise von den oben beschriebenen: mit der Position von Nelles - Rheinland hatte sie den Anschluß an die GÖD gemeinsam, divergierte jedoch durch die Bildung einer für die Berufsgruppen im Erziehungssektor reservierten Fachgruppe; mit der Position von Lerch - Niedersachsen ging sie in der besonderen Zusammenfassung der Lehrer und Erzieher zusammen, bestand jedoch auf deren Integration in den größeren Zusammenhang mit anderen Staatsangestellten.

In diesem letzten Punkt lag die gegenüber den ihre Besonderung betonenden Vereinsgründungen fortschrittliche Alternative, die klar und selbstbewußt herausgestellt wurde:

"Die Fachgruppen Lehrer und Erzieher haben seit ihrem Bestehen im engsten Anschluß an die Gewerkschaft und in Einzelmitgliedschaft bei ihr gemeinsam mit allen übrigen Beamtenparten die beamtenrechtlichen Fragen vertreten, in deren Beamtenrechtsausschüssen aktiv mitgearbeitet

118) Ebenda, S. 1.

und die Gewerkschaft geistig mitgeformt. Die Lehrer und Erzieher wollen auch in Zukunft an dieser Einstellung festhalten, um nicht durch Absonderung von der übrigen Beamtenschaft die Gründung weiterer selbständiger, von der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" losgelöster Spartenorganisationen zu fördern und damit die Geschlossenheit und Stoßkraft des Berufsbeamtentums in einer Zeit weittragender Entscheidungen zu gefährden". 119)

Lag die Plausibilität in diesen und ähnlichen Äußerungen eher beim Kriterium der Effektivität der großen Zahl, so klang in anderen Begründungen ein gewerkschaftliches Engagement an, das die Funktion der Erziehung und die Interessen der Erzieher auf die Lohnabhängigen insgesamt beziehen wollte:

"Da die Berufstätigkeit des Lehrers und Erziehers nicht nur in einer didaktischen, sondern auch in einer pädagogischen Führung sich bewähren muß, sehen wir in der Hinführung zur öffentlich-rechtlichen Institution der Gewerkschaft als der Vertretung der geistig und manuell Schaffenden eine pädagogisch gradlinige Weiterführung unserer Schüler von heute, welche die gewerkschaftlich Organisierten von morgen sind und in den Industriegewerkschaften der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe der Freien Berufe, Banken und Versicherungen, Handel und verwandte Gewerbe, Druck und Papier, Forst und Landwirtschaft, Chemie, Glas und Keramik, Post und Fernmeldewesen, Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen, Nahrungs-, Genußmittel-Gaststättengewerbe, Bekleidungs-, Textil- und Ledergerwerbe, Baugewerksbund, Bergbau, Holz und Metall eine be-

119) Ebenda.

ruftlich-wirtschaftliche, soziale und geistige Interessenvertretung finden". 120)

"Was wir zu verwirklichen suchen", resümierte der Schriftleiter der "Lehrergewerkschaft", "ist die Synthese der Forderung des alten Wander: Einheitliche Lehrerorganisation und der Forderung unserer Zeit: Zusammenschluß aller produktiv Schaffenden in der Organisation der Schaffenden, der Gewerkschaft". 121) Die Abgrenzung gegenüber den Lehrervereinen fand in diesem Punkt ihre Identität: "Ohne Überheblichkeit können wir wohl von uns, die wir uns mit den Gewerkschaften verbunden haben und der großen Gemeinschaft der Arbeitnehmer zustreben, ohne Vorbehalt oder Einschränkung sagen, daß wir der geschichtlichen Notwendigkeit gefolgt sind. Das, und n u r das, unterscheidet uns von den Kollegen im Verein". 122)

Aus diesem entschiedenen gewerkschaftlichen Engagement der GÖD-Fachgruppe resultierte eine schwerwiegende Diskrepanz zwischen ihr und dem ADLLV in der Frage der Form des Anschlusses an den Gewerkschaftsbund. Während der ADLLV um seinen korporativen Anschluß an den DGB verhandelte und damit um der Quantität der zukünftigen Mitglieder willen das einzelne Mitglied von der individuellen Entscheidung für oder gegen den Gewerkschaftsbeitritt zu suspendieren suchte, bestand die Fachgruppe auf der Entscheidungsfähigkeit des Einzelmitglieds: "Es entspricht gewerkschaftlicher und wahrhaft demokratischer Auffassung", kommentierte die Lehrergewerkschaft die For-

120) Ebenda, Nr. 1, Dezember 1948, S. 6.

121) Ebenda, S. 7.

122) Ebenda, S. 2. (Hervorhebung im Text, R. M.)

derung des korporativen Anschlusses von seiten des ADLLV, "daß in Wahrung der menschlichen Freiheit sich auch jeder selbst entschließen muß, einer Berufsorganisation beizutreten. Es würde dem Geiste der neuen Demokratie und den Zielen der neuen Volkserziehung widersprechen, wenn irgend jemand kollektiv in eine Organisation gebracht würde. Es soll niemand mehr in seinem Gewissen belastet werden und in eine Gewerkschaft gezwungen werden, in die er aus eigenem Entschluß nicht eintreten würde. Die kollektive Gleichschaltung in der Nazizeit sollte dafür genügend Lehren gegeben haben". 123)

Es gelang der Fachgruppe weder, den ADLLV zu diesem Schritt zu überzeugen, noch den DGB auf diese Form der Lehrgewerkschaft zu verpflichten. Im Zuge der Entwicklung des DGB und des zähen Festhaltens der ADLLV an seinen Sonderbedingungen, die beide als Ausdruck der Verfestigung der politischen und sozialen Situation der Bundesrepublik gesehen werden müssen, entschlossen sich die GÖD-Gruppen nur schweren Herzens zum Übertritt in die GEW. 124)

Abschließend läßt sich fragen, ob die Propagierung des Gewerkschaftsanschlusses unmittelbar nach Kriegsende realistisch war, oder ob dieser Schritt - wie Ludwig Schweiger, der Vertreter der Gewerkschaftsposition in München, selbst warnte - zu einem "romantischen Unternehmen" 125) geraten mußte.

123) Ebenda, Nr. 6/7/8, Juni/Juli 1949, S. 33.

124) Vgl. dazu Kap. 4.2.

125) AFMB, Organisationsausschuß, Fachgruppe 9, Untergruppe Erzieher. Rundbrief von Ludwig Schweiger an die Schulleitungen in Bayern vom 13. 10. 1945, Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

Die - außer in Hessen - geringen Mitgliederzahlen und die beschriebenen Bewußtseinsstrukturen deuten darauf hin, daß die Lehrerschaft der Westzonen zu einem kollektiven Traditionsbruch nicht fähig war. Es hieße jedoch, die schlechte Empirie verdoppeln, wenn die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation von Lehrern mit dem Hinweis auf die faktischen Mentalitätsstrukturen ad acta gelegt würde, die zu überwinden ja gerade Ziel der neuen Organisationsform war.

Zu fragen ist allerdings nach anderen subjektiven und objektiven Bedingungen, die die Entscheidung für den Gewerkschaftsanschluß hätten forcieren können: eine eindeutige Haltung der Militärregierungen, umfassende Entnazifizierungsmaßnahmen und die Heranbildung von demokratischen Neulehrern einerseits, eine gründliche Kritik an Geschichte und Politik des DLV, entschlossenes Vorantreiben der gewerkschaftlichen Position und Aufhebung der Isolation zwischen den verschiedenen örtlichen Ansätzen andererseits, wären als Bedingungen notwendig und denkbar gewesen, unter denen größere Teile der Lehrerschaft sich in bewußter Alternative zum vereinsmäßigen für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß entschieden hätten.

Daß eine fundierte Kritik an der Tradition des DLV sowie als Konsequenz der Schritt zur einheitlichen Gewerkschaft aller Lehrer unter allgemeinen politischen Bedingungen möglich waren, die diesen Tendenzen in der Lehrerschaft entgegenkamen, zeigte sich - bei allen Widersprüchen - ¹²⁶⁾ an der Lehrerergewerkschaft im FDGB-Berlin. Deren Zeitung formu-

126) s. dazu: Kap. 4.3, S. 184f. Fußnote 74.

lierte eindeutig:

"Der Begriff 'Verband' lenkt das Bewußtsein unserer Kollegen und Kolleginnen in jene Zeit zurück, in der der Deutsche Lehrerverein als organisatorische Zusammenfassung der Erzieher versuchte, wirtschaftlich, sozial und erzieherisch die Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder wahrzunehmen. Niemand wird das Verdienst um die Entwicklung eines hohen beruflich-sittlichen Niveaus innerhalb der Lehrerschaft schmälern können, das sich der DLV in jahrzehntelanger Arbeit erworben hat. Es fehlte jedoch die lebendige Verbindung des Verbandes zur Umwelt, zur gesellschaftlichen Situation. War schon der Lehrer durchschnittlich gesehen ein Einzelgänger, so war es der Verband unter anderen Verbänden. Berufs- und Standesinteressen, losgelöst vom Gesamtgeschehen, trübten den Blick für die reale Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte. 1933 stand nicht nur der Einzelllehrer, sondern auch seine Organisation den Ereignissen fassungslos gegenüber. Er wie seine Organisation erkannten so wenig die Tragweite des politischen Geschehens, daß die Lehrerschaft bis zu einem hohen Grade Diener und Helfer des verbrecherischsten politischen Systems wurde, das die Geschichte je hervorgebracht hatte. Es sei nur auf den hohen prozentualen Anteil der Lehrer an der nazistischen Führungsschicht hingewiesen".¹²⁷⁾

Auf die Gründe, warum eine ähnlich fortschrittliche Entwicklung in den Westzonen nicht möglich war, ist mehrfach hingewiesen worden. Gerade angesichts des allgemeinen politischen Klimas, das einer einheitlichen gewerkschaftlichen

127) Der neue Erzieher. Mitteilungsblatt der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB-Groß-Berlin 2 (1949), Nr. 6, S. 25.

Organisierung der Lehrer, wie sie von den GÖD-Fachgruppen propagiert wurde, entgegenwirkte, ist es jedoch wichtig, deren Geschichte und Intentionen positiv von der Vereinskfraktion abzuheben.

Die sich von Anfang an in den Gewerkschaftsbünden organisierenden Lehrergruppen waren als einzige in der Lage, mit der Tradition der 'Standesgeschichte' der Lehrerschaft und der daraus resultierenden organisatorischen Borniertheit zu brechen. Unabhängig vom Kriterium ihrer zahlenmäßigen Stärke und strategischen Durchsetzungskraft bleibt dieser Traditionsbruch von seiten der gewerkschaftlichen Gruppen zu würdigen. ¹²⁸⁾

128) In der Geschichtsschreibung der GEW selbst wurden die GÖD-Fachgruppen lange unterschlagen. Erst im Nachruf auf Bernhard Plewe i. J. 1976 wurden sie von dem ehemaligen Schriftleiter der ADLZ, H. Bungardt, als integraler Bestandteil der Gründungsphase der GEW erwähnt: "Wenn vom Wiederaufbau der Lehrerorganisation die Rede ist, denkt man vor allem an die Entwicklung in der ehemals britischen Zone ... Aber auch der Süden hat seinen Beitrag geleistet, der ohne Umwege (!) in die Gewerkschaftsbewegung hineinführte: die Fachgruppe der Lehrer und Erzieher des hessischen Gewerkschaftsbundes und der amerikanischen und französischen Zone". Bungardt, H., Zum Tode B. Plewes, 1. Vorsitzender der GEW von 1952 bis 1958. In: Erziehung und Wissenschaft, hrsg. von der GEW im DGB, Nr. 10/1976, S. 12.

4. Kapitel: Der Konstituierungsprozeß zur Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947 - 1950.

4.1 Erst Verein - dann Gewerkschaft: der Zusammen-
schluß zum ADLLV (britische Zone).

Aufgrund der wohlwollenden Haltung der britischen Besatzungs-
macht einerseits und besonders günstiger personeller Be-
dingungen andererseits war die Konstituierung und Konsoli-
dierung der Organisationsansätze auf Vereinsbasis in der
britischen Zone am weitesten fortgeschritten. Die Koordi-
nation zwischen den lokalen Gruppen wurde hier - anfangs
lose, dann jedoch zielstrebig - bereits zu einem Zeitpunkt
in Angriff genommen, in dem in anderen Regionen der West-
zonen sich die Lehrerschaft noch nicht einmal lokal zusam-
menfand.

Ohne die Rolle einer Einzelperson verabsolutieren zu wollen,
war in diesem historischen Prozeß die Tätigkeit Fritz Thie-
les sowohl für die systematische Herstellung von Kontakten
als auch bezüglich der dabei verfolgten Zielsetzung von
wesentlicher Bedeutung. In seiner Person sahen etliche Ve-
teranen des DLV ihre eigenen Erfahrungen von vor 1933 reprä-
sentiert, so daß seine Aktivitäten anfangs entscheidend die
Richtung des zonalen Zusammenschlusses mit den entsprechen-
den Auswirkungen auf die Verbände anderer Zonen bestimmen
konnte.

Fritz Thiele war während der Weimarer Republik Vorsitzender
des Stettiner und Pommerschen Lehrervereins, sowie bis 1930
Geschäftsführer des DLV und Vorstandsmitglied des Preußi-
schen Lehrervereins gewesen. Als SPD-Mitglied war er i. J.
1933 aus dem Schuldienst entlassen worden und hatte bis zur
Kinderlandverschickung in die Tschechoslowakei im Kriege an

der privaten Berthold-Otto-Schule in Berlin unterrichtet. Nach 1945 wurde er Schulrat und Rektor der Volksschule in Celle. ¹⁾

In dieser Biographie lagen mehrere Voraussetzungen, die ihn als Identifikationsfigur für diejenigen Lehrergruppen prädestinierten, die die Tradition des DLV fortsetzen wollten: Thiele galt als aufrechter Demokrat, verstand sich, was er in seinen Korrespondenzen häufig betonte, als Antifaschist und genoß das Vertrauen der britischen Militärregierung. Im Jahre 1946 60 Jahre alt, war er im Vergleich zur Mehrzahl der DLV-Führer relativ jung, jedoch durch die zahlreichen Funktionärsposten weithin bekannt und besaß dadurch weitreichende Informationen über Geschichte und Mitglieder des DLV. Folgerichtig unterlagen seine emsigen mündlichen und schriftlichen Koordinierungsbemühungen ²⁾ einer eindeutigen Selektion: er korrespondierte fast ausschließlich mit ehemaligen Mitgliedern des DLV und bemühte sich wenig um Kontaktaufnahme mit Vertretern der Gewerkschaftsposition. Er hatte z. B. zunächst keinen Kontakt zu Lerch, der 20 Kilometer entfernt in Hannover den Gewerkschaftsanschluß organisierte, betrieb vielmehr die Gründung eines Lehrervereins in Lüneburg, den er ausdrücklich als Konkurrenzunternehmen zu den "Gewerkschaftsnestern" ³⁾ verstand und integrierte dementsprechend den

1) Vgl. ADLZ 1 (1949), Nr. 16, S. 164.

2) Thiele korrespondierte in der Zeit von 1945 - 1947 mit insgesamt 60 früheren Mitgliedern des DLV, suchte mindestens 10 von ihnen persönlich auf und wurde in kurzer Zeit zur Anlaufstelle für Suchanzeigen, Mitteilungen und Meinungsaustausch innerhalb dieser Gruppierung. - Diese umfängliche Korrespondenz von ca. 300 Briefen, die einen guten Überblick über die Stimmungslage in der Lehrerschaft der Nachkriegszeit gibt, befindet sich in dem mehrfach erwähnten Ordner: "Vor Detmold" im Archiv der GEW in Frankfurt/Main.

3) F. Thiele an G. Fink vom 2. 12. 1946 (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

Kreisverband Lüneburg nicht in den Landesverband Niedersachsen in der Allgemeinen Gewerkschaft. 4)

Dies alles - und darin war er repräsentativ für fast alle ehemaligen Mitglieder des DLV, die den regionalen Aufbau neuer Lehrervereinigungen bestimmten - war jedoch nur Ausdruck seines mit erstaunlich zäher Energie verfolgten Ziels der Wiedererrichtung des von ihm so apostrophierten "guten, alten, soliden und anständigen Vereins". 5) 6)

Für die Realisierung dieses Ziels war ihm die Zusammenarbeit mit den Veteranen des DLV die bessere Garantie, was sich in vielen brieflichen Rückantworten bestätigte. Die Aufgabe der "alten Führer" sah er darin, "Brücke über ein Dutzend lärmvoller und inhaltleerer Jahre (zu) sein, ...

4) F. Thiele an Schulrat Valentin vom 24. 8. 1946 (ms), ebenda.

5) F. Thiele an E. Meier vom 16. 12. 1946 (ms), ebenda.

6) In das Interesse an der Wiedererrichtung des DLV ging neben der inhaltlich begründeten Motivation auch eine wichtige materielle Überlegung ein: nur wenn die nach 1945 gegründete Lehrerorganisation als Nachfolgeorganisation des DLV vor 1933 anerkannt wurde, konnte sie juristisch begründeten Anspruch auf das vom NSLB konfiszierte ehemalige Vermögen des DLV erheben. Aus den Archivmaterialien geht hervor, daß Thiele in dieser Angelegenheit bereits im Herbst 1945 Kontakt mit dem ehemaligen Leiter der Abteilung Wirtschaft und Recht des NSLB, J. Diekmann, in Bayreuth aufnahm. Das Ergebnis dieser Besprechung war der ausführliche Bericht über die Vermögenswerte des DLV bzw. des NSLB von Diekmann, J., Das Erbe des DLV, a.a.O. Nach dieser Zusammenstellung belief sich das Gesamtvermögen des NSLB auf 40 Mio. RM (ebenda, S. 3). Im September 1949 gründete die GEW eine "Vermögens- und Treuhandgesellschaft" in Bayreuth, der es gelang, den Besitz des DLV nach und nach zurückzuerhalten. Die einzelnen Landesverbände des ADLLV bzw. der GEW verfahren ähnlich. Vgl. dazu Geschäftsberichte der AGDL 1949/50ff., Abschnitt: Vermögensverwaltung.

über die wir die Gediegenheit und die Sauberkeit des alten Deutschen Lehrervereins hinüberbringen wollen zu neuen Ufern. 7)

Als im August 1946 die britische Militärregierung die Bildung von Lehrervereinigungen auf allen Ebenen gestattete und damit die Aussicht bestand, bald zu einer mindestens zonalen Organisation zu kommen, wurden die informellen Kontakte systematisch koordiniert. Das Ergebnis waren fünf halboffizielle Tagungen von Lehrern der britischen Zone i. J. 1946, die sich bald als Vorbereitungskonferenzen für die offizielle Gründung des ADLV verstanden. 8)

In den Tagungsdiskussionen, an denen insgesamt 32 Vertreter aus Bremen, Braunschweig, Detmold, Duisburg, Hamburg und Hannover⁹⁾ teilnahmen, ging außer Nelles, Macke und anfangs auch Lerch keiner der Anwesenden von einem sofortigen Gewerkschaftsanschluß aus. Vielmehr wurden im wesentlichen die Bedenken geteilt, die Thiele bereits vorher geäußert und auf der Tagung am 15. 10. 1946 in einem Referat zusammenfaßte.

Das Mißtrauen der Lehrer der britischen Zone resultierte aus einer - für alle Lehrervereine bis ins Jahr 1950 hinein - typischen Mischung aus einerseits durchaus ernstzunehmenden, inhaltlichen Fragen, die bei einem Gewerkschaftsanschluß zur Debatte standen und andererseits anti-gewerkschaftlichen Dünkeln, Übervorteilungsängsten und explizit antikommunistischen Ressentiments, die besonders Thiele innerhalb des Verbandes unverblümt formulierte und zugunsten der vereinsmäßigen Organisierung argumentativ-politisch benutzte.

7) Rundbrief von F. Thiele vom 24. 11. 1945. Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

8) Ebenda, Protokolle der Tagungen: 29. 9. 1946 in Celle, 15. 10. 1946 in Braunschweig, 27. 10. 1946 in Hannover, 24. 11. 1946 in Hannover, 11. 12. 1946 in Detmold.

9) Protokoll ... vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 1.

Grundsätzlichen Argwohn löste bei den DLVLern der Beschluß der Bielefelder Gewerkschaftskonferenz vom August 1946 aus, das Industriegewerkschaftsprinzip zur Grundlage des Organisationsaufbaus zu nehmen. ¹⁰⁾ Mißtrauisch wurde gergöhnt, daß die Gewerkschaften nichts anderes im Sinn haben könnten, als den Lehrern "fremde Vorstände" innerhalb einer Sparte - sprich: Beamtengewerkschaft - vor die Nase zu setzen und ihre Autonomie zu beeinträchtigen. ¹¹⁾

In der durchaus klärungsbedürftigen Frage, inwieweit eine Lehrerergewerkschaft Schulpolitik betreiben könne, hatte es ebenso wie in anderen Fragen den Anschein, als sollten Zweifel eher bestärkt, denn abgebaut werden, wenn Thiele ausführte: "Selbst wenn uns die Gewerkschaften hierin freie Hand ließen und das sogar satzungsmäßig dokumentierten, bleiben immer noch Bedenken bestehen". ¹²⁾ Auf diese Tendenz, jenseits konkreter Bedenken prinzipielle Abwehr zu bestärken, verwies auch die Widersprüchlichkeit in den Ausführungen, daß einerseits bezweifelt wurde, die Gewerkschaften seien "wirklich parteipolitisch neutral" ¹³⁾ und ihnen andererseits unterstellt wurde, aufgrund ihrer absoluten Neutralität könnten sie nichts anderes als wirtschaftliche Interessen vertreten, ¹⁴⁾ also keinen Schulkampf zulassen, geschweige denn selbst führen.

10) Thiele an Valentin vom 24. 8. 1946 (ms), Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold. "Es scheint mir so, als wollte der Bericht über den Gewerkschaftskongreß ... meinen Befürchtungen recht geben, der Kongreß lehnt die Berufsgruppen ab und entscheidet sich für das Industrieverbandsprinzip".

11) So im Protokoll vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 5; Rundbrief von Thiele vom 27. 7. 1946, a.a.O.; HeLZ 2 (1949), Nr. 15, S. 126.

12) Protokoll vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 5. (Hervorhebung, R. M.).

13) HeLZ 2 (1949), Nr. 15, S. 126.

14) HeLZ 1 (1948), Nr. 12/13, S. 74.

Hinter diesen Argumenten stand, wenngleich selten offen ausgesprochen, die Angst vor einem Gewerkschaftsbund, der die organisatorische Zusammenfassung der realen, in den Jahren 1946/47 gegenüber einem späteren Zeitpunkt noch wesentlich aktiveren Arbeiterbewegung wäre.

In diese Zeit fielen die Aktionen der Arbeiterklasse zur Entnazifizierung der Betriebe und der Vertreibung ihrer Besitzer, die Konstituierung von Volkskomitees, die Verfassungskämpfe in Hessen, die Massenaktionen zur Entflechtung der Schlüsselindustrie und wenig später der Hungerstreiks. ¹⁵⁾

Die Mehrheit der Lehrer, die demgegenüber einerseits mit Lethargie geschlagen war und andererseits, wenn sie aktiv wurde, hauptsächlich gegen eine erfolgreiche Entnazifizierung ihres 'Standes' anging, mußte in der frühen gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das materialisierte Schreckgespenst des politischen Linksradikalismus erblicken.

Die Äußerung von Thiele: "Es ist nicht nur gefühlsmäßiges Bedenken, daß man sich der politischen Linken verschreibt, wenn man sich der Gewerkschaft anschließt", ¹⁶⁾ sprach dafür ebenso wie seine Orakel, daß in den Gewerkschaften

15) Zur Literatur vgl. S.131, Fußnote 82); außerdem: Mannschatz, G. und J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, o. O., o. J. (Berlin (O) 1962); Fichter, T., Betriebspolitik der KPD nach 1945: am Beispiel der Firma Bosch, Berlin 1974.

16) Bericht Thieles über die VV des ADLLV in Hamburg im Dezember 1947. In: Archiv der GEW, Ordner: Interzonenkonferenz und Vertreterversammlungen.

die Sympathien gegenüber den Lehrern in Antipathien umschlagen würden, "vor allem dann, wenn einmal die Gewerkschaften der westlichen Zonen mit denen der russischen Zone sich zusammenschließen". 17)

Gegenüber diesen prinzipiell antigewerkschaftlichen Ressentiments wurde in den Koordinierungsgesprächen eine differenziertere Position von Rodenstein und teilweise auch von Traeger vertreten, die den sofortigen Anschluß an die Gewerkschaften mit dem 'Argument der Zahl' ablehnten: "Es handelt sich nicht um ein Für oder Wider, sondern um das Problem, ob erst der Gesamtverband zu gründen sei und dann die Anschlußfrage entschieden werden müsse oder ob umgekehrt verfahren werden müsse. Er (d. i. Rodenstein, R. M.) bekennt sich selbst zur Gewerkschaft. Wenn es aber jetzt gelungen ist, 80 % der Lehrer an höheren Schulen (in Braunschweig, R. M.) im Gesamtverband aufzunehmen, so wäre das bestimmt unmöglich gewesen, wenn die Verhandlungen mit der Frage des gewerkschaftlichen Anschlusses belastet gewesen wären". 18) Die Schlagkräftigkeit dieses Arguments bezüglich der Philologen sei dahingestellt - in der Folgezeit zeigte sich, daß sich die Gymnasiallehrer auch gegenüber dem ADLLV reserviert verhielten - es blieb zumindest ein Einwand, der auf große Kreise der Funktionäre des DLV zutraf.

Die anwesenden Vertreter einigten sich schließlich auf den von Traeger formulierten Verlaufsplan: "1. Allgemeiner deutscher Lehrerverband, dann 2. Machteinsatz und Anschluß an die Gewerkschaft". 19) Was unter Machteinsatz zu verstehen war, hatte sich in den Diskussionen abgezeichnet: in Ver-

17) Thiele an Valentin vom 24. 8. 1956, a.a.O.

18) Protokoll ... vom 15. 10. 1946, a.a.O., S. 4.

19) Ebenda, S. 8.

handlungen mit dem DGB würde der ADLLV das Gewicht seiner Mitglieder einsetzen, um für eine 'Sondergewerkschaft' nach dem Berufsverbandsprinzip die Privilegien abzusichern, ohne die eine antigewerkschaftlich eingestellte Lehrerschaft den Anschluß an die Gewerkschaft nicht vollziehen würde. - Die folgenden Konferenzen regelten nurmehr Technisches; sie setzten den Verlauf der Tagung fest, regelten den Vertreterschlüssel, verabschiedeten eine vorläufige Satzung und einen zweiseitigen Aufruf, der in einer Auflage von 10 000 durch die bestehenden Verbände verteilt wurde. ²⁰⁾

Dieser von Thiele verfaßte Aufruf fiel allerdings hinter alle diskutierten Problematisierungen zurück. Mit keinem Wort wurde die Möglichkeit eines Gewerkschaftsanschlusses erwähnt, ebensowenig die Tatsache, daß sich mehrere tausend Lehrer bereits in regionalen Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Im Vokabular der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, voller Reminiszenzen an das 'pädagogische Gewissen' der Lehrerschaft, forderte er zur Teilnahme an der Detmolder Gründungsversammlung des ADLLV am 9./10. Januar 1947 auf:

"Wir wollen deshalb die Tradition unserer alten Verbände wieder aufnehmen, wollen die Grundsätze, auf denen unsere Bildungsarbeit ruhen soll, vor allem ableiten aus den gesicherten Ergebnissen seelenkundlicher Forschung. Wir wollen nicht ablassen, in der Nachfolge Altmeisters Pestalozzi die Ziele der Erziehung zu bestimmen aus der Natur des Kindes und den in ihr liegenden Anlagen. Wir wollen in logischer Folgerung daraus das Kind führen zur Selbsttätigkeit und Selbständigkeit, wobei der letzte Zweck der Bildungsarbeit erfüllt ist, wenn das Kind und der spätere Erwachsene zur

20) Traeger an Thiele vom 11. 11. 1946, Archiv der GEW, Ordner: Vor Detmold.

Verantwortlichkeit vor dem eigenen Gewissen erzogen worden ist, letzten Entscheidungen nicht auszuweichen.

Daraus entspringt die Verpflichtung, die Jugend zu erziehen zur Menschlichkeit und Friedensliebe, zur Duldsamkeit und Gerechtigkeit. Das wird nur möglich sein, wenn bei der Führung der Kräfte, die letztlich Sinn und Geist, Gehalt und Form, Richtung und Tempo der Bildungsarbeit bestimmen, die berufsmäßigen Erzieher als die für sie Vorgebildeten und in ihr Erfahrenen in erster Linie beteiligt werden und ihnen die Sicherheit gewährt wird, ihren Unterricht ohne Einschränkung gemäß ihrer pädagogischen Überzeugung und den Ergebnissen der Wissenschaft erteilen zu können. Aufgabe der Organisationen der Lehrerschaft ist es, sich einzuschalten, ihre Stimme zu erheben, selbst Hand anzulegen, ihre Vorschläge zu machen in Wort und Schrift und auch ihre Kritik geltend zu machen. Unter Umständen muß sogar einmal in dem gegebenen Rahmen zum Kampf geschritten werden, wenn die Lehrer der Überzeugung sind, daß die Bildungsarbeit nicht in dem gekennzeichneten Sinne der Jugendgemäßheit verlaufen kann. Die Stimme eines Einzelnen verhallt ungehört, wenn sie nicht getragen wird von der Gesamtheit der Träger der gleichen Idee. Folgen wir deshalb Friedrich Wilhelm Wanders Losung: Wir treiben ein Werk, lasset es uns in Einheit treiben, damit es gedeihe! Ein Werk treiben, ausgerüstet mit der Stoßkraft von Zehntausenden!" 21)

Die Tagung selbst verließ den gesetzten Rahmen nicht, sie verlief einstimmig, feierlich und problemlos. Im Anschluß an vier Festvorträge, die 1 1/2 Tage beanspruchten, wurde ein 19köpfiger Vorstand gewählt, der neben dem 1., 2. und 3. Vorsitzenden - Traeger, Rodenstein und Anna Mosolf - je

21) Allgemeiner Deutscher Lehrerverband. Aufruf! Hamburg 1947, S. 1.

einen Vertreter für die einzelnen Landesverbände und für die in der Satzung vorgesehenen Schulgruppen umfaßte. Stimmung, Festvorträge, Satzung und organisatorischer Aufbau machten ihn zum Abbild des DLV der Weimarer Republik. - Ein Unterschied allerdings bestand: Die Gründungsversammlung setzte einen Ausschuß ein, der in Verhandlungen mit den Gewerkschaften treten sollte. ²²⁾

4.2 Die Gewerkschaftsfrage im ADLLV: die Anschlußverhandlungen mit dem DGB.

Im Beschluß der Gründungsversammlung des ADLLV, mit den Gewerkschaften in Anschlußverhandlungen zu treten, drückte sich die Kehrseite antigewerkschaftlicher Ressentiments aus: hatten diese ihre aktuelle Zuspitzung unter dem Eindruck einer kämpferischen gewerkschaftlichen Bewegung erfahren, so übte auf der anderen Seite gerade die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften, die in den Aktionen der Jahre 1945/47 aufblitzte, ihre Faszination auf die Lehrerschaft aus. Die "Riesenorganisation" repräsentierte in ihren Augen gesellschaftliche und politische Macht. "Die imposante Mitgliederzahl - 5 Millionen - die zielbewußte Leitung, die Entschlossenheit der Mitglieder, das Bewußtsein der Solidaritätspflicht, die Achtung, die der DGB heute bei Behörden, Parlamenten und politischen Parteien genießt: all das beweist die starke Stoßkraft, die der DGB heute entwickelt," ²³⁾ so plädierte Thiele i. J. 1950 für den Anschluß des letzten, der GEW noch nicht beigetretenen Lehrervereins in der Pfalz.

22) Vgl. ADLLV. Rundbrief Nr. 1/1947 an die Vorstände der Landesverbände; ebenfalls: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde, Nr. 11/1947.

23) Thiele, F., Die Lehrerschaft in der Gewerkschaft. Celle o. J. (1950), S. 5.

Was sich hier auch sprachlich deutlich als Affinität zu einer dem DGB unterstellten Macht- und Stärkeposition zeigte, fand seine Begründung einerseits in dem politischen Prestige, das die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit real besaßen und andererseits in einem bestimmten Verständnis vom Interessenausgleich in einer parlamentarischen Demokratie auf seiten der Lehrerschaft.

Die Situation der Gewerkschaften war in der unmittelbaren Nachkriegsphase durch ein relativ hohes Maß an politischer Autorität geprägt: sowohl in den Augen der westlichen Besatzungsmächte, besonders der britischen, als auch im allgemeinen 'Volksempfinden' waren sie bezüglich ihres Verhältnisses zum Faschismus am wenigsten diskriminiert. Diese Einschätzung wurde bestärkt durch die Rückkehr emigrierter Gewerkschafter, wie zum Beispiel Hans Böckler, dem 1. Vorsitzenden des DGB der britischen Zone, die das Vertrauen der Militärregierungen besaßen und bald auf die entscheidenden Funktionärsposten rückten.

Den Kredit, den die Gewerkschaften bei den Besatzungsbehörden genossen, war dabei doppelt bestimmt: zum einen erschienen sie als Garanten für eine unzweifelhaft erwünschte Demokratisierung der politischen Verkehrsformen in Deutschland; zum andern boten sie aufgrund ihrer Stärkeposition, und genötigt durch das direkte Eingreifen der Besatzungsmächte, als einzige die Gewähr dafür, daß sich nur ein bestimmter, begrenzter Grad von Demokratisierung durchsetzte, der sich nicht auf die kapitalistischen Grundlagen der Nachkriegs-Demokratie erstrecken würde. Diese Einschränkung, die sich gegen vereinzelte praktische und theoretische Sozialisierungsansätze relativ schnell auch im DGB ²⁴⁾ durch-

24) Vgl. Weiß-Hartmann, A., Der freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945 - 1949, a.a.O., bes. Teil II.

setzte, zielte auf die Herstellung der Spielregeln westlicher Demokratien: der "Institutionalisierung des Klasseengegensatzes", ²⁵⁾ in der Kapital und Arbeit nicht mehr als antagonistische Kontrahenten agieren, sondern sich an die von Staat und Öffentlichkeit anerkannten institutionellen und rechtlichen Regelungen bei der Austragung des Dauerkonflikts halten.

In diesem institutionellen Demokratieverständnis stimmte die Lehrerschaft mit allen objektiven Faktoren der Nachkriegsentwicklung - Zielen der Besatzungsmächte, Tendenzen in den Gewerkschaften und allgemeine politisch-institutionelle Entwicklung in den Westzonen - überein. Die Lehren, die sie aus den zu registrierenden politischen Nachkriegsveränderungen zog, erschöpften sich in einem zögernd angenommenen Staatsverständnis, das zur Partizipation am 'Ring der Kräfte' zwang. So suchte z. B. Thiele die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Lehrer mit der gesamten Beamten-schaft mit dem Machtverlust des Staates zu begründen: "Der Staat früherer Zeiten, etwa der Staat vor 1914, war in seiner Regierung und Verwaltung mit einer starken Machtfülle ausgestattet. Er konnte den Beamten Rechte und eine wirtschaftliche Stellung gewähren, wie es seinen maßgebenden Faktoren - im ehemaligen Preußen etwa Krone und Dreiklassenparlament - beliebte. Wenn damals ein Beamter sich nur um die Erfüllung seiner beruflichen Aufgaben kümmerte, dann konnte er zufrieden sein. Der heutige Staat ist in seiner Leitung nur mit einem relativ kleinen Teil von Macht ausgestattet. Er ist - in Rückwirkung auf den Überstaat Hitlers - entmachtet, Parlament und Regierungen sind eigent-

25) Geiger, Th., Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen 1949, S. 184.

lich nur ein Ergebnis der in der Gesellschaft um die Macht ringenden Kräfte, und sie können und müssen heute in der Konsequenz des Gedankens der Demokratie diesen Machtverhältnissen Rechnung tragen. In dieses Ringen um die Macht muß sich auch der Beamtenstand einordnen, mag der einzelne Beamte das für bedauerlich halten oder nicht. Die Tatsachen sind zu stark, er kann sich ihnen nicht entziehen. Tut er das, so wird er zwischen den Rädern der kräftigen Machtgruppen einfach zerrieben". 26)

Die Suche nach einem stärkeren, politischen Machtfaktor war auf der Basis dieser Überlegungen und vor dem Hintergrund ihrer Prestige- und Statuseinbußen konsequent. Die Handlungsfähigkeit, die die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit bewiesen einerseits, das vorläufige Fehlen anderer vergleichbarer Organisationen wie des "Deutschen Beamtenbunds" andererseits, machten den DGB tendenziell zum allein in Frage kommenden 'großen Bruder'. Ein Dilemma blieb allerdings vorerst bestehen: daß nämlich die Machtposition, auf die die Lehrer angewiesen waren, Ausdruck und Konsequenz einer gewerkschaftlichen Politik war, gegen die sie stärkste Bedenken mobilisierten. Die Lehrer wollten die Macht der Gewerkschaften ohne die Bewegung, die die Macht garantierte.

Es galt also abzuwarten, bis sich die objektiven gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und damit auch die Politik der Gewerkschaften entradikalisierten und die Zeit des Zögerns in doppelter Weise zu nutzen: einerseits die Mitglieder der Lehrervereine mit der Möglichkeit ihres eigenen Gewerkschaftsbeitritts anzufreunden und andererseits für einen potentiellen Gewerkschaftsanschluß vom DGB

26) Thiele, F., Die Lehrerschaft, a.a.O., S. 5.

Zugeständnisse zu erreichen, die der Lehrerschaft größtmögliche Autonomie gestatteten.

Bereits auf den frühen Lehrerkonferenzen vor der Detmolder Gründung des ADLLV hatten sich bestimmte Forderungen an den DGB verfestigt, die schließlich in einem Katalog von sieben Punkten zusammengefaßt und den Vertretern des DGB in den folgenden 1 1/2jährigen Verhandlungen unterbreitet wurden. Sie lauteten:

- "1. Keine Einzelmitgliedschaft, sondern korporativer Anschluß - Gesamtanschluß,
2. das Recht der Vorstandswahl,
3. eine eigene Presse,
4. Finanzhoheit (bei festgesetzten Beitragsprozentsätzen an den Dachverband),
5. eigene Säule,
6. eigene Schulpolitik,
7. eine Klarstellung der Beamtenrechte (von seiten des DGB)". 27)

Während die Punkte 2 - 4 - Vorstandswahl, Presse und Finanzen in eigener Regie - durch die Entscheidung der Gewerkschaften für das Industrieverbandsprinzip schon vor Aufnahme der Verhandlungen garantiert waren, ergaben sich bei den übrigen Forderungen Konflikte. Sie alle - Gesamtanschluß, eigene Säule, selbständige Schulpolitik und Votum des DGB für das Berufsbeamtentum - drehten sich um den vom ADLLV angestrebten Sonderstatus der Lehrerschaft im DGB. Von seiten des ADLLV war er, da er die Interessen der Mitglieder repräsentierte, unverzichtbar: die en-bloc-Übernah-

27) Protokoll der 2. Vertreterversammlung des ADLLV in der Zeit vom 18. - 21. 5. 1948 in Dortmund-Aplerbeck, (ms), S. 93. Archiv der GEW. Auch in: Vollmann, H., Der Lehrer in der GEW, o. O., 1954, S. 1.

me entband jedes einzelne Mitglied von der Entscheidung, sich gewerkschaftlich zu organisieren; die Errichtung einer eigenen Säule im Gegensatz zur Übernahme in die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes betonte die seit den Anfängen der Lehrerbewegung gehütete 'Eigenständigkeit' ihres Berufes ebenso wie das Privileg, selbständig Schulpolitik zu betreiben; das Beharren auf dem Beamtenstatus für die Lehrerschaft, der Restauration ihrer traditionellen beruflichen und gesellschaftlichen Situation war notwendige Voraussetzung und Folge dieser Position, die Traeger zusammenfaßte: "Die Eigenständigkeit des pädagogischen Lebens erfordert eine andere Sicht für die Lehrer als für andere Verwaltungsbeamte". 28)

Betrachtet man zunächst die auf der Verhandlungsebene zwischen DGB und ADLLV sich artikulierenden Differenzen, so wurde das Zögern des DGB, die Lehrerschaft zu o. g. Bedingungen in den DGB aufzunehmen, im wesentlichen durch zwei Einwände begründet, die sich auf die organisatorische Struktur einer alle politischen, konfessionellen und beruflichen bzw. beschäftigungsmäßig unterschiedlichen Gruppierungen der Lohnabhängigen umfassenden Einheitsgewerkschaft bezogen. Unter diesem Gesichtspunkt widersprach:

- die Vertretung einer selbständigen Schulpolitik den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft. Sie bedeutete - so wurde vom DGB-Vertreter argumentiert - das Privileg für eine einzelne Gewerkschaft im DGB, unabhängig zu gesellschaftlichen und zwangsläufig auch zu aktuell-politischen Fragen Stellung beziehen zu können. Dabei konnte das dem DGB vorrangige Ziel, auch die Teile der Indu-

28) Protokoll der Besprechung zwischen Vertretern des ADLLV und des allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Hamburg am 27. 9. 1947 (ms), S. 2, Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA.

striearbeiterschaft im DGB zu organisieren, die während der Weimarer Republik Sondergewerkschaften angehört hatten, durch die Vertretung schulpolitischer Forderungen in Frage gestellt werden. Zum Beispiel konnte die Frage der Schulform - konfessionelle Schule, christliche Gemeinschafts- oder weltliche Schule - zu Konflikten sowohl zwischen katholischen und protestantischen Lehrern als auch unter stark konfessionell gebundenen Arbeitern führen. Diese von den DGB-Vertretern in den Verhandlungen mehrfach geäußerten Einwände ließen sich schließlich verbal in dem Agreement zwischen DGB und ADLLV beheben, daß: "die Vertretung der schulpolitischen Belange ... der Gewerkschaft (der Lehrer, R. M.) überlassen (wird). Dabei wird erwartet, daß den verschiedenen Auffassungen innerhalb der Gewerkschaft selbst die notwendige Freiheit zur Vertretung der schulpolitischen Meinung (Einheitsschule oder konfessionelle Schule) gegeben wird". 29)

- die Konstituierung der Lehrgewerkschaft als eigener Säule im DGB den anfangs noch stark wirkenden Tendenzen, alle Beamten in einer Sparte zusammenzuschließen. In den Verhandlungen war vor allem dem zeitweilig anwesenden Vertreter der "Gewerkschaft Öffentliche Dienste", Gröbing, daran gelegen, die Lehrerschaft in die einheitliche Organisation der Beamtenschaft zu überführen, damit - so seine Begründung - "die Interessen tatkräftig durchkämpft werden können" und die Arbeit mit den anderen Berufsgruppen dieser Sparte intensiviert würde. Diesem Bestreben standen sowohl die Forderung nach einem korporativen Anschluß entgegen, der in der Satzung der ÖTV nicht vorge-

29) Entschließung der VV des ADLLV in Dortmund in der Zeit vom 19. 5. - 21. 5. 1948 (ms), Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

sehen war, als auch die Vertretung einer eigenen Schulpolitik. Gröbning vertrat in diesem Punkt dieselbe Position wie Nelles: "Wenn auch innerhalb der Gewerkschaft eine Fachabteilung 'Lehrer' gebildet werden kann, so muß diese sich zusammen mit den anderen Beamten mit der Bearbeitung allgemeiner gewerkschaftlicher Fragen begnügen. Den Fragenkomplex der Schulpolitik müßten die Lehrer durch andere Organisationsformen lösen". 30)

Demgegenüber betonten die Vertreter des ADLLV, daß "Stand und Schule, Lehrerschaft und Erziehung nicht in einem Nebeneinander oder einem Gegenüber zu sehen (sind), sondern in ihrem gegenseitigen Bedingtsein. Der Auftrag des Lehrers", so faßte es ein Hamburger Vorstandsmitglied bündig zusammen, "ist zugleich der Auftrag der Schule; beeinträchtigt man z. B. die Schule durch Heraufsetzung der Klassenfrequenzen und der Lehrerstunden und der Verminderung der Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel, dann beeinträchtigt man auch den Lehrer. Soll er sich dagegen zur Wehr setzen, einmal als Arbeitnehmer, der sich in seiner Arbeitskraft überlastet fühlt, zum andern als Pädagoge, der sich gegen eine Beschneidung seiner Erziehungsaufgaben wendet und schließlich als Mensch voll kulturpolitischer Verantwortung gegenüber der Jugend? Nein, der Lehrer ... darf sich nicht künstlich aufspalten, weder in seinem Bewußtsein noch in seiner vereinspolitischen Abwehr. Darum kann es ... nur eine Organisationsform für die Lehrerschaft geben: den Lehrerverband, der sowohl die pädagogischen als auch die schulpolitischen als auch die gewerkschaftlichen Anliegen seiner Mitglieder selbständig wahrnimmt". 31)

30) Protokoll ... vom 27. 9. 1947, a.a.O., S. 2.

31) Lange, H., Die gewerkschaftliche Situation der Lehrerschaft. In: Mitteilungen der Gesellschaft des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 2 (1948), Nr. 10, S. 2ff.; S. 2f.

Zeitlich parallel zu den Anschlußverhandlungen verlief jedoch im DGB selbst eine organisatorische Entwicklung, die der erwünschten Sonderform der Lehrerschaft entgegenkam: auf der einen Seite spalteten sich die Angestellten in die selbständige "Deutsche Angestellten-Gewerkschaft" (DAG) ab, ein Prozeß, der dem Anspruch und der Realität der Einheitsgewerkschaft einen schweren Schlag versetzte; 32)

-
- 32) Vgl. dazu: Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone, a.a.O., S. 517ff. In der Trennung der Angestellten vom DGB manifestiert sich in umgekehrter Weise - nicht Anschluß, sondern Abspaltung einer Berufsgruppe - die prinzipielle Abhängigkeit des Prinzips der Einheitsgewerkschaft von gesellschaftlichen Bewegungen. Nur wenn diese die reale Vereinheitlichung der Interessen ermöglichen, wird damit auch die oftmals abgehobene Diskussion um Organisationsformen auf ihre materielle Basis zurückführbar. Diesen Zusammenhang formulierte i. J. 1949 der DGB selbst, wenn die Darstellung der Abspaltungsbewegung seitens der Angestellten mit der Feststellung beginnt: "Bei dem Aufbau der örtlichen Gewerkschaften war es in den meisten Fällen selbstverständlich, daß alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam in den örtlichen Industriegewerkschaften erfaßt wurden. In gleicher Weise, wie es von Anfang an als selbstverständlich galt, daß die früheren Richtungsgewerkschaften für immer der Vergangenheit angehören, mußte es auch für die Angestellten und Beamten selbstverständlich sein, daß für den Aufbau der früheren Berufs- und Standesvereine bei den grundlegend veränderten Verhältnissen kein Raum mehr vorhanden war". (Ebenda, S. 517), (Hervorhebung, R. M.). Die Betonung darauf, daß sich die verschiedenen Berufsgruppen organisatorisch 'ohne Schwierigkeiten' integrierten, verweist auf die objektive Situation im Ausgang des Faschismus, daß in der realen Arbeiterbewegung die berufliche Konkurrenz, die wesentlich aus dem ökonomischen Status im gegebenen gesellschaftlichen Rahmen resultiert und auf dessen Verbesserung abzielt, gegenüber weiterreichenden, gemeinsamen Interessen zurücktrat und deshalb gemeinsame Organisationsformen akzeptabel wurden. - In dem Maße, in dem die gesellschaftliche Bewegung an Kraft verlor, traten die besonderen Interessen einzelner Gruppierungen notwendig wieder in Konkurrenz zueinander, was seinen organisatorischen Ausdruck, z. B. bei den Angestellten, in der Abspaltung fand. Organisationsdiskussionen, wie sie in diesem Zusammenhang im DGB in der Form der Konkurrenz, der Abwerbung von Mitgliedern und der vertraglichen Regelung gegenseitiger Abgrenzung stattfanden, sind insofern immer Ausdruck mangelnder realer Vereinheitlichung und retardierender gesellschaftlicher Bewegungen.

auf der anderen Seite wurde deutlich, daß sich die verschiedenen Beamtengruppen innerhalb des DGB nicht alle im Rahmen der ÖTV organisieren ließen, sondern selbst auf verschiedene Sparten - Eisenbahn, Post, Gartenbau, Handel, Banken - drängten. 33) Insofern gab der DGB seine Bedenken - gegen die Einwände des Vertreters der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes - hinsichtlich weiterer Sparten im DGB auf und bot dem ADLLV geradezu an, den Aufbau der Sparte 13 zu betreiben, die anfangs neben den Berufen im wissenschaftlichen und pädagogischen auch die des künstlerischen Bereichs umfaßte. 34)

Diesen Modus ließ sich der Vorstand des ADLLV auf der Vertretertagung des ADLLV in Hamburg (8. - 10. Oktober 1947) bestätigen, nachdem Traeger folgenden Lagebericht gegeben hatte:

"Wir haben den Eindruck gewonnen, wenn wir uns schon mit dem Gedanken vertraut machen, irgendwie eine Gemeinschaft mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund vorzunehmen, so kann das nur auf der Basis der Gruppe 13 sein, wo wir alle Möglichkeiten haben, ('Sehr richtig') die wir eben aufgezeigt haben. Wir haben alle den Eindruck gewonnen, daß wir in der Gruppe öffentlicher Dienst gewissermaßen nur ein kleines Rädchen wären, das seine eigenen Belange nicht vertreten könnte, sondern in der großen Masse der übrigen Beamten-

33) Vgl. ebenda, S. 547ff.

34) Protokoll ... vom 27. 9. 1947, a.a.O., S. 1. Wörtlich heißt es in diesem Kurzprotokoll: "Innerhalb des Gewerkschaftsbundes ist die Gruppe 13 im Entstehen. Sie nennt sich 'Erziehung, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Diese Gruppe ist eine selbständige Gewerkschaft, die vollkommen autonom ist. ... Sofern die Lehrerschaft hilft, diese Gewerkschaft zu bilden, sie evtl. selber darstellt, so wären damit die Forderungen 1-3 erfüllt". (Hervorhebung, R. M.)

schaft verschwände, so daß also der Ausschuß von sich aus einstimmig zu der Stellungnahme gekommen ist: wenn wir beauftragt werden von der Versammlung, hier zu verhandeln, dann können wir Ihnen empfehlen, daß wir auf der Basis verhandeln, daß ein Eintritt in die Gruppe 13 - Kunst, Wissenschaft und Bildung - in Frage kommt, daß wir gewissermaßen dort, um es einmal etwas kraß auszudrücken, eine *a u t o - n o m e G e w e r k s c h a f t* bilden, d. h. zur Hauptsache wird diese Gruppe ausgefüllt durch die Lehrerschaft, die ihre eigenen Fürsorgeeinrichtungen hat, die ihre eigene Kulturpolitik durchführen kann, die ihre eigene Finanzhoheit besitzt und wo der korporative Anschluß gleichfalls gewährleistet ist. ... So kommt der Ausschuß also dazu, Ihnen folgenden Vorschlag zu machen. ... Er schlägt Ihnen vor, meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Ausschuß zu beauftragen, nun weiter mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zu verhandeln mit dem Ziel der evtl. Einordnung in Gruppe 13". 35)

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Die siebte Bedingung, mit der der DGB zu einem klaren Bekenntnis zum Berufsbeamtentum aufgefordert wurde, traf gegenüber den eher organisationsinternen Problemen der Einheitsgewerkschaft einen für die Nachkriegszeit wesentlichen Punkt: in der Übernahme, Modifizierung oder gar Abschaffung des Berufsbeamtentums drückte sich prinzipiell das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im nachfaschistischen Deutschland aus.

35) Protokoll der VV des ADLLV der britischen Zone in Hamburg vom 8. - 10. Oktober 1947 (ms), S. 5f. Archiv der GEW. (Hervorhebung, R. M.)

Deutlich war von Anfang an die Position der Lehrerschaft, die keinen Deut von den 'wohlerworbenen Rechten' abrückte und das Verhältnis zwischen Demokratie und Beamtenschaft, das sich spätestens in der Weimarer Republik als problematisch dargestellt hatte, von sich aus gar nicht oder nur in der aus der Entnazifizierungsdiskussion bekannten Weise thematisierte.

Demgegenüber wiesen verschiedene Maßnahmen der Alliierten nach Kriegsende darauf hin, daß die Selbstverständlichkeit, mit der die traditionellen Beamtengruppen diesen Status für sich beanspruchten, erschüttert war. Die 'Proletarisierungsängste', die im Zusammenhang mit diesem von der Lehrerschaft im großen und ganzen unbeeinflußbaren Verhalten der Militärregierungen wieder auftraten, hatte sie bereits auf der Detmolder Tagung zu einer Resolution veranlaßt, in der sie "die geplante Einbeziehung der Beamten in die allgemeine Sozialversicherung ab(lehnten), da deren notwendige Sanierung nicht auf Kosten eines Berufsstandes und der Preisgabe seiner Rechte erfolgen darf und sie nicht unbegründete Befürchtung hegen, daß eine solche Neuordnung der Sozialversicherung die Beamtenrechte und das Berufsbeamtentum gefährden, das nach einem Worte des früheren Reichsaußenminister Stresemann 'das verlässlichste und festeste Gefüge des Staates' darstellt". 36)

Dem DGB mußte am Tenor solcher Resolutionen deutlich werden, daß die westdeutsche Lehrerschaft ohne ein klares Votum von seiner Seite nicht bereit war, sich der Gewerkschaft anzuschließen. In den Gewerkschaften herrschten jedoch nach 1945 begründete politische Bedenken gegenüber dem Berufsbeamtentum, deren Kern in Böcklers Äußerungen, obwohl positiv

36) ADLLV. Rundbrief Nr. 1/1947, a.a.O., S. 4.

gewendet, zum Ausdruck kam : "Wir werden auch mit der Frage des Berufsbeamtentums fertig", versicherte er auf dem ersten Zonentreffen von Gewerkschaften der britischen Besatzungszone im März 1946, "der deutsche Beamte steht nicht über, nicht unter, sondern mitten unter uns. Das Berufsbeamtentum muß im Staat und in der Öffentlichkeit die Stelle einnehmen, die ihm geschichtlich und bei der Neuordnung zukommt". 37) Im Gegensatz zu dieser positiven Einschätzung hatten die sozialpolitischen Ausschüsse der Gewerkschaften auf ihrer Interzonentagung am 11. 1. 1947 eine EntschlieÙung angenommen, "die eine einheitliche Regelung der deutschen Sozialversicherung verlangt(e), in die alle Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) aufgenommen werden sollten". 38) Ähnlich lautete der Tenor der Resolution "über die Grundsätze für eine reichseinheitliche Neugestaltung der deutschen Sozialversicherung", die auf der 3. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften am 10/11. 2. 1947 in Berlin verabschiedet wurde. In ihr wurde die "Ausdehnung des Versichertenkreises auf alle Arbeitnehmer" 39) verlangt.

In dieser Situation entfalteten die an der Erhaltung ihres Status' interessierten Beamtengruppen im DGB rege Aktivitäten, um ihn zur Anerkennung ihrer Position zu bringen: "So setzten sich der Zentralvorstand der Gewerkschaft Post und Fernmeldewesen im Februar, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Bayern im März, die ÖTV in Nordrhein-Westfalen im Juni gegen die Einbeziehung der Beamten in die Sozialversicherung ein. ... Die Beamtenausschüsse in den Gewerkschaften setzten sich durch. Im Februar

37) Zit. nach: NLZ 3 (1952), Nr. 1, S. 3.

38) Ebenda, S. 4.

39) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, a.a.O., S. 719.

nahm der bizonale Beamtenausschuß für die britische Zone Stellung gegen die Einbeziehung, die die Rechtsgrundlage des Berufsbeamtentums erschüttern würde ... So folgte auf den Einsatz der Beamtenparten in den Gewerkschaften der Einsatz des DGB für das Berufsbeamtentum". 40) Nach einigem Zögern beschloß der Vorstand des DGB, die Beamtenschaft für die Gruppen von Staatsbediensteten anzuerkennen, "die eine Stelle bekleiden, mit der die Wahrnehmung einer wichtigen öffentlichen Funktion verbunden ist und die deshalb zu besonderer Treue, gewissenhafter Pflichterfüllung und zur vollen uneingeschränkten und unbeeinflussten Leistung verpflichtet sein müssen. Eine diese Gruppen sind die Lehrer. Wer Lehrer ist, nimmt eine wichtige öffentliche Funktion wahr, denn die Entwicklung der Jugend ist eine Angelegenheit des Staates". 41)

Mit dem Beschluß des DGB-Vorstandes zu dieser entscheidenden Frage war das wesentlichste Zugeständnis an die Lehrerschaft erreicht. Bis zum Mai 1948 gab der DGB schließlich auch seine Zustimmung zur gewünschten Organisationsform.

Obwohl damit die entscheidenden Hindernisse für den Gewerkschaftsanschluß überwunden waren, gab den letzten Anstoß für den Übertritt des ADLLV der britischen Zone in die Gewerkschaft ein historisches Ereignis, das nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verhandlungen stand: 1948 galten für die Lehrergehälter noch immer die 6 %igen Kürzungen aufgrund der Brüning'schen Notverordnung von 1930. Faktisch war "seit der letzten Neuregelung der Besoldungsordnung vom 16. 12. 1927 eine Verbesserung der Beamtenbe-

40) NLZ 3 (1952), Nr. 1, S. 4.

41) ADLLV. Rundbrief, Hamburg Juni/Juli 1948, S. 8.

nahm der bizonale Beamtenausschuß für die britische Zone Stellung gegen die Einbeziehung, die die Rechtsgrundlage des Berufsbeamtentums erschüttern würde ... So folgte auf den Einsatz der Beamtenparten in den Gewerkschaften der Einsatz des DGB für das Berufsbeamtentum". 40) Nach einigem Zögern beschloß der Vorstand des DGB, die Beamtenschaft für die Gruppen von Staatsbediensteten anzuerkennen, "die eine Stelle bekleiden, mit der die Wahrnehmung einer wichtigen öffentlichen Funktion verbunden ist und die deshalb zu besonderer Treue, gewissenhafter Pflichterfüllung und zur vollen uneingeschränkten und unbeeinflussten Leistung verpflichtet sein müssen. Eine diese Gruppen sind die Lehrer. Wer Lehrer ist, nimmt eine wichtige öffentliche Funktion wahr, denn die Entwicklung der Jugend ist eine Angelegenheit des Staates". 41)

Mit dem Beschluß des DGB-Vorstandes zu dieser entscheidenden Frage war das wesentlichste Zugeständnis an die Lehrerschaft erreicht. Bis zum Mai 1948 gab der DGB schließlich auch seine Zustimmung zur gewünschten Organisationsform.

Obwohl damit die entscheidenden Hindernisse für den Gewerkschaftsanschluß überwunden waren, gab den letzten Anstoß für den Übertritt des ADLLV der britischen Zone in die Gewerkschaft ein historisches Ereignis, das nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verhandlungen stand: 1948 galten für die Lehrergehälter noch immer die 6 %igen Kürzungen aufgrund der Brünningschen Notverordnung von 1930. Faktisch war "seit der letzten Neuregelung der Besoldungsordnung vom 16. 12. 1927 eine Verbesserung der Beamtenbe-

40) NLZ 3 (1952), Nr. 1, S. 4.

41) ADLLV. Rundbrief, Hamburg Juni/Juli 1948, S. 8.

züge nicht eingetreten". ⁴²⁾ Das Jahresgehalt eines Volksschullehrers lag bei ca. 2 800 RM. ⁴³⁾ - Nachdem die britische Militärregierung im April 1948 freie Tarifverhandlungen "für alle privaten und öffentlichen Arbeitnehmer" erlaubt und eine 15 %ige Lohnerhöhung für zulässig erklärt hatte, ⁴⁴⁾ hatten auch die Lehrer diese Forderung erhoben und waren dabei auf den harten Widerstand der Finanz- und Kulturminister gestoßen.

Auch auf der Vertreterversammlung des ADLLV in Dortmund (18. - 21. Mai 1948), auf der über den Gewerkschaftsbeitrag entschieden werden sollte, wurde der Unmut der Lehrerschaft über die Weigerung der staatlichen Bürokratie laut, ihnen die Besoldungserhöhung zuzugestehen. Dabei ereignete sich ein Konflikt mit einem Vertreter der Kultusbürokratie, der den latenten Unmut in plötzliche Radikalität verwandelte und die Delegierten bei der Abstimmung über den Gewerkschaftsanschluß mindestens ebenso beeinflusste wie die zwar in ihrem Sinne erfolgreichen, aber nicht unmittelbar erfahrbaren Anschlußverhandlungen: Ministerialdirektor Rönnebeck hatte im Auftrag des niedersächsischen Kultusminister Grimme der Lehrerschaft "gewerkschaftsimitierendes Verhalten" vorgeworfen. Indirekt verpflichtete er damit die Lehrer auf ihr 'Treueverhältnis' zum Staat, das es ihnen verbieten würde, sich als 'Arbeitnehmer' zu verhalten. Max Traeger beantragte daraufhin, den Tagesordnungspunkt 'Gewerkschaftsfrage' vorzuziehen und konterte in ungewohnt scharfer Form: "Wir Lehrer sollen die Schule finanzieren - das war letzten Endes der Ausdruck von Herrn Rönnebeck.

42) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, a.a.O., S. 553.

43) Vgl. Der Volkslehrer 2 (1948), Nr. 1, S. 4.

44) (Keesings) Archiv der Gegenwart 18 (1948), 24. 4. 1948, Nr. 1482 C.

Haben sie schon einmal gehört, daß ein Angestellter sein Geschäft finanziert? ... Jetzt, wo der Lohnstop aufgehoben ist, müssen wir mit Rücksicht auf die bevorstehende Währungsreform im Interesse der Lehrerschaft die 15 %ige Erhöhung fordern. ... (Damit) gaben wir das erste Zeichen, daß wir eine Gewerkschaft sind". 45)

Der am folgenden Tag gestellte Antrag auf Anschluß des ADLLV der britischen Zone an den DGB wurde einstimmig angenommen. Entgegen der Beschlußfassung des Vorstands des ADLLV, der den 1. 10. 1948 als Anschlußtermin vorgesehen hatte, 46) wurde der ADLLV aufgrund der Entscheidung der Vertreterversammlung ab 1. Juli 1948 als "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) in den DGB der britischen Zone übernommen.

4.3 Der innerorganisatorische Entscheidungsprozeß
 in den Lehrerverbänden der Westzonen bis zum
 Kongreß der GEW in Goslar i. J. 1950.

Mit dem überraschend schnell 47) gefaßten Votum der Delegierten wurde im Namen von ca. 23 000 Lehrern der briti-

45) Protokoll der 2. VV des ADLLV in Dortmund-Aplerbeck in der Zeit vom 18. bis 20. Mai 1948 (ms), S. 107. Archiv der GEW.

46) Vgl. 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 30. "H. Rodenstein hatte in einer Vorstandssitzung des ADLLV erreicht, daß der Anschlußtermin entgegen der Absicht der Mehrheit, die den 1. 6. 1948 vorsah, auf den 1. 10. 1948 verschoben wurde, damit die versprochene Befragung der Mitglieder des GBL geschehen konnte. Aber die stürmischen Vorgänge auf der VV ... lösten den spontanen ... Beschluß (zum Anschluß, R. M.) aus".

47) Vgl. die darin übereinstimmenden Berichte über die Dortmunder VV in: Schleswig-Holsteinische Schule 2 (1948), Nr. 6/7; HLZ 1 (1948), Nr. 12/13; Hamburger Lehrerzeitung 1 (1948), Nr. 3; ADLLV. Rundschreiben Juni/Juli 1948; Die Bayrische Schule 1 (1948), Nr. 1.

schen Zone ⁴⁸⁾ die Frage des Gewerkschaftsanschlusses prinzipiell positiv entschieden.

Ein Blick auf die innerorganisatorischen Entscheidungsprozesse und -ergebnisse, die im ADLLV selbst, den Lehrerverbänden der amerikanischen und französischen Zone und der in der GÖD organisierten Gruppen abliefen, zeigt allerdings, daß mit dem Votum des ADLLV zwar ein Durchbruch gelungen, die Probleme jedoch nur teilweise verringert wurden.

1. Im ADLLV selbst war die Gewerkschaftsfrage am umfassendsten diskutiert und die Entscheidung durch die VVs in Detmold und Hamburg i. J. 1947 am besten vorbereitet worden. Trotzdem hatte, wie erwähnt, Rodenstein für den Aufschub des endgültigen Anschlußtermins plädiert und Traeger votierte im Vorstand dafür, "die Gewerkschaftsfrage in Dortmund (nur) zu diskutieren, die Beschlußfassung aber durch eine außerordentliche VV, die im Herbst stattfinden soll, vornehmen zu lassen, damit der Anschluß an die Gewerkschaft noch in den Zweigverbänden diskutiert werden kann". ⁴⁹⁾ Demgegenüber hielten die Vertreter der Zweigverbände "die Angelegenheit ... schon zur Beschlußfassung reif und ... (waren) der Meinung, daß die kommende VV schon den Beschluß fassen (könne)", ⁵⁰⁾ was sich durch die Dortmunder Entscheidung bestätigte.

Bis Ende 1947 war dagegen die Situation auch im ADLLV nicht eindeutig progewerkschaftlich gewesen. Dies zeigt

48) Vgl. GEW (ADLLV) der britischen Zone, Geschäftsbericht 1948/49, Celle o. J. (1949), S. 20.

49) Protokoll ... vom 7. 3. 1948, S. 3, a.a.O.

50) Ebenda.

ten die Urabstimmungsergebnisse aus Schleswig-Holstein, die in Kreis- und Ortsverbänden durchgeführt wurden und folgendes Bild aufwiesen: "15 Kreisvereine für, 5 gegen den Eintritt in die Gewerkschaft, 1 Kreisverband lehnte die Abstimmung ab, weil sie den Zeitpunkt für verfrüht hielt. Stimmenmäßig ergab sich folgendes Resultat: Mitgliederbestand 4 014, Ja-Stimmen 1 573, Nein-Stimmen 665. Fast die Hälfte der Mitglieder hat an der Abstimmung nicht teilgenommen". 51) - Auf Kreisebene differenzierte sich das Ergebnis noch insofern als zwar, entsprechend dem Gesamtergebnis, das Abstimmungsverhältnis zumeist bei mindestens 50 % mehr Ja-Stimmen lag, es aber auch Kreise gab, die sich fast geschlossen gegen einen Gewerkschaftsanschluß aussprachen: in Flensburg stimmten im Juli 1947 von 109 Mitgliedern bei 31 Stimmenthaltungen nur 7 für, aber 71 gegen die Gewerkschaften. 52)

Der Dortmunder Beschluß scheint hier einen nochmaligen, auf breiterer Basis durchgeführten Entscheidungsprozeß ersetzt zu haben. Nach dem Juli 1948 finden sich in der Landeszeitung, die zuvor ausführlich darüber berichtete, keine ablehnenden Stellungnahmen mehr.

Ähnlich scheint die Mitgliedschaft des Braunschweiger Gesamtverbands durch die VV in Dortmund beflügelt worden zu sein. Während sich dort die Delegierten des GBL der Stimme enthalten hatten, weil sie einer Urabstimmung im GBL nicht vorgreifen konnten, kam diese - trotz bereits verschickter Stimmzettel - nicht zustande, da "auf einer Versammlung der OV-(Ortsverbands-, R. M.)Vorsitzenden der Fachgruppe 3 (Volksschule, R. M.) diese einstimmig erklärten, daß die

51) Die Schleswig Holsteinische Schule 1 (1947), Nr. 7, S. 2.
52) Ebenda, Nr. 5, S. 8.

Mitglieder dem Anschluß zustimmten".⁵³⁾ Da die Fachgruppe 3 mit 1 220 Volksschullehrern mehr Mitglieder besaß als die 4 anderen Fachgruppen mit ca. 520 zusammen, erübrigte sich die Urabstimmung, zumal die anderen Lehrer der anderen Schularten "dasselbe bekundeten".

Dagegen wurde im Landesverband Niedersachsen, der die AGN verlassen und sich nach Gründung der GEW dieser ohne Urabstimmung angeschlossen hatte, auf der Landesvertreterversammlung im April 1949 von zwei Kreisverbänden den Antrag auf Loslösung vom DGB gestellt.⁵⁴⁾ Diese Anträge, die nach einem Vortrag von Thiele zurückgezogen wurden, waren offensichtlicher Ausdruck eines weiter bestehenden Mißtrauens gegen die Gewerkschaftsentscheidung, die sie zugunsten eines Anschlusses an den wiedererstandenen Deutschen Beamtenbund revidiert sehen wollten.⁵⁵⁾

2. War somit für den ADLLV seine eigene Entscheidung in der Folgezeit nicht selbstverständlich, so stellte sie für die GÖD-Fachgruppen ein ganz anders gelagertes Problem dar: für sie bedeutete ein Anschluß an die GEW einen historischen Rückschritt, da die vom DGB erfüllten Bedingungen, besonders die des korporativen Anschlusses und die Konstruktion einer von der GÖD getrennten Lehrer-Beamten-gewerkschaft von ihrem politisch-gewerkschaftlichen Selbstverständnis her nur schwer akzeptabel waren. Außer in Bayern, wo die GÖD-Gruppe sich um den gemeinsamen Anschluß von BLV und Fachgruppe Lehrer in die GEW bemühte,⁵⁶⁾ zogen die Gruppen in

53) 10 Jahre GBL, a.a.O., S. 30.

54) Landesverband Niedersachsen. Rundschreiben Nr. 21, März 1949, S. 2.

55) Ebenda, Nr. 23, Mai 1949, S. 4.

56) Guthmann, J., Der BLLV, Bd. II, a.a.O., S. 350f.

Hessen und Baden zunächst nicht diese Konsequenz. Vielmehr ließen Berichte aus Hessen ⁵⁷⁾ und Baden ⁵⁸⁾ darauf schließen, daß die Fachgruppen bis Ende 1949 darauf hofften, in der GÖD verbleiben zu können. Erst nach dem Bundes-Kongreß der GEW in Marburg im Juni 1949 und dem trizonalen Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949, auf dem die Existenz der GEW endgültig gefestigt wurde, traten die Lehrer der GÖD in die GEW über.

Zu diesem Zweck wurde im Herbst 1949 ein von Vertretern der GÖD-Gruppen und der GEW bzw. ADLLV-Verbänden paritätisch besetzter Zwölferausschuß gebildet, der zur Klärung der inhaltlichen und technischen Probleme vier Sitzungen (am 3. 9., 17. 9., 29. 10., 17. 12. 1949) abhielt. ⁵⁹⁾
In den vier Punkten:

- "1. Nichts altes mehr aufrühren
2. Keine Mitglieder mehr einander abjagen
3. Die laufende Arbeit aufeinander abstimmen
4. Die persönliche Koordinierung vornehmen", ⁶⁰⁾

über die sich die Kontrahenten einigten, drückte sich bei allem guten Willen die objektive Situation ernsthafter Konkurrenz aus. Um diese zwischen den Mitgliedern beider Organisationsformen abzubauen, waren die Vertreter darauf angewiesen, zum Ausdruck zu bringen, "daß nicht die einen nun zu den anderen stoßen, sondern daß alle miteinander in einen neuen Bund zusammenkommen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit müsse schon jetzt entscheidend sein, auch

57) HfZ 2 (1949), Nr. 15, S. 126.

58) Die Schleswig-Holsteinische Schule 3 (1949), Nr. 1, S. 8.

59) Vgl. die Kurzprotokolle dieser Sitzungen in: Archiv der GEW, Ordner: Protokolle des GA, a.a.O.

60) Sitzung des 12er Ausschusses. Protokoll vom 17. 7. 1949, (ms), S. 1, a.a.O.

wenn die Organisationen noch technisch bis zur Jahreswende nebeneinander laufen. Verbände des ADLLV und der GÖD würden gleichzeitig gemeinsam in den neuen Organisationsraum eintreten". 61)

Trotz dieser Übereinkunft bedeutete der am 1. Dezember 1949 erfolgte Übertritt in die GEW für die GÖD-Gruppen einen realen Substanzverlust. Nicht nur, daß damit die von ihnen geschaffene, mit hohen Identifikationen besetzte und politisch klarer begründete alternative Organisationsform ad acta gelegt war, sie verloren in der Folgezeit auch ihre Zeitung, 'Die Lehrgewerkschaft'.

Der 'Sieg' der GEW-Fraktion manifestierte sich in Hessen z. B. auch innerverbandlich: auf der Landesversammlung der GEW im April 1950 unterlag Bernhard Plewe, 62) der ehemalige Vorsitzende der Darmstädter GÖD, bei den Vorstandswahlen mit 10 Stimmen gegenüber R. Wüst, dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Frankfurt des ADLLV. 63)

61) Protokoll vom 12. 9. 1949, a.a.O., S. 1.

62) Bernhard Plewe, geb. 1900, 1933 aus dem Schuldienst entlassen, 1945 Schulrat und Leiter der Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, war wesentlich am Aufbau der GÖD-Fachgruppe in Hessen beteiligt. Von 1952 - 1958 war er der 1. Vorsitzende der GEW. Seine Arbeit am Schulprogramm der GEW in den Jahren 1952 - 1954 zeugt, zumindest dem Anspruch nach, von einer fortschrittlichen Haltung, die mit seinem organisatorischen Traditionsbruch in der Zeit nach 1945 - 1949 korrespondiert: "Plewes Kritik gilt der überkommenen geisteswissenschaftlichen, an Theologie und Philosophie orientierten Pädagogik, die die Entwicklung einer empirisch-deduktiven Methode geradezu sabotiert und keine Kenntnis genommen habe von dem gewaltigen soziologischen und politischen Erdrutsch und den dadurch neu entstandenen gesellschaftlichen Zuständen". Plewe starb am 26. 8. 1976. Vgl. Bungardt, K., Zum Tode B. Plewes, a.a.O., S. 12.

63) HZ 3 (1950), Nr. 9. Beilage: Die Marburger Tagung, S. 4.

3. War es bezüglich der in der GÖD organisierten Lehrer fraglich, ob sie unter Aufgabe bereits erreichter Positionen zu dem Schritt zurück in die GEW bereit wären, so stellten doch diejenigen Lehrer, die aufgrund ihrer antigewerkschaftlichen Ressentiments an der vereinsmäßigen Organisation hingen, das gravierendere Problem bei der Gründung der GEW auf Bundesebene dar.

Daß die teilweise zögernd wie in Schleswig-Holstein, teilweise mit nicht sehr überzeugenden Mehrheiten wie in Hessen mit 64 % ⁶⁴⁾ für den Gewerkschaftsanschluß abgegebenen Stimmen ganz ausbleiben konnten, zeigte sich am Willensbildungsprozeß im "Bayrischen Lehrerverein" (BLV), der den Anschluß an die Bundes-GEW nicht vollzog.

In Bayern hatten i. J. 1945/46 die um Ludwig Schweiger der "Fachgruppe der geistig und kulturell Schaffenden" im Bayrischen Gewerkschaftsbund (BGB) angehörenden ca. 500 Lehrer mit dem Vorstand des BLV Kontakt aufgenommen. Sie waren sich darüber im klaren, daß sie gegenüber den ca. 10 000 Mitgliedern des Lehrervereins ⁶⁵⁾ trotz Gewerkschaftsanschluß jeglichen Einfluß verlören, wenn es nicht gelänge, den BLV in eine Gewerkschaft des DGB zu transformieren. Die von Schweiger selbst formulierten zehn, später auf sieben reduzierten Bedingungen gegenüber dem BGB enthielten außer den im Inhalt mit denen des ADLLV identischen zwei weitere Forderungen, nach denen auch Nicht-Mitglieder des BLV Mitglieder seiner sozialen Einrichtungen werden konnten und das Vermögen und die sozialen Einrichtungen des BLV ausschließlich dessen Eigentum zu verbleiben hatte. ⁶⁶⁾

64) Vgl. HLZ 2 (1949), Nr. 15, S. 119.

65) Vgl. AGDL. Geschäftsbericht 1950/51, Celle o. J. (1951), S. 18.

66) Vgl. Guthmann, J., Der BLV, Bd. 2, a.a.O., S. 351.

Obwohl der Vorstand des BLV selbst dem Gewerkschaftsanschluß nicht vollkommen ablehnend gegenüberstanden, erschien in der folgenden Zeit in den "Mitteilungen des BLV" ein einziger längerer Artikel, der stichpunktartig die Vorteile einer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit aufzählte; ⁶⁷⁾ darüberhinaus wurden wenig systematische Anstrengungen unternommen, um die Mitgliedschaft von der Notwendigkeit eines positiven Votums zu überzeugen.

I. J. 1948 wurden die sieben Bedingungen der Mitgliedschaft der einzelnen Bezirksverbände des BLV zur Abstimmung gestellt. Das Ergebnis war deprimierend: in den schriftlichen Befragungsaktionen hatten am 30. Juli 1948 - danach liefen keine Stellungnahmen mehr ein - von 142 bestehenden Bezirksvereinen überhaupt nur 58 geantwortet. Davon stimmten 19 dem Gewerkschaftsanschluß zu, 11 lehnten ihn ab, in 28 Vereinen blieben die Meinungen schwankend. "Nichts kennzeichnet ihr Schwanken deutlicher als jene Tatsache, daß jene sechs Vereine, die zwischen Mitte Mai 1947 und Ende Juli 1948 zweimal berichteten, Vereine, die regional nicht in einem geschlossenen Gebiet, sondern in sechs verschiedenen Regierungsbezirken liegen, vom nahezu einmütigen Ja für den Anschluß auf Zwei Drittel oder die Hälfte der Ja-Stimmen sanken". ⁶⁸⁾ Das umgekehrte Verhalten kam dagegen höchst selten und wenn, nur bei einzelnen Personen vor. "Da sich rund drei Fünftel der Vereine an dieser 'informativen Abstimmung' nicht beteiligten und das Ergebnis der sich Beteiligten keine qualifizierte Mehrheit für die eine oder die andere Auffassung brachte, war es für die Vorstandschaft gegenstandslos". ⁶⁹⁾

67) Vgl. Mitteilungen des BLV 2 (1947), Nr. 11/12/13, S. 5f.

68) Guthmann, J., Der BLLV, Bd. 2, a.a.O., S. 350.

69) Ebenda.

Diese zog allerdings die Konsequenz daraus, auf keiner Vertreterversammlung des BLV die Gewerkschaftsfrage zur Abstimmung zu stellen, sondern nur die gleichfalls noch umstrittene Möglichkeit zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der GEW. Auf der VV des BLV i. J. 1949 beschloßen 283 Delegierte gegen eine Stimmenthaltung, mit der Bundes-GEW die "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände" (AGDL) zu bilden.⁷⁰⁾ Eine bayrische GEW bildete sich erst i. J. 1951, wobei in einem Aufruf der Protagonisten an die in anderen Teilgewerkschaften des BGB organisierten Lehrer betont wurde, daß "die Mitgliedschaft bei den Berufsverbänden (BLV, Philologenverband, Verband Bayrischer Berufsschullehrer) ... durch den Aufbau der GEW in Bayern in keiner Weise berührt werde".⁷¹⁾

Der formale Zusammenschließungsprozeß der verschiedenen Landesverbände des ADLLV in der amerikanischen und französischen Zone mit der GEW der britischen Zone zur Bundes-GEW war bis zum Jahr 1950/51 durch die unterschiedliche Haltung der Besatzungsmächte und die dadurch bedingten Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten erschwert. - Auf dem Gründungskongreß der GEW im Juni 1949 in Marburg schlossen sich die ADLLV-Verbände Hessens, Württembergs und

70) Vgl. den Bericht über die VV in: Die Bayrische Schule 2 (1949), S. 303ff.; bes. S. 309f. In der AGDL verständigten sich GEW und BLV in den fünfziger Jahren relativ problemlos miteinander. Erst über dem antikonfessionellen Charakter des Bremer Plans der GEW i. J. 1960 traten offene Differenzen in der AGDL auf, die schließlich i. J. 1969, also in der programmatisch progressivsten Phase der GEW, zur Auflösung der AGDL führten. Vgl. GEW: Dokumentation 1968-71. Dok V/105, Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen GEW und BLV, Frankfurt/M. 1971, S. 277ff.

71) Guthmann, J., Der BLV, Bd. 2, a.a.O., S. 351.

Nordbadens zur GEW zusammen, nachdem die Abstimmungen in den Verbänden positiv verlaufen waren; ⁷²⁾ ein Jahr später folgte der Anschluß Süd-Badens (französische Zone), ⁷³⁾ das auf dem Goslarer Kongreß der GEW i. J. 1950 zusammen mit dem Berliner Verband der Lehrer und Erzieher ⁷⁴⁾ der GEW beitrug, gefolgt schließlich vom letzten Verband des ADLLV in den Westzonen, dem Landesverband Rheinland-Pfalz, der seine Aufnahme Ende 1950 beantragte. ⁷⁵⁾ Am 3. 1. 1950 waren 67 231 Mitglieder in der GEW organisiert. ⁷⁶⁾

72) Vgl. HZ 2 (1949), Nr. 15, S. 119. Süddeutsche Schulzeitung 3 (1949), Nr. 9, S. 1ff.

73) GEW, Geschäftsbericht 1949/50, a.a.O., S. 1.

74) Der späte Anschluß des Berliner Verbandes ergab sich einerseits aus den besonderen besatzungsrechtlichen Bedingungen Berlins, andererseits aus der Spaltung des Verbandes i. J. 1948, wonach sich der westliche Teil des VBLE der rechtssozialdemokratischen "Unabhängigen Gewerkschaftsopposition" (UGO) und später dem DGB anschloß. - Es wäre lohnend, in einer eigenständigen Abhandlung die innerverbandliche Entwicklung sowie die Spaltung des VBLE unter der Fragestellung zu analysieren, inwieweit seine Geschichte durch die Politik des Kalten Krieges und die Teilung Deutschlands determiniert war. Hier können nur einige historische Fakten genannt werden: Der VBLE Groß-Berlins, dessen Protagonisten - Richard Schallock, Franz Goß, Leo Regener - führend in der FLGD der Weimarer Republik tätig waren, gründete sich im Frühjahr 1945 als Säule 18 im FDGB. Bis zum Sommer hatte der Verband 7 000 Mitglieder, rund 84 % aller Lehrer Berlins. Der Verband war überaus aktiv bei der Durchsetzung des Einheitsschulgesetzes in Berlin. Auch nach der Spaltung, als Richard Schröter (früher: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL)) 1. Vorsitzender des UGO-Teils des VBLE wurde, bekannte er sich eindeutig zu einem radikaldemokratischen Einheitsschulkonzept und war auf dem Marburger Gründungskongreß der GEW als einziger in der Lage, die Notwendigkeit der Einheitsfront von Arbeiterklasse und Lehrerschaft auf schulpolitischem Gebiet einerseits und die daraus resultierende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationsform für die Lehrerschaft andererseits (Fortsetzung s. nächste Seite).

(Fortsetzung der Fußnote 74)

seits politisch einsichtig zu begründen (vgl. Protokoll der VV der GEW in Marburg, (ms), S. 235. Archiv der GEW.) Die Konflikte, die im Juni 1948 zur Spaltung des Verbandes führten, ergaben sich dementsprechend nicht aus divergierenden Normen über eine neue, demokratische Schule in Deutschland oder aus der Bejahung oder Verneinung der gewerkschaftlichen Organisation der Lehrerschaft, sondern aus den Konsequenzen, die sich aus den Organisationsprinzipien des FDGB - keine eigene Finanzhoheit des VBLE, keine freien Wahlen zur Stadtkonferenz des FDGB - ergaben. Nach heftigen Auseinandersetzungen erklärte sich der VBLE am 18. 6. 1948 mit 221 : 21 Stimmen für autonom. Bei der Interpretation des gesamten Vorgangs gälte es den dann folgenden Schritt in die Spaltergewerkschaft UGO nicht an den Anfang der Analyse zu setzen, sondern die vorausgehende Opposition gegen die Gewerkschaftspolitik der SED, die man genauer zu analysieren hätte, ernst zu nehmen. Vgl. dazu: Der Volkslehrer, Jge. 1946ff.

75) AGDL. Geschäftsbericht 1950/51, a.a.O., S. 3.

76) Ebenda, S. 18.

Schlusskapitel: Der Anschluß an den DGB: Flucht
nach vorn.

Will man abschließend ein Resumé aus dem dargestellten Konstituierungsprozeß der GEW ziehen, so ist er als - ohne Zweifel widersprüchliche - Anpassungsleistung der organisierten Volksschullehrerbewegung an die veränderten politischen Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie nach Kriegsende zu charakterisieren.

Die objektiven Bedingungen der Volksschullehrerschaft waren nach der Niederlage des Faschismus durch schwerwiegende Depravationen ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Situation geprägt: ihr traditioneller Status als Berufsbeamte mit entsprechend abgesicherten Arbeits- und Lebensbedingungen hatte ebenso gelitten wie ihr gesellschaftlicher 'Leumund' durch die, spätestens in den Entnazifizierungsverfahren erwiesene Loyalität gegenüber dem nationalsozialistischen System.

Aufgrund ihrer subjektiven Voraussetzungen: der Affinität zum Faschismus, der Unfähigkeit, die Entnazifizierung in ihrer politischen Funktion zu begreifen bzw. selbständige radikale Kritik an der eigenen Vergangenheit zu üben sowie der langen Tradition, sich nicht anders als in ständischer Abgrenzung auf andere gesellschaftliche Klassen und Schichten beziehen zu können, war ihr eine politische Entscheidung für die Arbeiterbewegung nicht möglich. Diesen subjektiven Voraussetzungen hatte die vereinsmäßige Sonderorganisation entsprochen, die jedoch für die Einsichtigen den deutlich erkennbaren Makel trug, im 'Ring der Mächte' einflußlos zu bleiben.

Demgegenüber besaßen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und bei den Besatzungsmächten politischen und moralischen Kredit, der ihnen Einfluß auf die politische Entwicklung der Westzonen zu geben versprach.

Im Zusammenspiel dieser verschiedenen Faktoren blieb der verunsicherten Volksschullehrerschaft letztlich nur die Flucht nach vorn in die Gewerkschaft.

Die adäquate Organisationsform dieser widersprüchlichen historischen Situation war die GEW insofern, als sie zwei, für die Volksschullehrerschaft unverzichtbare Bedingungen realisierte: sie garantierte ein Höchstmaß an Besonderung in der gewerkschaftlichen Organisationsform - z. B. verglichen mit den GÖD-Fachgruppen, deren Ziel es war, die Sonderorganisation der Lehrer auch innerhalb des Gewerkschaftsbundes aufzuheben und zugleich den Anschluß an die wichtigste Massenorganisation der Nachkriegszeit, mit der sie, außer durch die Abführung ihres Beitragssatzes ¹⁾ und die Vertretung in einigen Spitzengremien ²⁾ nichts positiv Bestimmba-

-
- 1) Die GEW führte 35 % ihrer Beitrags-Einnahmen an den DGB ab. Davon wurden 15 % (0,45 DM) für die Geschäftsführung, 5 Pfg. pro Mitglied für den Solidaritätsfonds, 1 % für die Unterstützungskasse ehemaliger Gewerkschaftsangestellter und 0,70 DM pro Mitglied für die den Mitgliedern zugestellten Zeitungen "Welt der Arbeit", MUND und Beamtenzeitung des DGB verwendet. Vgl. AGDL. Geschäftsbericht 1950/51, a.a.O., S. 12.
 - 2) Die GEW war in folgenden Gremien des DGB vertreten: im Bundesausschuß, der unmittelbar unter dem Vorstand stehenden Instanz, im Beamtenausschuß, im wirtschaftspolitischen, im lohn- und tarifpolitischen Ausschuß, im Angestellten-Ausschuß, im Ausschuß für Pressefragen und im Verwaltungsrat der Unterstützungsvereinigung. Auf dem Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949 wurde Traeger von den Delegierten in den Bundesvorstand des DGB gewählt, worauf die GEW jedoch keinen satzungsmäßigen Anspruch besaß. Vgl. AGDL. Geschäftsbericht 1949/50, a.a.O., S. 11.

res zu tun hatte. Unzweifelhaft kam diesem Schritt und seinem Resultat die Entwicklung des DGB auf halbem Wege entgegen: er selbst war bereits Ausdruck und Ergebnis reduzierter bzw. im Faschismus versäumter Klassenkämpfe. Der DGB war in der Form der eingeschränkten Einheitsgewerkschaft mit hohen Mitgliederzahlen, der Durchorganisierung aller Beschäftigungsbereiche und der formal-organisatorischen Vereinheitlichung in einem Dachverband in aller Ambivalenz das dem politischen Charakter der Arbeiterbewegung nach dem Faschismus adäquate Ergebnis.

Verglichen mit der alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden politisch-revolutionären Bewegung nach 1918 herrschte nach dem 2. Weltkrieg gesellschaftlich-politischer Tiefschlaf. Die subjektiven Ausdrucksformen bestanden in Lethargie, Abwarten und Rückzug in die Privatsphäre einerseits, der Verfolgung der unmittelbaren, quasi biologisch bestimmten Interessen: Nahrung, Wohnung, Ruhe, Zusammenfinden der Familien, Aufräumen andererseits. Gemeinsamkeit von Interessen hieß unter diesen Bedingungen, daß die Interessen der Einzelnen keiner Vermittlung bedurften, sondern als unmittelbare plausibel und damit akzeptabel erschienen. Die Flüchtlinge brauchten Unterkunft, die von der Entnazifizierung Betroffenen Arbeit, die Kriegsentlassenen Arbeitsplätze, die Kinder Kleidung und Nahrung, die 'Bevölkerung' die Möglichkeit zum Überleben. Letztlich blieben diese Gemeinsamkeiten durch das ökonomische Interesse privater Individuen bestimmt.

Anstrengungen, die Ebene unmittelbarer ökonomischer Erfordernisse zu verlassen, gab es kaum. Erst dadurch jedoch hätte eine politisch vermittelte Vereinheitlichung der verschiedenen Partialinteressen stattfinden können, der dann auch die notwendige radikale Kritik an der eigenen Geschich-

te im Zusammenhang mit dem Faschismus hätte gelingen können.

Diesen Prozeß verhinderten nicht zuletzt die Besatzungsmächte, deren 'Vergangenheitsbewältigung' vor der Kritik an ihnen selbst Halt machte. Demgegenüber hätte eine gründliche Aufarbeitung der deutschen Geschichte auch deren Norm: die gemäßigte Demokratie zu realisieren, unter praktische Kritik stellen müssen. Objektiv galt für die Situation nach 1945 die gleiche Alternative wie nach 1918: Übergang zum Sozialismus oder Erneuerung des Kapitalismus auf erweiterter Stufenleiter.

Nach anfänglichen 'Wirren' verfolgte die Politik des DGB dieses Ziel in jeweils zögernder Übereinstimmung mit der gesellschaftlich-politischen Entwicklung in den Westzonen Zug um Zug: er gab die verbale Opposition gegen die Teilung Deutschlands nicht auf, aber er arbeitete in allen bi- und trizonalen Gremien mit, die die Teilung institutionalisierten; er übte Kritik am Grundgesetz, aber er begrüßte die Verabschiedung einer Verfassung; schließlich stimmte er dem Marshall-Plan zu, obwohl ihm dessen politische Konsequenz - die Besiegelung der Teilung Deutschlands - klar war und konnte die beunruhigte Basis mit der Hoffnung trösten, daß vom Dollarsegen auch etwas für soziale Zwecke abfallen werde.

Hans Böcklers bekümmertes Statement angesichts der Hungerstreiks im Winter 1948, "es wäre uns lieber, wir könnten unsere gewerkschaftliche Kraft auf die Förderung der Produktion konzentrieren"³⁾ definierte den Bitterfelder Weg des

3) Zit. nach: Schmidt, E., Die verhinderte Neuordnung, a.a.O., S. 142.

DGB im neu gekräftigten Kapitalismus der BRD. Das politische, für das eigene Selbstverständnis unpolitische Programm des ökonomischen Aufbaus jenseits der Bestimmung der Produktionsverhältnisse beschränkte sich jedoch nicht auf die Führungsspitzen des DGB, sondern repräsentierte, solange es 'zumutbar' blieb, die Interessen der Arbeiterklasse.

War in der Konstituierung des DGB noch der Weg zurück - von Klassenauseinandersetzungen jenseits der Ebene institutioneller Interessenvertretung bis zur an der Gewerkschaft festgemachten Arbeiterbewegung - spürbar, so hatte die Lehrerbewegung diesen Prozeß nach 1945 gar nicht erst zu absolvieren. Ihre, durch den ADLLV vertretenen Forderungen waren von Anfang an auf die unmittelbaren Interessen einzelner Gruppierungen und der Gesamtheit der Lehrerschaft gerichtet: die Flüchtlingslehrer, die Junglehrer, die Entnazifizierten klagten ebenso vehement ihre Partial-'Rechte' ein und wurden dabei von der Gesamtlehrerschaft akzeptiert ⁴⁾

4) Daß die Ausnahme die Regel bestätigt, zeigt eine Stellungnahme des Vorstandes der schleswig-holsteinischen GEW i. J. 1949, der in einem Konflikt zwischen potentiell arbeitslosen 'Junglehrern' und entnazifizierten 'Altlehrern' zu vermitteln suchte. Erstere hatten an den Vorstand der GEW geschrieben: "Mit großer Erregung hat die Studentenschaft davon Kenntnis genommen, daß auf der Vertreterversammlung ein Antrag angenommen wurde, der eine Bevorzugung der entnazifizierten Lehrer gegenüber den Lehramtsanwerbern darstellt. Wir sind verwundert darüber, daß sich die Gewerkschaft zum Vertreter dieser Leute macht, deren endlich erfolgte Entnazifizierung mehr einem Gnadenakt als einer Rechtfertigung gleicht. - Wir nehmen nicht an, daß man diese Kräfte den jungen, durch eine demokratische Erziehung vorgebildeten Studenten vorziehen wird". Daraufhin hatte der Vorstand einigermaßen hilflos geantwortet: "Unsere Gewerkschaft will jeden Notleidenden vertreten. Sie kennt die Junglehrernot aus den Jahren vor 1930, wo infolge der vielen Sonderkurse nach 1918 der Junglehrer 6 - 7 Jahre auf eine Anstellung warten mußte. Noch gibt es keine Junglehrernot dieser Art. Wozu denn gleich ein Angriff in wenig schöner Form!" Vgl. Die Schleswig-Holsteinische Schule 3 (1949), Nr. 2, S. 9. (Hervorhebung, R.M.)

wie diese sich der Unterstützung dieser verschiedenen Gruppierungen bei der Vertretung der allgemeinen Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensumständen, Gehaltsanhebung und dem Wiederaufbau des Schulwesens sicher sein konnte. Daß die materiellen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme eines geregelten Unterrichts geschaffen werden mußten, soll hier ebensowenig bestritten werden wie die Notwendigkeit, Arbeitsplätze für alle Lohnabhängigen zu beschaffen, worauf sich in ihren Argumentationen die Gewerkschaften beriefen. Verdächtig vielmehr ist die Form, die diskussionslose Selbstverständlichkeit, mit der die Forderungen erhoben wurden. Darin übertraf die Lehrerschaft bei weitem die gewerkschaftlichen Argumentationen. Der durchgängige Bezug auf das Nächstliegende: Räume, Lehrerstellen etc. verlieh diesen Forderungen das Odium des Unpolitischen mit doppelter Funktion: sie suspendierte gleichermaßen die Fragen nach der Vergangenheit wie Überlegungen über die Zukunft.

Ausdruck dieser geschichtslosen Fixierung auf die unmittelbaren Nachkriegs-Interessen war auch die Tatsache, daß die GEW bis 1954 kein Schulprogramm verabschiedete.⁵⁾ Zu welchem gesellschaftlichen Ziel das Schul- und Erziehungswesen im postfaschistischen Deutschland wieder aufgebaut werden sollte, blieb aus den 'Sachzwängen' der Nachkriegsnot ausgeblendet.

Gerade diese Diskussion hätte einerseits den inhaltlichen Bezug auf die Interessen der in den Gewerkschaften Organisierten und andererseits einen Vermittlungsprozeß zwischen den Interessen der verschiedenen Gruppen in der Lehrerschaft erforderte. Daß die Lehrerschaft weder zu dem einen noch zu dem anderen bereit und fähig war, erwies sich daran, daß der Entschluß, dem DGB beizutreten, völlig getrennt von et-

5) s. nächste Seite.

waigen schulpolitischen Diskussionen gefaßt wurde. Das, was der ADLLV auf der einen Seite dem DGB vorwarf, daß er 'nur wirtschaftliche' und keine kulturellen Interessen in sich dulden könne, wurde auf der anderen Seite von ihm

-
- 5) Unter Schulprogrammatisik soll hier nicht die weitverzweigte und in unzählige Details gehende Diskussion um alle erdenklichen Teilbereiche des Schulwesens, der Erziehungswissenschaft und der Didaktik verstanden werden. Diese Seite schulprogrammatischer Überlegungen ist bis zum Überdruß in den Zeitungen der Landesverbände in den Jahren 1947 - 1949 nachzulesen und würde ebenso eine eigene, von anderen Interessen geleitete Aufarbeitung erfordern wie die auf den Vertreterversammlungen in Dortmund und Marburg gehaltenen abstrakten Festvorträge über "Das Recht des Kindes" und "Die inneren Voraussetzungen der Einheitsschule". (Vgl. die Protokolle der Vertreterversammlungen, im Archiv der GEW). Hier geht es um die nicht vollzogene Verabschiedung eines gewerkschaftlichen Schulprogramms, das sich für eine bestimmte Schulstruktur - z. B. die demokratische 8jährige Einheitsschule der SBZ oder Berlins - entschieden und diese Festlegung begründet hätte. Zum Schulprogramm der GEW, das auf der VV in Bielefeld i. J. 1954 verabschiedet wurde vgl.: Programmatische Grundsätze der AGDL. (= Um Schule und Stand, H. 3, o. O. 1954).
- In welcher Weise die GEW ihre Einflußmöglichkeit auf schulpolitische Verlautbarungen des DGB nutzte, erweist sich an der vom Vorstand der GEW stark beeinflussten Rede Hans Böcklers auf dem Goslarer Kongreß der GEW am 2. Juni 1950, in der zwar Vollbeschulung, Herabsetzung der Klassenfrequenz auf höchstens 40 und ausreichende Schulräumlichkeiten, nicht aber die demokratische Einheitsschule gefordert wurde. Schulreform beschränkte sich somit auf den Austausch von Inhalten der Schulfächer. Vgl. Gewerkschaften und Kulturpolitik, Rede Hans Böcklers auf der VV der GEW in Goslar, o. O. 1954. Vgl. zur Problematik des Schulprogramms der GEW: Jörß, H., Zur Geschichte der deutschen Lehrerorganisationen in den ersten Jahren ihres Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg (unter besonderer Berücksichtigung ihrer Interzonenkonferenzen). Diss. Berlin (DDR) 1970, (ms), bes. S. 79-111.

bei der Verfolgung seiner Interessen ausgenutzt: wie aus der Darstellung hervorging, war für den Gewerkschaftsanschluß der Lehrerschaft nicht etwa ein demokratisches Schulprogramm ausschlaggebend, das sie mit dem DGB durchzusetzen hoffte, sondern die durch die Entwicklung des DGB zum 'Dienstleistungsunternehmen' begründete Aussicht, mit ihm materielle Interessen der Beamtenschaft durchsetzen zu können.

Die Verhandlungen zwischen DGB und ADLLV um das Zugeständnis einer selbständigen Schulpolitik der GEW sind von hier aus gesehen schon Ausdruck der in der GEW repräsentierten Minimalposition: nicht konkrete schulreformerische Vorstellungen waren Gegenstand der Kontroverse, sondern vertragliche Regelungen, die für die GEW prophylaktische Sicherungen, für den DGB nur noch organisationsimmanente Störfaktoren darstellten.

Nimmt man die Lehrerschaft in ihrem eigenen Anspruch ernst, die berufsmäßigen Sachwalter kultureller und pädagogischer Normen zu sein, so ist das Fehlen eines Schulprogramms der zutreffendste Ausdruck ihrer desolaten kollektiven Verfassung nach Kriegsende.

Die Entscheidung, sich dem DGB anzuschließen, war für diese Unfähigkeit allerdings nicht verantwortlich zu machen, was sich am Verhältnis der allgemeinen Gewerkschaften in Berlin, Niedersachsen und Hessen zu den dort in der Gewerkschaft organisierten Lehrergruppen zeigte. Sie besaßen allesamt Schulprogramme: der LVN in der AGN hatte das des DLV übernommen, der Berliner Verband der Lehrer und Erzieher kämpfte aktiv für das weitestgehende Programm der 8jährigen Einheitsschule, die GÖD-Fachgruppe in Hessen propagierte kritisch die 6jährige Grundschule im Rahmen der hessischen

Schulreform unter Kultusminister Stein. Keine Lehrergruppe kam deswegen mit den Gewerkschaften in Konflikte, vielmehr wurden die weitestgehenden Vorstellungen aktiv unterstützt.

Es ist aus dem Nichtvorhandensein eines Schulprogramms so eher zu folgern, daß die Mitglieder des ADLLV bzw. der GEW nach 1945 diesen Bereich ihres beruflichen Selbstverständnisses, mit dem sie gleichwohl gegenüber dem DGB Politik machten, zugunsten ökonomischer Statusinteressen aufgaben. Die vorrangigen Interessen gingen auf rechtliche Absicherungen als Beamte, nicht als Lehrer mit einem pädagogisch-politisch-ausgewiesenen Schulprogramm, das sie in den DGB einzubringen gedachten.

An ihrem Verhalten war abzulesen, daß sie die 'Zeichen der Zeit' nach 1945 verstanden und zu relativ schneller Umstellung bereit waren: sie brauchten in der ungewohnten politischen Arena einer stabilen parlamentarischen Demokratie einen stärkeren Einflußfaktor. Das Dilemma, in dem sie sich anfangs dadurch befanden, daß der in Frage kommende 'große Bruder' DGB peinlich radikale Töne von sich gab, deren Inhalt ohne viel Federlesens auf ihre eigenen 'wohlerworbenen Rechte' ausdehnbar erschien, löste sich ohne ihr Zutun in zufriedenstellender Weise.

Karl Bungardt, der Schriftleiter der ADLZ drückte dies in schöner Klarheit im Leitartikel zum Gründungskongreß des DGB im Oktober 1949 in München aus: "... nur für den, der mit alten Voreingenommenheiten der Gewerkschaftsbewegung begegnet und von der Tendenz der neuen Entwicklung keine Kenntnis hat, steht das Gespenst des "Klassenkampfes" drohend auf. Er hat nicht begriffen, daß die Gewerkschaften

einen völlig neuen Weg beschritten haben, der von den überlebten Klassenkampfparolen weit weg geführt hat und hinführen soll zu einer Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsprozess tätigen Menschen. Aus dem revolutionären Pathos ist der Wille zu einer dem sozialen Frieden dienenden Evolution geworden". 6)

Verglichen mit ihrer subjektiven wie objektiven Lage nach Kriegsende war damit die Position der Lehrerschaft bei Gründung der BRD beträchtlich gestärkt: sie hatte kein einziges beamtenrechtliches Privileg aufgeben müssen und zugleich die Unterstützung der stärksten Massenorganisation der Nachkriegszeit gewonnen.

6) ADLZ 1 (1949), Nr. 19, S. 198. Vgl. ebenso: Hessische Lehrerzeitung 2 (1949), Nr. 15, S. 126.

Abkürzungen

ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADLLV	Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverband
ADLZ	Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AGDL	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände
AGN	Allgemeine Gewerkschaft Niedersachsens
BGB	Bayrischer Gewerkschaftsbund
BLLV	Bayrischer Lehrer- und Lehrerinnenverein
BLV	Bayrischer Lehrerverein
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEG	Deutsche Erziehergemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DLV	Deutscher Lehrerverein
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FIAI	Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs
FLGD	Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
ÖTV	(Gewerkschaft) Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
GÖD	Gewerkschaft Öffentliche Dienste
HJ	Hitlerjugend
HLZ	Hessische Lehrerzeitung
ISK	Internationaler sozialistischer Kampfbund
KLV	Katholischer Lehrerverband
KLV	Kreislehrerverein (des ADLLV)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	Kommunistische Partei Deutschlands - Opposition
LVN	Landesverband Niedersachsen

MR	Militärregierung
NLZ	Niedersächsische Lehrerzeitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- partei
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSLZ	Nationalsozialistische Lehrerzeitung
Pg	'Parteigenosse' (der NSDAP)
SA	'Sturmabteilung' (der NSDAP)
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	'Schutzstaffel' (der NSDAP)
VBLE	Verband Berliner Lehrer und Erzieher
VkdL	Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
VV	Vertreterversammlung

Literaturverzeichnis

- I. unveröffentlichte Dokumente
- II. Dokumentationen u. a.
- III. Zeitungen, Zeitschriften
- IV. monographische Schriften
- V. Aufsätze

Literaturverzeichnis

- I. Unveröffentlichte Dokumente im Archiv der
"Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft",
Frankfurt/Main.
1. Ordner "Vor Detmold" (1945 - 1947):
Briefwechsel Fritz Thiele;
Satzungen und Schulprogramme, verschiedener lokaler
Lehrervereine;
Briefwechsel verschiedener Vorstandsmitglieder der
Lehrervereine mit den Besatzungsbehörden.
2. Ordner "Protokolle GA" (1947 - 1951):
Protokolle
- des Vorstandes des ADLLV,
- des geschäftsführenden Vorstandes des ADLLV,
- der Verhandlungen zwischen ADLLV und DGB,
- des 'Zwölferausschusses'.
3. Ordner "Vertreterversammlungen und Interzonen-
konferenzen" (1947 - 1949):
Vorbereitender Schriftverkehr zu den drei Interzonen-
konferenzen der Lehrerverbände;
Protokolle der drei Interzonenkonferenzen der
Lehrerverbände;
Vorbereitender Schriftverkehr, Zeitungsausschnitte
u. ä. zu den Vertreterversammlungen des ADLLV in
Hamburg (Oktober 1947) und Dortmund (Mai 1948), und
zum Gründungskongress der GEW (Juni 1949).
4. Ordner "Schulpolitische Hauptstelle":
Protokolle der Schulpolitischen Hauptstelle der
GEW 1949ff.

5. Ordner "Niedersächsische Lehrerzeitung":
Maschinenschriftliche Rundschreiben des Landesverband
Niedersachsen Nr. 1 - 13.
6. Maschinenschriftliche Protokolle der Vertreterver-
sammlungen des ADLLV in
 - Hamburg 1947
 - Dortmund 1948.
7. Maschinenschriftliche Protokolle der Vertreterver-
sammlungen der GEW in
 - Marburg 1949
 - Goslar 1950ff.

II. Dokumentationen, Dokumentensammlungen, Jahrbücher, Protokolle, Geschäftsberichte.

AGDL. Gemeinsamer Geschäftsbericht, Celle 1948/49ff.

(Keesings) Archiv der Gegenwart, 15 (1948).

Bildungspolitik und Bildungsreform. Amtliche Texte und Dokumente zur Bildungspolitik im Deutschland der Besatzungszonen, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. und eingeleitet von Prof. Dr. L. Froese.

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Reihe III, Bd. 1, Berlin (DDR) 1959.

Dokumente zur demokratischen Schulreform in Deutschland 1945 - 1948, Schwelm o. J. (1961).

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1950 - 1951, Köln o. J. (1952).

GEW. Dokumentation 1968 - 1971, Frankfurt/M. o. J. (1972).

GEW. Geschäftsberichte, Frankfurt/M. 1968/1971ff.

Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB, 1. Zonendelegiertenkonferenz am 13. und 14. Juni 1946 in Berli-Köpenick, Berlin 1946.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (brit. Zone) 1947 - 1949, Köln o. J. (1949).

100 Jahre BLLV. Geschäftsbericht des BLLV 1959/61, München o. J. (um 1962).

Jahrbuch des DLV. Hrsg. vom DLV, Berlin 53 (1928) - 58 (1933).

Protokoll des Gründungskongresses des DGB am 12. - 14. Oktober 1949 in München, Köln 1949.

Protokoll. Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB/britische Zone in Recklinghausen am 16. - 18. Juni 1948, Köln 1948.

Quellen zur Geschichte der Erziehung. Ausgew. von K.-H. Günther (u. a.), Berlin (DDR) 1968.

Schulkampf. Dokumente und Analysen Band 1. Hrsg. von L. Werder und R. Wolff, Frankfurt 1970.

Statistisches Jahrbuch für Bayern, München 23 (1948).

Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Amtliche Veröffentlichungen des Deutschen Gemeindetages, Jena 28 (1934)ff.

III. Zeitungen, Zeitschriften.

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung. Hrsg. vom Deutschen Lehrerverein, Berlin 56 (1927) - 62 (1933).

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung. Hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hamburg 1 (1949)ff.

Allgemeiner Deutscher Lehrer- und Lehrerinnen-Verband in der britischen Zone. Rundschreiben, Hamburg Nr. 1 (Januar 1948) - 9 (Dezember 1948).

Die Bayrische Schule. Hrsg. von C. Weiß, München 1 (1948)ff.

Der deutsche Erzieher. Reichszeitung des NSLB, Bayreuth 1 (1938) - 7 (1944).

Erziehung und Wissenschaft. Hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Nachfolger der ADLZ (24. Jg.), Frankfurt/M. 1 (1972)ff.

Die demokratische Schule. Verbandsorgan der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern, München 1 (1952)ff.

Hamburger Lehrerzeitung. Hrsg. von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1 (1948)ff.

Hessische Lehrerzeitung. Hrsg.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen, Darmstadt 1 (1948)ff.

Die Lehrgewerkschaft. Kulturelles, beamtenrechtliches, wirtschaftliches und organisatorisches Mitteilungsblatt der Lehrer und Erzieher Hessens in der Gewerkschaft öffentliche Verwaltungen und Betriebe, Frankfurt 1 (1948/49)ff.

Die Lehrgewerkschaft. Mitteilungsblatt. Hrsg. vom Berliner Verband der Lehrer und Erzieher, Berlin 1 (1946) - 5 (1950).

Der Lehrer-Rundbrief. Hrsg. von Willi Himmerich, Frankfurt/M. 1 (1945/47)ff.

Lehrerverband Niedersachsen (in der allgemeinen Gewerkschaft). Rundschreiben, Hannover Nr. 13 - Nr. 27.

Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins. Hrsg. von F. X. Hartmann, München 1 (1946/1947) - 2 (1948).

Mitteilungen der pädagogischen Arbeitsstellen in Stuttgart, Karlsruhe und Heidelberg. Educational Service Center, Stuttgart 1 (1948) - 4 (1951).

Mitteilungsblatt der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 1 (1946) - 2 (1947/48).

Nationalsozialistische Lehrerzeitung. Kampfblatt des NSLB. Hrsg. von Hans Schemm, Bayreuth 1 (1926) - 8 (1933).

Reichszeitung der deutschen Erzieher. Hrsg. vom NSLB, Reichsleitung, Bayreuth 1 (1934) - 5 (1938).

Neue deutsche Schule. Hrsg. von E. Klatt i. A. der GEW (ADLLV), Verbandsorgan des Lehrerverbands Nordrhein-Westfalen und Lippe, Essen 1 (1949)ff.

Der neue Erzieher. Mitteilungsblatt des Verbandes der Lehrer und Erzieher im FDGB (Groß-Berlin), Berlin 1 (1948)ff.

Die neue Schule. Blätter für demokratische Erneuerung im Unterricht und Erziehung, Berlin 1 (1946)ff.

Niedersächsische Lehrerzeitung. Hrsg. von der GEW (ADLLV) im DGB. Lehrerverband Niedersachsen, Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer e. V., Verein Oldenburger Lehrer und Lehrerinnen, Hannover 1 (1949)ff.

Die Sammlung. Zeitschrift für Kultur und Erziehung. Hrsg. von H. Nohl, W. Flitner, E. Weniger und O. F. Bollnow, Göttingen 1 (1945/46)ff.

Die Schleswig-Holsteinische Schule. Zeitschrift der GEW, Allgemeiner Schleswig-Holsteinischer Lehrer- und Lehrerinnenverein, Eckernförde 1 (1947)ff.

schola. Monatsschrift für Erziehung und Bildung. Hrsg. von P. Fleig und G. Woyt, Offenburg 1 (1946)ff.

Die Schule. Hrsg. von A. Grimme, Hannover 1 (1946) - 5 (1950).

Sozialistische Erziehung. Beiträge für Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung. Hrsg. von der KPD-Landesleitung Niedersachsen, Hannover, 1. (und einziger) Jg. 1947.

Süddeutsche Schulzeitung. Zeitschrift der GEW (ADLLV) im DGB. (Württembergischer Lehrer- und Lehrerinnenverein, Verein badischer Lehrer und Lehrerinnen e. V., Verein badischer Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen e. V. und des Lehrervereins Württemberg-Hohenzollern e. V. Ludwigsburg 1 (1947)ff.

Der Volkslehrer. Hrsg. von der Allgemeinen Freien Leh-
rergewerkschaft Deutschlands. Langensalza 9 (1927) -
14 (1933).

Der Volkslehrer. Mitteilungsblatt für die Funktionäre der
Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB (SBZ), Ber-
lin 1 (1947) - 6 (1952).

Wirtschaft und Recht. Schul- und beamtenrechtliches Bei-
blatt zur Reichszeitung "Der deutsche Erzieher", Bayreuth
1 (1934) - 11 (1944).

IV. Monographische Schriften.

Abelshauser, W., Wirtschaft in Westdeutschland 1945 - 1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.

Abendroth, W., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 21969.

1865 - 1965. Bezirksverband Pfalz der GEW (Pfälzischer Lehrerverein e. V.) - 100 Jahrfeier, o. O., o. J. (1965).

Adler, H., Berlin in jenen Tagen. Berichte aus der Zeit von 1945 - 1948, Berlin (DDR) 1959.

Arbeitsgruppe 'Geschichte der Lehrerbewegung' (Marburg), Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I (1789 - 1933), (= Reihe Roter Pauker, H. 7), Offenbach 1973.

Arendt, H., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955.

Badstübner, R., Restauration in Westdeutschland 1945 - 1949, Berlin (DDR) 1965.

Barthel, O., Die Schulen in Nürnberg 1905 - 1960, mit einer Einführung in die Gesamtgeschichte, Nürnberg o. J. (um 1964).

Berg, H., Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Oberschule auf dem Gebiet der heutigen DDR in der Zeit von Mai 1945 bis 1948. Diss. Berlin (DDR) 1969 (ms).

Bettermann, K. und M. Goessl, Schulgliederung, Lehrerbildung und Lehrerbesoldung in der bundesstaatlichen Ordnung. Zugleich ein Beitrag zur Rahmenkompetenz des Bundes und zu Konflikten zwischen Bundes- und Landeskompetenzen, Berlin 1963.

BLLV Oberfranken 1864 - 1964, Kulmbach 1964.

Böckler, H., Gewerkschaften und Kulturpolitik. Rede Hans Böcklers auf der Vertreterversammlung der GEW in Goslar i. J. 1950 (= Um Schule und Stand, H. 2) o. O. 1954.

Böhme, G., Franz Hilkers Tätigkeit nach dem 2. Weltkrieg in Hessen, Stuttgart 1967.

Bolland, J., Die Gesellschaft der Freunde im Wandel des hamburgischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg o. J. (1955).

Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Bd. I: Bracher, K. D., Stufen der Machtergreifung; Bd. II: Schulz, G., Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Frankfurt/M. 1974. (Lizenzausgabe der Erstauflage von 1962).

Buchinger, H., Volksschule und Lehrerbildung im Spannungsfeld politischer Entscheidungen. 1945 - 1970, München 1975.

Budde, H., Caspar, H. (u. a.), Der Weg des DLV in den Faschismus. unveröffentlichtes Manuskript, Marburg 1976.

Bungardt, K., Die Odyssee der Lehrerschaft. Sozialgeschichte eines Standes, Hannover 1965.

Bungenstab, K. E., Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945 - 1949, Düsseldorf 1970.

Diekmann, J., Das Erbe des DLV und seiner Zweigvereine. o. O., o. J. (1947).

Dumas, L., Die ersten 25 Jahre der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände (1926 - 1951), Darmstadt o. J. (1953).

Eilers, R., Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat, Köln/Opladen 1963.

Engelberg, E., Deutschland 1849 - 1871. Von der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zur Reichsgründung, Berlin (DDR) 1965.

Erziehung in Deutschland. Bericht der Amerikanischen Erziehungskommission. Hrsg.: Die Neue Zeitung, München o. J. (1946).

Festschrift zur 125. Wiederkehr der Gründung des Württembergischen Lehrervereins am 12. 8. 1840 in Esslingen am Neckar. Hrsg. von der GEW, Landesbezirksverband Württemberg, o. O. 1965.

Fichter, T., Betriebspolitik der KPD nach 1945: Am Beispiel der Firma Bosch, Berlin 1974.

Fischer, K., Geschichte des Deutschen Volksschullehrerstandes (Bd. 2: Von 1790 bis auf die Gegenwart). (1898). Fotomechanischer Nachdruck der Originalausgabe, Leipzig 1969.

Flechtheim, O. K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.

Führ, Christoph, Zur Schulpolitik in der Weimarer Republik, Weinheim 1972.

25 Jahre GEW. In: Die Deutsche Schule, Hannover 66 (1974), H. 5.

Fürstenau, J., Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969.

Fugger, K., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (1949), Berlin 1971.

Gaebe, B., Die Berufsrolle des Lehrers und die GEW. Ein Beitrag zum Problem der Pädagogisierung und Professionalisierung der Lehrerrolle, Diss. phil. Köln 1971.

Gahlings, I., Die Volksschullehrerschaft und ihre Berufsorganisationen. Diss. phil. Münster 1964.

Gamm, H. J., Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, München 1964.

Geiger, T., Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen 1949.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II. 1917 - 1945, Berlin (DDR) 1966.

Geschichte der Erziehung, Berlin (DDR) ¹⁰1971.

Zur Geschichte der Lehrerbewegung II. Breyvogel, W., Lehrer zwischen Weimarer Republik und Faschismus. Die Lehrerschaft des Hessischen Volksschullehrervereins in den Jahren 1930 - 1933. (= Reihe Roter Pauker, H. 12) Offenbach 1974.

Zur Geschichte der Lehrerbewegung III. Hoffmann, V., Zur 'Proletarisierung' der pädagogischen Intelligenz. (= Reihe Roter Pauker, H. 14) Offenbach 1975.

Die GEW. Ihr Aufbau, ihre Probleme, ihr Kampf, ihre Erfolge. (= Um Schule und Stand. 1) o. O., 1954.

Die Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher in der sowjetisch besetzten Zone in verantwortlicher Mitarbeit. Hrsg. vom Zentralvorstand der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB, Berlin (DDR) 1949.

Gimbel, J., Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945 - 1949, Frankfurt/M. 1971.

ders., Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945 - 1952. Übersetzt von S. Heintz, Köln/Berlin 1964.

Guthmann, J., Der Bayrische Lehrer- und Lehrerinnenverein. Seine Geschichte (Bd. 2: Ein Jahrhundert Standes- und Vereinsgeschichte), München 1961.

Hillgruber, A., Die Auflösung der Weimarer Republik, Hannover 1965.

Huelsz, J., Schulpolitik in Bayern 1945 - 1950, Hamburg 1970.

100 Jahre Oldenburgischer Landeslehrerverein, VOLL 1859 - 1959, Oldenburg o. J. (1959).

150 Jahre Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg o. J. (1955).

Institut für Demoskopie, Allensbach. Das Dritte Reich. Eine Studie über Nachwirkungen des Faschismus, Allensbach 1949.

Jörß, H., Zur Geschichte der deutschen Lehrerorganisationen in den ersten Jahren ihres Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Interzonenkonferenzen. Diss. phil. Rostock 1970.

Jolles, H. M., Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln/Berlin 1965.

Kimpel, Th., Der Hessische Lehrerverein. Seine Entstehung, sein Werden und Wirken während des letzten Halbjahrhunderts, Kassel 1919.

Klewitz, M., Berliner Einheitsschule 1945 - 1951. Entstehung, Durchführung und Revision des Reformgesetzes von 1947/48, Berlin 1971.

Klönne, A., Die HJ, Hannover/Frankfurt/M. 1957.

Klatt, E., Der Kampf um die Schule. DGB und GEW im weltanschaulichen Spannungsfeld, Essen 1954.

Kluger, A., Der deutsche Volksschullehrer. Handbuch des Volksschul- und -lehrerrechts nebst den schul- und lehrerrechtlichen Bestimmungen für die neuen Reichsgebiete und den Vorschriften aus Anlaß der Reichsverteidigung. Teilband I: Der Volksschullehrer als unmittelbarer Reichsbeamter; Teilband II: Der Volksschullehrer und Erzieher, Berlin/Breslau 1944.

Kuczynski, J., Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin (DDR) 1966.

Lehrer im antifaschistischen Widerstandskampf der Völker. Hrsg. von der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. (= Monumenta paedagogica Bd. XV) Berlin (DDR) 1974.

Leissner, G., Verwaltung und öffentlicher Dienst in der SBZ, Köln 1961.

Leppert-Fögen, A., Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/M. 1974.

Lepsius, R. M., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart etc. 1966.

Lingelbach, K. Ch., Erziehung und Erziehungstheorien im Nationalsozialistischen Deutschland, Berlin etc. 1970.

Mannschatz, G. und J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945 - 1947, Berlin (DDR) 1962.

Mason, T. W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Köln/Opladen 1977.

Negt, O. und A. Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972.

Nüchter, F., Lehrervereine wozu? Neustadt 1934.

ders., Wo stehen wir? Wohin gehen wir? Vortrag. Vertreterversammlung zur Wiedererrichtung des Bayrischen Lehrervereins. 26. August 1946, Erlangen 1946.

Organisationsbuch der NSDAP, München 7 1943.

Pirker, Th., Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bde, München 1960.

Pretzel, C. L. A., Geschichte des DLV in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Unter Benützung von Robert Rissmanns Geschichte des DLV, Leipzig 1921.

Programmatische Grundsätze der AGDL. Beschlossen auf der Bielefelder Vertreterversammlung i. J. 1954. (= Um Schule und Stand, H. 3) o. O. 1954.

Rissmann, R., Geschichte des DLV, Leipzig 1908.

Rosenberg, A., Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

ders., Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961.

Das Rote Gewerkschaftsbuch. (1932), Frankfurt/M. 1966.

Schirach, B. v., Revolution der Erziehung, München 1938.

ders., Die Hitlerjugend, Berlin 1934.

Schmidt, E., Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1970.

Schmücker, E. und M. Emmerich (Hrsg.), Lebendige Tradition im Wirken führender Frauen des Vereins katholischer Lehrerinnen, Bochum o. J. (1960).

Schumann, G., Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt/M. 1958.

Schwarz, H. P., Vom Reich zur Bundesrepublik Deutschland. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 - 1949, Neuwied/Berlin 1966.

Sérant, P., Die politischen Säuberungen in Westeuropa, Oldenburg/Hamburg 1966.

Siemering, H., (Hrsg.) Die deutschen Jugendverbände. Ihre Ziele, ihre Organisation sowie ihre neuere Entwicklung und Tätigkeit, Berlin 1931.

Sohn, K., Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Köln 1964.

Staritz, D., Sozialismus in einem halben Land. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR. Berlin (West) 1976.

Thiele, F., Die Lehrerschaft in der Gewerkschaft, Celle o. J. (1950).

ders., Der 'rote' Wander und seine Zeit. Erinnerungsblätter zum 150. Geburtstag Friedrich Wilhelm Wanders (geb. 27. 12. 1803, gest. 4. 6. 1879). (= Material- und Nachrichten-Dienst der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände 4 (1953), Nr. 50) Darmstadt 1950.

Thron, H.-J., Schulreform im besiegten Deutschland. Die Bildungsreform der amerikanischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss. München 1972.

Trapp, A. und H. Rodenstein, Die Braunschweigische Lehrerbewegung 1850 - 1950. Hrsg. vom Gesamtverband Braunschweiger Lehrer, Braunschweig o. J. (um 1950).

Uhlig, G., Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform in der SBZ 1945 - 1946, Berlin (DDR) 1965.

Die Vertriebenen in Westdeutschland. Hrsg. von E. Lemberg und F. Edding, Bde 1-3, Kiel 1959.

Vollmann, H., Der Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Witten 1954.

Weber, H., Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde, Frankfurt/M. 1969.

Wheeler, G. S., Die amerikanische Politik in Deutschland 1945 - 1950, Berlin (DDR) 1958.

Willis, R. F., The French in Germany 1945 - 1949, Stanford 1962.

Winkeler, R., Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945 - 1952. Eine Analyse der Auseinandersetzung um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht. Diss. phil. Tübingen 1971.

Wolf, M., Geschichte der Lippischen Volksschule. Ein Beispiel für die Emanzipation der deutschen Volksschule und ihrer Lehrer, Lemgo 1964.

Wulff, H., Geschichte der bremischen Volksschule, Heilbronn 1967.

ders., Schule und Lehrer in Bremen 1945 - 1965. Geschichte des Vereins Bremer Lehrer und Lehrerinnen in der GEW. Ein Beitrag zur Sozial- und Geistesgeschichte des Lehrerstandes unserer Zeit, Bremen 1966.

10 Jahre Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer 1946 - 1956, Braunschweig 1956.

Zietz, K., Kleine Chronik der PH Braunschweig (= Schriftenreihe der PH Braunschweig, Nr. 14) o. O., o. J. (um 1950).

Zink, H., The United States in Germany 1944 - 1955, Princeton 1957.

Zur Entwicklung des Volksbildungswesens auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von K. H. Günther und G. Uhlig, Berlin (DDR) 1968.

V. Aufsätze.

Adorno, Th. W., Tabus über dem Lehrberuf. In: Neue Sammlung, Göttingen 20 (1965), S. 487ff.

ders., Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 125ff.

Ausländer, F., Woher stammt der Lehrernachwuchs in der 'sozialen Republik'? In: Die Kommune, Berlin H. 23/1929, S. 142f.

Braun, M., Entnazifizierung und kein Ende. In: Die Bayrische Schule, München 1 (1948), S. 88ff.

Bungardt, K., Die AGDL. In: Pädagogische Rundschau. Monatsschrift für Erziehung und Unterricht, Köln 18 (1964), S. 323ff.

ders., Der Junglehrer, ein soziales und pädagogisches Problem. In: ADLZ, Hamburg 1 (1949), Nr. 16, S. 168ff.

Bungardt, H., Zum Tode Bernhard Plewes, 1. Vorsitzender der GEW von 1952 bis 1958. In: Erziehung und Wissenschaft, hrsg. von der GEW im DGB, Hamburg 29 (1976), Nr. 10, S. 12.

Bungenstab, K. E., Die Schulbuchrevision in der US-Zone nach 1945 im Zusammenhang mit der amerikanischen Umerziehungspolitik. In: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht, Braunschweig 1968/69, Bd. XII, S. 96ff.

Denkschrift des BLV zur Entnazifizierung vom 25. November 1946. Abgedruckt in: Mitteilungen des Bayrischen Lehrervereins. Folge 1 - 3, München 1 (1946/47), Nr. 7/8, S. 9ff.; Nr. 9/10, S. 12ff.; Nr. 11/12/13, S. 9ff.

Deppe, F., Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945. In: Ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 255ff.

Engelhard, E., Schulnot von heute. Brief nach Amerika. In: Die Sammlung, Göttingen 1 (1947), S. 304ff.

Fleig, P., Unsere Schule. In: schola, Offenburg 1 (1946), Nr. 1, S. 6ff.

Geiger, Th., Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus. (1932) In: Ders., Arbeiten zur Soziologie, Neuwied 1962, S. 335ff.

ders., Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Berlin Jg. 1930, Oktober-Heft.

Gläß, Th., Bemerkungen zur Sozialstatistik einer Pädagogischen Hochschule. In: Die Sammlung, Göttingen 3 (1948), S. 246ff.

Graehn, G., Die Anfänge der demokratischen Schulreform in Berlin 1945/46. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 13 (1971), S. 1 014ff.

Hartmann, F. X., Nationalsozialismus und Bayrischer Lehrerverein. Eine Abwehr. In: Die Bayrische Schule, München 2 (1949), Nr. 6 (Beilage).

Hoppe, A., Von den unerträglichen zu den unzureichenden Arbeitsbedingungen. In: Die deutsche Schule, Hannover 66 (1974), Nr. 5, S. 352ff.

Huisken, F., Anmerkungen zur Klassenlage der pädagogischen Intelligenz. In: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971, S. 405ff.

Jung, A., 125 Jahre württembergischer Lehrerverein. In: Festschrift zur 125. Wiederkehr der Gründung des Württembergischen Lehrervereins, o. O. 1965, S. 46ff.

Kraus, F., Von der Emanzipation der Hamburger Volksschullehrerschaft 1900 - 1950. In: Hamburger Lehrerzeitung, Hamburg 1971, H. 11, S. 356ff.

Kogon, E., Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus. In: Frankfurter Hefte, Frankfurt/M. (1945/46), H. 2, S. 62ff.

Krause-Vilmar, D., Der aufziehende Faschismus und die Lehrerschaft in Deutschland (1930 - 1933). In: Demokratische Erziehung, Köln 3 (1977), Nr. 1, S. 78ff.

Lange, H., Die gewerkschaftliche Situation der Lehrerschaft. In: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, Hamburg 2 (1948), Nr. 10, S. 2ff.

Lerch, A., Lehrer, Beamte und Gewerkschaften. In: Niedersächsische Lehrerzeitung, Hannover 3 (1952), Nr. 1, S. 3f.

Lieb knecht, W., Wissen ist Macht - Macht ist Wissen. Festrede, gehalten zum Stiftungsfest des Dresner Bildungsvereins am 5. Februar 1872. In: Ders., Wissen ist Macht - Macht ist Wissen und andere bildungspolitisch-pädagogische Äußerungen. Ausgewählt und eingeleitet von H. Brumme, Berlin (DDR) 1968, S. 49ff.

Marcuse, H., Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: Bauer/Marcuse/Rosenberg, Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt/M. 1967, S. 39ff.

Mason, T., Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930 bis 1940: Wohlfahrt, Arbeit, Familie. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, Frankfurt/M. 1976, S. 118ff.

Mayer, G., Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863 - 1870. In: Ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt/M. 1969, S. 108ff.

Menzel, G., 100 Jahre DLV. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Volksschule. In: Neue deutsche Schule. Sonderbeilage, Essen o. J. (1948).

Morell, R., Die Anfänge der westdeutschen Lehrerbewegung nach 1945. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Nr. 80, Sonderband, Berlin 1973.

Nohl, H., Die geistige Lage im gegenwärtigen Deutschland. In: Die Sammlung, Göttingen 2 (1948), S. 601ff.

Nyssen, F., Das Sozialisationskonzept der Stiehlschen Regulative und sein historischer Hintergrund. In: Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1974, S. 292ff.

Oestreich, P., Schulleben Berlins nach dem Zusammenbruch. In: schola. Offenburg 2 (1947), Nr. 1, S. 194ff.

Proksch, R., Der Erziehungsauftrag der NSDAP. In: Benze, R. und G. Gräfer, Erziehungsmächte und Erziehungshoheit im Großdeutschen Reich als gestaltende Kräfte im Leben des Deutschen, Leipzig 1940, S. 212ff.

Putzhammer, H., Sparen im Bildungswesen geht zu Lasten der Demokratie. Oder: wie weit ist es von Bonn nach Weimar? In: Die demokratische Schule. Verbandsorgan der GEW/Landesverband Bayern, München Nr. 3/1977, S. 4ff.

Reuter, E., Vom Standesverband zur Gewerkschaft. In: Die deutsche Schule, Hannover 66 (1974), H. 5, S. 325ff.

Rodenstein, H., Die deutsche Lehrerschaft und die internationalen Lehrerverbände. In: Sonnenberg-Briefe zur Völkerverständigung. 5. Brief (Sept. 1954), Braunschweig o. J.

ders., H., 25 Jahre GEW. In: 25 Jahre GEW. Die deutsche Schule, Hannover 66 (1974), H. 5, S. 313ff.

Rothenberg, D., Gefahr für unser Werk! In: ADLZ, Hamburg 1 (1949), Nr. 1, S. 4ff.

Schreibner, O., Zur Sozialstatistik des Lehrerstandes. In: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie und experimentelle Pädagogik, Leipzig 12 (1911), S. 338.

Stöhr, W., Lehrerschaft und Arbeiterbewegung - Zur Organisationsgeschichte der gewerkschaftlichen Lehrerbewegung 1918 - 1933. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Nr. 80, Sonderband, Berlin 1973, S. 170ff.

ders., Rezension über: Bungardt, K., Die Odyssee der Lehrerschaft. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 80, Sonderband, Berlin 1973, S. 287ff.

Stolp, E., Wo bleibt die Junglehrerbewegung? In: Die Lehrer-gewerkschaft. Hrsg. vom VBLE im FDGB - Großberlins, Berlin 2 (1948), Nr. 9, S. 69f.

Tasca, A., Allgemeine Bedingungen zur Entstehung und des Aufstieges des Faschismus. In: Bauer/Marcuse/Rosenberg, Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/M. 1967, S. 169ff.

Thiele, F., Wer fest auf seinem Sinn beharrt ... In: ADLZ, Hamburg 1 (1949), Nr. 1, S. 6ff.

Weniger, E., Die Epoche der Umerziehung. In: Westermanns Pädagogische Beiträge, Bad Salzufen, 11 (1959), H. 10, S. 403ff.; H. 12, S. 517ff.; 12 (1960) H. 1, S. 9ff.; H. 2, S. 74ff.

Wenzel, F., Sicherung von Massenloyalität und Qualifikation der Arbeitskraft als Aufgabe der Volksschule. In: Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Schule in Deutschland, Frankfurt/M. 1974, S. 323ff.

Lebenslauf

Am 17. November 1945 wurde ich als dritte Tochter des Prokuristen Heinrich Morell und seiner Ehefrau Agnes, geb. Falbe, in Kassel geboren. Von 1952 bis 1956 besuchte ich dort die "Bürgerschule Philosophenweg", von 1956 bis 1965 das Realgymnasium "Engelsburg", an dem ich die Reifeprüfung ablegte. Von 1965 bis 1971 studierte ich in Marburg an der Philipps-Universität die Fächer Wissenschaftliche Politik, Soziologie und Neuere Deutsche Literaturwissenschaft. Ich beendete das Studium i.J. 1971 mit dem Magister-Examen. Von 1972 bis 1973 war ich wissenschaftliche Mitarbeiterin an dem von der Stiftung Mitbestimmung geförderten Projekt "Arbeitslehre: gesellschaftliche Funktion und Didaktik". Von 1973 bis 1976 absolvierte ich ein Promotionsstudium am Fachbereich Erziehungswissenschaften und fertigte die vorliegende Dissertation an, die durch ein Stipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz (GFG) gefördert wurde.

